

Wortprotokoll (Neufassung mit nachgereichter Anlage)

der öffentlichen Sitzung

des Sonderausschusses "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg"

Sitzungsdatum:	05. April 2018
Sitzungsort:	Hamburg, in Rathaus, Großer Festsaal
Sitzungsdauer:	16:08 Uhr bis 23:01 Uhr
Vorsitz:	Abg. Milan Pein (SPD)
Schriftführung:	Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Sachbearbeitung:	Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Drs. 21/9805 Parlamentarische Aufarbeitung nach dem G20-Gipfel - Einsetzung eines Sonderausschusses - Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg - Dank an alle Einsatzkräfte - Härtefallfonds für Entschädigungen sofort verfügbar machen
(Antrag SPD, GRÜNE)

hier: Fortsetzung der inhaltlichen Aufarbeitung auf der Grundlage des in der Sitzung des Sonderausschusses am 31. August 2017 einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE beschlossenen Fahrplans unter Berücksichtigung von Teilen des vertagten Antrags der Fraktion DIE LINKE.

Einstieg in die Beratungen zu Phase 2 (Durchführung des Gipfels) (Details im Fahrplan S. 5)

Einstieg in Phase 2 (Durchführung des Gipfels)

- a) Operative Umsetzung des Sicherheitskonzepts unmittelbar im Vorwege des Gipfels und während des Gipfels /
Wie wurde das o.g. Konzept im Einsatzverlauf aufgrund der tatsächlichen Entwicklung angepasst?
hier: Durchführung einer Anhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO)
Als Auskunftsperson ist eingeladen:
Udo Behrendes, Leitender Polizeidirektor a.D. (aus Köln)

- b) Einzelne Versammlungsverläufe und Anschlussgeschehen (tageweise)
hier: „Hedonistisches Massencorner“ und Räumung durch die Polizei am Pferdemarkt am 4. Juli 2017

- c) Einzelne Versammlungsverläufe und Anschlussgeschehen (tageweise)
hier: Demonstration des Bündnisses „Welcome to Hell“ am 6. Juli 2017

- d) Vorschläge zur Vorbereitung der nächsten Sitzung des Sonderausschusses am 3. Mai 2018 (zu allen Details vgl. Fahrplan S.5, 6):
Fortsetzung der Beratungen zur Durchführung des Gipfels
 - Fortsetzung der Beratungen zu einzelnen Versammlungsverläufen und Anschlussgeschehen (tageweise),
hier: Demonstration des Bündnisses „Welcome to Hell“ am 6. Juli 2017

2. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Joachim Lenders (CDU)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Daniel Oetzel (FDP)
Abg. Cansu Özdemir (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. Jan Quast (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Sören Schumacher (SPD)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE)
Abg. Karl-Heinz Warnholz (CDU)
Abg. Ekkehard Wysocki (SPD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Martin Dolzer (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Urs Tabbert (SPD)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Ksenija Bekeris (SPD)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Inneres und Sport

Senator Andy Grote
Staatsrat Bernd Krösser
Polizeipräsident Ralf Martin Meyer
SD Torsten Voß
RD Hartmut Licht
LPD Hartmut Dudde
PD Joachim Ferk
KD Jan Hieber
EPHK Hans-Jürgen Lückfett
KHK Ulf Wundrack
ORR'in Andrea Horstmann

Bundespolizei

PD Norman Grossmann

V. Auskunftspersonen

Leitender Polizeidirektor a.D. Udo Behrendes

VI. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Frauke Bai

VII. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 50 Personen.

Zu TOP 1a

Vorsitzender: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir würden dann langsam mit der Sitzung anfangen. Für die Vertreterinnen und Vertreter der Presse ist jetzt noch einmal Gelegenheit, Fotos und Aufnahmen zu machen, aber gleich, wenn wir dann die Sitzung eröffnen, würde ich sie bitten, das einzustellen.

So. Vielen Dank. Dann würden wir jetzt gern anfangen. Sehr verehrte Damen und Herren! Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zur heutigen Sitzung des Sonderausschusses „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“. Für all diejenigen, die regelmäßig an diesem Ausschuss teilnehmen, weise ich nur noch einmal darauf hin, dass wir ein Wortprotokoll führen, dass wir einen Livestream haben, der im Internet übertragen wird. Und wir haben eine Tagesordnung, die relativ ambitioniert ist wie immer. Das zeichnet diesen Ausschuss ja aus.

Und dann würde ich gern gleich einsteigen, und zwar in den Tagesordnungspunkt 1a, Fortsetzung der inhaltlichen Aufarbeitung auf der Grundlage des in der Sitzung des Sonderausschusses vom 31. August 2017 einstimmig geschlossenen Beschlusses, Punkt 1a, Umsetzung des Sicherheitskonzepts unmittelbar im Vorwege des Gipfels und während des Gipfels. Wie wurde das oben genannte Konzept im Einsatzverlauf aufgrund der tatsächlichen Entwicklung angepasst? Wir haben hierzu auch eine Auskunftsperson geladen. Das ist Herr Udo Behrendes, den ich herzlich willkommen heiße. Ich heiße natürlich auch alle Senatsvertreter willkommen. Und ich würde gern diesen Tagesordnungspunkt beginnen, den Senat bitten, uns einmal darzustellen, wie die Einsatzkonzepte, die Einsatzanalysen, die wir ja alle in den letzten Sitzungen schon ausführlich besprochen haben, konkret eigentlich bei den Versammlungsläufen, zu denen wir heute kommen werden, angewandt werden. Wer entscheidet dort eigentlich genau etwas? Was entscheidet der Einsatzleiter? Was entscheiden die Polizeiführer vor Ort? Und wie sind solche Einsätze grundsätzlich durchstrukturiert? Herr Senator.

Senator Andy Grote: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten! Vielen Dank. Ich würde im Sinne der Frage zunächst den Polizeipräsidenten bitten, eine allgemeine Ausführung dazu zu machen und dann den Polizeiführer, Herrn Dudde, zu den einzelnen konzeptionellen Elementen.

Ralf Martin Meyer: Sehr geehrter Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will einige einordnende Vorbemerkungen machen, die sich insbesondere auf das Demonstrationsgeschehen, jedenfalls im Schwerpunkt, beziehen. Die ersten Demonstrationsanmeldungen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel sind bei uns bereits im

November 2016 eingegangen. Man kann sich also vorstellen, dass der Vorbereitungsstab parallel auch gearbeitet hat mit der Versammlungsbehörde beziehungsweise auch die Versammlungsbehörde, die ja eine eigenständige Behörde ist, schon zu dieser Zeit im November ihre Tätigkeit im Kontext G20 begonnen hat.

Die Versammlungsfreiheit hat in Deutschland eine ganz besondere Bedeutung. So arbeitet die Polizei seit Jahrzehnten, seit vielen Jahren im Lichte des sogenannten Brokdorf-Beschlusses, einer Leitentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, die bereits im Jahre 1985 ergangen ist, die Dinge enthält oder Eckpunkte enthält wie ein besonders versammlungsfreundliches Verhalten im Umgang mit Versammlungen als Anforderung an Behörden, ein Kooperationsgebot, ein Differenzierungsgebot zwischen gewalttätigen und friedlichen Teilnehmern sowie erhebliche konkrete Anforderungen an Gefahrenprognosen im Kontext von Verboten, aber auch bei dem Thema Auflagen. Verbote beispielsweise brauchen eine ganz auf konkreten Tatsachen beruhende Einschätzung.

In Hamburg ist die Behörde für Inneres und Sport zuständig für die Durchführung des Versammlungsgesetzes. Dazu existiert eine eigenständige Dienststelle, die Versammlungsbehörde, die in der Polizei liegt, aber eigenständig und separat agiert und bei der alle Anmeldungen von Versammlungen und Aufzügen eingehen. Die Versammlungsbehörde ist sachbearbeitende Stelle für all diese Versammlungsangelegenheiten. Sie kooperiert mit den Fachjuristen des Justizariats und hat die Aufgabe, Versammlungen zu gewährleisten und eine rechtskonforme Begleitung und Abwicklung des Anmeldeverfahrens für Versammlungen durchzuführen. Dazu führt die Versammlungsbehörde Kooperationsgespräche, die eben aus den Leitentscheidungen des Brokdorf-Urteils abzuleiten sind. Sie fertigt im Einzelfall unter strengen Voraussetzungen des Rechts Auflagen oder Verbote, wobei die Verbote in aller Regel ausscheiden, weil die Voraussetzungen nicht vorliegen, Auflagen häufig entweder rechtlich, aber auch praktisch keine Rolle mehr spielen. Dazu kann man aber im Einzelnen dann noch näher später darauf eingehen.

Ziel eines jeden Kooperationsgespräches – das ist ganz wichtig – ist die Durchführung, und zwar die störungsfreie, möglichst störungsfreie Durchführung einer angemeldeten öffentlichen Versammlung oder eines Aufzuges. Der Anspruch in den Gesprächen ist auch, einen Grundrechtsausgleich vorzunehmen. Das heißt, neben der Ermöglichung des ungehinderten Grundrechts oder der Grundrechtsausübung der Versammlungsteilnehmer geht es um die Wahrung von Rechten Dritter beziehungsweise deren Beeinträchtigung.

Hamburg – auch das, finde ich, gehört zur Einschätzung – ist neben Berlin ein besonders versammlungserfahrenes Bundesland. So werden jährlich über 2 000 Versammlungen und Aufzüge kooperiert beziehungsweise begleitet. Das Demonstrationsgeschehen gehört also zur täglichen Arbeit der Polizei. Im Jahre 2017 waren es 2 175 Versammlungen und Aufzüge in Hamburg. Von diesen hatten ganze vier einen gewalttätigen Verlauf, inklusive der Demonstration "Welcome to Hell". Im G20-Kontext haben wir insgesamt 149 Demonstrationen durchgeführt. Davon hatte eine einen gewalttätigen Kontext, 148 verliefen friedlich beziehungsweise störungsfrei. Die besondere Größe und die Schwierigkeit des Einsatzes in der bisher nicht dagewesenen Form hat auch zu einer entsprechenden Belastung der Polizistinnen und Polizisten geführt. Die ist aber schon dargestellt worden. Es sind insgesamt sehr viele Erkrankungen, 202 im Laufe des Einsatzes, durch Dehydrierung und Kreislauf entstanden. 797 Polizistinnen und Polizisten wurden durch Fremdeinwirkungen verletzt.

Derartig schwierige, derartig komplexe Einsätze folgen aufgrund ihrer Schwierigkeit, der Dynamik und der großen Komplexität bundesweit gleichen taktischen Prinzipien. Eine

notwendige Übersicht aus einer Einsatzleitstelle heraus, in der ein Polizeiführer sitzt und Entscheidungen zu treffen in der Lage wäre, existiert real hier nicht. Das gilt für alle Bereiche, für alle Länder. Bewährt, an der Deutschen Hochschule für Polizei gelehrt und auch in Dienstvorschriften fixiert ist das Vorgehen mit solchen komplexen Einsätzen durch die Gliederung der Einsätze in bewährte Einsatzabschnitte, durch den Gebrauch sogenannter Leitlinien und die Beachtung von taktischen Grundsätzen. Ein ganz wesentlicher Grundsatz ist die Aufgabenwahrnehmung nach der sogenannten Auftragstaktik. Das bedeutet, dass der Einsatz in verschiedene Einsatzabschnitte gegliedert den Leitern dieser Einsatzabschnitte Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des rechtlich Möglichen und Entscheidungsspielräume einräumt, um die Ziele zu erreichen. Nur damit kann einer Schnelligkeit, einer Dynamik – es laufen ja viele Parallelereignisse ab –, nur damit kann dieser Dynamik erfolgreich begegnet werden.

Alltagskonzepte, die sich auf die Bekämpfung eines Phänomens beziehen, in denen man jedes Detail niederschreibt und Abläufe regelt, sind mit dieser Situation keineswegs vergleichbar. In diesen Einsätzen bedarf es in aller Regel kaum Ergänzungen der Konzepte. Nur dann, wenn sich der Rahmenauftrag verändert, was eher die Ausnahme bleibt, deswegen haben Sie hier in diesem Fall auch tatsächlich ein sogenanntes Rahmenkonzept.

Diese Eckpunkte sollen der Einordnung dienen und nähere Details wird Ihnen nun Herr Dudde erläutern.

Hartmut Dudde: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, verehrte Damen und Herren! Wie entsteht ein Polizeieinsatz? Einige Dinge hat mir Herr Meyer jetzt schon vorweggenommen. Einsätze in Deutschland bundesweit werden gemäß einheitlichen Standards, und zwar den Polizeidienstvorschriften, gestaltet. Ich habe das einmal mitgebracht. Das sind so grüne Bücher. Das ist die PDV 100. Das ist das Standardwerk der deutschen Polizei. Es regelt nämlich die Führung und den Einsatz der Polizei.

In diesem Bereich gibt es Vorschläge für taktische Ziele, für taktische Maßnahmen. Es werden taktische Begriffe geprägt, auf die ich auch noch gleich eingehe, die sich auch in unser BAO wiederfinden. Wenn Sie über den Raumschutz reden, Eingreifkräfte, einem EA Kriminalpolizeiliche Maßnahmen, sind das alles Begriffe, die Sie hier wiederfinden. Und in diesen Dienstvorschriften sind die auch näher erläutert. Das heißt, wenn man jetzt einen Befehl schreibt oder eine Besondere Aufbauorganisation baut, nimmt man nur noch den Oberbegriff, weil wer vom Fach ist, kann noch einmal genau nachlesen, was erwartet man von einer Aufklärung. Also alle Standardmaßnahmen der Polizei sind in diesen Bereichen erklärt. Es gibt auch noch technisch-organisatorische Maßnahmen, was macht man für den Hinter...(?), wie baut man Funkkreise auf et cetera pp. Das wird danach noch feingliedriger. Das ist sozusagen das ganz Grobe. Ich habe das nun auch noch einmal als Beispiel gebracht. Es gibt da noch untergeordnete PDVen. Hier ist zum Beispiel eine – das passt ganz gut –, Einsatz der Polizei bei Staatsbesuchen und sonstigen Besuchen. So. Mit diesem Regelwerk muss man vertraut sein, wenn man so einen Einsatz plant, weil, man führt die Lage an diesen Dienstvorschriften vorbei.

Sie haben bei jeder Einsatzlage in Hamburg – das können Sie auch auf einen Verkehrsunfall anwenden, aber wir nehmen jetzt einmal Großlagen, Demonstrationsgeschehen – Standardmaßnahmen, die sozusagen immer gemacht werden. Also wenn Sie eine Lage haben, müssen Sie aufklären. Sie müssen wissen, was ist da, wer macht da was, wo passiert was. Standardauftrag. Selbst wenn Sie Fußball machen, muss es einen Einheitsabschnitt geben, der sich um die Verkehrsmaßnahmen kümmert. Standardmaßnahme. Dann müssen Sie Veranstaltungen schützen oder Objekte schützen. Das sind alles Standardmaßnahmen, die sozusagen also selbsterklärend sind und auch

jedem von Ihnen hier vermutlich eingefallen wären, wenn Sie sagen müssen, so einen G20-Staatsbesuch abwickeln.

Was neu ist bei G20, es gibt dann halt Spezifika in einer bestimmten Lage, wo Sie gegebenenfalls neue Einheitsabschnitte gründen müssen oder neue Funktionen schaffen müssen, die es vorher noch nicht gab. Das war bei uns in unserem Einsatz zum Beispiel so, dass der ja hier bereits erwähnte EA Luft geschaffen wurde. Wir haben Herrn Zorn gehabt für den EA Intervention, also die Bekämpfung von terroristischen Bedrohungslagen oder Anschlägen. Das sind Sachen, die würden Sie hier erst einmal nicht drin finden, weil wir da teilweise neue Konzepte entwickelt haben, uns aber an dem orientieren, was sozusagen vorgegeben ist.

Wenn man eine BAO – so heißt das ja – dann plant, eine Besondere Aufbauorganisation – die steht ja sozusagen im Gegensatz zu dem Alltag, den wir haben –, also wir planen eine Besondere Aufbauorganisation, eine BAO, dann werden Sie immer versucht sein als Polizeiführer, diese BAO möglichst schmal zu halten. Also je weniger Einheitsabschnitte, desto besser, weil die Kommunikationsbeziehungen kürzer werden. Und man versucht, dadurch sozusagen nur wenige zu haben, die es regeln. Das findet aber immer da sein Ende, wo Sie zu viele spezielle Probleme haben, die Sie regeln müssen, weil, eins ist klar, je mehr Einheitsabschnitte Sie bilden, desto mehr Gesprächsbedarf gibt es ja zwischen den einzelnen Einheitsabschnitten. Also da muss mehr geklärt werden, muss man Schnittstellen besprechen, muss man gucken, wer macht wann was und wer ist da nicht mehr zuständig. Also es wird gegebenenfalls ein bisschen schwieriger.

Das ändert aber nichts, dass man ja alle Bedarfe, die es gibt, oder alle Probleme, die man haben kann, regeln muss. Und insofern haben wir dann im Endeffekt – die ist Ihnen ja auch bekannt aus unserem Rahmenbefehl – die BAO Michel entwickelt mit 15 Einheitsabschnitten. Das war unsere BAO, die wir gebaut haben. Wir hatten das auch schon im Innenausschuss hier erläutert direkt nach dem Gipfel. Wir hatten ja OSZE vorweg. Da haben wir die gleiche BAO benutzt, um einen Einheitsabschnitt verkleinert, EA Technik, würden Sie hier nicht finden. Das war was ganz Spezielles für den G20-Gipfel. Den haben wir da ja mehr gemacht. Da waren es 15. Und wir hatten eine OSZE mit 14 Einheitsabschnitten gemacht, um diese BAO eben genau zu testen, sind die Kommunikationsbeziehungen richtig, sind die Wege okay, sind die Zuständigkeiten klar geklärt.

Wenn man so eine BAO fertig hat, versucht man sie natürlich an Einheitslagen vorbeizuführen, die aktuell laufen. Das hatte ich Ihnen auch schon erläutert, dass wir uns versucht haben, bundesweit in alle Lagen mit einzublenden, die uns hätten helfen können. Herr Obama war in Berlin. Er war in Hannover. Wie ist das denn in München gewesen? Und dann guckt man, habt ihr ähnliche Konzepte, macht ihr das genauso, wo sind bei euch die Schnittstellen, um aus Problemen zu lernen.

Entscheidend ist, wenn Sie so einen Einheitsabschnitt haben, Sie brauchen einen geeigneten Einheitsabschnittsführer, der die entsprechende Logistik haben muss, der das entsprechende Handwerkszeug kennen muss. Also müssen Sie dann ganz in Ruhe gucken, wenn Sie 15 Einheitsabschnitte haben, wen betraue ich da mit der Führung, hier noch mit der Besonderheit – das wissen Sie –, wir hatten einen 24-Stunden-Dienst. Das heißt, man muss gucken, dass man eben zwei Schichten schafft, damit man einmal abgelöst werden kann. Also brauchte man sozusagen 30 Einheitsabschnittsführer, die in einem bestimmten Rhythmus Dienst versehen haben. Das haben wir auch grundsätzlich mit Hamburger Kräften geschafft. Herr Norman Grossmann ist heute hier von der Bundespolizei, war sozusagen ein

Externer, Herr Bantle aus Baden-Württemberg für den EA Luft und der Kollege Zorn für den EA Intervention waren die drei Kollegen, die wir von auswärts geholt haben.

Meine Kommunikationsbeziehung endet beim Einheitsabschnittsführer, der seinen Auftrag gemäß Rahmenkonzeption abzuwickeln hat. Nun hat Herr Meyer das ja schon gesagt, Sie haben grundsätzlich zwei Möglichkeiten, einen Einsatz zu führen: Sie können eine Befehlstaktik anwenden und sagen, Richtung, wie ich zeige, geht ihr hin und macht was, oder Sie können eine Auftragstaktik verwenden. Der Unterschied ist verhältnismäßig einfach. Sie können mit einer Befehlstaktik starre, sich nicht entwickelnde Lagen sehr gut bedienen. Klassisches Beispiel Objektschutz, da sagen Sie, in welcher Zeit, wo stehen die Posten, in welche Richtung gucken die, was ist zu schützen und mit wie vielen Leuten wollen wir das machen. Das können Sie blitzsauber in einer Befehlstaktik aufschreiben. Da können Sie auch manngenaue sagen, wer wo stehen soll. Das geht in der Regel aber nicht mehr in komplexen Lagen, die sich dynamisch entwickeln. Da greifen wir in Hamburg also nicht nur für G20, das machen wir eigentlich schon jetzt seit Jahrzehnten so, arbeiten wir im Rahmen der Auftragstaktik.

Das heißt, der Einheitsabschnittsführer kriegt von mir einen Rahmen, indem ich sage, in dem musst du dich bewegen und arbeiten. Dann machen die in ihrem Vorbereitungsstatus, was wir im Großen gemacht haben, im Kleinen, entwickeln ein Konzept, und das wird dann diskutiert und vorgestellt. Ein sehr gutes Beispiel ist Herr Zorn gewesen mit einem EA Intervention. Das haben wir noch nie gehabt, dass 500 SEK-Beamte in einem bestimmten Konzept zusammenarbeiten. Das musste neu entwickelt werden und das musste natürlich ständig mit mir abgeglichen werden, ob die Planungen, die er hat, also die Zielrichtung das ist, was ich mir vorstelle, um die Lage zu beherrschen.

Wie gesagt, im Endeffekt jeder EA-Leiter handelt danach eigenverantwortlich und muss seinen Einheitsabschnitt ausgestalten. Der muss ihn auch ausgestalten, weil das hier ja schon mehrmals die Fragen waren, auch wenn es um Kräftekonzepte geht. Also er muss ja sagen, du gibst mir folgende Aufgabe, dafür brauche ich Folgendes an Personal. Das führt regelmäßig bei allen Einheitslagen dazu, dass jeder Einheitsabschnittsführer sich natürlich erst einmal so ausstattet, dass er sagt, ich habe so nah an 100 Prozent Ausstattung, die sich in der Realität nicht abbilden kann, weil, so viele Polizisten gibt es gar nicht, weil jeder EA-Führer akzeptieren muss, dass es die Aufgabe eines Gesamtpolizeiführers ist, ständig einen Kräfteausgleich auszuführen, weil die Lage sich dynamisch verändert, und da gibt es einmal Bereiche, wo Sie einmal sehr viele Kräfte brauchen, einem EA Gegenveranstaltung zum Beispiel, diesem G20 to Hell. Wenn G20 to Hell aber nicht ist, brauche ich da keine Kräfte. Dann können die in den Bereich Raumschutz gehen. Das heißt, die rochieren ständig mit den Polizeikräften zwischen den einzelnen EAs.

Das findet da seine Grenze, wo die Lage nicht dynamisch ist. Das heißt, der Veranstaltungsschutz an der Messehalle, der Objektschutz an den Hotels der Gäste, das ist ein starres Konzept. Da brauchen Sie eine bestimmte Anzahl von Kräften für. Die werden da hingegeben und die bleiben auch da. Da gibt es also auch keine dynamische Bewegung mehr, weil, das ist ein Muss-Schutz oder ein Grundschutz, der muss gewährleistet sein. Das ändert nichts daran, das werden wir nachher noch, wenn wir auch über Kräfte und Belastungen reden..., dass diese Kräfte, die eben noch Veranstaltungsschutz gemacht haben, gegebenenfalls wenig später im Raumschutz mit eingesetzt werden, auch wenn ihr Dienst schon zu Ende ist, weil wir sie noch woanders brauchen.

Sie können so einen komplexen Einsatz mit begrenzten Kräften auch gar nicht anders beherrschen, weil Sie sozusagen ständig wechselnde Lagen haben. Und wenn Sie generell einen Raumschutz haben, der den Raum schützt, dann ist es gut, diese Kräfte

gegebenenfalls erst einmal dahin zu bringen, wo dringend was los ist, also im Bereich Gegenveranstaltungen, um die danach wieder in den Raumschutz zu geben.

Innerhalb eines Auftrages ... Genau, hatte ich schon erzählt, Kräftebelegung, das ist normaler Raumschutz, die Muss-Aufgaben und die Aufgaben, die ein bisschen flexibel sind.

Bei der Planung eines Einsatzes werde ich grundsätzlich beraten. Also ich kann mich mit allen Fachberatern, die es geben kann, ausstatten. Das fängt ja schon an, dass wir uns mit der Feuerwehr austauschen, mit dem Rettungsdienst, wie macht man was. Ich habe eine Unternehmensjuristin. Ich habe unsere Versammlungsbehörde, die mich auf dem Laufenden hält, wie der Stand der Planungen bei den Versammlungen ist, die hinterfragt, wie wir damit umgehen wollen, welche Gespräche zu führen sind. Das gehört alles mit dazu. Und eine Versammlungsbehörde beginnt eigentlich genauso früh mit den Planungen wie ein Vorbereitungsstab, weil einige Versammlungsanmeldungen ja schon fast zeitgleich mit eingingen oder sich mit der Zeit entwickelten.

Dazu hat man noch seinen Führungsstab und seine EA-Führer, die ja auch eine Beratung haben. Also das machen wir regelmäßig über Einheitsbesprechungen, dass man sich auf den Stand, wer hat bis jetzt was erreicht, wo stehen wir, wo gibt es scheinbar Schnittstellen, die noch geklärt werden müssen, die überwunden werden müssen, wo gibt es Unklarheiten über Zuständigkeiten oder über Verantwortungen ... Und das haben wir dann regelmäßig, also auch immer orientiert an dem, wenn was da war, so alle vier Wochen gemacht, mit allen EA-Führern zu besprechen, wo stehen wir, was brauchen wir noch, wo hakt es.

Dadurch erhält man als Polizeiführer natürlich eine Beratung. Die erhalte ich aber natürlich auch durch die Mitarbeiter des Vorbereitungsstabes, die einem ja Vorschläge erarbeiten, weil es grundsätzlich nicht so ist, dass man als Polizeiführer sich in sein Büro zurückzieht und eine Idee entwickelt und sagt, so machen wir das, sondern das, was das Ergebnis eines sehr komplexen Diskussionsprozesses ist, und man irgendwann sagt, so, das ist die beste Idee und so wird das jetzt gemacht.

Es kann sogar passieren – das werden wir nachher auch noch erörtern –, dass man Einheitsabschnitte hat, die durch die Dynamik der Lage anderen Einheitsabschnitten unterstellt werden. Das war der EA Eingreifkräfte, der als eigener Einheitsabschnitt zuständig war, Eingreifkräfte vorzuhalten. Bei der Situation G20 to Hell haben wir zu einer gewissen Zeit die Eingreifkräfte dem EA Gegenveranstaltung unterstellt, um Schnittstellen zu vermeiden, Verantwortungen in eine Hand zu geben und zu sagen, wickelt das bitte in diesem Bereich ab.

Die Dynamik eines solchen Einsatzes – und da kommen wir wieder zu den Belastungszeiten – gebietet eben auch, dass sich Einsatzkräfte, die sich im Einheitsraum befinden – und das betrifft fast alle 23 000 Kollegen, die wir hatten –, sich nicht sicher sein dürfen, dass sie grundsätzlich nur das machen für das, was sie angefordert sind. Also wer hier bei uns angefordert war für Objektschutz, konnte sich von Anfang an nicht darauf verlassen, dass er nur Objektschutz macht, sondern von allen Kollegen gab es die Erwartung, in einer Lage zu leben und sich gegebenenfalls auf neue Situationen einzustellen. Warum erwähne ich das? Am Freitagmorgen haben wir die Kräfte, also die Kollegen, die im Nachtdienst gewesen sind, und die Messehalle gesichert hatten, haben wir unmittelbar von der Messehalle in den Bereich Elbphilharmonie geschickt, weil wir vor dem Hintergrund der Ausschreitungen im Bereich Rondenbarg und Altona ein Kräftedefizit hatten, und haben denen den Auftrag gegeben aus der Bewegung, ihr sichert den gesamten Bereich der Elbphilharmonie. Das heißt, es verlängert die Einsatzzeit, und die eingesetzten Kollegen müssen sich flexibel auf neue Situationen und neue Örtlichkeiten einstellen.

Das Gleiche geschah auch am Freitagnachmittag noch einmal, indem man Kräfte, die eigentlich zur Ruhe übergegangen waren, um 12 Uhr alarmiert hat. Das waren Kräfte, die hätten eigentlich auch den Veranstaltungsort schützen sollen, und denen wurde gesagt, das macht ihr heute erst einmal gar nicht, sondern ihr kommt zum Dienst und ihr werdet im Bereich EA Raum- und Streckenschutz dafür verwandt, die Strecke zu schützen, auf der nachher auch noch die Staatsgäste fahren. Das bedeutet aber eben auch, das machen wir dann über verhältnismäßig große Einsatzbesprechungen, dass alle Kräfte in der gleichen Lage leben müssen und dass man so was auch wirklich bis auf Hundertschaftsführerebene vorher kommuniziert, damit sich keiner sagt, wieso, verstehe ich gar nicht, bin ich gar nicht für zuständig, sondern dass jeder ständig im Kopf hat, die Dienstzeiten können sich komplett verändern und der Auftrag ist der, den du in dem Moment kriegst. Und alles andere ist ein Rahmen, deshalb heißt das ja auch Rahmenbefehl, der sich sozusagen ständig verändert und ständig mit anderen Kräften hinterlegt wird.

Wie gesagt, da, habe ich gesagt, muss man ganz intensive Kommunikation machen, weil, wie gesagt, die Unterstellungsverhältnisse und die Kräfteverhältnisse sich ständig ändern können und auch die Aufträge sich grob verändern. Das mündet dann im Endeffekt in so einem Rahmenbefehl und wenn Sie in den Rahmenbefehl gucken, sind die ganzen EAs da hinterlegt und dann steht immer unter Auftrag und Kräfte, gemäß tagesaktuellem Durchführungsplan und gesonderter Kräfteübersicht, weil wir tagtäglich in den Abendstunden geplant haben, wie wir am nächsten Tag weitermachen, und dann den Durchführungsplan entsprechend angepasst haben. So, deshalb ergibt sich sozusagen aus diesem Rahmenbefehl jetzt nicht detailliert eine lange Liste, wer macht eigentlich wann genau was, sondern es war klar, das würde nicht funktionieren, das kann man auch nicht 14 Tage vorplanen, das können Sie nur dann machen, wenn Sie sozusagen im Einsatz Ihre eigene Einsatzkonzeption ständig der gesamten Lage anpassen und die Kräfte entsprechend so bereitstellen, wie sie in dem Moment scheinbar gebraucht werden. Sonst kann man so was 14 Tage im Voraus nicht planen, das können Sie fast zwei Tage im Voraus nicht planen, weil die Lage dynamisch ist und sich ändert.

Und die Arbeit im Führungsstab und im Einsatz ist dann eben, wie ich schon sagte, als Polizeiführer reden Sie noch mit den Einheitsabschnittsführern und legen mit denen fest, was zu machen ist, was in deren Einheitsabschnitten geschieht. Da gibt es sicherlich eine Kommunikation, wie weit geht man oder was möchte der Polizeiführer jetzt, und wie das dann ausgestaltet wird, machen die Einheitsabschnitte eigenverantwortlich. Man greift nur steuernd ein, wenn es einem vielleicht in der Ausführung nicht gefällt, nicht schnell genug geht oder anders gemacht werden soll, und ansonsten arbeiten die Einheitsabschnitte erst einmal eigenverantwortlich.

Das würde ich so erst einmal als groben Rahmen zum Thema, wie baut sich eigentlich eine BAO auf und wie ist die Struktur eines Einsatzes ...

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Dann steigen wir in die Fragen ein. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Vielen Dank. Ich möchte zunächst zwei Fragen an Herrn Behrendes stellen und eine Frage an P, ich nehme an, das ist die Polizeiführung, ich nehme an, das ist Herr Dudde, aber das wissen Sie dann besser. Erst einmal meine Fragen an Herrn Behrendes. Die Durchführung des G20-Gipfels, das ist ja unbestreitbar, hat die Sicherheitsbehörden vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass es in absehbarer Zeit zu einer Neuauflage eines G20-Gipfels in Hamburg kommt oder zu vergleichbaren Ereignissen, aber es geht ja in dem Sonderausschuss – es hallt ein bisschen – auch um die Frage, was die verschiedenen Beteiligten aus dem Desaster – das muss man ja, glaube ich, so bezeichnen – lernen können. Dabei spielen auch anderenorts gesammelte

Erfahrungen mit Großveranstaltungen eine wichtige Rolle. Vor dem Hintergrund möchte ich Ihnen zunächst zwei Fragen stellen, später habe ich noch weitere Fragen. Der Herr Meyer hat ja schon zu Recht darauf hingewiesen, auf die Leitsätze des Brokdorf-Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts von 1985. Dort werden die staatlichen Behörden darauf festgelegt, nach dem Vorbild, ich zitiere jetzt: "... nach dem Vorbild friedlich verlaufender Großdemonstrationen versammlungsfreundlich zu verfahren und nicht ohne zureichenden Grund hinter bewährten Erfahrungen zurückzubleiben." Zitatende.

Was bedeutet nach Ihrer Auffassung dieser Leitsatz eigentlich in der Praxis? Was sind konkret zureichende oder eben nicht zureichende Gründe, anders als versammlungsfreundlich zu verfahren? Das war eine erste Frage.

Und meine zweite Frage, auch das ist schon von Herrn Meyer kurz angesprochen worden, es gibt im Vorfeld von Großveranstaltungen ja jede Menge Lagebeurteilungen, Gefahrenprognosen und so weiter. Ich will auch die Notwendigkeit solcher Prognosen nicht grundsätzlich infrage stellen, aber mich interessiert der Umgang damit. Wie lässt sich verhindern, dass die gesamte Einsatzstrategie auf die denkbar schlimmste Prognose abgestellt wird und daher ein eher konfrontatives Gesamtklima entsteht, was auch friedliche Demonstranten und Demonstrantinnen von vornherein gegen die Polizei aufbringen kann und damit für zusätzliches Eskalationspotenzial sorgt? Diese beiden Fragen bitte ich Sie zu beantworten.

Und ich habe eine Frage, wie gesagt, an P, und zwar bezieht die sich auf Erkenntnisse aus dem Ordner 177. Es gab eine Abteilung, deren Aufgabe für G20 Deeskalation war, nämlich die Abteilung 702 beim LKA. Und ein Vertreter dieser Abteilung hatte darum ersucht, an einem Kooperationsgespräch der Versammlungsbehörde mit Jan van Aken und anderen wegen der Demonstration am 8. Juli teilnehmen zu können, und zwar an dem Kooperationsgespräch am 7. April. Das ist verwehrt worden und dann gab es gleichzeitig oder kurz danach laut einer Mail, des stellvertretenden Leiters der EA KPM nämlich, dass der LKA-Vorbereitungsstab, P habe angeordnet, dass Teilnahme dieses Ausschusses Prävention am Kooperationsgespräch nicht möglich ist, jetzt nicht und in Zukunft nicht. Meine Frage zielt darauf, warum hat es diese Anordnung gegeben, dass eine Abteilung, deren Aufgabe, deeskalierend zu wirken war, die zum Beispiel auch Gespräche mit Gruppen hätte führen sollen, dass die genau diese Gespräche auch nicht mehr führen durfte, zum Beispiel mit der EL. Das ist untersagt worden. Und warum durfte sie an dem Kooperationsgespräch, das soll ja tatsächlich nicht nur so heißen, das soll ja eine Kooperation sein, da geht es ja gerade auch, wie kann man von vornherein deeskalierend wirken, wie kann man da Gesprächskulturen schaffen, dass die genau an diesen Kooperationsgesprächen nicht teilnehmen durften.

Vorsitzender: Herr Behrendes.

Udo Behrendes: Ja, vielen Dank. Gestatten Sie mir, am Anfang einen kurzen Hinweis darauf, warum ich überhaupt als Auskunftsperson in diesen Ausschuss eingeladen worden bin und warum ich die Einladung angenommen habe. Ich war von 1972 bis 2015 Polizeibeamter in Nordrhein-Westfalen und habe insbesondere seit den 1980er-Jahren Hunderte von Demonstrationseinsätzen begleitet, also in polizeilichen Führungsfunktionen, in Bonn, als Bonn noch Bundeshauptstadt war und in Köln schwerpunktmäßig. Und gerade in dieser Bonner Zeit sind die Grundkonstellationen, über die Sie ja hier im Rahmen von G20 sprechen, natürlich auch, ich will nicht sagen, Alltagsgeschäft gewesen, aber eben in kleinerer Dimension immer wieder aufgekommen, also der Dreiklang, Staatsgäste, besonders gefährdete Personen schützen zu müssen, gleichzeitig Demonstrationen gegen bestimmte Besucher zu gewährleisten und dabei drittens die Beeinträchtigung der Bevölkerung im Allgemeinen möglichst zu minimieren. Darüber hinaus sind auch die Konfrontationen mit autonomen Szenen,

mit gewalttätigen Demonstranten immer wieder ein Thema gewesen. Das also kurz zum beruflichen Hintergrund.

Ich habe dann über meine Erfahrungen, Erkenntnisse aus dieser Zeit auch mehrere Fachpublikationen veröffentlicht und eine davon hat Frau Schneider gelesen und hat mich von daher angesprochen, ob ich zu diesen Erfahrungen, Erkenntnissen mich hier einbringen würde. Und ich habe dann gerne zugesagt, auch nach einem kurzen Gespräch mit Herrn Pein, allerdings nicht mit der Zielrichtung, nun per Ferndiagnose die Ereignisse hier im Juli in Hamburg im Detail in irgendeiner Form zu kommentieren, sondern eher mit zu überlegen, welche Konsequenzen denn daraus zu ziehen sind und welche vielleicht auch daraus nicht zu ziehen sind. Und im Sinne dessen, auch, was Frau Schneider als Frage formuliert hat, eben die Frage stellen, sind das alles auch für die Zukunft Zwangsläufigkeiten, so wie im Grunde G20 eine Blaupause jetzt für zukünftige Demonstrationen in diesem Themenfeld ist, oder gibt es nicht vielleicht auch andere Erfahrungen, die man eben jetzt mit in einen weiter gestellten Blick hineinnehmen sollte.

Zu der ersten Frage, Brokdorf. Auch Herr Meyer hatte ja schon auf diese grundlegende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hingewiesen. Es macht vielleicht Sinn, ganz kurz noch einmal in Erinnerung zu rufen, worum es in diesem Brokdorf-Beschluss ging, nämlich um letztlich eine ähnliche Ausgangslage, wie Sie sie hier beim G20-Gipfel hatten. Es ging um eine Großdemonstration 1981 vor dem Kernkraftwerk Brokdorf und man befürchtete zu Recht, dass sich an dieser Großdemonstration gewalttätige Gruppierungen beteiligen würden, und hat deswegen ein großflächiges Demonstrationsverbot erlassen. Und mit dieser Fragestellung, ist es also zulässig, bei gewalttätigen Teilgruppen letztlich Beeinträchtigungen der Versammlungsfreiheit aller, eben auch friedlicher Demonstranten, die in der Mehrheit waren, vorzunehmen, hat sich dann das Bundesverfassungsgericht auseinandergesetzt. Und es hat dann in der Tat, wie Frau Schneider das auch zusammenfassend zitiert hat, insbesondere den Blick auf Demonstrationen geworfen, die nach der damaligen Zeit, ja, sozusagen Good-Practice-Beispiele waren, den Umgang mit heterogenen Demonstrationen. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich genannt die Bonner Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten mit 250 000 Teilnehmern, die 1981 völlig friedlich verlaufen war, aber beispielsweise auch aufgezählt die sogenannten Stuttgarter Gespräche, die damals abgesetzt von konkreten Demonstrationen zwischen Vertretern der Friedensbewegung, der Umweltbewegung und der Polizei geführt worden sind, um insbesondere zu betonen, dass es darum geht, in solchen heterogenen Strukturen vertrauensbildende Maßnahmen vonseiten der Versammlungsbehörde und der Polizei zu veranlassen auf allen Ebenen. Und es geht in erster Linie um Dialogorientierung. Und diese Versammlungsfreundlichkeit, dieser Begriff ist ja damals geprägt worden, impliziert im Grunde eine Dienstleistungsphilosophie oder den Anspruch an die Polizei, sich gegenüber Demonstrationen als Dienstleister zu verstehen. Schaut man in die aktuellen Versammlungsgesetze, so fällt beispielsweise auf das Versammlungsgesetz Ihres Nachbarlandes Schleswig-Holstein, in dem dieser Gedanke im Paragraphen 3 des Landesgesetzes mit dem Begriff der Unterstützung einer Versammlung noch einmal ausdrücklich benannt worden ist. Also Polizei, Versammlungsbehörde, das ist ja teilweise in den Ländern unterschiedlich, sollen sich als Gewährleister, als Dienstleister, als Unterstützer einer Versammlung sehen.

Das ist also die Grundidee. Und eben der Hinweis, insoweit kann ich es, glaube ich, ganz gut mit der zweiten Frage verknüpfen, der Appell, der dringende Hinweis an die Polizei, eben bei einer Planung eben nicht nur in Worst-Case-Szenarien zu denken, die gesamte Einsatzplanung auf die möglicherweise gewalttätigen Gruppierungen abzustellen, sondern immer die Auswirkungen dieser Gesamtstrategie auf die in aller Regel ja überwiegend friedlichen Demonstrationen. Wir haben ja vorhin auch noch einmal das Verhältnis gehört, 149:1 war ja

auch hier rund um G20 das Verhältnis friedlicher ..., oder 148:1, friedlicher zu unfriedlicher Demonstration.

Insoweit ist es natürlich eine Gefahr und ich kann mich sehr gut in die Kollegen, die hier den Einsatz geplant haben, hineinversetzen, denn bei G20 ging es eben nicht nur um eine Demonstration, sondern es ging, und ich kann auch sehr nachvollziehen, in erster Linie um den Schutz besonders gefährdeter Personen vor Anschlägen, die terroristische Gefahr stand im Raum. Dass das zunächst, weil es sehr viel konkreter war, im Vorrang stand, ist für mich absolut nachvollziehbar. Und man muss dann gleichzeitig die Demonstrationsfreiheit gewährleisten und eben die Beeinträchtigung der Bevölkerung möglichst kleinhalten. Das wird nie klinisch sauber oder idealtypisch gelingen, es wird immer nur als Kompromiss gelingen. Und natürlich ist die Gefahr, dass bei dem Fokus auf die Gefahren, die bestehen, bei dem Fokus auf gewaltbereite Gruppierungen, die ja nun auch in Genüge da waren, dann ein Stück weit die Gewährleistung der friedlichen Demonstrationen und eben gerade der Anspruch der Unterstützung dieser Demonstrationen in den Hintergrund gerät.

Ich kann mich, ich war ja am 8. Februar bei Ihrer letzten Sitzung hier auch anwesend, ich kann mich auch daran erinnern, dass Innensenator Grote kurz konstatiert hat, dass im Vorfeld diesen Gefahren geschuldeten weiträumige Versammlungsverbote und auch die Campverbote sicherlich etwas zur Gesamtverschlechterung des Klimas, gerade auch gegenüber friedlichen Demonstranten beigetragen haben, die sich natürlich dann quasi in Mithaftung für die Minderheit der gewaltbereiten sehen mussten. Und das Dilemma natürlich auch bei solchen Vorfestlegungen durch großflächige Versammlungsverbote und die Campverbote ist, dass man ja eigentlich erst gar nicht in die Kooperation reinkommt, sondern im Grunde bereits vor der Kooperation sehr enge Grenzen gesetzt hat und damit, und das ist immer die Gefahr, ein bisschen die Chance aufgibt, dass man gerade über die Heterogenität und die Einflüsse der friedlichen eben auch auf die Gewaltbereiten, da Solidarisierungseffekte vielleicht auslöst, die dann die Probleme im Ergebnis vielleicht vergrößern. So viel zunächst.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann war eine Frage an, wer auch immer sich hinter P verbirgt. Das können Sie sicherlich aufklären, Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, dazu werden wir gleich Stellung nehmen. Ich bitte aber um Verständnis, dass wir da vielleicht doch noch kurz auf den Punkt der eben angesprochen wurde, auch eingehen, denn da liegt ja eine Deutung und eine Bewertung zugrunde, die sagt, dass die Versammlungsfreundlichkeit und auch das Ausschöpfen von Kooperationsmöglichkeiten hier nicht so weit gegangen ist, wie es hätte gehen können. Und dem möchte ich schon widersprechen. Ich glaube, dass man wirklich am Gesamtbild des Umgangs mit den Versammlungen im Kontext G20 sehr gut deutlich machen kann, dass wir hier gar keine Differenz haben bei der Auslegung der Frage Versammlungsfreundlichkeit und ob es einen Punkt gibt, wo man sagt, wir müssen nicht mehr versammlungsfreundlich sein. Man muss immer versammlungsfreundlich sein. So ist es ja auch zu verstehen, dass eben 148 von 149 Versammlungen so stattgefunden haben, friedlich stattgefunden haben, unproblematisch stattgefunden haben, dass in einem immensen Umfang Kooperationsgespräche geführt worden sind, dass mit jeder einzelnen Versammlung, auch intensiv mit Welcome to Hell alle Bemühungen unternommen wurden, um einen kooperierten, störungsfreien Verlauf hinzukriegen, obwohl es sehr gewichtige Gründe dafür gab, von einem nicht friedlichen Verlauf, und zwar von einem geplanten nicht friedlichen Verlauf auszugehen.

Bei dieser einen Versammlung, die dann auch einen nicht friedlichen Verlauf genommen hat, Welcome to Hell, ist es eben nicht ..., ist man nicht reingegangen und hat gesagt, können wir das nicht möglichst verbieten, man hat nicht mit Auflagen gearbeitet, was ja von anderer

Seite auch kritisiert wird. Wir haben auch nicht den Aufzug, dazu werden wir ja nachher noch im Detail kommen, insgesamt wegen der Vermummten nicht gehen lassen, sondern haben ja bis in die schon konfrontative Phase hinein alle Möglichkeiten ausgeschöpft, das Versammlungsgrundrecht derjenigen, die sich ..., von denen wir angenommen haben, dass sie eine friedliche Versammlung durchführen wollten, auch zu gewährleisten. Das war die gesamte Leitlinie des Vorgehens an dieser Stelle. Selbst bei dieser sehr schwierigen Versammlung. Insofern sind wir auch nicht davon ausgegangen, dass sich die Worst-Case-Prognose, mit der man natürlich, wenn man auf alles vorbereitet sein will, immer auch rechnen muss, aber dass wir das Handeln ausschließlich auf diese Prognose ausgerichtet haben, sondern wir waren in jedem Einsatz, auch bei Welcome to Hell auf unterschiedliche Szenarien und Verläufe eingerichtet. Und entsprechend den dargestellten versammlungsrechtlichen Grundsätzen hatte auch Welcome to Hell selbstverständlich die Gelegenheit und die Versammlungsleitung es selbst in der Hand, einen friedlichen, störungsfreien Aufzug auf der kooperierten Strecke durchzuführen. Das war durchaus im Interesse der Einsatzführung und es war auch das Ziel. Und dass dieser Aufzug einen anderen Verlauf genommen hat, hat Gründe, die im Aufzug, in seiner Struktur und in seiner inneren Entwicklung gelegen haben und nicht daran, dass man Kooperationsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft hat, sondern die ... Also bis an den Rand dessen, was eben auch dann rechtlich möglich ist, hat man von diesen Kooperationsmöglichkeiten Gebrauch gemacht. Das ist mir schon wichtig an der Stelle.

Und zu der Frage, wie es sich mit ..., also zu Ihrer zweiten Frage würde ich einmal für das LKA Herrn Hieber bitten und gegebenenfalls ergänzend für die Versammlungsbehörde Herrn Lückfett.

Jan Hieber: Ja, vielen Dank. Also die Dienststelle, die Sie angesprochen haben, das LKA 702, die beschäftigen sich mit der Prävention gewaltzentrierter Ideologien, das ist beispielsweise der Dschihadismus, das ist der Rechtsextremismus und das ist auch der Linksextremismus. In der Tat waren die eingesetzt in dem Einsatzabschnitt Kriminalpolizeiliche Maßnahmen und ihre Aufgabe war es, zu versuchen, an den Stellen, wo es möglich ist, Verständnis zu schaffen, Vertrauen zu schaffen und entsprechend Konflikte zu vermeiden, auszugleichen. Insofern haben diese Mitarbeiter, die sehr innovativ unterwegs sind und auch denken, sich gefragt, ob sie die Chance hätten, bei der Versammlungsbehörde teilzunehmen an entsprechenden Kooperationsgesprächen. Und der Leiter der Versammlungsbehörde hat das bewertet und es gibt da ein Problem, das ihn offensichtlich dazu bewogen hat – vielleicht kann Herr Lückfett das ja gleich auch noch einmal ein bisschen ausführen –, davon abzusehen, von diesem Ansinnen. Das ist nämlich das Problem der Wirkung auch beim polizeilichen Gegenüber, denn diese Mitarbeiter sind nicht nur innovativ, dass sie also innerhalb des Apparates Polizei auch manchmal erklären müssen, was sie eigentlich tun, sondern auch bei ihrem Gegenüber kann natürlich das als Mitarbeiter des polizeilichen Staatsschutzes schnell zu Missverständnissen führen und zu Feindbildern, sage ich einmal, die da entstehen, die, wie ich mir vorstellen kann, auch der eine oder andere hier vielleicht im Kopf durchaus hat. Und insofern, ja, gab es dann diese Entscheidung von Herrn Lückfett. Und die Mail, die Sie da gerade angesprochen haben, die dürfte von mir kommen. Ich kann mich jetzt an den genauen Wortlaut nur dunkel erinnern, aber tatsächlich kenne ich natürlich den Sachverhalt und habe mich dann entschieden, habe das bewertet, die Einschätzung von Herrn Lückfett, und habe mich dann entschieden, da auch nicht weiter in die Diskussion zu gehen, sondern einfach ... Meine Bewertung war, dass jetzt für das Gehen solcher innovativen Wege der G20-Einsatz, der tatsächlich uns alle ja sehr fordert, vielleicht nicht der richtige Weg ist, um das zu etablieren, und habe insofern also Klarheit geschaffen mit dieser Mail, dass es also eine Anordnung gibt von mir, das nicht weiter zu verfolgen, dieses Ansinnen, bei der Ver-

sammelungsbehörde dabei zu sein, immer mit dem Hintergrund, dort nicht nachteilige Reaktionen hervorzurufen.

Also, im Fazit kann man sagen, es ging mir darum, die möglichen Vorteile, die man hätte erreichen können, ein Mehr vielleicht an Vertrauen und Verständnis, die habe ich deutlich überwogen gesehen von den möglichen Nachteilen, dass nämlich ein Mitarbeiter des Staatsschutzes bei diesen Kooperationsgesprächen anwesend ist. Und, ja, ich glaube, das hätte auch eben andersherum passieren können, dass wir uns hier wiedergesehen hätten in dem Ausschuss und Sie uns vielleicht das vorgeworfen hätten, wie das eigentlich sein kann, dass Staatsschutzmitarbeiter sich da befeißigen bei der Versammlungsbehörde, ich sage einmal, teilzunehmen. Aber vielleicht kann da noch ergänzt werden an der Stelle.

Hans-Jürgen Lückfett: Also die Situation hat sich für mich damals nicht so dramatisch dargestellt, wie Sie sie eben gerade vorgeführt haben. Ich bin angerufen worden, jemand vom Staatsschutz meldete sich und möchte am ersten Kooperationsgespräch mit der Gruppe van Aken teilnehmen. Und da habe ich drum gebeten, wir haben das erste Kooperationsgespräch, Sie kommen als Vertreter des Staatsschutzes und das hat eine ganz andere Signalwirkung, als wenn jemand aus einer Deeskalationsgruppe zu uns mitkommt, und deswegen habe ich darum gebeten, bei diesem Gespräch nicht ..., dass die Leute nicht mit teilnehmen. In der weiteren Phase hat sich diese Situation gar nicht mehr ergeben. Also eine erweiterte Anfrage kam gar nicht mehr auf mich zu.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Das war ja sehr nachvollziehbar. Herr Jarchow, bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja, vielen Dank. ...

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

Vorsitzender: Ja, Frau Schneider, aber es sind noch eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs Leute drauf. Ich habe Sie wieder auf die Liste gesetzt. Wir müssen ja irgendwie weiterkommen. Okay.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja, vielen Dank. Lassen Sie mich vielleicht am Anfang sagen, dass es sicherlich in der Natur dieses Ausschusses liegt, dass wir uns sehr viel mit der Polizei und auch mit dem Verhalten der Polizei beschäftigen. Mir scheint es manchmal etwas in Vergessenheit zu geraten, dass es ja durchaus auch einen Teil der Demonstranten gab, die keinerlei Interesse an einer friedlichen Demonstration hatten, sondern lediglich gewaltbereit dort auftreten wollten. Das dürfen wir einmal nicht ganz vergessen bei dem, was wir hier bewerten.

Ich komme zurück auf die Tagesordnung, auf die operative Umsetzung des Sicherheitskonzeptes und ich würde gern wissen, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei und Polizei gestaltet hat. Das ist mir nicht ganz deutlich geworden bisher. Zum einen die Frage, vielleicht an Herrn Dudde, ob überhaupt der Einsatzleitung bekannt war, wie viele Bundespolizisten zur Verfügung standen. Ich habe manchmal im Nachhinein bei den unterschiedlichen Pressemeldungen den Eindruck gehabt, die Zahlen gingen doch sehr stark auseinander.

Und dann des Weiteren, ob man eigentlich abgestimmt hatte, in welchem Bereich die Bundespolizei tätig ist, in welchem Bereich sie nicht tätig ist. Ich denke gerade an den Bahnhof Altona und an die Geschehnisse in der Bergstraße. Sie sprachen vorhin davon, dass man sich ja geeinigt hatte, dynamisch zu reagieren, ständig die Lage anzupassen. Ich hatte das Gefühl, dass gerade in der Situation die Bundespolizei gar nicht eingegriffen hat. Hat das irgendwelche Gründe? Das würde mich interessieren. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Ja, Herr Dudde, bitte.

Senator Andy Grote: Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Ja, sehr gern. Die Abstimmungen mit der Bundespolizei und das Kräftekonzept, das kam ja auch raus, als die Vertreter der Bundespolizei und des Bundeskriminalamts da waren, waren sehr eng. Das Kräftekonzept, was die Bundespolizei, das sind unterschiedliche Zahlen, ich bitte, das nur noch einmal zu verstehen, die Bundespolizei, wenn die den Auftrag G20 macht, dann ist der Einsatzraum bei denen irgendwas bei Berlin, Bahnstrecken, Angriffe auf die Infrastruktur, und die stellen sich noch auf Situationen ein wie Höhen und Tiefen, also Hakenkrallen in Oberleitungen et cetera pp. Von daher setzen die eine ganze Menge Kräfte ein, ich meine, wir reden hier über um die 3 000 Kollegen, die aber erst einmal keine Wirkung hier in Hamburg entfalten, sondern weit noch im Raum disloziert sind.

Den einzigen Punkt, wo wir uns immer eng abgestimmt haben, waren die operativen Kräfte, also die Einsatzhundertschaften hier in Hamburg, also die den Bereich Bahn gemacht haben, und das Mischkonzept mit Herrn Grossmann, also die Festnahmehundertschaften des Bundes, die bei uns in diesem Einsatz mit integriert waren. Und da wussten wir auch immer, wie viele Kräfte haben die gerade, wie viele haben wir. Und weil Sie ja die Zuständigkeiten ..., das geht jetzt gleich ineinander über, es gibt auch im Alltag hier in Hamburg, also auch bei Fußball oder bei allen anderen Versammlungslagen, die wir haben, grundsätzlich die Übereinkunft mit der Bundespolizei, dass die Tätigkeit der Bundespolizei oder auch unsere Tätigkeit nicht an irgendwelchen Dehnungsfugen von Gebäuden aufhört, sondern dass der Bürger erst einmal darauf einen Anspruch hat, dass ihm geholfen wird. Und die Zuständigkeit und wer dann die Maßnahme anordnet oder macht, das klären wir dann, wenn wir wissen, wer zuständig ist. Und insofern war mit der Bundespolizei abgesprochen, wir werden erst einmal alle tätig und werden es danach auseinanderziehen, wer was gemacht hat.

Inwieweit in Altona die Bundespolizei am Freitagmorgen überhaupt die Chance hatte einzuschreiten, hat ja was mit personeller Stärke in dem Bereich zu tun. Das steht jetzt zwar nicht auf der Tagesordnung, aber ich weiß nicht, ob Herr Grossmann da gegebenenfalls was zu sagen kann. Es gab jedenfalls kein Konzept ..., also kein Konzept hätte vorgesehen, dass die Bergstraße entglast wird und die Bundespolizei auf dem Gelände des Bahnhofs stehenbleibt.

Senator Andy Grote: Vielleicht dazu noch ergänzend ... Herr Hieber könnte noch vortragen, wie die konkrete Situation der Bundespolizisten in der Bundespolizeiwache Altona war am Freitagmorgen und welche Möglichkeiten die hatten, einzuschreiten.

Vorsitzender: Bitte.

Jan Hieber: Also das ist nur ein singulärer Eindruck. Ich habe mich mit einem Kollegen unterhalten, mit dem wir zusammenarbeiten, der im Streifenwagen gesessen hat zu dem Zeitpunkt, als dieser gewalttätige Mob von der Elbchaussee in Richtung Bahnhof Altona zog und ein Teil dieser Gewalttäter sich löste und die dort geparkten Streifenwagen angriff. Dieser Bundespolizist erzählte mir, dass er mit gezogener Waffe im Streifenwagen saß und im Grunde genommen diese Steine, die dann ..., und den Bewurf an den Fahrzeugen sozusagen erst einmal über sich ergehen ließ, weil die einzige Möglichkeit, Handlungsmöglichkeit, die sie gehabt hätten, wäre der scharfe Schusswaffengebrauch gegen die Täter gewesen mit entsprechend unabsehbaren Folgen. Insofern, das vielleicht als einen ganz kleinen Splitter sozusagen zur Betroffenheit der Bundespolizei und ihren Einsatzmöglichkeiten in dem konkreten Fall.

Vorsitzender: Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, ich bin im Grunde auch an ähnlicher Stelle mit meinen Fragen. Ich würde zwei As... – Der Ton ist hier wirklich heute etwas merkwürdig, es hallt.

Vorsitzender: Ja, es hallt heute sehr. Wir haben eine schlechte Tonqualität heute. Aber, ist manchmal so.

Abg. Antje Möller: Ja, ja. Wollen einmal gucken. Also, ich würde gern anfangen bei dem, was Herr Dudde beschrieben hat, wie sich sozusagen im Laufe der Situationsveränderung auch der Kräfteausgleich entwickelt. Dazu konkret noch einmal die Frage, wie sich die Aufstellung der Kräfte morgens, am 7. Juli früh morgens, dargestellt hat und wie Sie auf die Entwicklung des Tages reagiert haben. Also wie haben sich die Maßnahmen aufgrund der aktuellen Ereignisse dann bis zum Mittag hin verändert? Jetzt nicht bei der Bundespolizei, sondern bei den hamburgischen Einsatzkräften.

Und damit auch noch einmal im Zusammenhang die Frage, jetzt weiterhin außerhalb der Demonstrationen, wir haben ja auch schon ein bisschen darüber gesprochen, diese Aktionsformen, die sich orientiert haben an EZB-Eröffnung oder Blockupy und so weiter, die Stichworte haben wir alle schon besprochen, also die ... Im Innenausschussprotokoll könnte man noch einmal nachlesen, Herr Dudde, dass Sie gesagt haben, zwölf Stunden Alarmdienst auf den Wachen und die Besetzung der Streifen auf den Wachen sind sozusagen angepasst worden an dieses Konzept, was zu erwarten war. Würden Sie da im Nachhinein sagen, dass das ausreichend war, um solchen nicht wirklich erwartbaren Aktionen, aber vielleicht doch prinzipiell erwartbaren Aktion, um diese zu beherrschen oder um ... Hätte man hier in der Nachbetrachtung mit einem anderen Szenario mehr erreichen können? Kann man dazu etwas sagen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Wenn ich das richtig verstanden habe, ist das einmal die Frage, am Morgen des 7. Juli, wie weit ist von der regulär geplanten, vom regulär geplanten Kräfteinsatz, auch, wer wann aus dem Dienst geht, wer wann in den Dienst kommt, abgewichen worden. Und wahrscheinlich geht es auch um die Nachalarmierungssituation am Morgen des 7. Juli, wie ist es dazu gekommen. So, und das Zweite betrifft, glaube ich, den Punkt, Umgang mit der sogenannten Kleingruppentaktik und wieweit kann man das mit den PK-Besetzungen abdecken, wie stark waren die, auf was waren wir eingerichtet, auf was nicht, und hätte man im Grunde genommen mit der Situ... wie ist die Situation Altona, morgens Elbchaussee, wie ist die vor diesem Hintergrund zu sehen. Das ist, glaube ich, so ein bisschen die Zielrichtung.

Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Ja, sehr gern. Fangen wir mit der Kräftesituation am Freitagmorgen an. Wir hatten, das war ja im Ausschuss auch schon hinreichend erörtert worden, eine Lage für den Tag, was am Freitagmorgen so alles passieren sollte. Der Hafen sollte lahmgelegt werden, Infrastruktur angegriffen und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, in den Bereich der Messe zu kommen. Dann hat sich am Morgen ... Und da waren wir drauf eingestellt. In diesen Bereichen, von denen wir Kenntnis hatten, hatten wir Kräfte aufgestellt.

Die Lage hat sich am Morgen dann da gleich dynamisch verändert. Das ist der Bereich Ronnenbarg und das ist auch alles das, was in Altona im Bereich Große Bergstraße/Elbchaussee passiert ist. Das Kräftekonzept hat sich jetzt sozusagen natürlich sofort komplett geändert. Wir haben die Kräfte, die wir im Hafen hatten für die ... um den Hafen vor Angriffen auf die Infrastruktur zu schützen, nach Altona geschickt in den Bereich Bergstraße, unter Zurücklassung von fast gar keinen Kräften mehr im Hafen, obwohl wir auch da Vermummte hatten und nicht ganz klar war, wie es sich weiterentwickelte.

Wir haben, da wir alle Kräfte in die ... da auch die Marschstrecken für die Staatsgäste in Teilen blockiert waren und wir auch im Innenstadtbereich überall Kleingruppen unterwegs hat-

ten, versucht, in diesem Bereich mit Kräften zu verdichten, also auch da Kräfte hinzuschicken, was dazu geführt hat, dass das geplante Freimachen und Freihalten der Elbphilharmonie für die Abendveranstaltung nicht durchgeführt werden konnte, weil die Kräfte woanders gebraucht wurden. Das wiederum hat dazu geführt, dass wir die Kräfte des Nachtdienstes, des Veranstaltungsschutzes nicht nach Hause geschickt haben, sondern denen freundlich die Anordnung erteilt haben, jetzt Richtung Elbphilharmonie, jetzt sichert ihr das ganze Gelände und wir müssen mal gucken, wann wir euch rauslösen können.

Und das war auch der Zeitpunkt, das war dann so gegen 8 Uhr, wo man merkte, wir haben jetzt überall Örtlichkeiten, an denen wir Auseinandersetzungen haben, Störungen, Sachbeschädigung oder Angriffe, wir haben aktuell alle Kräfte, die wir haben, im Einsatz oder sie sind im Einsatz gebunden, wir haben kaum noch frei verfügbare Kräfte, wir haben die Kollegen, die den Nachtdienst bereits gemacht haben, in Dienst behalten, und insofern kam dann um acht von mir die Anordnung, per Blitzfernschreiben im Bund zu fragen, was wir noch kriegen können, um dafür zu sorgen, bei einem gedachten weiteren Verlauf in dieser Dimension reiben wir die Kräfte auf, weil, kein Mensch kann 48 Stunden arbeiten. Und das war der Moment der Grundidee, wir fragen im Bund noch einmal nach, ob noch Kräfte nach Hamburg entsandt werden können.

Reicht das zur ersten Frage mit der Kräftedynamik?

Und das Thema ... Im Nachhinein, ja, genau, weil oft ja schon ... Frankfurt nachgefragt wurde, EZB-Bank-Eröffnung, da hatten wir einen Angriff auf eine Polizeiwache mit mehreren ausgebrannten Fahrzeugen, gegen den die Kollegen sich nicht erwehren konnten. Das wollten wir mit diesem sogenannten Konzept ja eigentlich verhindern, haben aber in einem Szenario gelebt, wir reden über Kleingruppen, also ein Block mit 250 Vollvermummten, die alles beschädigend oder angreifend durch Altona ziehen, haben wir in der Dimension nicht gerechnet, und das sagt einem ja der Laie schon. Es waren ja Polizeikräfte aus Altona schnell da. Das Problem ist eben bloß, mit zwei Streifenwagen können Sie sich so einem Mob nicht gegenüber aufstellen. Das führt dazu, dass die Autos hinterher weg sind, feuerverzinkt oder ... wir müssen das aufgeben. Das ist geradezu Wahnsinn, sich dieser Aufgabe zu stellen. Wenn man das dann nimmt, sagt man, ja, genau, für diesen schnellen Moment waren wir kräftemäßig nicht ausreichend aufgestellt, das können keine Einzeldienstkräfte mit ein paar Peterwagen lösen. Die Dimension der Größenordnung eines solchen Mobs und die hohe Gewaltbereitschaft, die hat uns an der Stelle überrascht.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator.

Senator Andy Grote: Ergänzend dazu noch kurz der Polizeipräsident.

Vorsitzender: Ach so, ja, bitte.

Ralf Martin Meyer: Ja, ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen, dass Herr Grossmann ja die Aufstellung seiner 14 Hundertschaften bereits in der Sitzung vom 19. Juli, im Protokoll nachzulesen Seite 85/86 ff., aufgezeigt hat. Daraus kann man eigentlich sehen, dass es doch eine ganze Menge war, die sich eben aufgestellt haben für Großgruppen, und jetzt ist ja eben klar geworden, dass die Ursprungsvorstellung, es brennen zwei Fahrzeuge in Wandsbek, das soll das Revier machen, mit dieser Gruppe, die dort in Altona war, nicht in Einklang zu bringen war, weil es schlichtweg keine Kleingruppe war. Das muss man, finde ich, nur noch einmal sich auf der Zunge zergehen lassen. Und wir haben ja beim letzten Ausschuss, finde ich, auch noch einmal eine wichtige Information festgestellt, dass wir diese Altonaer Gruppe tatsächlich nicht aus dem Camp haben kommen sehen, sondern tatsächlich, sie war plötzlich da, wo auch immer sie sich verdeckt aufgehalten hat und verdeckt verabredet hat, sodass der Ursprungsgedanke, warum seid ihr nicht in der Lage, mit

14 Hundertschaften darauf zu reagieren, ein Stück weit auch dadurch erklärbar ist und dann natürlich das Verschieben von den Kräften von Herrn Grossmann auch nicht mehr in der Zeit so schnell möglich war, weil die sich auch ja sehr, sehr schnell durch Altona bewegten. Ist zumindest noch einmal eine ergänzende Erklärung.

Senator Andy Grote: Aber wenn man auf die Frage von Frau Möller, wie würden wir ... gehen wir davon aus, dass wir konzeptionell da für die Zukunft gut aufgestellt sind, wenn so etwas noch einmal passieren würde, muss man sagen, das ist bestimmt ein Punkt, wo man für die Zukunft über etwas anderes nachdenken muss. Weil wir einen von der Gesamtdramaturgie abgesetzt agierenden, nicht als Kleingruppe, sondern großen agierenden Block gehabt haben, wo die schnell verfügbaren Kräfte von den PKs nicht stark genug waren, und die Kräfte, die stark genug gewesen wären, nicht schnell genug verfügbar waren. Das heißt, wir bräuchten für die Zukunft, wenn man das weiter denkt, schnell verlegbare, mobile, robuste Kräfte in größerer Stärke.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Herr Senator. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Vielen Dank. Es wurde eingangs gesagt, die versammlungsfreundliche Haltung, und es wurde auch erwähnt, die Polizei, die Versammlungsbehörde sei als Unterstützer von Demonstrationen zu sehen. Genau das ist ja richtig und genau das erleben wir ja auch. Man muss aber dazusagen, für die Demonstrationen, die die Voraussetzungen des Grundgesetzes erfüllen, die friedlich und ohne Waffen erfolgen, und die gilt es ja auch zu schützen vor denjenigen, die das Demonstrationsrecht missbrauchen, die Versammlungsfreiheit missbrauchen für Straftaten, so wie wir sie bei Welcome to Hell erlebt haben. Insofern muss man da, glaube ich, und da würde ich Herrn Jarchow zustimmen, auch Ursache und Wirkung und diejenigen, die hier die Rechtsverfehlungen begangen haben, sauber trennen und das Ganze auch so benennen. Und da in der Tat wäre meine erste Fragen an Sie, Herr Senator, ob das Versammlungsrecht aus Ihrer Sicht genug Möglichkeiten gibt bei Demonstrationen, von denen von vornherein erkennbar ist, dass sie nicht friedlich angelegt sind, bei Welcome to Hell gab es ja ausreichend Hinweise, dass Teile, ich bin da vorsichtig, zumindest Teile andere Absichten haben als eine friedliche Demonstration, um darauf ausreichend einzugehen, um auch die Grundrechte anderer zu schützen, um für einen friedlichen Verlauf zu sorgen, ist da aus Ihrer Sicht die Möglichkeiten, die Ihre Behörde hat, darauf einzugehen, sind die ausreichend.

Ich würde zwei Fragen noch bündeln, vielleicht sind wir dann schneller mit dem Punkt durch. Das Zweite wäre die Frage an den Polizeipräsidenten. Sie hatten vor dem Gipfel gesagt in einer Pressekonferenz, dass es eine sehr schnelle Reaktionszeit der Polizei unter einer Minute gebe, sie also überall in der Stadt sehr schnell vor Ort sein könnten. Selbst wenn ich annehme, dass Sie damit auch die Eingreifkräfte meinten, haben wir ja erlebt, dass das nicht überall der Fall war. Deswegen würde ich Sie bitten, das noch einmal zu erklären, wieweit sich das im Sicherheitskonzept wiedergefunden hat und wieso das am Ende nicht so funktioniert hat, wie es vorher angekündigt wurde.

Und die dritte Frage, noch auf den Freitagmorgen aus dem Camp bezogen, Sie haben eben dargestellt, wie Sie sich auf das Camp eingestellt haben, auch kräftemäßig. Wir hatten in der letzten Sitzung ja auch das Thema, und das war dann auch den Medien jetzt zu entnehmen, dass es am Vorabend Hinweise des Verfassungsschutzes gegeben haben soll, bezogen auf dieses Camp. Inwieweit hat das Einfluss auf Ihr Konzept, auf Ihre strategische Aufstellung gehabt in dem Wissen, dass am Freitagmorgen da etwas passieren wird? Letztes Mal sagten Sie, man wusste nicht genau was und in welchem Umfang, aber es gab ja eine Vorlaufzeit mit Hinweisen. Inwieweit war das relevant für Veränderungen oder Reaktionen innerhalb der Strategie?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, vielen Dank. Die Hürden, die es gibt, wenn man Versammlungen einschränken will mit Auflagen oder bis hin zu einem Verbot, sind ja nicht welche, die ich in Versammlungsgesetzen frei wähle, sondern die verfassungsgerichtlich determiniert sind, die Kernentscheidung ist genannt worden mit den wesentlichen Grundsätzen, die da entwickelt wurden. Darauf hat sich dann ja in der weiteren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts noch einiges weiter aufgebaut, sodass das im Wesentlichen eigentlich maßgeblich ist dafür, wie wir mit Versammlung umgehen. Und das bedeutet, dass die Hürden auch mit Versammlungen, für die es deutliche Hinweise auf einen unfriedlichen Verlauf gibt, die Hürden, die trotzdem bestehen dort mit Einschränkungen, Auflagen oder auch einem Verbot zu agieren, trotzdem sehr hoch sind, trotz auch sehr deutlicher Gefahrenprognosen. Die Grundwertung ist, dass der Staat sehr, sehr viel unternehmen muss, um möglichst doch einen störungsfreien Verlauf der Versammlung insgesamt oder jedenfalls desjenigen Teils der Versammlung, die auch friedlich-kooperativ aufgestellt sind, zu unternehmen. Und das war entsprechend auch unsere Leitlinie.

Etwas haben wir allerdings ja in Hamburg, was nicht in allen Versammlungsgesetz... oder nicht mehr überall der Rechtslage entspricht, Vermummung ist bei uns ein Straftatbestand. Und deswegen ist das doch ein ... halte ich das für ein gutes Instrument, eben auch zu unterscheiden, wann wird eine ... wann stellt sich eine Versammlung so auf, dass sie sich auf die Begehung von Straftaten vorbereitet oder jedenfalls eine größere Zahl von Teilnehmern – da ist ja dann immer die Frage, wie erheblich ist diese Anzahl, prägt sie die Versammlung insgesamt –, aber das ist ein wichtiger Indikator dafür, ob mit einem friedlichen Verlauf zu rechnen ist oder ob dort in größerer Zahl mit Straftaten zu rechnen ist. Und das war ja auch ein entscheidendes Kriterium im Umgang mit der Welcome-to-Hell-Versammlung.

Für die Frage der Reaktionszeit eine Minute, bei der es, glaube ich, um die Interventionskräfte ging, würde ich an den Polizeipräsidenten geben, zum Camp müssen wir einmal sehen, das haben wir ja schon sehr ausführlich, glaube ich, hier auch dargestellt. Und ich glaube, wir haben auch dargestellt, dass wir auf das, was vom Camp ausgehen würde, eingestellt waren und ja auch uns keine Gruppe, die das Camp verlassen hat, verlorengegangen ist. Das Problem war eine Gruppe, die wir dem Camp nicht zugeordnet haben oder auch bis jetzt nicht zuordnen können. Aber dazu würde Herr Dudde noch einmal etwas sagen.

Herr Meyer.

Ralf Martin Meyer: Ja, die Aussage bezog sich auf die mir gegenüber dargestellte Konzeption des Einsatzabschnitts Intervention durch die Spezialeinheiten, das waren ja 600 ungefähr, und deren mobile Aufstellung. Also wie die jetzt aufgestellt waren, würde ich jetzt im Einzelfall nicht sagen, aber die waren sehr mobil aufgestellt. Ergänzt durch diese Vorstellung, dass dieser Alarmdienst an den Wachen eben dort auch zu einer sehr hohen Präsenz führt und die ja auch sehr schnell sein würden, ohne jetzt das Szenario zu begrenzen im Kopf, sondern das war eine Ergänzung. Und wir hatten ja auch an diesem Morgen, wie ich gerade dargestellt habe, auch eine große Raumschutz- und Eingreifkomponente. Herr Grossmann allein hat 14 Hundertschaften gehabt. Also diese Kräftekonstellation insgesamt hat mich zu der Aussage gebracht – ob ich sie heute noch einmal wiederholen würde, würde ich eher vorsichtig mit sein –, aber das war jedenfalls zum damaligen Zeitpunkt die Aufstellung, die dazu geführt hat, diese schnelle Reaktionszeit, die in Wahrheit noch ein bisschen kürzer war, jedenfalls so, wie man sie mir zugerufen hat, ich habe ein bisschen 'was draufgepackt, aber wir sehen, das Leben kommt dann manchmal doch anders.

Hartmut Dudde: Ja, zum Thema Camp, ist schon angesprochen worden, da haben wir, glaube ich, eine ganze Menge gesagt. Die Informationen, die uns im Führungsstab vorlagen,

waren klar darauf ausgerichtet auf die Örtlichkeiten, die ich benannt hatte. Ich hatte ja erwähnt, wo wir unsere Kräfte hingestellt hatten, die wir da abgezogen haben. Und es gab die klare Aussage, die Störungen werden nicht dort passieren, sondern die werden dort passieren, wo die hinwollen. Weil, die wollen da ja hin, sonst ist das ja alles ein bisschen kompliziert. Deshalb hatten wir eine vernünftige Aufklärung in dem Bereich. Herr Grote hat es auch gesagt, wir sind an allen Gruppen drangewesen. Und erst, als deren Weg oder deren Art und Weise, den Weg dorthin einzuschlagen, aus dem Ruder lief, sind wir eingeschritten und haben gesagt, jetzt muss das aufhören. Sicherlich in der Spitze Rondenbarg war das der größte Peak oder das größte oder schwerste Zusammentreffen, mit allen anderen Fingern haben wir ja auch teilweise Reibereien gehabt. Aber wir hatten keine Hinweise darauf, nie einen konkreten Hinweis darauf, dass das im Bereich des Camps so passieren wird, wie es passiert ist.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Schumacher.

Abg. Sören Schumacher: Ja, vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender. Wir beschäftigen uns ja hier unter Tagesordnungspunkt – Die Akustik ist aber wirklich schlimm. – unter Tagesordnungspunkt a) im Grundsätzlichen noch einmal mit der Gesamtkonzeption des Einsatzes. Sie haben das ja auch noch im Eingangsstatement, Herr Dudde, genau beschrieben, was für ein dynamisches Konzept das war. So kam es ja auch während des gesamten Einsatzgeschehens über die Tage um Nachorderung von Kräften aus anderen Bundesländern, und hier würde mich interessieren, was führte zu dieser Entscheidung beziehungsweise welche Auswirkungen hatte das auf das Gesamteinsatzkonzept.

Senator Andy Grote: Vielleicht kann man den Kontext auch noch einmal darstellen, dass die Nachalarmierung auch nicht etwas ist, was wir aufgrund einer ganz speziellen Situation erstmalig bundesweit gemacht haben, sondern dass das durchaus eine weitere Stufe in einer üblichen Verfahrensweise ist.

Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Das muss man sicherlich vorweg sagen, dass deutsche Polizeien damit durchaus geübt sind. Es gab sogar im Nachhinein noch einmal die Frage, nur der Vollständigkeit halber, was hättest du eigentlich gemacht, wenn das auch nicht gereicht hätte. Dann wären noch mehr gekommen. Weil, die Polizei ist darauf eingestellt. Die Entscheidung war, wie gesagt, wir hatten den G20-to-Hell, also den Donnerstag, die Kräfte von Herrn Grossmann und auch die Kräfte der eigenen Abteilung hatten bis nachts um drei gearbeitet, ohne richtig zur Ruhe überzugehen. Dann ging es morgens, also ja ab 5 Uhr, kann man sagen, mit einer Dynamik weiter, die uns so zumindest nicht bewusst war. Das heißt, wir hatten da schon Dienstzeiten, die deutlich über 24 Stunden waren. Und da war klar, wenn der Freitag dann, der Haupttag ja eigentlich, das war ja eigentlich der Haupttag des Gipfels, wenn der in dieser Dynamik so weitergeht, dann werden die Kräfte, die wir im Dienst haben, ganz schlicht irgendwann aufgebraucht sein.

Und dann ist es ja eine Entscheidung, wenn, alarmiere gleich. Noch drei Stunden zuzuwarten, ob die Lage sich beruhigt, sich ins Gute wendet, besser wird, ist zu spät. Weil, Sie dürfen ... Das wissen Sie aus den Unterlagen, wir haben Kräfte aus München bekommen. Die müssen auch faktisch hier erst einmal ankommen. Das hat alles geklappt, ich gebe sogar zu, dass ich im Nachhinein immer noch überrascht bin, mit was für einer wirklich Geschwindigkeit Kräfte auch aus dem Süden der Republik hier in den Einsatz kamen und uns auch am Freitag noch zu einsatzrelevanten Zeiten zur Verfügung standen, dann geht das nur, wenn Sie das gleich entscheiden.

Weil, kein Kollege ist böse, wenn wir den aus München alarmieren, der hierher fährt und wir auf der Anfahrt sagen, kannst du abbrechen, fahr wieder nach Hause. Das ist aber immer noch besser, als gegebenenfalls mit leeren Händen hier zu stehen und dann zu sagen, ja, hättest du doch 'mal. Deshalb muss diese Entscheidung schnell und frühzeitig stattfinden. Und deshalb war dann der Freitagmorgen bei der Gesamtsituation, die wir über Hamburg hatten, für mich das Gebot der Stunde.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Wir haben jetzt noch Frau Schneider, Herrn Jarchow, Herrn Tjarks, Herrn Gladiator, Herrn Warnholz. Ich fände es ganz gut, wenn wir insoweit zügig weitemachen, als dass wir dann zu den Versammlungsläufen heute noch kommen können.
Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Vielen Dank. Ich stelle zunächst meine Nachfrage, die ich eben hatte stellen wollen, an den Senator. Und zwar haben Sie – Entschuldigung, wenn ich Sie jetzt falsch wiedergebe, bitte, dass Sie mich gleich korrigieren –, ich habe Sie so verstanden, dass Sie sagen, Sie haben sehr intensiv kooperiert, sozusagen bis an die Grenze des rechtlich Möglichen. Jetzt liegt mir die Anmeldebestätigung für die Demonstration Welcome to Hell vor, aus der geht hervor, dass diese Demonstration angemeldet worden ist am 16. Januar, dass es eine telefonische Kooperation am 3. April gegeben hat mit dem Anmelder und ein Kooperationsgespräch am 22. Juni, die Anmeldebestätigung ohne Auflagen – das wird gleich noch einmal eine Rolle spielen im nächsten Tagesordnungspunkt – ist dann am 4. Juli eingegangen. Würden Sie das wirklich sagen, dass das intensiv bis an die Grenze des rechtlich Möglichen ist? Das scheint mir angesichts dessen, wie Sie diese Demonstration im Vorfeld ja eingeschätzt haben, also welche Prognosen da vorlagen, scheint mir das nicht einmal ein Minimum zu sein an Kooperation. Aber da würde ich jetzt gern Ihre Meinung zu wissen.

Da schließt sich dann gleich meine nächste Frage an Herrn Behrendes an, weil wir ja schon ... Es geht ja auch um die Frage, wie soll ich einmal sagen, wie entsteht eine belastbare Dialog- und Vertrauenskultur. Mir ist aus Ihren Publikationen deutlich geworden, dass Sie einer belastbaren Dialog- und Vertrauenskultur zwischen Veranstalterinnen und Veranstaltern auf der einen und Polizei auf der anderen Seite eine große Bedeutung zumessen. Welche Erfahrungen haben Sie mit der Entwicklung einer solchen Dialog- und Vertrauenskultur gemacht? Wer soll da eigentlich miteinander reden? Was sind Erfolgsbedingungen? Das ist ja alles nicht ganz einfach. Und was sind die Anforderungen an die Polizeiführung auf der einen und an die Veranstalterinnen und Veranstalter auf der anderen Seite?

Und dann würde ich noch eine zweite Frage an Sie auch, Herr Behrendes, anschließen, das würde dann irgendwie auch dann bald zu dem nächsten Tagesordnungspunkt der Welcome-to-Hell-Demonstration anschließen. Wie sind Sie in Ihrer langjährigen Praxis als verantwortlicher Polizeiführer mit der Problematik der Vermummung umgegangen?

Vorsitzender: Frau Schneider, ich gebe zu bedenken, dass nicht der nächste Tagesordnungspunkt Welcome to Hell ist, sondern erst das hedonistische Massencornern kommt.

(Abg. Christiane Schneider: Dann der übernächste!)

Auch auf Ihren Wunsch hin.

(Abg. Christiane Schneider: Ja!)

Insofern, Sie hatten jetzt eine Frage an den Senator gestellt, die sich mit Welcome to Hell beschäftigt. Wir können die jetzt machen, wir werden sie hier heute noch beantworten, die Frage, aber ist sie wirklich richtig an diesem Tagesordnungspunkt? Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ja, die ist für mich an diesem Tagesordnungspunkt wichtig, weil ich es ja schon mit der Versammlungsfreundlichkeit auch der Polizei habe, ...

Vorsitzender: Dann machen wir das.

Abg. Christiane Schneider: ... und da spielt der Dialog, die Gesprächskultur eine Rolle.

Vorsitzender: Ja, ist verstanden. Dann machen wir das an der Stelle. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Dann will ich das noch einmal ganz deutlich machen vielleicht. Die Versammlungsfreundlichkeit und der Kooperationswille und das sehr, sehr hohe Maß an Kooperationsbereitschaft macht sich ja an verschiedenen Dingen fest. Wenn Sie jetzt ... Und das macht sich, glaube ich, nicht unbedingt an der Zahl der Kontakte mit dem einzelnen Veranstalter oder mit dem einzelnen Versammlungsanmelder fest. Wobei ich glaube, vier oder fünf Kontakte jetzt auch nicht wenig sind. Wir haben ... Immerhin war diese Versammlung dann doch auch nur eine von 149, und das Ergebnis war, dass die gesamte angemeldete Strecke so, wie sie angemeldet wurde, gegangen werden konnte und akzeptiert wurde, obwohl sie an mehreren Reizobjekten vorbei bis unmittelbar zum Veranstaltungsgelände geführt hat, dass sie – über Verbot will ich jetzt gar nicht mehr reden – keine Auflagen erhalten hat, dass man sich insoweit einig war. Insofern braucht man da auch nicht noch ewig weiter zu kooperieren. Es gab gar keine Differenzen mit dem Anmelder.

Das Zweite. Auch am Tag der Versammlung und im Versammlungsverlauf ist weiter sehr intensiv kooperiert worden beziehungsweise versucht worden zu kooperieren. Das ist erst an dem Punkt an eine Grenze geraten, wo wir feststellen mussten, da werden wir ja nachher noch weiter drauf eingehen, dass der Versammlungsleiter keinen wirklich steuernden Einfluss auf den nicht unerheblichen unkooperativen, verummten Teil der Versammlung hatte. Haben wir ja innerhalb des Schwarzen Bereichs zwei unterschiedliche Blöcke gehabt, einer, der reagiert hat, einer, der nicht reagiert hat und auf den ganz offenkundig der Versammlungsleiter auch keinen Einfluss hatte. Insofern kommt man dann auch mit der Kooperationsfähigkeit an die Grenzen, weil einem dann irgendwo der Gesprächspartner fehlt.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Behrendes bitte.

Udo Behrendes: Ja, zu der ersten Frage, belastbare Dialog- und Vertrauenskultur, wie entwickelt man das. Vielleicht noch einmal zur Grundbedeutung. Das ist ja eine Forderung des Bundesverfassungsgerichts im Brokdorf-Beschluss, aber es ist nicht nur eine Forderung, ich sage einmal, aus dem juristischen Elfenbeinturm, sondern es ist auch die tragende Erkenntnis aus allen einschlägigen sozialwissenschaftlichen Studien. Ich erinnere insbesondere an die grundlegenden Studien der sogenannten Gewaltkommission der Bundesregierung, der schwarz-gelben Bundesregierung, aus dem Jahre 1990. Aus all diesen Studien geht hervor, dass die Frage des Vertrauens und des Dialogs, und zwar auf allen Ebenen, Teilnehmer, Veranstalter, Polizeiführung, der einzelne Polizeibeamte, der Schlüssel zu einer möglichst gewaltfreien und konfliktarmen Protestkultur ist.

Ich hatte vorhin auch schon versucht deutlich zu machen, dass es insbesondere darum geht, die positiven Kräfte aus einer heterogenen Großdemonstration zu mobilisieren, also die Friedlichen zu mobilisieren, die stark zu machen. Denn es passieren ja ganz viele Binnenprozesse in einem solchen heterogenen Veranstalter- und Teilnehmerkreis. Und eine Gefahr liegt darin, dass man diese Chancen verspielt, wenn man eben am Anfang schon vor der eigentlichen Kooperation bestimmte Grenzen setzt, und ich wiederhole das noch einmal und zitiere auch noch einmal Innensenator Grote von der letzten Sitzung, die mit dem grundsätzlichen Campverbot und dem großflächigen Demonstrationsverbot ja Zeichen gesetzt haben, bevor man überhaupt anfängt zu kooperieren. Und zwar jetzt wirklich bezogen auf die Friedlichen, ich sage noch einmal, 148:1 ist ja auch das Ergebnis Ihrer Bilanz. Und von diesen pauschalen Verboten, glaube ich, und es glaubt eben auch der Innensenator, so sein Zitat in

der letzten Sitzung, dass das das Gesamtklima zwischen Polizei, Versammlungsbehörde und Demonstranten belastet hat.

Meine Erfahrung ist, dass man, wenn man die friedlichen Kräfte auf Veranstalterebene, Teilnehmerebene stärkt, dass dann es entweder zur Integration gewaltbereiter, gewaltaffiner Gruppen kommen kann oder zu Isolierung. Das Bundesverfassungsgericht nennt immer diesen Begriff Isolierung gewalttätiger Gruppen, adressiert übrigens diese Forderung in erster Linie an die Veranstalter und erst in zweiter Linie an die Polizei. Die Polizei soll grundsätzlich zuwarten, ob es gelingt, ob es den verantwortlichen Veranstaltern gelingt, diese, ich nenne es einmal Selbstreinigungsprozesse, selbst vorzunehmen. Und ich kenne auch Beispiele, dass es eben aufgrund eines Konsenses auf den heterogenen Veranstalterebenen dann dazu gekommen ist, dass sehr gewaltbereite Gruppierungen ihre Gewalt an diesem Tag nicht umgesetzt haben.

Ich kann mich an Demonstrationen in Bonn mit dreieinhalb Tausend Autonomen aus der gesamten Republik, das war noch Hamburger Hafendamm, klingt heute wie Folklore, und anderen Adressen, dass es gelungen ist, durch die Integration eines Veranstalters einer Hunderttausenderdemonstration damals zum Asylrecht, gelungen ist, dass die nicht einen Stein geworfen haben, sondern zwei symbolische Leuchtraketen abgeschossen haben. Denn natürlich gibt es Gruppierungen, Ihr Beispiel ist Altona, wo es um reine Gewalt geht, um blanken Landfriedensbruch. Die meiste Gewalt im Kontext von Demonstrationen entsteht aber im Rahmen von Interaktion. Und diese Gewalt muss sich rechtfertigen innerhalb eines heterogenen Bündnisses. Und wenn es gelingt, eben eine Kommunikationsbasis entsprechend aufzubauen, dass dieser Konsens auch trägt, dann kann es eben auch gelingen, dass sich durchaus gewaltaffine Gruppierungen an diesen Konsens halten. Bis dahin, auch das ist etwas, was wir damals praktiziert haben, dass man einfach solchen Autonomen auch den Gegner wegnehmen kann.

Wir haben beispielsweise – wenn Sie wollen, kann ich Ihnen das noch näher erläutern – unter meiner Verantwortung dreieinhalb Tausend Autonome mit 30 Polizisten in normaler Uniform durch die Bonner Innenstadt begleitet, und es war klar, dass man – die Gesamtdemonstration umfasste 100 000 – ... und es war klar, dass diese Autonomen einen Übergriff gegen diese 30 Polizisten weder vor sich selbst noch vor den anderen Demonstrationsteilnehmern rechtfertigen konnten. Ich sage nicht, das klappt immer so, ich führe es nur auf, dass das alles gehen kann, wenn man eine belastbare Dialog- und Vertrauenskultur entwickelt.

Wer soll reden, haben Sie noch gefragt. Alle Ebenen. Ich habe selbst auch immer ein bisschen ein Problem, wenn man dann mit einem Einsatzabschnitt oder Unterabschnitt Kommunikation erarbeitet, weil es ein bisschen suggeriert, als seien nur diese Teilgruppen der Polizei für Kommunikation zuständig. Kommunikation muss vom Polizeiführer bis zum Kollegen auf der Straße das Ziel überhaupt sein, weil es, wie gesagt, der Schlüssel ist.

Letztes dazu, Sie fragen, wie kann man das installieren. Ich denke, gerade in einer Großstadt, wo es immer wiederkehrende Akteure bei Demonstrationen gibt, muss man nach dem, ja, alten Sepp-Herberger-Grundsatz verfahren, nach der Demo ist vor der Demo. Kommunikation also nicht vorher, während – natürlich belastbare Kommunikation innerhalb der Demonstration oder während der Demonstration –, aber auch danach. Also beispielsweise gemeinsame Auswertungen, denn im Grunde sind die ja die Erlebnisse, die Erfahrungen, die beide Seiten gemacht haben, dann wieder die Ausgangslage für die nächste Demonstration. Wir haben in Bonn in den Neunzigerjahren eben – ich erinnere daran, Bonn, Bundeshauptstadt, also häufiger Austragungsort von vielen bundesweiten Demonstrationen – das Bonner Forum Bürger und Polizei als eingetragenen Verein gegründet, ein Dialogansatz, um über

Demonstrationen zu streiten nach festgelegten Kriterien – wir waren ein eingetragener Verein –, aber eben auch, um immer wieder zueinanderzufinden und eine neue Basis für die nächste Demonstration zu erreichen. Nach meinen Recherchen haben Sie so was Ähnliches übrigens einmal vor 50 Jahren auch hier in Hamburg gehabt. In den Sechzigerjahren hat der damalige Innensenator Heinz Ruhnau eine solche Runde, eine sogenannte Planungsgruppe gegründet, wo es also im Grunde auch um einen institutionalisierten Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft ging.

Zweite Frage, Vermummung. Wie bin ich damit umgegangen? Äußerst differenziert. Die Idee des Vermummungstatbestandes ist ja nicht die, eine Kleiderordnung für Versammlungen festzulegen, sondern es geht darum, Gewalt zu verhindern, also typische Vorbereitungsmaßnahmen für gewalttätige Aktionen zu unterbinden. Und wenn das die Zielrichtung ist, da muss man aufpassen, dass eine frühzeitige Intervention bei Vermummung dann nicht zur Gewaltfalle für die Polizei wird, dass man nämlich genau damit die Gewalt, die man ja eigentlich verhindern will, lostritt. Ich persönlich kenne so gut wie keine, also ich kenne keine, es mag einzelne geben, Demonstrationen, wo ein Vorgehen gegen Vermummung, gegen Schwarze Blocks friedlich verlaufen ist. Ich kenne eigentlich nur Abläufe, dass es dann zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt. Da sind Erfahrungen jetzt seit 30 Jahren beim Umgang mit dem Vermummungsverbot. Man kann mit diesem Vermummungsverbot, auch mit dem, was für Hamburg gilt, also nach dem Bundesversammlungsgesetz, flexibel umgehen. Flexible Reaktion war übrigens auch ein Grundsatz von Heinz Ruhnau aus der Konsequenz der 68er-Zeit. Flexibler Umgang setzt an dem Tatbestand an, er hat nämlich einen objektiven Bestandteil, es muss um Gegenstände, um eine Aufmachung gehen, die eben Identitätsfeststellung verhindern kann. Das ist relativ einfach festzustellen. Dann aber eine subjektive Komponente, es muss nämlich im Einzelfall auch darum gehen, Identitätsfeststellungen, und zwar repressive Identitätsfeststellungen der Polizei zu verhindern. Denn das angenommene Szenario ist ja, dass im Schutze der Vermummung Straftaten begangen werden und die Polizei dann eine Befugnis hat, Identitätsfeststellungen vorzunehmen. Hat also immer diese Straftat im Hintergrund, sonst hat Polizei ja gar keinen Anlass, Identitätsfeststellungen repressiver Art vorzunehmen. Aus dieser Gesamtkonstellation kann ich als Polizeiführer also sehr wohl flexibel mit dem Vermummungsverbot, nämlich je nach Ausgestaltung in der konkreten Situation umgehen und muss nicht reflexhaft darauf reagieren. Und dass das Ganze auch im verfassungsrechtlichen Sinne, ja, diese Flexibilität offen hat, zeigt wiederum einen Blick in die Versammlungsgesetze Ihrer beiden Nachbarländer. In Niedersachsen und in Schleswig-Holstein ist vorgeschaltet eine polizeiliche Anordnung, welche Gegenstände abzulegen sind, welche Gegenstände oder Aufmachung eben unter Vermummung zu verstehen ist, eine sogenannte Verwaltungsassessorität des Vermummungstatbestandes. Und wir haben dann auch noch in den beiden Nachbarländern unterschiedliche Sanktionen. In Schleswig-Holstein ist also Ordnungswidrigkeit ausgestaltet, in Niedersachsen allerdings auch als Straftat. Das heißt, dieser auch unterschiedliche gesetzliche Umgang mit dem Vermummungsverbot zeigt, dass von der Verfassung her dieser Rahmen für flexibles Handeln durchaus eröffnet ist, und insoweit ist meine Erkenntnis, rein formale Verstöße oder diese objektiven Kriterien der Vermummung sind häufig nicht angezeigt, gegen Vermummung vorzugehen, weil man dann genau die Gewalt lostritt im Sinne von Verursachung, nicht im Sinne natürlich von Verschulden, die dieser Tatbestand eigentlich verhindern will.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Da ich ja nun mehrfach zitiert wurde, will ich einfach da doch noch zwei Worte dazu sagen. Das eine betrifft ja das Thema Camps. Wir haben, als wir das hier befasst haben, ja uns auch durchaus intensiv damit auseinandergesetzt, dass das eine Wechselwirkung und auch eine Auswirkung auf Stimmungslage, auf Atmosphäre, auf ge-

gegenseitige Wahrnehmung hat und dass es da auch einen ganzen Teil von Beteiligten gab, die polizeiliches Handeln an der Stelle nicht verstanden haben und dass man sich insofern schon genau angucken muss, was ist der richtige Umgang mit der Frage. Dann will ich aber schon auch sagen, dass wir uns das ja nicht leichtgemacht haben mit den Camps, sondern auch hier genau hingeguckt haben. Wir hatten am Anfang eine Einschätzung, dass wir Camps für problematisch halten, sind dabei aber nicht stur geblieben, sondern haben uns den weiteren Verlauf dann genau angesehen, haben gesehen, wer sind die konkreten Anmelder und wie schätzen wir die ein, und haben dann sehr genau daran auch Gefahrenprognosen und eine polizeiliche Einschätzung festgemacht. Und es hat ja auch kein pauschales Campverbot gegeben, sondern es haben ja sehr, sehr viele Camps, kleinere und mittelgroße in der Stadt stattgefunden. Was wir nicht zulassen wollten, waren große Camps, die eindeutig in der Organisationsstruktur und in der Verantwortlichkeit auf extremistische Akteure zurückzuführen waren, das wollten wir nicht und auf Akteure, die auch deutlich gesagt haben, dass sie keine Bereitschaft und keine Orientierung haben, dort für Gewaltfreiheit zu sorgen oder für eine Differenzierung zwischen gewaltbereiten und nicht gewaltbereiten Gipfelgegnern oder Ähnlichem. Und diese Prognose, diese Einschätzung hat sich ja bestätigt aus dem, was dann aus dem Camp, was es entgegen unserer Empfehlung ja dann im Volkspark gegeben hat, was sich aus diesem Camp entwickelt hat, welche Gewalt von diesem Camp ausgegangen ist.

Und noch einmal vielleicht auch ganz grundsätzlich zu den Wechselwirkungen, die Sie beschrieben haben und zu den Anforderungen an Kooperation und Dialog. Das ist, glaube ich, alles im Grundsatz völlig unbestritten. Wenn wir uns allerdings die konkrete Situation jetzt hier Welcome to Hell – und das ist die einzige Versammlungslage, die eskaliert ist, die einzige –, wenn wir uns diese konkrete Situation angucken und uns fragen, mit welchem Gegenüber hatten wir es dort zu tun, dann ist das eben nicht die heterogene bunte Großdemo mit einer kleinen Minderheit von Autonomen, wie Sie es beschrieben haben, sondern es war eine insgesamt klar autonome und extremistisch geprägte und angelegte Demo – wir werden dazu ja noch kommen im weiteren Verlauf – mit dem klaren Anspruch auf Militanz und mit dem klaren Anspruch, den größten Schwarzen Block Europas zusammenzubringen und eine sehr deutlich wahrnehmbare militantische Versammlung durchzuführen insgesamt. Und alles, was wir jetzt auch im Nachhinein dazu sagen können, ist, dass wir eine sehr, sehr hohe Zahl von Teilnehmern dort hatten, die von vornherein sehr gewaltbereit, sehr entschlossen ausgerüstet, ausgestattet, bewaffnet waren und die nach unserer klaren Einschätzung auch durch kooperatives ... oder auch nach der Erfahrung in der konkreten Situation durch Kooperationsangebote und durch Gespräch nicht erreichbar waren. Die hätte man nicht durch ein anderes polizeiliches Vorgehen zu einem anderen Verhalten bewegen können, das zeigt auch dann der Verlauf. Das polizeiliche Einschreiten an zwei sehr punktuellen Stellen im Aufzug hat eine Gewalterruption ausgelöst, der wir heute 714 Straftaten zuordnen. Massivste Gewalt, von der überhaupt nicht plausibel argumentiert werden kann, dass die spontan aufgrund bundespolizeilichem Einschreiten entstanden ist, sondern von der wir davon ausgehen müssen, dass alles, was dort dafür auch mitgeführt wurde, was organisatorisch vorbereitet wurde, was angelegt wurde, dass es zu diesem Verlauf in jedem Fall gekommen wäre, weil es so gewollt war. Wir hatten entsprechende Erkenntnisse des Verfassungsschutzes und eine sehr deutliche Hinweislage bis hin zu sehr klaren Ankündigungen dort der Versammlungsanmelder und der Versammlungsleitung selbst, sodass man natürlich ein bisschen aufpassen muss, wo auch die Grenzen der Möglichkeiten sind durch Kooperation und Dialog, den Verlauf von Versammlungen in Richtung friedlichem Verlauf zu steuern. Das geht nämlich nur, solange ich auf der anderen Seite einen Dialogpartner habe, der auch dialogbereit ist und kooperationsbereit ist und den ich damit erreiche. Und wir haben eben auch erlebt, anders vielleicht, als die Lage damals in Bonn war, dass wir hier einen erheblichen Teil hat-

ten von Beteiligten, die auch nicht auf die Vermittelbarkeit ihres Verhaltens geachtet haben und die sich auch nicht an einen Aktionskonsens oder auch nicht an die Vorgaben der Versammlungsleitung gehalten haben, sondern die nicht steuerbar waren, durch niemanden steuerbar waren und wo es nicht darum ging, wollen wir diesen sehr gewaltorientierten Teil, durch wie große Teile der Stadt wollen wir den ziehen lassen oder wie gehen wir damit um. Und das war, glaube ich, eine etwas andere Situation. Also es gab durchaus den Willen, auch eine sehr gewaltorientierte Versammlung weit gehen zu lassen, aber die konkreten Umstände und das konkrete Verhalten eines erheblichen Teils dieser Versammlung haben es dann nicht zugelassen und trotzdem ist versucht worden, den größeren Teil der Versammlung noch in eine Situation zu bringen, dass er friedlich stattfinden kann.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Ich werde das jetzt ein bisschen strenger handhaben in Bezug auf die Tagesordnung, weil, wir kommen jetzt ansonsten in die anderen Themen herein, das ist allerdings dann auch, ja, immer der Dynamik des Gespräches geschuldet. Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ich soll jetzt mich konzentriert auf unsere Tagesordnung beziehen. Ist das richtig? Ja.

Vorsitzender: Das wäre ja schon gut, ja.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Eine Frage, die sich unmittelbar anschließt an das, was Herr Senator gerade gesagt hat, mir stellt sich dann nur die Frage bei all dem, was ich völlig nachvollziehbar finde, was im Vorfeld der G..., der Welcome to Hell gelaufen ist, warum man denn eine solche Demonstration ohne jegliche Auflagen genehmigt. Das würde ich gern verstehen. Danke schön.

(Zuruf: Das machen wir gleich.)

Vorsitzender: Ja, die Frage ist natürlich berechtigt und sie führt mitten in den Tagesordnungspunkt 1c hinein, Herr Jarchow, da wird sie bestimmt auch beantwortet werden, also, es ist eine berechtigte Frage.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ich kann bis dahin warten.

Vorsitzender: Ja? Gut. Aber Sie waren auch auf der Red... dann verzichten Sie auf Ihre Frage und Sie kommen bei 1c dann wieder, ja?

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Um das Ganze zu beschleunigen, ja.

Vorsitzender: Das ist doch hilfreich. Danke. Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, so kann man sich dann bei 1c auch ganz oben auf die Redeliste setzen. Ich wollte noch einmal auf die grundsätzliche Thematik kommen, und zwar auf die Frage an Herrn Dudde, wo wir jetzt die Ausführungen von Herrn Behrendes gehört haben, wie sah letztlich Ihr Deeskalationskonzept aus und welche konkreten Maßnahmen haben Sie unternommen und durchgeführt, um die angesprochene Dialog- und Vertrauenskultur herzustellen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Hartmut Dudde: Also unser Deeskalationskonzept äußert sich schon daher ...

Senator Andy Grote: Herr Dudde möchte dazu was sagen.

Hartmut Dudde: Gut. Unsere Deeskalationsstrategie zeichnet sich schon dadurch aus, dass wir bundesweit den größten Anteil von Konfliktmanagern und, ja, Antikonfliktteams aus ganz Deutschland hierhergeholt hatten, dem wir ... Das war eine Besonderheit, würde sich in der PDV auch nicht wiederfinden, die haben eher Öffentlichkeitsarbeit angeboten, weil irgendwo

mussten die ja sozusagen mit angebanden werden und sollten ja in Kommunikation geschult werden. Ansonsten haben wir immer einen für alle Versammlungsleiter, wir haben von den vielen Versammlungen gehört, die ja völlig friedlich verlaufen sind, einen Ansprechpartner vor Ort. Für G20 to Hell kann Herr Ferk drüber berichten, wie er versucht hat, die Versammlung in einen vernünftigen Rahmen wieder zu bringen, und dafür versucht hat zu sorgen, dass die Eskalation, die da war, sich wieder beruhigt.

Vorsitzender: Ja.

Senator Andy Grote: Ergänzend der Polizeipräsident.

Ralf Martin Meyer: Ich finde es in dem Kontext, Herr Tjarks, nur noch einmal wichtig, weil, die Fragen von Frau Schneider haben jetzt so ein bisschen eindimensional auf einen Aspekt des Brokdorf-Beschlusses abgestellt. Nur, man darf nicht vergessen, ich hatte es in meiner Eingangsbemerkung gesagt, der Brokdorf-Beschluss hat Versammlungsfreundlichkeit gefordert, Kooperationsverhalten, aber es hat auch ein Differenzierungsgebot gefordert. Und das alleine, diese drei Dinge, die bedingen sich miteinander und führen eben dazu, dass es bei aller Frage der Kooperation – wir haben es jetzt gehört, wie es theoretisch aussieht und wir haben es ja im praktischen Fall gesehen, dazu werden wir ja noch kommen –, war überhaupt diese Gruppe, die in Altona war möglicherweise in Teilen ja auch in dieser Demo überhaupt kommunikativ, war die überhaupt steuerbar, dazu steht ja auch schon was im Protokoll vom 19. Juli. Dass es aber dazu gehört, eben auch zu sagen, der Teil, der friedlich in so einer großen Demonstration ist, der ist nach dem Beschluss aus Brokdorf auch zu sehen und dessen Recht auf Artikel 8 ist zu sehen und das darf man, wenn man also über Brokdorf spricht, Frau Schneider oder Herr Tjarks, muss man es ganzheitlich sehen und dann wird es wesentlich komplizierter, als es hier in einzelnen Facetten dargestellt worden ist.

Senator Andy Grote: Gut. Vielleicht auch noch einmal ein Gesichtspunkt, wir kommen ja jetzt so ein bisschen in diese Kategorien, haben wir eskalativ oder deeskalativ gearbeitet, ist genug für Deeskalation getan worden. Das ist ja eine gängige Diskussionskategorie, die ist nur zum Teil etwas irreführend, weil sie so ein bisschen unterstellt, die Polizei hätte so einen Regler, wo man also von ganz deeskalativ bis eskalativ das so einpendeln kann oder sich entscheiden kann, heute stelle ich mich einmal besonders eskalativ oder deeskalativ auf. So ist es natürlich nicht, sondern ein polizeiliches Handeln – und ganz klar auch das polizeiliche Handeln in seiner Grundausrichtung während G20 – hat immer das Ziel, eine versammlungsfreundliche, einen kooperativen Umgang mit Versammlungsteilnehmern zu erreichen, hat immer das Ziel, einen störungsfreien Verlauf herbeizuführen, Versammlungen zu unterstützen und dafür alles zu tun, was man kann. Das bedeutet auch, Auseinandersetzungen dort, wo sie nicht nötig sind, zu vermeiden, Konfrontation zu vermeiden, das kann sich dann in ganz konkret ... und das hat dann Auswirkungen an ganz konkreten Stellen. Das hat Auswirkungen im Bereich der Versammlungsbehörde, wie weit kommt man nämlich bis zur Grenze dessen, was überhaupt geht, den Vorstellungen der Anmelder entgegen, was den angedachten Verlauf Ihrer Versammlung betrifft? Das geht weiter über die ... über den konkreten Umgang vor Ort, wie eng begleitet man, wie viele Auflagen gibt es, ist man eher etwas abgesetzt, wie dicht ist man dran, wie schnell kann es zu konfrontativen Auseinandersetzungen oder Situationen kommen, weil es ein bisschen angelegt ist in der Konstellation, wie man zueinandersteht und so weiter. Und da ist immer wichtig, dass man ... dass Polizei alles tut, um einen friedlichen Verlauf zu unterstützen, aber natürlich immer nur bis zu der Grenze, wo ich auf der anderen Seite jemanden habe, mit dem ein solcher Verlauf nicht gemeinsam kooperativ hinzubekommen ist. Und dann gilt sozusagen die Differenzierung und die gilt natürlich auch grundsätzlich. Ich muss immer unterscheiden zwischen friedlichen und unfriedlichen Versammlungsteilnehmern und Teilen von Versammlungen und ich muss immer auch

den friedlichen Teil gegen den unfriedlichen Teil schützen. Wenn ich nur wenige unfriedliche Teilnehmer habe, dann versuche ich, die einzeln rauszuziehen. Ich kann auch damit so umgehen, dass man nicht jeder, nicht bei der ersten Vermummung und nicht beim ersten Böller gleich da reinstürmt mit einer Hundertschaft. So machen wir das auch nicht, aber natürlich muss man irgendwann, bei einer bestimmten Intensität von Straftaten und von unfriedlichem Verhalten, muss man auch reagieren. Das tut man dann auch, aber eben gegen diesen Teil, gegen diejenigen, die sich so verhalten. Und das war auch die Maßgabe bei Welcome to Hell. Selbst wenn das ein sehr schwieriges Manöver und eine sehr schwierige polizeiliche Operation dann erfordert hat, war auch da die Maßgabe, den friedlichen Versammlungsteilnehmern ihr Versammlungsgrundrecht zu gewährleisten und ihnen die Chance zu geben, diese Versammlung durchzuführen. Das ist die Leitlinie die ganze Zeit auf allen Ebenen und in jeder Situation, friedliche Versammlungen zu unterstützen und bei einzelnen oder auch bei Gruppen von Teilnehmern, die sich unfriedlich verhalten, auch nur gegen die vorzugehen und nicht gegen die gesamte Versammlung.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, vor den ...

Vorsitzender: Warte einmal ganz kurz. Bitte? Eine Nachfrage?

(Zuruf: Haben wir dieses Mal alle nicht gemacht.)

– Dazu? Wir haben es alle so gemacht, ja, stimmt. Ich habe Sie natürlich auf die Liste geschrieben. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Noch drei abschließende Fragen. Ich möchte nur einen Satz vorher dazu sagen, zur Diskussion, wie versammlungsfreundlich, -unfreundlich ist die Polizei, eskalativ, deeskalativ. Ich finde, wir müssen uns da schon den konkreten Fall angucken, also ganz abstrakte Diskussionen, was wäre, wenn es so gewesen wäre in Bonn, Bad Godesberg oder München, in ganz anderen Voraussetzungen, bringt uns, bei allem Respekt, hier nicht weiter. Weil, wir haben hier eine ganz konkrete Situation und wir kommen ja zu der Frage, Herr Jarchow hat es ja auch schon angedeutet im übernächsten Tagesordnungspunkt, war vielleicht die Behörde zu versammlungsfreundlich und hat das zu Problemen geführt. Das wird ja die spannende Frage sein, der wir uns nähern müssen, wenn wir uns die konkrete Situation in Hamburg anschauen. Dazu aber gleich.

Ich habe drei abschließende kurze Fragen. Einmal, was die Taktik, die Strategie und den weiteren Verlauf betraf, ob es weitere Wendepunkte gab, die wir jetzt nicht abgefragt haben, wo Sie auch die Taktik umgestellt haben, strategische Änderungen vorgenommen haben, ohne jetzt jeden einzelnen Punkt abzufragen. Vielleicht hilft die Frage allgemein, das zu beschleunigen. Gab es da weitere Punkte?

Mich würde als Zweites interessieren, wir haben das ja auch schon oft diskutiert, die Rolle der Roten Flora, nicht nur bei Welcome to Hell, sondern auch an weiteren Punkten als Rückzugsraum, als Organisationsplattform, als Unterstützer, inwieweit das auf das Sicherheitskonzept, auf die Taktik Rote Flora konkret Einfluss genommen hat. Gab es da Veränderungen im Verlauf?

Und die dritte etwas politischere Frage, die Sie mir nachsehen, jetzt haben wir viel gesprochen über das, was im Vorfeld an Warnungen, an Hinweisen kam. Wir haben heute das Sicherheitskonzept thematisiert, wir haben das ja auch im Vorfeld von G20 schon grob im Innenausschuss, aber auch in der Bürgerschaft debattiert, wo es ja deutliche Warnungen gab. Ich erinnere 12. April, Bürgerschaftssitzung, sehr deutliche Worte seitens der CDU, ich erinnere an die Polizeigewerkschaften, die dort sehr deutlich Warnungen ausgesprochen haben.

Und mich würde jetzt vor dem Wissen, das wir jetzt heute haben – was hat Polizei gewusst, welche Sicherheitskonzepte gab es – an Sie direkt, Herr Senator, noch einmal interessieren, wie es trotzdem in dem Wissen, was wir hier heute auch zusammengetragen haben, wie es zu dieser Verharmlosung, Verniedlichung auch während des Gipfels noch kam, wo gesagt wurde, diese Gefahren gibt es nicht, die werden nicht eintreten, alle, die davor warnen, sind Schwarzmalter und Pessimisten. Das würde mich interessieren, auf welcher Grundlage diese Aussagen getroffen wurden, mit dem Wissen um das, was wir jetzt bisher erarbeitet haben?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, vielen Dank. Zu den ersten beiden Fragen, gab es weitere Wendepunkte, wo das Konzept geändert werden musste und hat die Rote Flora da irgendwie eine Rolle gespielt, Herr Dudde, bitte.

Hartmut Dudde: Also Wendepunkte, gewendet hat sich nie was. Ich habe es ja gesagt, wir machen deshalb Auftragstaktik, weil von Anfang an klar war, dass wir eine ganz dynamische Lage haben. Deshalb war dieser Einsatz von Beginn an ... ich sage einmal, das fängt ja damit an, wir haben ja schon darüber geredet, der Verkehr, also das Verkehrschaos am Donnerstag, die sollten Donnerstag gar nicht kommen. Also es gab ganz viele Punkte – also die Gäste – ganz viele Punkte, wo wir uns immer wieder auf eine veränderte Lage einstellen mussten. Das war aber auch allen Einheitsabschnittsführern bekannt. Wir werden uns dann noch um den Freitagabend kümmern, da hat ja Herr Grossmann, der eigentlich völlig frei regional war, eine Örtlichkeit übergeben bekommen nach dem Motto, macht das. Also es gab an ganz vielen Ecken, die wir aber ja dann immer beleuchten können, wenn wir diesen Einsatzpunkt haben, wo wir unser Konzept immer darauf eingestellt haben, was haben wir jetzt gerade für eine konkrete Lage. Das sehen Sie schon daran, dass wir auch über den Tagesverlauf in der Regel zwei Einsatzbesprechungen gemacht haben, wo wir immer das Konzept sozusagen für die nächsten Stunden und die Kräfteunterlegung gemacht haben. Und auch die angereisten Kräfte am Freitag, also die wir nachalarmiert haben, die müssen ja in den Einsatz integriert werden, also die müssen ja zugeordnet werden, kriegen einen Auftrag, die müssen eingewiesen werden, also wir hatten ... das war ein extrem von Dynamik geprägter Einsatz.

Senator Andy Grote: Ja, Einschätzungen im Vorfeld und Beschreibungen. Ehrlicherweise glaube ich, so weit auseinander sind wir nicht. Wenn ich mich an die Diskussion im Innenausschuss erinnere, dann haben wir, glaube ich, die Gefahrenlagen und die Ernsthaftigkeit der Herausforderungen hier sehr deutlich auch beschrieben und da gab es auch Einvernehmen. In der Bürgerschaftsdebatte, die Sie meinen, war das etwas anders, das stimmt. Da war mein Bild oder war meine Haltung, die würde sich auch nicht mehr ändern, dass das, was die CDU da vorgetragen hat, was Sie auch vorgetragen haben, was ja weitestgehend im Grunde genommen das Rezitieren der Androhungen und Aufrufe der Extremisten war, dass ich mir das so nicht zu eigen machen würde. So. Und das finde ich auch nach wie vor richtig. Nicht alles, was da angekündigt wurde, dass die ganze Stadt in Flammen steht und in Trümmern hinterher, dass eigentlich alle, die können, die Stadt verlassen sollen, solche Äußerungen habe ich noch im Ohr, dass finde ich nach wie vor nicht richtig. Aber wir wussten alle, dass wir es mit einer sehr ernsthaften Situation zu tun haben würden, dass die Polizei das auch nicht unterschätzt hat. Wir haben dann die polizeilichen Konzepte im Ausschuss besprochen. Ich kann mich nicht erinnern, dass die CDU daran Kritik geübt hätte, gesagt hat, mir scheint, die Polizei ist nicht gut genug vorbereitet oder nimmt die Dramatik der Gefahren nicht ernst genug, sondern eigentlich waren alle Äußerungen voller Vertrauen in die Polizei und in das polizeiliche Sicherheitskonzept. Insofern lagen wir, glaube ich, auch dort dann gar nicht weit auseinander. Und gleichwohl ist es so, dass sich dann konkrete Geschehensab-

läufe ergeben haben, die zwar in vielen Fällen den erwarteten Szenarien entsprachen, im Kern in zwei wichtigen Fällen aber eben auch nicht, die haben wir schon häufiger hier angesprochen, die werden wir ja auch noch sehr vertiefen, der Freitagmorgen in Altona und der Freitagabend in der Schanze. Und nach wie vor ist es, glaube ich, keine zutreffende Beschreibung, wenn Sie, Herr Abgeordneter, sagen würden, das haben Sie genauso vorausgesehen.

Vorsitzender: Herr Warnholz, bitte.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ich beziehe mich hier auf drei Abschnitte. Einmal die Akteneinsicht beim LfV, einmal auf die Überleitung zur Frage und dann drittens kommt die eigentliche Frage. Im Laufe des 7. Juli 2017 teilt das LfV an das Lagezentrum mit, dass ausländische Aktivisten sich beim Hotel Pacific und im Bereich der Schanzenstraße dort auf den Dächern gewaltsam ansammeln – das ist die laufende Nummer, zur Hilfe vielleicht, 160 bis 164 – und insbesondere Aktivisten aus Italien und Griechenland versammelt sind, und auch auf der Reeperbahn formieren sich Aktivisten des Schwarzen Blocks, keine Polizeipräsenz vorhanden – die laufende Nummer 149. Und die Plünderung, Bewaffnung mit Metallstangen, das ist die laufende Nummer 170.

Die Überleitung zu meiner Frage. Nach Feststellung der Sicherheitsbehörden wurden Aktivisten im Laufe des 7. Juli 2017 aus dem In- und Ausland im Bereich der Reeperbahn und Schanzenstraße beobachtet, die sich vom Schwarzen Block gewaltbereit versammelt haben oder sogar auf den Dächern mit den Steinen, Platten und Flaschen zum Angriff übergegangen sind.

Meine Frage. Wie hat die Polizei auf diese sicherheitsbehördlichen Erkenntnisse reagiert und ihr Einsatzkonzept zum Schutz der Bevölkerung und des Eigentums angepasst?

Zweitens, warum konnten die Aktivisten dennoch plündern und im Bereich der Schanzenstraße agieren?

Vorsitzender: Ja, kurz dazu, es ist der 7. Juli, also, das ist nicht die Tagesordnung heute, Herr Warnholz. Also die Frage, Herr Warnholz, die Frage wird beantwortet in der voraussichtlich übernächsten Sitzung, wenn wir dazu kommen, nach der öffentlichen Anhörung. Das ist jetzt ja wirklich der 7. Juli und wir sind heute noch nicht einmal am 6. Juli angekommen. Wir wollen erst den 4. Juli machen, dann den 6. Juli, also ... Ich würde Sie wirklich bitten, dass wir dann die Frage dann in der Sitzung, die wir dann zur Schanze haben, dann auch machen.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Einverstanden.

Vorsitzender: Ja. Herr Tjarks, bitte.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine oder ein paar Folgefragen. Herr Dudde, Sie haben auf meine Frage, wie Ihr Deeskalationskonzept aussah, genau zwei Maßnahmen genannt. Einmal, dass es Ansprechpartner für Demonstrationenaufzüge gibt. Ich nehme an, dass das bei jedem Demonstrationenaufzug der Fall ist, insofern eine Selbstverständlichkeit ist. Sie haben dann gesagt, dass Sie Konfliktteams hatten, auch den Umfang beschrieben. Wir haben allerdings auch den größten Polizeieinsatz in Deutschland wahrscheinlich gehabt, den es so jemals gab, dass es dabei dann auch viele Personen gab, ist deswegen jetzt auch noch keine Aussage an und für sich. Deswegen noch einmal die Frage grundsätzlich, ob Sie da noch was hinzufügen wollen, wie sah Ihr Deeskalationsprinzip oder -konzept aus. Und die konkrete Frage, weil Sie eben auf die Deeskalationsteams abgehoben haben: Können Sie Beispiele auch für deren Wirksamkeit nennen? Weil, gesehen habe ich sie sehr wohl, wie sie durch die Stadt gelaufen sind, aber sozusagen die

Frage ist ja, ob sie am Ende wirksam waren und nicht, ob sie da waren. Das sozusagen als die konkreten Folgefragen.

Und ich möchte dann darüber hinaus auch Sie fragen, weil, Herr Behrendes hat ja sehr abgehoben auf die Frage, in einer natürlich anderen, aber einer ähnlichen Einsatzsituation, in der Sie auch standen, dass er gesagt hat, die Dialog- und Vertrauenskultur ist entscheidend. Da ist meine erste Frage, sehen Sie das auch so. Und die zweite Frage ist, jetzt auch in die Zukunft gerichtet, weil, es ist zwar vieles auch gutgegangen, aber es ist eben auch ... es sind auch eben Wunden geschlagen worden. Wenn Sie das auch so sehen, welche Maßnahmen kann man auch aus Sicht der Polizei Hamburg unternehmen, um diese Dialog- und Vertrauenskultur zu stärken? – Danke schön.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Zwei wirklich kurze Vorbemerkungen, weil die sehr grundsätzlich sind. Das eine ist ... Herr Dudde, wird zu den Einzelheiten was sagen, aber es gibt keinen ... also sagen wir einmal so, meine Erwartung an die Polizei ist nicht, dass sie ein Deeskalationskonzept entwickelt, sondern meine Erwartung an die Polizei ist, dass sie in ihrer gesamten polizeilichen Konzeption und Aufstellung darauf achtet, dass die Ereignisse keinen eskalierenden, keinen konfrontativen, keinen Auseinandersetzungsverlauf nehmen. Das ist ein ganz ... ein integraler Bestandteil jeder polizeilichen Arbeit.

Und das prägt sich an vielen Stellen dann aus. Das prägt sich aus in der Frage, wie intensiv kommuniziere ich, das kann man an den Kommunikationsteams festmachen, das kann man an der einsatzbegleitenden Social-Media-Kommunikation festmachen, das kann man am Umfang der Kooperation festmachen, das kann man am Umgang, in den Gesprächen vor Ort festmachen. Das sind viele einzelne Bausteine, die dazugehören, die in diese Richtung dann ineinandergreifen müssen. In all diesen Punkten haben wir Dimensionen erreicht, wie wir sie noch nie hatten in Hamburg. Und eines darf man auch nicht vergessen, das wollte ich vorhin schon sagen. Wenn wir Vertrauenskultur und Dialog, wenn wir darüber sprechen und uns konkret auf die, sagen wir einmal, die einzige Versammlung, die ja einen richtig gewalttätigen Verlauf genommen hat, Welcome-to-Hell, beziehen, dann dürfen wir ja nicht vergessen, dass das Gegenüber und die Polizei jahre-, jahrzehntelange gute Bekannte sind und man sich aus sehr, sehr vielen Versammlungsanmeldungen heraus kennt, und man normalerweise in der Lage auch ist, einen Verlauf eines Aufzuges zu besprechen, eine Versammlung zu kooperieren, die dann auch funktionieren kann. Die nicht funktionieren muss, der Gesprächspartner ist schwierig, da haben wir es mit dem Sprecher eines wichtigen Teils der linksextremistischen Szene zu tun, mit einem klaren Gewalt- und Militanzbekenntnis. Das ist nicht der einfachste Gesprächspartner, um eine Vertrauenskultur aufzubauen. Aber trotzdem ist das ein sehr erprobtes Verhältnis.

Es sind sehr, sehr viele Versammlungen mit diesen Anmeldern und diesen Versammlungsleitern schon kooperiert und durchgeführt worden. Wenn man weiß, dass wir in Hamburg 2 000 Versammlungen im Jahr haben und wir hier nicht ständig eskalierende Ausschreitungen in der Stadt haben, kann man daraus auch entnehmen, dass es eine gewisse Erfahrung gibt, auch dafür zu sorgen, dass Versammlungen einen störungsfreien und ordentlichen Verlauf vernehmen ... einen Verlauf nehmen. Der entscheidende Unterschied bei Welcome-to-Hell, um das einmal als ... sozusagen als das bedeutendste Beispiel zu nennen, wo etwas nicht funktioniert hat oder der Verlauf anders war, als man ihn sich vorgestellt hat, der entscheidende Unterschied war, dass nicht der langjährige Gesprächspartner und das langjährige Gegenüber, was immer man von ihm hält, nicht der steuernde Akteur aufseiten der Versammlung war, sondern der Verlauf bestimmt wurde durch einen ... durch eine Teilstruktur in diesem Aufzug, die durch den Versammlungsleiter nicht erreicht und nicht gesteuert wurde.

Das ist ein ganz maßgeblicher Unterschied. Und der ist wichtig für diese Frage, wie viel Dialog, wie viel Kooperation war da möglich. Ergänzend Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Ja, das war ja schon sehr umfangreich. Ja, genau, Dialog- und Vertrauenskultur ist eine wichtige Sache. Frau Möller ist ja auch sehr intensive Demonstrationsbeobachterin und seit ... in meiner Zeit als Abteilungsführer, ich kenne ja die handelnden Personen, würde ich sagen, ich glaube, das würde Herr Blechschmidt auch nicht abstreiten, gibt es eine Vertrauenskultur zumindest in dem, was ich sage, ob das dann gilt oder ob das nicht gilt.

Dialog setzt voraus, dass beide bereit sind, sich auf Augenhöhe auf ein Gespräch einzulassen, dass man nicht sich gleich darauf zurückzieht, der autonomen Szene anzugehören und man versucht, mir dann zu erklären, was das Wort "autonom" bedeutet, dass man dann eben kein Abteilungsführer ist.

Ja, Gespräche sind wichtig und das Reduzieren von G20 mit über 100 völlig friedlichen Versammlungen auf eine G20-to-Hell-Demo und über die Dialogstruktur und das Zusammenwirken mit dem Versammlungsleiter wird Herr ... wenn wir dann soweit sind, wird Herr Ferk ja noch einiges erzählen können, ist ... ist, ist falsch. Also, wie gesagt, wir haben sehr viele friedliche Demonstra ... die gehen nur komplett unter, weil wir uns immer nur noch auf den einen Punkt erklären.

Und das Thema, die Konfliktmanager, die brauche ich aber trotzdem ..., eine Stärke von 200 Kollegen hierherzuholen. Das Wirken von denen zu beurteilen, ist ja schwierig. Wir haben generell, das kann Herr Wundrack, der ist ja für die Pressestelle hier, da waren Sie ja im Bereich Öffentlichkeitsarbeit angebunden. Wir haben generell, gerade, wenn es um Kommunikation und Kommunikationsdinge ging nur positive Rückmeldungen gehabt.

Senator Andy Grote: Eben hat mich noch ein Hinweis erreicht, der vielleicht auch noch ein Indikator ist, wie wir damit jetzt in Zukunft in unserer Stadt umgehen. Das ist ja ein bisschen auch die Frage, die wir hier bewegen wollen. Dann vielleicht noch zwei Anmerkungen. Es ist ja nicht so, dass wir seit G20 keine Versammlungen und Demos mit autonomem Hintergrund mehr gehabt hätten. Wir haben zuletzt am 17. März United-we-Stand gehabt. Die Versammlung ist vollständig friedlich verlaufen. Also auch das ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass wir unter den Umständen, wie wir sie üblicherweise in unserer Stadt haben, auch mit den ... auch mit unserer Hamburger autonomen Szene, mit den Akteuren, die wir kennen seit Jahren, in der Regel ordentliche Versammlungsverläufe auch hinbekommen, mit sozusagen entsprechenden Bemühungen von beiden Seiten, die das immer erfordert. Diese langjährigen Erfahrungen und diese Mechanismen waren aber ausgehebelt in dem Kontext G20. Die haben nicht gegriffen, weil dort wesentliche Teile der Beteiligten nicht erreichbar waren durch die Hamburger Anmelder und Versammlungsleiter.

Und zu dem zweiten Punkt, Kommunikationsteams, das wäre, glaube ich, eine ... also die ganze Frage Kommunikation, Kommunikationsteams, was haben die eigentlich genau gemacht, was können die leisten, wo ist auch deren Grenze, wann ziehen die sich zurück, kann man daran etwas ändern, das wäre ein Punkt, den man, glaube ich, durchaus noch einmal gesondert bewerten und vertiefen könnte und auch sollte. Das kriegen wir, glaube ich, jetzt nicht geleistet, aber das wäre ein Punkt, wo man noch sozusagen weiter einsteigen könnte.

Vorsitzender: Herr Oetzel.

Abg. Daniel Oetzel: Vielen Dank. Eine Sache, auf die Sie ja jetzt eben auch noch einmal hingewiesen haben, war ja der oder ist der verfrühte ... die verfrühte Ankunft von Staatsgästen. Und wir hatten ja schon in der vorletzten Sitzung oder so darüber, als wir über das Verkehrskonzept gesprochen haben, auch diesen Punkt thematisiert. Und schon da hatten Sie mich ja einigermmaßen überrascht erlebt, dass man damit nicht rechnen konnte, dass Staats-

gäste möglicherweise nicht so anreisen, wie sie es angekündigt hatten. Und nach der Aktenlage, die uns ja vorliegt, ist es ja nun so, dass einige Dienststellen bereits Mitte Juni davon berichtet haben sollen, dass der US-Präsident möglicherweise schon einen Tag vorher als eigentlich geplant anreisen würde. Da würde mich einmal interessieren, inwiefern Ihnen diese Berichte vorgelegen haben. Und wenn sie Ihnen vorgelegen haben, ob Sie nicht sich zumindest dieser Frage ... ob nicht dieser Frage nachgehen hätten müssen, ob das eine Möglichkeit ist. Und wenn Sie grundsätzlich dieser ... also wenn solche Berichte aufkommen, dann muss Ihnen ja ... muss sich Ihnen ja auch grundsätzlich die Frage gestellt haben mit, dass, wenn der US-Präsident möglicherweise an einem anderen Tag ankommt, dass dann auch andere Staatsoberhäupter möglicherweise ähnliche Überlegungen haben. Vielleicht können Sie dazu noch einmal etwas sagen?

Und die zweite Frage, Herr Dudde hatte in seinem Eingangsstatement davon berichtet, dass bereits am Freitagmorgen wir eine Lage hatten, dass Beamte aus dem Nachtdienst direkt am nächsten Tag wieder eingesetzt werden mussten bei der Elbphilharmonie und dass mittags Kräfte aus der Ruhe auch zurück in den Dienst befördert werden mussten. Das ist ja schon nicht nur, wie ich finde, eine Bewegung innerhalb des Konzepts oder wie Sie es gerade formuliert hatten, sondern das ist ja schon eine Reaktion, die ... mit der man im Vorfeld nicht rechnen oder mit der man nicht plant. Man plant ja nicht, nach einer ganzen Nacht die einzusetzenden Kräfte dann direkt zum nächsten Einsatz zu schicken. Insofern müssen ja ... müssen ja zum... spätestens am Freitagmorgen muss ja eine Neubewertung der Lage erfolgt sein, die Sie dazu gezwungen hat, diese eigentlich ausgelasteten Kräfte weiter im Einsatz zu lassen. Vielleicht können Sie das noch einmal weiter ausführen. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, Verkehrskonzept, Ankunft der Staatsgäste, uns war durchaus bewusst, dass nicht jeder Staatsgast unbedingt immer zu dem Zeitpunkt auch eintrifft, zu dem es fahrplanmäßig Monate im Voraus vorgesehen ist. Trotzdem war es so, dass die einzelnen Informationen, und zwar belastbare Informationen, nicht der könnte vielleicht hier, der könnte da, das hat sich immer wieder verändert natürlich auch, weil sich die Reiseplanung von Staatsgästen eben auch zum Teil mehrfach und immer wieder verändert haben und eben auch häufig sich in der Kategorie von "da könnte sich was tun, wir wissen es aber noch nicht", bewegt haben, war es so, dass wir belastbare Informationen darüber, wer wirklich wann kommt, aus denen sich in der Kumulation dann das Bild ergibt, dass ein sehr großer, der größte Teil der Anreisen dann tatsächlich schon am Donnerstag war, eben erst sehr kurzfristig unmittelbar dann an dem Donnerstag, im Laufe des Donnerstags hatten und ... sodass wir das nicht also so einplanen konnten, dass wir eine ganz andere Situation erlebt hätten. Es gab ja auch nur begrenzte Möglichkeiten, dann darauf zu reagieren, denn wenn die ... man muss sie dann shutteln und man muss dann die Korridore freihalten, wenn sie da sind, anders geht es eben nicht. Und wir haben ja auch darauf hingewiesen, dass wir eine einzige Möglichkeit sehen, bei einer ähnlichen Situation zu einer anderen ... zu einem anderen Umgang zu kommen, die dann aber mit Einschränkung für die Bewegungsfreiheit der Staatsgäste zu tun hat. Das würden wir nächstes Mal machen, das haben wir diesmal nicht gemacht.

Der zweite Punkt, dazu wird Herr Dudde, kann Herr Dudde gern noch einmal was sagen. Wir hatten aber schon ausgeführt, dass auch dieses ... das Nachalarmieren und auch die Verlängerung der Einsatzzeiten durchaus immer Optionen sind in einer Einsatzkonzeption, von denen man Gebrauch machen kann, die man erst einmal nicht so plant, aber von denen man weiß, das kann man machen, wenn sich eine Dynamik und eine Einsatzdichte und eine Einsatzintensität zu einem bestimmten Zeitpunkt dann doch schon anders entwickelt als viel-

leicht als wahrscheinlichsten Verlauf vorhergesehen, weil wir eben wussten, dass viele Dinge nicht so laufen würden oder wir uns nicht darauf verlassen konnten, dass sie so laufen, wie man sie vielleicht zu einem bestimmten Zeitpunkt eingeschätzt hat. Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Vielleicht noch eine Ergänzung zur ersten Frage, der amerikanische Präsident: Es gab im Vorfeld des Gipfels ganz viele Informationen. Es gab auch die Information, dass der amerikanische Präsident in Lübeck übernachtet, es gab die Information, dass er erst nach Berlin fliegt, weil er sich mit Frau Merkel da treffen will, dann zu uns. Das wäre fatal gewesen, dann hätten die Berliner nämlich ihre Kräfte zurückbehalten, hätten die nicht zu uns schicken können. Also es gab ganz viel. Wir haben jede Information, die wir bekommen haben, unmittelbar mit dem Bundeskriminalamt, dem Auswärtigen Amt und dem Protokoll, was für uns entscheidend ist, besprochen. Und dann muss man eben sagen, ja, es gibt ganz viele Vermerke und fast alle sind nicht eingetreten. Es wäre auch in der Planung, also wenn der amerikanische Präsident einen Tag eher gekommen wäre, eigentlich uninteressant gewesen. Eine Schleusung und eine Lotsung hätte unser Konzept ja nicht umgeworfen. Die Masse hat das Problem gemacht. Und da gab es, wie gesagt, bis ganz kurz vor Beginn des Gipfels die klare Ansage, die sind so eng getaktet, die kommen Freitagmorgen, die gehen Samstagnachmittag wieder weg und das ist der Zeitkorridor, an dem wir ja auch dann unsere Allgemeinverfügung ausgerichtet haben, weil, die konnten wir begründen, das war die Aussage von allen Fachleuten, die um uns herum mit ausländischen Staatsgästen arbeiten.

Zur Frage zwei, also Dienstzeiten: Wer einmal in einer geschlossenen Einheit gearbeitet hat, weiß, dass die Planung von irgendwelchen Diensten ein sehr theoretisches Modell ist. Das ist Inhalt von Bereitschaftspolizei, steckt so ein ganz bisschen im Namen mit drin, hinten Polizei, vorne viel Bereitschaft, und zwar sowohl inhaltlich sich zu engagieren als auch wirklich bereitzustehen. Und ich kann auch für die Hamburger Polizei Ihnen Zeiten sagen, Castor 136 Stunden ist eher normal. Nach Hannover fahren, NPD-Demo begleiten, von da aus nach Berlin alarmiert zu werden und da aus der Bewegung den Einsatz bis morgens um fünf zu machen, ist für einen Bereitschaftspolizisten, ja, es ist nicht Alltag, aber das kommt einfach vor und das weiß auch jeder.

Das ist auch nicht schön, das ist auch für die Kollegen belastend, und was wir den Kollegen beim G20 an Dienstzeiten zugemutet haben, kann man auch an den Dehydrierungen erkennen, war mehr als grenzwertig, wäre für mich auch kein Planungsmodell in der Zukunft. Allerdings, es tickt Polizei bundesweit so, wenn die Lage da ist, dann wird gearbeitet. Da kriegen sie sowieso freiwillig keinen nach Hause, weil das Gefühl, meine Kollegen schwitzen sich halb tot und ich liege hier im Bett, ist ... können Sie sich vorstellen, lässt so gut wie keinen ruhig schlafen. Trotzdem ist das eben kein Vorzeigemodell für europäisches Dienstzeitrecht, das muss man auch ganz klar sagen. Aber, wie gesagt, die Lage war so, wie sie war, und dann gibt es die Erwartung, dann sind ... dann arbeiten die auch alle. Aber das war der Grund eben, frühzeitig zu alarmieren, weil, jetzt noch sechs Stunden zuzuwarten, zu sagen, einmal gucken, wie lange ich das noch machen kann, das geht dann eben nicht. Da muss man irgendwann sagen, wir brauchen Ersatz für die Kollegen, die jetzt hier schon so lange arbeiten. Das war die Begründung auch für die schnelle Alarmierung dann.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ich möchte nur kurz und ich muss es, auf Ihre Antwort, Herr Senator, kurz eingehen, weil das einfach so nicht stehen bleiben kann. Am 12. April habe ich die Ankündigungen, Androhungen aus der linksextremen Szene, die öffentlich zugänglich waren, zitiert, und auch das, was Ihre Sicherheitsbehörden dazu schon geäußert haben, das habe ich mir weder zu eigen gemacht noch habe ich mir das gewünscht. Wir haben nur anders als andere Teile des Hauses das sehr ernst genommen und haben davor gewarnt und das wur-

de uns als Schwarzmalerei seitens der Regierungsmehrheit um die Ohren gehauen. Das gehört einfach noch dazu zu dem Punkt.

Und es geht mir gar nicht darum, ob ich Recht behalte mit irgendeiner Vorhersage oder nicht. Ich hätte mir gewünscht, dass sowohl die Sicherheitsbehörden, als wir dies zitiert haben, völlig danebengelegen hätten und wir einen superfriedlichen Gipfel erlebt haben. Aber das, was angekündigt wurde aus der linksextremen Szene, was seitens der Koalition negiert wurde, ist ja leider das, was eingetreten ist. Das ist ja genau das, was wir erlebt haben, was ja übrigens auch hier schon Thema war, aus Feststellungen nach dem Gipfel, wo die Sicherheitsbehörden gesagt haben, was wir prognostiziert haben ist das, was eingetreten ist. Das, was von der linken Szene angekündigt wurde, ist eingetreten. Wir können zum einen froh sein, dass ein paar weniger gekommen sind als angenommen, aber es ist ja nicht etwas, was wir vorher gesagt haben und das haben wir uns nicht ausgedacht, das war mir noch einmal wichtig, sondern das ist das, was auch Ihre Sicherheitsbehörden aufgeschrieben haben, was eingetreten ist.

Zum Innenausschuss, ja, natürlich, also zum einen haben wir Vertrauen in die Polizei und wir haben im Innenausschuss rudimentär, ganz rudimentär das Sicherheitskonzept beraten. Wir haben da sehr wohl kritisch nachgefragt mit den gleichen Fragen, die es auch am 12. April in der Bürgerschaft gab. Ich weiß noch, wie Frau Möller mich anstupste und sagte, warum das denn immer so negativ sei. Da haben Sie uns ...

(Abg. Antje Möller: Niemals würde ich Sie anstupsen!)

Aber Sie haben es ... Klären wir in der Pause. Worauf wir da nachgefragt haben, ist man auf diese Szenarien eingerichtet, vorbereitet, ist man darauf wirklich eingestellt. Und die Antwort, die die politischen Vertreter, die Senatsvertreter gegeben haben, ja, glaubt uns einmal, vertraut uns, wir sind bestens vorbereitet, wir haben das im Griff. Wir haben sehr wohl kritische Nachfragen gestellt, ob man dazu vorbereitet ist. Sie haben gesagt, es ist alles bestens im Griff. Das, was wir an Szenarien da zitiert haben, die werden schon nicht eintreten. Das einfach nur zur Richtigstellung und wir sollten zumindest die Fakten Fakten sein lassen.

Vorsitzender: Da war aber eine Menge politische Bewertung in der Richtigstellung.

Abg. Dennis Gladiator: Das war eine Antwort.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Na ja, nur noch einmal ganz kurz, was wir dargestellt haben und worüber wir ja die ganze Zeit auch im Ausschuss gesprochen haben, und insofern, muss man, glaube ich, jetzt auch im Nachhinein keinen Gegensatz reininterpretieren. Und ich weiß auch nicht und glaube auch nicht, dass das hier jetzt irgendwie zur Aufklärung beiträgt. Aber alles, was wir dargestellt haben, war das Sicherheitskonzept der Polizei, das natürlich davon ausgeht, dass wir mit den überhaupt nicht unterschätzten Gefahren, sondern mit den sehr klar vorhergesehenen, ernsthaften Gefahren umgehen zu können geglaubt haben und wir auch in weiten Teilen damit umgehen konnten. Und noch einmal, die ... alle Szenarien, die man im Vorfeld absehen konnte, die auch Sie absehen konnten und über die wir gesprochen haben, auf die hat das polizeiliche Konzept auch Antworten gegeben, mit denen ist man auch klargekommen. Insofern ergibt es auch wenig Sinn, sozusagen die politischen Akteure und die polizeilichen Akteure irgendwie unterschiedlich zu bewerten oder da irgend ... sondern das ist völlig einheitlich in der Bewertung und in der Haltung gewesen. Und da werden Sie weder im Innenausschuss damals Unterschiede sehen noch werden Sie jetzt hier Unterschiede sehen und ich glaube, dass uns das sozusagen an dieser Stelle auch nicht weiterführt.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Ich glaube, es macht auch aus politischer Sicht schon Sinn, das zu trennen, aber ob das so wahrhaftig ist, ist eine andere Frage. Jedenfalls sollten wir das dann lieber irgendwie im Plenum machen als hier im Ausschuss. Herr Warnholz ist dran.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Inwieweit haben etwaige Erkenntnisse der verdeckten Ermittler und der Sicherheitsdienste zu einer Änderung der Einsatztaktik hinsichtlich der teilweise illegalen Camps der gewaltbereiten Demonstranten geführt?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Verdeckte Ermittler, was meinen Sie damit?

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Damit meine ich die Beamten, die in Zivil Tag und Nacht für uns im Einsatz sind und ihre Informationen an die Polizeiführung geben und die eine hohe Anerkennung genießen bei mir.

Hartmut Dudde: Genau.

Vorsitzender: Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Ich sagte ja schon, Aufklärung, (...). Also Aufklärung setzt man ja deshalb polizeilich ein in einem Konzept, um die Lage im Blick zu halten. Natürlich werden alle Informationen, die man von der zivilen Aufklärung bekommt, fließen in die Einsatztaktik ein. Also wenn die uns, wie Sie eben sagten, also jetzt nur einmal als Beispiel, Reeperbahn, 20 Mann verumumt mit Eisenstangen, muss das ja die Reaktion sein, da schicken wir uniformierte Kräfte hin, um diese Gruppe aufzunehmen. Insofern ist der Sinn des EA-Aufklärung, dem Polizeiführer Informationen zu geben, um daraus die Polizeikräfte, die uniformierten Kräfte, die wir haben, taktisch vernünftig einzusetzen. Insofern, also wenn Sie die Frage so pauschal stellen, also, die wesentlichen Informationen aus dem EA-Aufklärung haben immer zu einer Änderung im taktischen Konzept geführt.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Dann habe ich keine Frage mehr zu diesem Tagesordnungspunkt.

Zu TOP 1b

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 1b, einzelne Versammlungsläufe und Anschlussgeschehen, tageweise hier hedonistisches Massencornern und Räumung durch die Polizei am Pferdemarkt am 4. Juli 2017. Ich halte es für möglich, dass wir diesen Tagesordnungspunkt bis zur Pause abschließen. Die soll um 19 Uhr sein, dann machen wir 15 Minuten Pause und dann könnten wir mit dem Tagesordnungspunkt 1c, Welcome-to-Hell-Demonstrationslauf anfangen. Also das wäre so ein frommer Wunsch des Vorsitzenden. Ich würde vielleicht erst einmal den Senat bitten, einmal kurz den Ablauf dieses hedonistischen Massencornerns und die Räumung darzustellen, was dazu geführt hat, dass dort geräumt worden ist. Wie gesagt, kurz. Wir haben uns vorgenommen, das in 40 Minuten abzuhandeln.

Senator Andy Grote: Ja, dann nur kurz als Grundlage vielleicht einmal von mir eine ... sozusagen zur Struktur oder zur Gesamtlage. Und dann würde Herr Ferk den Einsatzverlauf beschreiben.

Ganz wichtig für das Verständnis dieser Situation, dieses Einsatzes ist, dass wir es mit einer Gemengelage zu tun hatten, die im Wesentlichen aus drei Elementen sich zusammengesetzt

hat, die vor Ort aber für denjenigen, der das beobachtet hat, nicht immer klar unterscheidbar waren.

Wir hatten in einem räumlichen, engen Zusammenhang drei Unterszenarien. Das eine war auf der Grünfläche beim Grünen Jäger eine Versammlung, eine angemeldete und grundrechtlich geschützte Versammlung Arrivati-Park. Dann gab es in den umliegenden Straßen, Bereich Grüner Jäger, Wohlwillstraße, Thadenstraße, dort, wo auch am Wochenende im Sommer ohnehin gern einmal gecornert wird, da wurde es praktisch erfunden an der Ecke, gab es eine Situation, die das ... die man noch ähnlich beschreiben kann dem Cornern, wie man es an Sommerwochenenden kennt, nur exzessiver, mit mehr Beteiligten. Das heißt, überall waren größere Zahlen von Menschen auf den Gehwegen, auf den Straßen. Das ist fließend übergegangen in die Versammlungssituation beim Grünen Jäger.

Und dann gab es eine dritte Konstellation und das war ein sich Hineinbewegen in den Straßenraum Neuer Pferdemarkt, eine vierspurige Bundesstraße mit zahlreichen Ab- und Zuflüssen der Hauptverkehrsstraßen mit einer gewissen Bedeutung, auch einer gewissen Größenordnung für die Stadt, wo sich im Laufe der Zeit eine Blockadesituation ergeben hat, mit der dann im Anschluss umgegangen wurde. Und das ist uns wichtig, dass sich das polizeiliche Vorgehen nicht gegen das ... sowieso nicht gegen die Versammlungen auf der Grünfläche gerichtet hat, sich auch nicht gegen das, was man als Cornern verstehen würde in den kleinen Straßen und in den ... auf den Gehwegen gerichtet hat, sondern sich ausschließlich gegen die Blockade der Fahrbahn gerichtet hat, weil das anders zu beurteilen ist als die beiden anderen Sachverhalte. Das ist wichtig für das Verständnis der Gesamtsituation. Und dann würde ich Herrn Ferk bitten, einmal den Einsatzverlauf darzustellen.

Joachim Ferk: Ja, danke schön. Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete! Einmal als Übergang vielleicht zu dem, was Sie eben gerade gehört haben, für Ihr Verständnis: Als Bereitschaftspolizei waren wir während des zweieinhalbwöchigen Einsatzes immer unterschiedlichen Einsatzabschnitten unterstellt, und zwar nicht, weil das Konzept nicht funktioniert hätte, sondern als geplante Reaktion und Vorgehensweise in dem Konzept. Das bedeutet zum Beispiel an diesem Tag, dass wir dem EA Raumschutz unterstellt waren. Das waren wir auch die Tage vorher. Wir werden ja noch über den Welcome-to-Hell reden, da waren wir dem EA Gegenveranstaltungen unterstellt, später auch einmal dem EA Eingreifkräfte. Das ist aber nicht ein Zeichen dafür, dass irgendwas nicht geklappt hätte, sondern das ist Teil unseres flexiblen Konzeptes.

Anknüpfend an das, was der Senator gesagt hat, vielleicht vorausschickend, es hatte vorher in relativer örtlicher Nähe einen Einsatz der Bereitschaftspolizei gegeben. Das ist insofern für den Ablauf bedeutsam, nicht das Einschreiten an sich, das hatte damit nichts zu tun, aber es erklärt, warum die Bereitschaftspolizei mit relativ vielen Kräften unmittelbar nach beziehungsweise fast mit dem Beginn der Störungen vor Ort aufgetaucht ist. Das war von den Störern sicher nicht so gedacht, aber eine Konsequenz und hat sich dann in der Umsetzung unserer Maßnahmen deutlich ausgewirkt.

Die Grundsituation hat der Senator ja schon dankenswerterweise beschrieben. Ab circa 22 Uhr fand in diesem ganzen genannten Bereich ein erheblicher und ungewöhnlicher Zulauf statt. Ungefähr zehn nach, elf nach zehn befanden sich im Bereich Grüner Jäger Umgebung, circa 1 000 Personen. Das geht deutlich über das normale Cornern hinaus. Es war dann im Park so, dass wir dort auch erste Hinweise hatten auf Personen, die möglicherweise gewaltgeneigt, gewaltbereit sein könnten. Und um Viertel nach zehn hatten wir mehrere Hundert Personen, ich habe in Erinnerung 300 bis 400 Personen, die auf der Fahrbahn im Kreuzungsbereich Neuer Pferdemarkt, also auf der Bundesstraße standen.

Sie kennen die Örtlichkeit, Sie wissen, wie dort der Verkehr fließt, das ist eine erhebliche Gefährdung, Gefährdung für die Personen, die dort stehen, führt andersherum zum Erliegen des Straßenverkehrs und war eine Situation, die uns zwang, unmittelbar einzuschreiten, bevor dort etwas passiert ist.

Wichtig an der Stelle, es ist richtig, dass sich unsere Maßnahmen, und das muss man sich immer wieder vor Augen führen, ausschließlich gegen die Blockierer auf der Fahrbahn gerichtet haben, weder gegen irgendwelches übermäßiges Cornern, was man möglicherweise als übermäßigen Gemeingebrauch zeichnen sollte, oder gegen die stattfindende Versammlung. Auf der Fahrbahn fand, ich beschreibe Ihnen das einmal, waren Personen, die dort zum Teil saßen, standen, was tranken, irgend ... Anzahl offensichtlich Alkohol tranken. Einige tanzten umher, die meisten ohne Musik. Und es fand dort ein mehr oder weniger buntes Partytreiben statt. Was dort nicht stattfand, waren irgendwelche Versammlungsaktivitäten. Es wurde auch zu keinem Zeitpunkt uns gegenüber eine Versammlung behauptet. Es gab auch keinen Ansprechpartner. Es fand dort ein Blockieren statt.

Das ist wichtig, weil die Situation, die wir dort erleben – das, glaube ich, ist eines der größten Probleme insgesamt beim Einordnen –, sehr unübersichtlich ist. Und es ist für mich nachvollziehbar und ich finde es auch verständlich, wenn man dann draufguckt und sagt, Mensch, was machen die denn da, das sind junge Menschen, Verständnis entwickelt für das, was inhaltlich gemacht wird, und daraus versucht abzuleiten, das sei ja offensichtlich in Ordnung.

Das ist aber ein ganz schwerer Punkt und kann kein Ausgangspunkt und darf das auch nicht sein für unsere Maßnahmen, nach dem Motto, wenn dort junge Leute stehen und blockieren die Straßen und trinken Alkohol und tanzen ein bisschen, dann ist das in Ordnung. Was wäre denn, wenn wir dort eine Hochzeit hätten, die da auf der Straße weiterfeiert, oder einen Junggesellenabschied. Ist es dann auch noch lustig? Oder was wäre, und ich rede jetzt nicht von den Autofahrern und ihre Gefahren, aber was wäre denn, wenn beim Cruisen die Zuschauer dort stehen? Hätten wir dann auch alle Verständnis dafür?

Ich will nur deutlich machen, aus gutem Grund wollen und dürfen wir alle ... wollen wir alle und dürfen wir als Polizei in dieser Gesellschaft nicht über die Inhalte entscheiden und sagen, das ist ein annehmbarer Zweck, dann kannst du jetzt was machen. Das ist kein annehmbarer Zweck, dann wird die Polizei dir das verbieten. Dass ... Ich verstehe, dass man manchmal Sympathie entwickelt und dass das unübersichtlich ist, aber da muss ich einfach darauf hinweisen, das ist nicht für uns und darf nicht handlungsleitend sein. Wir haben uns ausschließlich gegen die Personen gerichtet, die dort gestört haben, die dort die Gefahren heraufbeschworen haben.

Wir haben uns dann aufgestellt, weil, Aufgabe und Ziel musste es sein, die Fahrbahn freizubekommen im Bereich der Stresemannstraße, sodass wir eine Räumrichtung für eine erste Räumung hatten. Es war nicht geplant eine erste und eine zweite, aber so hat es sich ja ergeben, in Richtung Budapester Straße, einfach, dass Sie uns dort räumlich folgen können.

Wir haben dann angefangen, die Menge anzusprechen. Da wir Hinweise darauf hatten – erste Hinweise auch über die Eingreifkräfte, über die Aufklärung, und das hat sich dann im Weiteren auch bestätigt –, dass sich insbesondere, es wurde ja zunehmend dunkel, in dieser Parkanlage eben auch einige Personen befanden, die wir als Gewalttäter eingeschätzt haben und als deutlich gewaltbereit, eine kleine Gruppe, die sich noch friedlich verhielt. Aus diesem Grunde haben wir uns entschieden, die Durchsagen durch die Wasserwerfer durchführen zu lassen und nicht durch Lautsprecherwagen zunächst. Das hat sich im weiteren Verlauf, Sie werden das sehen, auch noch als völlig richtig eingestuft.

Wir haben dann und sind sehr abgestuft vorgegangen, wir haben verschiedene Ansagen gemacht, wir haben aufgefordert, die Fahrbahn zu verlassen, haben, nachdem dieses keinen Erfolg hatte, nachdem niemand die Fahrbahn verlassen hat, dann angekündigt, dass wir räumen werden, dass die Personen jetzt die Fahrbahn letztendlich dann auch wirklich verlassen müssen, sonst würden wir das durchsetzen. Im weiteren Verlauf hat sich die Kette ungefähr gegen 22.30 Uhr in Bewegung gesetzt. Die Zeiten können wir ja genau nachgucken, mir liegen die Zeitpläne vor. Ich weise an dieser Stelle einmal hin, dass wir in den unterschiedlichen Zeitplänen einfach aufgrund unterschiedlicher Eintragungen und Meldungen manchmal kleine Abweichungen haben, das erklärt sich einfach durch die Art und Weise, wie dort protokolliert wird. Das gilt auch für alle anderen Einsätze. Während wir vorgegangen sind, langsam vorgegangen sind, gab es dann gezielte Einzelansprachen durch die Kräfte in der Räumkette gegen die Personen vor ihnen, dass sie die Fahrbahn verlassen mögen. Nur wenn das keinen Erfolg hatte, dann wurden durch einfache körperliche Gewalt, durch Wegschieben, Wegdrücken, Personen von der Fahrbahn gebracht. Im Einzelfall, wenn dagegen Widerstand geleistet wurde, sich aufgelehnt wurde, wurde es dann im Einzelfall ..., durch welchen Grund auch immer, zu Angriffen auf Polizeibeamte kam, wurde auch vom Schlagstock Gebrauch gemacht.

Die Räumung erfolgte langsamen Schrittes, kam aber zügig voran und dauerte insgesamt weniger als zehn Minuten. Dann sind wir einmal durch gewesen. Während dieser Räumung haben wir zur Räumung – was sonst passiert ist, sage ich Ihnen gleich –, zur Räumung keinen Wasserwerfer eingesetzt. Als wir dann quasi durch den Kreuzungsbereich durch waren über den Neuen Kamp heraus, hatten wir diese Räumung abgeschlossen, die Fahrbahn war frei, wir wollten sie für den Verkehr wieder freigeben. Es ist dann aber dazu gekommen, dass es Personen gelungen ist, dass Personen mutwillig immer wieder auf die Fahrbahn gegangen sind hinter unserem Rücken und dass Personen diese wieder blockiert haben. Die Möglichkeit, jetzt zu versuchen, sie zurückzuhalten mit dann zum Teil schwachen Kräften, würde zwangsläufig, weil man das kompensieren muss, in Gerangel, in Gewalt dann ausufern. Deshalb haben wir das nicht gemacht, sondern haben gesagt, dann lass sie in Gottes Namen sich da raufstellen, dann werden wir noch eine zweite Räumung machen müssen. Die machen wir dann konsequenter und dann stellen wir auch sicher, dass sie nicht wieder auf die Fahrbahn kommen. Dazu war es dann möglich oder erforderlich, dass sich die Kräfte einmal drehen, denn die zweite Räumung erfolgte dann aus Richtung Budapester Straße über den Kreuzungsbereich hinweg.

Lassen Sie mich kurz einige Dinge schildern, die wir vorher gesehen, die einfach notwendig sind, um das zu verstehen. Unmittelbar bevor wir die erste von mir gerade geschilderte Räumung beginnen wollten – ich hatte gebeten, dass uns Wasserwerfer unterstützen, das hatte ich gesagt zum Ansagen, die dann auch gekommen sind aus Richtung Stresemannstraße –, unmittelbar bevor wir ansetzten zur Räumung, fuhr eine Wasserwerferstaffel, die uns offensichtlich auch unterstützen wollte, aus Richtung Neuer Kamp kommend – Sie kennen die Örtlichkeit, schräg gegenüber – uns sozusagen entgegen, bog nach rechts in den Neuen Pferdemarkt auf die rechte Fahrspur ab, wenn man weiterfahren würde, würde man letztendlich in der Schanzenstraße landen. Die hat auch nicht an der Räumung teilgenommen, das ist schlicht offensichtlich aufgrund eines Kommunikationsproblems im Bereich der Anforderung, der Umsetzung bei den Wasserwerfern passiert. Unmittelbar nach dem Abbiegen wurde diese Staffel bewusst von Blockierern ebenfalls blockiert. Das ist nicht unwichtig, wenn sie sich plötzlich vor Fahrzeuge stellen oder dazwischen stellen, die Tonnen wiegen, die auch nur eingeschränkte Sichtverhältnisse haben. Das ist für alle Beteiligten eine sehr gefährliche Geschichte. Die Staffel hat dann angehalten, hat mehrfach aufgefordert, dieses zu unterlassen und hat dann auch angekündigt, wenn man ihnen den Weg nicht freimacht,

würden sie Wasser einsetzen. Das haben sie dann auch in sehr milder Form gemacht, um diese Personen von den Wasserwerfern zu entfernen, was ihnen letztendlich auch gelungen ist. Diese Wasserabgabe fand faktisch genau in dem Moment statt, wie wir losgegangen sind. Die Staffel selbst hatte keine großen Begleitkräfte, wir haben dann Kräfte auch in diesen Bereich durch die Räumung, die ja natürlich daran vorbeilief, in diesen Bereich geschickt, so kam es so zu einer Wasserabgabe, die nur örtlich, also auch nicht mit großem, weitem Strahl, gegen diese Blockierer der Staffel passierte, aber nicht sozusagen auf die Fläche oder gegen die Personen, die wir geräumt haben.

Jetzt noch einmal, das Erscheinen war nicht gewollt, das war auch in keiner Weise hilfreich. Ich kann da nur um Verständnis bitten und sagen, das passiert leider, wenn so viele Kräfte zusammenwirken, wenn man im besten Eifer versucht, zu unterstützen. Wir hatten anschließend noch eine nach meiner Wahrnehmung ähnliche Situation, nachdem wir mit der ersten Räumung durch waren und ich mich dann umdrehte, was logischerweise dann ein bisschen schneller geht, als wenn die ganze Polizeikette sich umdrehen muss und die Wasserwerfer, dass wir im Kreuzungsbereich eine Staffel sahen, die dort offensichtlich ebenfalls reingefahren war, jedenfalls nach meiner Einschätzung und Wahrnehmung – wir konnten das nicht genau aufklären – und ebenfalls blockiert wurde. Die hat dann ebenfalls aufgefordert und offensichtlich sich den Weg freigemacht und ist auch weggefahren. Das hat mich vor Ort sehr geärgert, ich habe das auch unmittelbar gegenüber dem Kommandoführer der Wasserwerfer ausgedrückt und ihn deutlich aufgefordert, das zu unterlassen. Das war beides kontraproduktiv. Die von mir zunächst geschilderte Hamburger Staffel hat nach unserer Räumung gedreht und ist wieder über den Neuen Pferdemarkt weggefahren. Auch da kam es wieder zu Blockierungen, die Staffel hat dann den Selbstschutz ..., jeder dieser Wasserwerfer verfügt über eine Einrichtung auch gegen Feuer, also am Fahrzeug herunter Wasser zu sprühen, dafür gesorgt, dass sich die Personen nach Aufforderung entfernen – das ist dann nicht mit den Strahlrohren ein Strahl auf die Personen –, konnten dann weiterfahren.

Manchmal ist das Gegenteil von gut leider gut gemeint. Das war etwas, was nicht hätte sein sollen. Das Blockieren, das war rechtswidrig, und das war bewusst gemacht und das war auch nicht in Ordnung und es ist ausgegangen von den Blockierern. Was wir hätten vermeiden können, waren diese unnötigen Fahrten und dass solche Situationen überhaupt entstehen. Da kann ich nur um Entschuldigung bitten, da können wir manchmal nicht auf jeden einwirken. Das hätten wir vermeiden müssen, ganz deutlich an der Stelle.

Zu beiden Aktionen wurden übrigens im Nachgang dann jedenfalls bei uns auch keine Beschwerden geäußert, diejenigen wussten, was sie gemacht hatten und probiert hatten. Es ändert allerdings nichts an der Unnützigkeit dessen, was wir da gemacht haben.

Vielleicht haben Sie gelesen, dass unmittelbar am Ende der ersten Räumung eine Wasserwerferstaffel, das war die, die uns begleitet hatte, Barrikadenbau gemeldet hat. Um das gleich aufzuklären, das war ein erneuter gesteigerter Versuch, die Lage eskalieren zu lassen und die Blockierung, die man begonnen hatte, sozusagen anzuheben. Über das, was man als Barrikade dann einschätzt, da gibt es möglicherweise unterschiedliche Einschätzungen, es sind da nach meiner Erinnerung zwei Müllcontainer auf die Straße geräumt worden. Die haben meine Kräfte einfach beiseitegeschoben und dann haben wir das beseitigt. Trotzdem war es ein Versuch, mehr zu blockieren, aber eine Barrikade ..., ich sage einmal, da haben wir in Hamburg andere Vorstellungen und andere Erlebnisse, was wir dann als Barrikade bezeichnen würden. Nur, weil Sie es ja vermutlich in unseren Zeitplänen gelesen haben.

Nachdem wir uns umgedreht haben und eine zweite Räumung vorbereiten wollten oder durchführen wollten, erhielt ich kurz vor dem Beginn durch den Leiter der Eingreifkräfte, Polizeidirektor Grossmann, der uns mit Kräften unterstützte, den Hinweis, dass die zunächst

benannten Personen im Park, dass seine Leute mitbekommen haben, dass Aufklärungskräfte mitbekommen haben, dass diese Personen zum Teil Gegenstände aufnehmen und sich offensichtlich verabreden haben, wenn auch eine kleine Gruppe im Gesamtkontext, den Räumkräften beim zweiten Räumvorgang, das war ja für alle ersichtlich, in die Seite zu fallen, uns aus dem Dunkel des Parks zu bewerfen. Zweitens mussten wir natürlich verhindern, dass wir das Gleiche noch einmal erleben und die ganze Nacht dieses Spiel betreiben, dass Leute zurückgehen. Deshalb haben wir mit Kräften, die aus einem anderen Einsatz uns dann auch zur weiteren Unterstützung kamen, und deren Hilfe eine starke Absperrkette in Richtung vor allen Dingen des Parks gemacht, sodass wir dann verhindern konnten, dass geräumte Personen wieder auf die Fahrbahn gingen.

Die Räumung selbst erfolgte dann anschließend mit gleichen abgestuften Mitteln, mit denen wir die erste Räumung gemacht haben. Wir sind dann, Räumungsbeginn, ganz kurz nach 23 Uhr, das Vorgehen war im Grunde genommen das Gleiche, wir sind mit unseren Kräften vorgegangen, vorher diverse Ansagen, wegzugehen, auch Ansagen dann an Unbeteiligte, wegzugehen, da wir gegebenenfalls jetzt Wasser einsetzen würden gegen die Personen. Das konnte jeder hören, das hat auch jeder gewusst. Jeder, der dageblieben ist, hat das auch bewusst in Kauf genommen. Dann, wieder beim langsamen Vorgehen – und wir sind wirklich langsam vorgegangen, Sie werden das bestätigen können, Sie sind zum Teil unmittelbar vor der Kette gegangen, also ich glaube, wir könnten auch anders räumen ... Wir haben dann die Personen konkret angesprochen, wieder die Räumkräfte, gehen Sie weg, begeben Sie sich von der Fahrbahn. Auch hier, wenn das nicht half, ein Wegschieben, ein Abdrängen, einfache körperliche Gewalt bei aber jetzt aggressiverer Stimmung und deutlichen Anzeichen, wir gehen hier nicht weg, das ist unsere Kreuzung. Offensichtlich außerdem vielleicht durch Alkohol befördert, aber aus diesem Gefühl heraus, nur weil es hier rechtswidrig ist und die Polizei sagt, wir sollen das unterlassen, bleibe ich trotzdem hier, und ich habe schließlich irgendwie das Recht und mache hier weiter. Das entschuldigt gar nix, aber daraus ergab sich einfach, ich glaube, das ist nachvollziehbar, eine aggressivere Haltung. Wir haben dann letztendlich auch bei dieser ..., oder haben bei dieser Räumung letztendlich Wasser abgegeben. Und zwar war der Ablauf wie folgt: Ich habe, weil wir das kommen sahen, dem Einsatzabschnittsführer, dem ich unterstellt war, gesagt, dass ich glaube, dass wir die Räumung nur durchführen würden, wenn wir dieses Mal auch Wasserwerfer und möglicherweise dann auch verstärkt Schlagstöcke einsetzen werden. Anders würden wir sie nicht geräumt kriegen, wir würden es zurückhaltend machen, aber räumen. Der Auftrag erging dann, wir sind kurz nach 11 begonnen, sind vorgegangen. Unmittelbar nach Beginn der Räumung, fast gegenüber, rechts geht der Neue Kamp ab, wurden die Kräfte das erste Mal aus Richtung des Parks beworfen. Wir haben dann kurz angehalten und sind mit relativ schwachen Kräften gegen diese Personen vorgegangen und haben die quasi vertrieben. Die Versammlung, die da drin war, das war eine Versammlung, die im Zusammenhang mit Flüchtlingen – wir hatten ja damals die Flüchtlingskrise – sich gebildet hatte. Diese Eilversammlung war kurz vorher beendet worden mit völliger Zufriedenheit des Leiters. Es gab also nichts, was wir dort auf die Versammlung eingewirkt hätten.

Ungefähr in der Mitte des Kreuzungsbereichs, sehen Sie mir nach, dass ich heute Ihnen jetzt die Örtlichkeiten nicht aus dem Kopf genau zeigen kann, saß dann eine Gruppe von, ich meine, acht Personen, die auf der Fahrbahn saßen und sehr deutlich machten, auch durch (...), dass sie nicht bereit waren, wegzugehen. Und hier hatten wir den Punkt, wenn ich etwas ankündige, das kennen wir auch aus der Erziehung, wenn ich irgendwas machen muss, dann muss ich das auch irgendwann durchsetzen, zumal wir die Erfahrung, ich habe selbst die Erfahrung, gemacht haben, wenn wir mit Publikum zu tun haben, das nicht erfahren ist, dann besteht immer die Gefahr, dass sie glauben, die meinen das nicht ernst beziehungs-

weise so eine Situation falsch einschätzen. Ich will nicht sagen, der Vorteil von einem Autonomen ist, der fängt nur Dinge an, wenn er sich das zumindest halbwegs überlegt hat und schätzt die Situation aus einer Erfahrung ein, aber wir wollten vermeiden, dass es hier jetzt dazu kommt, dass man glaubt, ich steigere das Ganze einmal, weil, dann hätte das sicher böse Folgen gehabt. Denn woran kein Zweifel bestand, ist, dass wir die Räumung durchsetzen konnten. Dafür waren wir genug, dafür hatten wir uns auch aufgestellt. Daraufhin habe ich nach Durchsagen, nach Aufforderungen, wiederholt, wir sind erst einmal (...), dann angeordnet, dass wir dieses Mal Wasser geben, und zwar die leichteste Form der Wasserabgabe, ein sogenannter Wasserregen. Das ist auch auf den Videos deutlich zu sehen. Die Strahlrohre zeigen dann schräg nach oben und wir geben einen Stoß ab, sodass die Leute nassgeregnet werden. Wir erinnern uns, der Sommer letzten Jahres fand leider nur an diesen Tagen statt, da ist also auch niemand irgendwie erfroren oder hat sich da Gesundheitsschäden zugezogen. Und trotzdem waren die Personen überrascht und letztendlich sind sie aufgestanden und wir konnten sie von der Straße mit relativ wenig weiterer Gewalt, es gab körperliche Auseinandersetzungen, aber von der Straße wegbewegen.

Ich weiß, dass einige Medien, ich glaube, die waren nicht vor Ort, geschrieben haben, massiver Werfereinsatz – den hat es nicht gegeben. Reaktionen vor Ort dann ja auch von erfahrenen Medien waren, das stimmt nicht, habt ihr nicht mehr drauf, ist das alles, was ihr könnt. Das war alles, was wir wollten und was wir mussten. Und das ist der entscheidende Punkt.

Wir haben dann die ... Ach, so, und parallel dazu gab es dann erneuten Bewurf auch mit Treffern bei Polizeibeamten am Arm, im Unterleib, der dann zunahm, sodass auch die Eingreifkräfte am Rand zum Arrivati Park dann tätig werden mussten. Die mussten dann auch noch einmal unterstützt werden. Die Räumung selbst war um ungefähr 23.40 Uhr abgeschlossen, hatte also in diesem Fall knapp 40 Minuten gedauert. Sie sehen also, das war dann deutlich länger.

Im Anschluss haben wir dann allerdings verhindert, dass Personen wieder die Fahrbahn betreten haben, und das Problem an dieser Stelle hat sich faktisch erledigt, die Gefahrensituation ist an dieser Stelle beseitigt gewesen. Es hat dann noch eine Teilräumung die Schanzenstraße runter gegeben bis zum Bahnhof, weil dort einige Personen versuchten, dort zu blockieren. Das ist relativ schnell beseitigt worden. Diese Störergruppen haben sich in Richtung Knochen, das heißt Bartelsstraße, für die, die das nicht kennen, und Susannenstraße, zurückgezogen. Aus beiden Richtungen haben wir das relativ zügig geräumt. Man hat dann noch versucht, ein ..., oder man hat ein Sofa auf die Fahrbahn gezogen und versucht, das anzuzünden. Das haben wir unterbunden. Und letztendlich haben sich diese Personen dann, von uns sozusagen angeschoben, Richtung Flora zurückgezogen auf die Piazza und haben sich dort verteilt.

Die Lage beim Grünen Jäger war nach der Räumung ruhig. Wir haben dann einen starken Abgang von Personen gehabt, es wurde also sehr schnell, dass weniger Personen da waren. Es war allgemein klar, dass wir mit der Geschichte durch ...

Senator Andy Grote: Entschuldigung. Ich glaube, wir müssen hier unterbrechen, weil das nicht mehr in den Rahmen einer kurzen Darstellung passt.

Joachim Ferk: Gut, dann will ich an der Stelle schweigen. Dann, bitte um Entschuldigung.

Senator Andy Grote: Wir öffnen das jetzt, glaube ich, dann für Fragen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Aber es war ja der Punkt, um den es geht, ist ja klar geworden. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Also ich hatte ja darum gebeten, dass wir das auch auf die Tagesordnung setzen, und ich will kurz sagen, warum. Das war jetzt nicht ein besonders massiver Polizeieinsatz, aber es war ein Polizeieinsatz an einem Tag, an dem es absolut friedlich war. Ich war auch im Gählerpark, ich bin rechtzeitig runtergekommen, also nach unten gegangen, weil ich gehört hatte, da zieht USK auf. Also das war nicht ein besonders massiver, aber es war einer, der sehr tief eingegriffen hat in eine sehr fröhliche Stimmung, Massencorthern, da waren Tausende Leute insgesamt auch in der Umgebung beteiligt, da waren ... Also ich habe es ja, in den Akten findet man ja leider wenig, aber immerhin gefunden, ungefähr 450 um 21 Uhr und dann kamen weitere dazu und in der Spitze waren es ungefähr 1 200. Und es war eine fröhliche Stimmung, es war eine gelassene Stimmung und es war kein bisschen Aggressivität. Also, ich habe das nicht draufgesetzt, weil ich meine, das wäre jetzt ein besonders schlimmer Polizeieinsatz, sondern er war einschneidend, weil da eine Erfahrung ..., das hat zu einer Erfahrung geführt, sozusagen egal, was wir machen, die Polizei kommt und vertreibt uns. Das war jetzt auf der Gegenseite der Fall.

Ich würde in einigen Punkten Ihnen trotzdem widersprechen. Also das mit dem Wasserwerfereinsatz, das stimmt, das war Tröpfeln, also das war nicht viel. Aber ich widerspreche Ihnen in folgenden Punkten: Erstens, es ist sehr früh USK aufgezogen. Die waren, noch während ich im Gählerspark war, und ich bin dann gegangen, als die Demonstration losging, ist das USK einmal sozusagen quer durchmarschiert, USK Bayern, eine Hundertschaft oder zwei, weiß ich nicht genau. Dann sind sie wieder zurückmarschiert und dann kriegte ich aber den Anruf, die kommen wieder und dann war ich unten und die haben sich so aufgestellt mit Gesicht zu dem Park hin bis zum Grünen Jäger und haben die Leute zurückgedrängt. Das war die allererste Erfahrung. Und die Stimmung ist absolut friedlich geblieben.

Dann das Zweite, was Sie sagen, die Kreuzung sei blockiert worden. Das Problem war, die ganze Stresemannstraße war blockiert, und zwar nicht von den Leuten, die Massencorthern gemacht haben, sondern von Polizei. Es standen mehrere Wasserwerfer da, dahinter standen die Räumpanzer. Es gab definitiv keinen Autoverkehr, weil die Polizei die Straße gesperrt hatte. Und deshalb sind die Leute auf die Straße gegangen. Die haben nicht erst die Straße blockiert und dann kam die Polizei, sondern die Polizei war da. Aus Gründen, die ich mir nicht erklären kann, war die da. Und dann sind die Leute auf die Straße gegangen.

Dann, irritierend war zum Beispiel, dass Sie, da haben sich viele Leute sehr gewundert, warum die Polizei Leute ins Schanzenviertel abgedrängt hat. Natürlich gibt es dann immer Vermutungen, ist ja alles nicht eingetreten, und vielleicht waren die Vermutungen auch ganz falsch, dass Leute sozusagen absichtlich ins Schanzenviertel gedrängt werden sollen. Aber die Frage, warum dieses viele Hin und Her, das hat natürlich auch viel Verwirrung ... Ich weiß es nicht genau, ob es vier oder fünf Male waren, aber die Wasserwerfer sind vier- oder fünfmal von der Stresemannstraße bis zur Budapester, wieder zurück zur Stresemann, also auf die Kreuzung, dann wieder zurück und dann wieder und dann noch einmal, also vier- oder fünfmal, ich weiß es nicht. Und die Stimmung ist die ganze Zeit bis auf ganz, ganz wenige Ausnahmen, friedlich geblieben. Ich habe selbst einen einzigen Flaschenwurf gesehen und ich stand dann immer an der Seite zu dem Park hin und es haben Leute auf der Straße getanzt. Es war nach wie vor eine ausgelassene Stimmung und die Rufe waren, das ist unsere Stadt. Also nicht, das ist unsere Kreuzung, sondern das ist unsere Stadt.

Auch ansprechen will ich, das war trotzdem noch eine Versammlung. In den Akten, das Wenige, was sich findet, die einen sprechen dem ganzen Massencorthern den Versammlungscharakter ab, auch der Veranstaltung im Park, aber zum Beispiel die EA Aufklärung sagt, die Veranstaltung im Park ist faktisch nicht beendet worden und sozusagen, das war noch die Veranstaltung, die halt aufgewachsen ist und es standen dann halt eine ganze Menge Leute

darum, aber die Musik hörte man auch eine Zeitlang. Das heißt, es war schon ein Einsatz der Polizei, meiner Meinung nach, gegen eine Versammlung.

Ja, das ... Ich wollte Ihnen jetzt in einigen Punkten widersprechen und will einfach zu bedenken geben, der Eindruck, den das bei vielen Leuten gemacht hat, auch wenn wir ganz friedlich sind, die Polizei kommt und vertreibt uns, dieser Eindruck war schon für den weiteren Verlauf auch von Bedeutung.

Das war jetzt keine Frage.

Vorsitzender: Das habe ich auch festgestellt, ja. Ja. Herr Senator möchte dazu natürlich etwas sagen, das provoziert.

Senator Andy Grote: Ja, natürlich, ist klar. Ich will schon drauf erwidern, an einer Stelle, glaube ich, dass sie Recht haben, dass das ein Ereignis war, was sozusagen auch stimmungsprägend ein Stück weit war und wo auch nicht sozusagen sich das polizeiliche Handeln jedem Beteiligten in gleicher Weise erschlossen hat. Das hat völlig unterschiedliche Gründe gehabt. Das hat auch Gründe gehabt, wie man die Gesamtsituation wahrgenommen hat, je nachdem, wo, an welcher Stelle man sich zu welchem Zeitpunkt auch gerade aufgehalten hat. Und wichtig, deswegen habe ich das am Anfang schon gesagt, auch ist, dass man das wirklich unterteilt in diese unterschiedlichen Teilszenarien. Wir haben eben die Besetzung der Fahrbahn oder das sich Aufhalten, das Blockieren der Fahrbahn ausdrücklich nicht mehr als Teil der Versammlung wahrgenommen, sondern das war ein davon losgelöstes Verhalten, wo es auch gerade darum ging, schon auch diese Fahrbahn zu blockieren.

Und die Stimmungslage in einzelnen zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlichen Teilen dieser Menschenmenge, haben wir auch als ..., also ist von der Polizei unterschiedlich wahrgenommen worden. Auch im zeitlichen Verlauf beeinflusst durch Zufluss aus dem Bereich der Grünanlagen Gählerpark, wo es zu Konflikten gekommen war und wodurch dann auch eine gewisse andere Stimmung dort mit hineingetragen wurde.

Zu der Frage ... Also ich glaube schon, dass es wichtig ist, dass wir noch einmal kurz zu der Frage Sperrung, Abdrängen ins Schanzenviertel, das viele Hin und Her und Versammlungs..., also wie weit haben wir den Raum der angemeldeten Versammlung gesehen, dass wir dazu noch einmal kurz erwidern, Herr Ferk.

Joachim Ferk: Gern. Frau Schneider, Sie haben jetzt ein paar Dinge dargestellt, die von der Reihenfolge her nicht stimmen und die auch das Bild genau umdrehen. Die Polizeikette auf der Stresemannstraße ist deshalb aufgezogen, weil da eine Blockade war, und nicht die Blockierer sind auf die Straße gegangen, weil wir da eine Polizeikette gemacht haben. Dass wir vorher dort gewesen sind, hing damit zusammen, dass verschiedenste Gruppen aus dem Gählerpark, und zwar im Laufschrift, auch über die Stresemannstraße in Richtung Schanze gelaufen sind. Ich kann mich zum Beispiel an eine Gruppe erinnern unter der Führung, zumindest wirkte es so, von Herrn Blechschmidt, der in diese Richtung lief. Richtung Wohlers Allee, das ist ja dann Richtung Sternbrücke, war auch eine Versammlung schnellen Schrittes unterwegs, die wir dann erst mit angehalten haben, bevor sie den Kreuzungsbereich erreicht. Deshalb ist da eingeschritten worden. Aber den Verkehr haben wir drumherum abgeschnitten, weil sie sich leider auf der Fahrbahn befanden. Und nicht wir sind auf die Fahrbahn gegangen dann und haben sie einfach einmal abgesperrt und dann sind Leute auf die Fahrbahn gegangen, weil sie dachten, das sei gar keine Fahrbahn mehr.

Die Versammlung, von der Sie reden, im Park, das war eine Versammlung, die mit dem Thema Flüchtlinge, neue Todesfälle im Mittelmeer ... Das Aufrufen zum Cornern ... Dies war eine Eilversammlung, morgens ab 11 Uhr, die ist eine Dreiviertelstunde vorher angemeldet worden. Die Personen, die da gecornert haben, die Aufrufe zum Teil auch in den Medien, in

den sozialen, waren viel früher. Das hatte beides überhaupt nichts miteinander zu tun, nicht im Ansatz. Das, was da stattfand, war dieses Trinken. Und was Sie ... Ich kann das nachvollziehen, aber was Sie eben getan haben, war das, was ich eingangs sagte, Sie erwecken Verständnis für diese Menschen und das sei ja in Ordnung und daraus leiten Sie ab, dann ist es auch in Ordnung, eine Bundesstraße zu blockieren und sich da raufzustellen. Das ist genau der Versuch, das Ganze umzudrehen und zu sagen, ja, dann ist es in Ordnung, das muss man doch inhaltlich bewerten. Und das ist etwas, was wir ganz genau so nicht machen konnten. Die Räumungen haben genau zweimal stattgefunden und nicht mehr. Zweimal. Die beiden anderen Fahrbeziehungen beziehungsweise Werfer habe ich erklärt, warum Werfer hin- und hergefahren sind. Wir haben genau zweimal geräumt. Das ist auch sehr deutlich zu sehen an der Stelle. Und dass Kräfte der Eingreifkräfte versucht haben zu verhindern, dass Personen aus dem Park auf die Fahrbahn gingen, auch wenn die mir dann nicht unterstellt waren an der Stelle, das war Teil dann ihres Auftrages, zu verhindern, dass die Straße blockiert wird. Das mag einem nicht gefallen, aber wenn wir das nicht machen, dann können wir auch die Straße nicht räumen an der Stelle. Und es hat sich ja gezeigt, dass das insgesamt notwendig war. Ich finde, da sollte man die Dinge dann auch beim Namen nennen und nicht einfach verdrehen. – Danke schön.

Vorsitzender: Danke. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja. Ich versuche es einmal anders anzugehen. Vielen Dank für die Darstellungen. Ich habe sozusagen auch ein eigenes Bild von dem, aber darum geht es ja tatsächlich nicht, da haben sie ja Recht. Wir versuchen ja sozusagen die Taktik, den Verlauf und Zusammenstöße oder Eskalationen, wie auch immer, hier aufzuklären. Und deshalb würde ich einmal gern wissen wollen, warum sich zum 4. Juli in den Akten nicht die Auszüge aus dem EPSweb finden, sondern lediglich so eine Art Verlaufsprotokoll zu den einzelnen Versammlungen, die man in den Akten des Lagezentrums finden konnte. Das wäre sozusagen meine erste Frage.

Dann wollte ich auch zurückkommen auf den Aufruf, den Herr Ferk auch eben schon erwähnt hat. Der ist ja schon Tage vorher bekannt gewesen. Ich lese nur einmal den letzten Absatz vor: "Wir wollen damit zeigen ...", als mit dem Auf-die-Straße-gehen und mit der Musiksondersendung von FSK, die damit verbunden war, "wir wollen damit zeigen, dass Protest solidarisch und dezentral funktioniert. Alle Straßen der angrenzenden Viertel werden durch das gemeinsame Hören des Radioprogramms und das gemeinsame Cornern miteinander verbunden, um eine laute, bunte, chaotische, lustige und spaßige Protestsituation zu schaffen, bei der wir zeigen wollen, wie eine solidarische Stadt der Zukunft aussehen kann." Das war der Polizei bekannt, dieser Ansatz, den ich nicht werten will, sondern ich möchte daran die Frage knüpfen, ob Sie sozusagen auf dieses Aktion oder von mir aus auch Protestform so herangegangen sind, wie Sie an, sagen wir einmal, gewöhnliche Demonstrationen oder Versammlungen herangegangen sind, oder ob Sie hier auch die Möglichkeit gehabt hätten und möglicherweise auch überlegt haben, zu sagen, das nehmen wir einmal so, wie das da beschrieben ist, und gewährleisten im Grunde das Minimum dessen, dass das auch stattfinden kann. Also mir geht es um die Überlegungen, ich möchte das nicht jetzt weiter werten, diese Veranstaltung, sondern ich möchte verstehen, was Sie in Kenntnis des Aufrufs sozusagen als Strategie entwickelt haben.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also ich glaube, es ist wichtig, zu sehen, dass natürlich sich diese Aktion, Hedonistisches Massencornern, sehr deutlich unterscheidet von anderen Versammlungen und Aktionen, die es da gegeben hat. Wir haben das als eine friedliche Protestform mit wahrscheinlich größtenteils störungsfreiem Verlauf eingeschätzt – das müsste sich aus

den Unterlagen auch ergeben –, allerdings nicht als Versammlung, insofern komplett andere rechtliche Situation. Das muss man schon sagen. Mit Ausnahme dessen, was dann als Versammlung noch angemeldet wurde im Arrivati Park. Deswegen ist man auch nicht herangegangen mit der Haltung, das muss unterbunden werden, das darf nicht stattfinden oder das ist ganz gefährlich, sondern man hat sich das angesehen, natürlich mit einer gewissen Unsicherheit, ob der Verlauf denn auch so sein würde, wie er angekündigt war, wie der Aufruf war, weil wir natürlich auch an dem Abend schon eine Dynamik hatten. Wir hatten die Campsituation, die sich über mehrere Tage entwickelt hatte, wir hatten unmittelbar im Umfeld Konflikte rund um Campsituationen in Grünanlagen, wir hatten verschiedene Gruppen, die vor Ort aktiv waren, wir hatten Personengruppen, die man auch unterschiedlich einstufen konnte. Es war ganz, ganz überwiegend friedlich, unproblematisch, aber nicht ausschließlich, so, das heißt, es war eine Gemengelage. Und der polizeiliche Umgang, wie er dargestellt wurde, war ja, dass man das über viele Stunden sozusagen auch einfach hat so laufen lassen und dass alles das, was man unter, sage ich einmal Cornern im weitesten Sinne fassen konnte, und die Versammlung sowieso, auch hat laufen lassen und dagegen auch nicht vorgegangen ist. Also das Fröhliche, wir sitzen auf dem Gehweg, wir hören alle denselben Sender, wir trinken Bier, was in großer Zahl ja stattgefunden hat, das war alles in Ordnung. Der problematische Punkt, und sind wir wieder bei diesem differenzierten Vorgehen und wo ist der Punkt, wo man sagt, da kann man es nicht weiter laufen lassen, das war tatsächlich die Blockade der Straße. Die haben wir als einen etwas aus dem ursprünglichen Szenario des Massencornerns herausfallendes Element einer Einzelaktion, die sich eher auch ein bisschen spontan entwickelt hat, auch ein bisschen aus der Dynamik heraus entwickelt hat, die ein bisschen mehr provokative Anteile auch hatte, einmal gucken, was sie machen, wenn wir auf die Straße gehen, die haben wir ein bisschen anders bewertet. Und es ist auch ein Unterschied, ob ich in kleinen Nebenstraßen und auf Gehwegen und überall, und das waren ja viele nachher, ob ich mich da aufhalte, wo man einmal sagen kann, okay, nun ist das einmal so, das hätte man bei strenger rechtlicher Betrachtung, hätte man damit auch anders umgehen können. Auch die Fahrbahn Grüner Jäger oder Wohlwillstraße ist eine Fahrbahn, so. Aber da konnte man jetzt ein Auge zudrücken und sagen, so, nun lass einmal, das ist jetzt nicht so dramatisch, aber in dem Moment, wo eben eine Bundesstraße und mit dieser verkehrlichen Funktion und in der Größe und in der Bedeutung blockiert wird, und auch nicht sozusagen ein ganz integrierter Bestandteil der Gesamtlage und nicht ganz die gleiche Ausrichtung hat wie der Rest der Veranstaltung, wo sich so was entwickelt, dann sind wir damit eben etwas anders umgegangen.

Dass das ein Punkt ist, den man jetzt diskutieren kann, wo man sagen kann, Mensch, was wäre denn gewesen, wenn, das kann man immer machen, aber Polizei muss natürlich in dem Moment irgendwo eine Linie haben und sagen, okay, das können wir zulassen und das, das, das, aber an der Stelle machen wir dann ..., ziehen wir eine Linie und sagen, die Fahrbahn muss wenigstens frei bleiben. Und dann ist ja mit sehr viel Ankündigung, mit sehr langsamem Vorgehen ..., hat man dann ja sozusagen sich auch viel Zeit gelassen, die Situation dann nach und nach zu räu..., zu bereinigen. Und Herr Ferk hat ja noch einmal dargestellt, dass es auch als ärgerlich empfunden wurde, dass da auch eine Wasserwerferstaffel reingefahren ist, die da eigentlich nichts zu suchen hatte. Das heißt, der besonders martialische Auftritt mit viel Gerät und so, das war nicht das Ziel, sondern das Ziel war, lediglich die Fahrbahn dort freizuhalten und es ansonsten so laufen zu lassen, wie es angelegt war.

Und der Punkt, warum dass da EPSweb-Dokumentation nicht vorliegt, das müssen wir klären. Das können wir, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen, das müssen wir nachsteuern, es sei denn ...

(Zuruf: Wie sind der Meinung, das ist (...))

Also eigentlich, aus ... Eigentlich müsste es da sein und wir glauben, es ist auch da und ...
Müssen wir uns noch einmal austauschen.

Vorsitzender: Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte noch einmal an dem Punkt bleiben und Herrn Ferk ... Sie haben das vielleicht schon so halb beantwortet, aber ich möchte es der Vollständigkeit und der Klarheit noch einmal klar von Ihnen beantwortet haben, das ist die Tatsache, dass ..., oder, was heißt Tatsache ... Frau Schneider hat eben insinuiert, dass es keinen oder praktisch keinen Verkehr auf der Straße gab, weil die Polizei die Straße selbst zugestellt hat, die Stresemannstraße. Und da würde ich gern noch einmal ..., wir haben uns ja sehr detailliert über den Ablauf unterhalten, weil, sage ich einmal, wenn das so wäre, würde es wenig Sinn machen, hinterher die Straße zu räumen. Das ist, glaube ich, auch relativ klar. Und deswegen macht es ja eigentlich nur Sinn sozusagen, das so zu machen, wenn es umgekehrt war, sozusagen, es gab Verkehr, dann sind die Leute auf die Straße gelaufen, dann wurde die Straße gesperrt und dann wurde geräumt. So. Aber deswegen ist es, glaube ich, für den Ablauf des Verständnisses der Aktion schon noch einmal, genau zu verstehen, ob sozusagen der Verkehr ohnehin unterbunden war, weil die ganzen Polizeikräfte den Verkehr, sage ich einmal, ohnehin aufgestoppt haben, weil, irgendwo müssen die ja auch sein, oder ob es eben anders war. Wenn Sie das einfach noch einmal präzise darstellen, wäre das gut.

Und das Zweite ist, der Senator hat ja richtigerweise aus meiner Sicht gesagt, das Ereignis war schon stimmungsprägend und man kommt ja genau an diese Frage, was ist der Punkt, um zu sagen, was mache ich und was mache ich nicht. Und jetzt ist natürlich eine Bundesstraße ein anderes Ereignis als eine Bezirksstraße, das ist völlig klar, Grüner Jäger. Auf der anderen Seite, G20 ist ja auch ein Ereignis, was wir jetzt auch nicht dauernd haben und ja wahrscheinlich auch nicht so schnell wieder. Und deswegen ist die Frage, ob Sie, Herr Ferk, was sagen können, wenn Sie nicht geräumt hätten, was wäre dann passiert an diesem Abend.

Vorsitzender: Ja. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also, wenn wir das nicht gemacht hätten, wäre es natürlich total friedlich und freundlich und schön geblieben, die ganze Zeit. Nein, also das ist natürlich eine Frage, die ein Polizeiführer nicht beantworten kann, weil es ein hypothetischer Verlauf ist. Wir wissen nicht, wie der weitere Verlauf gewesen wäre. Eine mögliche Logik wäre gewesen, nachdem die Blockade der Fahrbahn erfolgreich war, guckt man, ob man was anderes machen kann, um endlich eine polizeiliche Reaktion auszulösen. Ein anderes Szenario wäre gewesen, man hätte sich damit zufriedengegeben und wäre nach einer Stunde wieder von der Fahrbahn gegangen. Das wissen wir schlicht nicht. Und das kann man auch im Nachhinein nicht mehr hypothetisch beantworten.

Zu der Frage, wie ist das mit der Sperrung genau gewesen, wann, bitte ich noch einmal Herrn Ferk. Ich will nur den Hinweis geben, dass die Verkehrsbeziehung von der Stresemannstraße in den Bereich Neuer Pferdemarkt ja nicht die einzige Richtung, einzige Verkehrsbeziehung ist an der Stelle. Also es ist auch Verkehr möglich dort, wenn die Stresemannstraße zu ist.

Vorsitzender: Herr Ferk.

Joachim Ferk: Ja, danke schön. Nach der Aktion, nach dem Einsatz im Gählerpark, da muss man sich jetzt örtlich ein wenig auskennen, sind Personen, Einzelpersonen, Personengruppen, auch hintereinander in Richtung Norden weggelaufen – wir bezeichnen das als sogenannte Laufspiele, einfach einmal austesten, was geht – und sind einfach ohne Rück-

sicht und Vorsicht über die Stresemannstraße in Richtung Stresemannstraße und dann weiter ins Schanzenviertel gelaufen. Und das hat uns schlicht gezwungen, den Verkehr auf dieser Straße zu sperren. Dass wir dann dort hingefahren sind und dass dann dort unsere Fahrzeuge waren, das streite ich ja nicht ab, das kann man ja sehen, dass da Fahrzeuge waren, aber der Grund war, weil Menschen auf die Straße gelaufen sind. Und die anderen Fahrbeziehungen waren noch nicht alle von uns gestoppt, da gab es dann auch noch Fahrzeuge. Es war ja nicht so, dass wir den ganzen Pferdemarkt dann erst einmal frei gesperrt haben. Und dann gingen dort auch Personen auf die Fahrbahn und das führte dazu, dass wir die eine Richtung nicht wieder öffnen konnten und drumherum alles weiter abgesperrt hatten, damit keine Fahrzeuge auf diese Menschen auffahren, es zu schweren Unfällen kommt, zu Auseinandersetzungen kommt und damit letztendlich der Fahrzeugverkehr wieder fließen kann. Aber Ausgangspunkt war, dass Menschen die Fahrbahn betreten haben.

Vorsitzender: Herr Oetzel.

Abg. Daniel Oetzel: Vielen Dank. Vielen Dank auch, Herr Ferk, für die offene und auch selbstkritische Darstellung dieser Ereignisse. Ich finde es tatsächlich wohltuend von dem unterschieden, was wir hier auch den letzten Monaten teilweise gehört haben. Ich möchte an eine oder an das anschließen, was Frau Schneider eben gesagt hat, und die Frage stellen, die sich, wie ich finde, logischerweise daraus ergibt. Herr Senator, Sie hatten ja auch gesagt, dass dieses Ereignis stimmungsprägend gewesen ist für dieses Wochenende, und da würde mich interessieren, inwiefern Sie die Ereignisse dieser Aktion mit einbezogen haben in Ihre weiteren Überlegungen und ob Sie Konsequenzen daraus gezogen haben für die weiteren Einsätze und ob Sie Überlegungen angestellt haben, ob der Ablauf dieses Einsatzes möglicherweise Auswirkungen auf weitere Demonstrationen, weitere Aktionen im weiteren Tagesverlauf oder im weiteren Verlauf des Gipfels hätte. Und wenn ja, welche Aktionen oder welche Folgerungen Sie da für sich draus gezogen haben, und wenn nicht, warum Sie es nicht getan haben. – Danke.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also, erste grundsätzliche Anmerkung, der Senator greift nicht in die Einsatzkonzeption der Polizei ein.

(Abg. Dennis Gladiator: Aber der Justizsenator!)

Zweite grundsätzliche Anmerkung, ja, es ist so, dass wir einerseits wahrnehmen, dass bestimmtes polizeiliches Auftreten Einfluss hat auf Stimmungen bei unserem Gegenüber. Es ist so. Polizeihandeln geht zwar besser, wenn alle, die dem sich gegenübersehen, das gut finden und sich darüber freuen, aber das ist nicht die Regelsituation, sondern es kann immer passieren, dass polizeiliches Vorgehen auch nicht zu zunehmender Beliebtheit führt. Und das Ziel von polizeilichem Vorgehen ist auch nicht immer, sich beliebt zu machen, sondern ist, bestimmte Ziele zu verfolgen und die haben wir, glaube ich, ja schon versucht, sehr deutlich zu beschreiben, Versammlungen und Proteste in einem größtmöglichen Umfang zuzulassen, aber an den Stellen, wo es nicht anders geht, eben auch Grenzen zu ziehen und diese Grenzen auch durch polizeiliche Maßnahmen durchzusetzen.

Ob bei einem anderen Vorgehen an bestimmten Stellen sich Dinge anders entwickelt hätten, ist hoch hypothetisch. Wir gehen davon aus, unsere Einschätzung zum heutigen Tage ist, dass der Kern der gewalttätigen Ausschreitungen, die wir in den folgenden ..., ja im Folgenden dann erlebt haben, dass der sich nicht anders entwickelt hätte bei einem anderen Vorgehen. Dazu war die Zahl derjenigen, die zur Gewalt entschlossen waren, die sich auf Gewalt über Wochen und Monate vorbereitet hatten, die sich ausgerüstet hatten, die das geplant und organisiert hatten, dafür war der Anteil diese Beteiligten viel zu hoch. Die hätte

man nicht durch ein besonders freundliches, gewährendes, zurückgenommenes Auftreten zu einer anderen Haltung gegenüber Polizei und Staat motivieren können, sondern die waren determiniert in dem, was sie sich für die Tage vorgenommen hatten.

Dass bei dem einen oder anderen, sagen wir einmal, ein emotionaler Prozess stattgefunden hat im Laufe der Tage, der auch durch die Campsituation, durch die Cornersituation noch beeinflusst wurde, auch durch andere Situationen, das kann bestimmt so gewesen sein. Und dass dann im Zuge von Ausschreitungen vielleicht auch die Sympathien sich noch einmal ein bisschen anders dargestellt haben und sich die Bereitschaft, sich zu beteiligen, sich dadurch auch noch einmal bei einem gewissen Teil der Beteiligten verändert hat, das kann alles sein. Aber wir hatten einen ganz, ganz überwiegenden Teil, davon bin ich überzeugt, die sich an Gewalt aktiv beteiligt haben, die wir durch ein anderes Verhalten auch nicht hätten motivieren können. Das sind übrigens nicht nur politisch motivierte Extremisten, sondern das sind ja auch sehr viele andere, die dann im Laufe, insbesondere des Freitagabends, in die Ausschreitungen eingestiegen sind, die auch gar nicht darauf reagiert haben, was vorher in Camps oder beim Cornern los gewesen ist, sondern für die das eine Gelegenheit war, sich an Gewalt zu beteiligen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Angesichts der Zeit will ich auf meine Frage verzichten, nur ganz kurz sagen, ich habe Ihnen jetzt eben nicht widersprochen, weil ich Ihnen unbedingt widersprechen wollte, sondern ich stelle einfach fest, dass die Wahrnehmungen tatsächlich auch unterschiedliche sind.

(Zuruf: Die linke ist die rechte Wahrnehmung.)

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Das stimmt. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ich habe noch einmal eine konkrete Nachfrage. Diese beiden Situationen mit den Wasserwerfern, einmal mit denen, die sich verirrt haben, sage ich einmal, und den anderen, die zumindest nicht in Abstimmung mit Ihnen, Herr Ferk, in die Situation hineingegangen sind, wie wäre da denn eigentlich der Verlauf der Befehlskette, in Anführungsstrichen, eigentlich gewesen. Also konnte man im Nachhinein klären, warum das so passiert ist, dass es da nicht die Abstimmung gab. Das mit dem Verfahren kann ich schon verstehen, wenn es einfach ein banales –sozusagen, wir wissen nicht genau, wo wir hinmüssen – Problem war. Aber ich habe nicht verstanden, wie es passieren kann, dass sozusagen die Wasserwerfer eigenständig agieren, ohne dass es mit Ihnen abgestimmt wurde.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Herr Ferk.

Joachim Ferk: Also die Wasserwerfer, es waren ja an dem Tag mehrere Staffeln im Einsatz, stehen unter der Führung eines Kommandoführers, so heißt das in der Vorschrift, der das organisiert. Wir haben dann über Funk, mein Vertreter, eine Staffel Wasserwerfer angefordert, auch angegeben, aus welcher Richtung. Es ist, das klang schon an anderer Stelle an, ein Stück weit auch natürlich, dass Polizeikräfte, dass auch Staffeln, die da in der Nähe sind, sagen, Mensch, da fahren wir hin, da können wir unterstützen. Was wir festgestellt haben, dass es offensichtlich geplant war, dass die Hamburger Staffel, und insofern sind das zwei unglückliche Dinge, die da zusammengetroffen sind, dass die Staffel, die aus dem Neuen Kamp war, eigentlich vorgesehen war, uns zu unterstützen, weil wir die auch kennen, denen aber nicht bewusst war, dass sie aus der falschen Richtung anfahren. Das haben die offensichtlich falsch verstanden, und die andere Staffel, die von hinten kam, zunächst gar nicht als erste Staffel für uns vorgesehen war. Das war uns aber nicht bewusst, als von hinten eine

Staffel kam, kam die, die wir angefordert haben, und wir haben dann angefangen mit der zu arbeiten, haben erst im späteren Verlauf festgestellt, dass das eigentlich anders geplant war und diese beiden Missverständnisse leider dazu geführt haben, dass die andere Staffel von der falschen Seite reinfuhr und ja auch nicht notwendig war, weil wir bereits eine zweite Staffel haben. Ein Kommunikationsproblem bei denen.

Vorsitzender: Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, ich wollte mich zunächst noch einmal dem Kollegen Oetzel anschließen, dass ich auch das Gefühl habe, dass sozusagen, Herr Ferk, Ihre Ausführungen sich sehr positiv abheben, weil Sie sozusagen ja an verschiedenen Stellen auch darlegen, wo was hätte besser laufen können und wo auch was vielleicht einfach aufgrund der Umstände nicht gut gelaufen ist. Und ich glaube sozusagen, um an diesem Thema des Stimmungsprägenden noch einmal zu bleiben, weil sozusagen, ich habe ja in der Tat natürlich eine hypothetische Frage eben gestellt, dass sozusagen ... Das ist ja genau das Thema, was wir auch im Punkt vorher hatten, wo ich ja bewusst einmal nicht in meinen Fragen auf eine konkrete Aktion abgezielt habe, nämlich gerade nicht auf Welcome to Hell, sondern auf die Frage, wie insgesamt sich das in der Stadt entwickelt hat. Und ich glaube, dass sozusagen in dieser Frage, und das hat ja Herr Behrendes auch in seinen Ausführungen noch einmal sehr klargemacht, dass man sich gerade, trotz auch 148 friedlichen Demonstrationen, aber es gab ja auch Gewalt neben den Demonstrationen, deswegen sagt diese Zahl nicht nur was aus, dass man sich eben genau überlegen muss, auch für die Zukunft, wie kann man diese Idee, Vertrauenskultur, die man nicht immer komplett umsetzen kann, weil der Senator ja richtig gesagt hat, polizeiliches Handeln hat auch was mit Zwangshandeln zu tun oder was damit zu tun, dass man Dinge macht, die andere nicht wollen, aber eben trotzdem, glaube ich, kann man da eben noch mehr machen, also sozusagen man bisher gemacht hat. Und deswegen an dem Punkt sozusagen weiterzuarbeiten, würde sich, glaube ich, auch als Lehre aus dem, was wir bei G20 über die ganze Woche entwickelt gesehen haben und auch ja in uns selbst gespürt haben, glaube ich, sehr lohnen. Und deswegen fand ich das, was Sie sozusagen hier dargelegt haben zu diesem Thema Massencorthern, was erst einmal als eine vermeintlich kleine Aktion daherkommt, ziemlich lehrreich für sozusagen den Gesamtprozess. – Danke schön.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Dann sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes angekommen, machen jetzt 15 Minuten Pause und setzen dann die Beratungen fort. – Vielen Dank.

Und Herrn Behrendes danke ich für sein Erscheinen, dass Sie hier waren zu Tagesordnungspunkt 1 a).

(Sitzungsunterbrechung von 19:16 bis 19:43)

Vorsitzender: Ja, dann machen wir weiter nach dieser kurzen Pause und kommen zum Tagesordnungspunkt 1c, "Einzelne Versammlungsläufe und Anschlussgeschehen", hier: Demonstration des Bündnisses "Welcome to Hell" am 6. Juli 2017. Wir würden wie üblich damit anfangen, dass uns das Demonstrationsgeschehen einmal kompakt dargestellt wird. Insbesondere verweise ich darauf, dass ja der Innenausschuss in seiner Sondersitzung direkt nach den G20-Ereignissen schon einmal umfangreich sich damit auch befasst hat. Nichtsdestotrotz ist es natürlich notwendig, dass wir uns noch einmal umfassend mit dem ganzen Geschehen auch in tatsächlicher Hinsicht auseinandersetzen.

Herr Senator, es war ja überlegt worden, ob heute auch Bilder und Filme gezeigt werden. Dazu gibt es aber auch eingehend noch etwas ... am Anfang etwas zu sagen von Ihrer Seite aus, warum das heute nicht geschehen kann.

Senator Andy Grote: Ja, sehr gern. Wir hatten überlegt, dass wir noch einmal ein bisschen etwas zusammenstellen aus dem Filmmaterial, das es ja gibt, von dem wir ja auch in der Sondersitzung des Innenausschusses etwas gezeigt hatten, um so ein bisschen noch einmal die Bilder auch hier sich vor Augen führen zu können, mit welcher Situation hatten wir es da eigentlich zu tun und wie hat sich das entwickelt und wie stellt sich das da auch dann dar. Das ist allerdings nicht gelungen, weil wir keine ausreichende Zustimmung der Staatsanwaltschaft bekommen haben, um irgendwie sinnvoll Bilder zeigen zu können. Es sind nur sehr wenige Bilder übrig geblieben, für die wir eine Zustimmung bekommen haben, das hätte keine sinnvolle Darstellung ermöglicht.

Hintergrund war, dass der Großteil des Materials immer noch für beweisrelevant im laufenden Verfahren gehalten wurde, sodass wir hier leider nicht in der Lage sind, etwas zu zeigen. Das ist bedauerlich.

Vorsitzender: Ja, dann hatte ich nur einmal um eine einführende Darstellung der Ereignisse gebeten.

Senator Andy Grote: Das wollen wir gern tun. Die Versammlungslage "Welcome to Hell" gehört ja zu den ganz kritischen Situationen während der G20-Ereignisse, aber auch eine sehr ... ist eben auch eine sehr komplexe Einsatzlage gewesen, die, glaube ich, eine besonders gründliche Befassung auch erfordert und verdient. Und ich glaube, wir haben alle in der bisher abgelaufenen Zeit festgestellt, dass, je nachdem, wo man sich in der ... während der Demo aufgehalten hat, was man wahrgenommen hat und mit welcher eigenen inneren Verfasstheit man das verfolgt hat, es da sehr viele Deutungen gibt, die Sichtweisen sehr auseinandergehen, und das liegt aus unserer Sicht auch ein Stück weit daran, dass die Grundlagen des polizeilichen Vorgehens in dieser besonderen Situation auch nicht leicht für Außenstehende nachvollziehbar sind, weil dort natürlich Erkenntnisse eine Rolle spielen, eine Informationslage, ein Lagebild, rechtliche Bewertungen, Rahmenbedingungen, taktische Bedingungen, ein Gesamtblick auf die Situation, Entscheidungen und Ziele der Polizeiführung, die dann am Ende zusammen dazu geführt haben, dass ein bestimmtes polizeiliches Vorgehen umgesetzt wurde. Und wir wollen versuchen, das ein bisschen verstehbarer zu machen und ein bisschen aufzuklären, also dazu beizutragen, wie es dazu gekommen ist und warum. Deswegen würden wir jetzt noch einmal kurz darstellen durch Herrn Dudde, wie der Vorlauf war, welche polizeiliche Einschätzung es gegeben hat, grob zu der Versammlung, welche Erkenntnisse und wie so die ganz grundlegende Herangehensweise und Aufstellung war. Und dann würde Herr Ferk ebenfalls kompakt darstellen, wie war die Ausgangssituation vor Ort, wie hat sich Polizei konkret aufgestellt und wie war dann der Verlauf, insbesondere im Vorfeld, oder auch die Entscheidungen, Separierung, und wie war es dann in der Umsetzung. Und das würde Herr Großmann noch ergänzen. Herr Ferk und Herr Großmann waren die Leiter der beiden vor Ort unmittelbar eingesetzten Untereinsatzabschnitte Versammlungsbegleitung beziehungsweise Gegenveranstaltung und Eingreifkräfte, und können damit sozusagen das beste Bild hier liefern. Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Ja, vielen Dank. Wir hatten eben die Bitte sozusagen, die Eingangsaussagen verhältnismäßig kurz zu machen, weil Sie ja Gelegenheit haben wollen, Fragen zu stellen.

Also für uns war der Donnerstag, wie gesagt, neben der Anreise der Staatsgäste, die uns überrascht hat, insofern prägend, als die G20-to-Hell-Demonstration für uns angemeldet war. Wir hatten im Vorfeld Erkenntnisse, das wissen Sie alles, es sollte der größte schwarze

Block werden. Es gab Gespräche mit den Anmeldern, wir hatten Hinweise auf eine hohe Militanz und haben natürlich im Vorfeld auch darüber beraten, man kann ein Verbot prüfen. Da sage ich aber, also das kann ich schon gleich abkürzen, Verbot, da müsste man Beweise haben, dass die Versammlung in sich unfriedlich ist, komplett. Die gab es sowieso zu keiner Zeit. Und wir haben natürlich immer die Möglichkeiten, zu beauftragen, wobei bei der Beauftragung natürlich im Vordergrund steht, die Auflagen müssen ja auch einen Sinn haben. Also jetzt eine Auflage zu schreiben, wo drin steht, Sie dürfen sich nicht verummnen, ist überflüssig, weil, das ist im Gesetz geregelt; oder Sie sollen nicht gewalttätig werden, das ist auch alles im Gesetz geregelt.

Der angemeldete Marschweg, der uns vorlag, war ein Marschweg, mit dem wir als Polizei leben konnten, weil zu der Zeit die Messehalle ja noch gar nicht belegt war durch den G20, sondern das ja erst am nächsten Morgen beginnen sollte und dann so in der Auslegung, man möchte möglichst nah an den Veranstaltungsort, um auch zu sehen zu sein, war das okay. Und der gesamte Weg, wie er geplant war, war polizeilich also gut beherrschbar.

Es gab in der Anfangsphase natürlich Hinweise auf Straftäter, dass da ... ach so ... auf Straftäter. Und wir hatten auch Hinweise, das könnte nachher näher ausgeführt werden, dass man versuchen würde, im Bereich der Reeperbahn einmal gewalttätige Aktivitäten zu entwickeln. Generell gingen wir aber davon aus, ging ich auch persönlich davon aus, ich war auch persönlich noch vor Ort in der Anfangsphase, als noch die Konzerte auf dem Bereich Fischmarkt liefen, dass sowohl der Versammlungsleiter als auch die Versammlung unbedingt losgehen will, weil ... Also mit dem Aufzug gar nicht in Bewegung zu kommen, wäre ja für den Leiter ... Also das wäre ja völlig kontraproduktiv, noch dazu, wo wir es ihm eben genehmigt haben und eben Frage der Kooperation, Deeskalation, Frau Schneider hatte das vorhin ja schon angesprochen, war es ja unstrittig. Der Marschweg darf gegangen werden, die Uhrzeit ist in Ordnung, also insofern war da gar kein großer Bedarf, noch intensiver drüber zu reden, weil alles geklärt war.

Wenn ich im Führungsstab sitze, ich hatte das vorhin schon erwähnt, bin ich nicht alleine, ich habe eine Unternehmensjuristin ... eine Einsatzjuristin und die Versammlungsbehörde ist immer bei mir. Wir sind also zu dritt im Führungsstab. Das heißt, wenn es zu irgendwelchen versammlungsrechtlichen Fragen kommt, kriege ich unmittelbar eine Beratung. Warum das noch wichtig wird, werden wir nachher noch drauf kommen. Die wären auch beide hier, um noch einmal zu erzählen, wie so die Wege sind auch bei so einer Vorbereitung, wie macht man Kooperationsgespräche, wie geht man damit um, wie kriegt man das geregelt und wie geht es dann im weiteren Verlauf weiter.

Insofern war anfangs, als wir da waren, das hatte ich aber, glaube ich, auch schon einmal im Innenausschuss gesagt, hatte wirklich Happeningcharakter, war ja ein warmer Tag, also da war alles so, wie es sein sollte. Und ich bin noch mit dem ... ich bin, glaube ich, gegen fünf da weggefahren und hatte den Gedanken, also, das kann sogar klappen. Also wenn das Klientel so bleibt, wie es da steht, wird das gut funktionieren.

Im Endeffekt bin ich weg, war dann im Führungsstab. Dann ... erst muss ich wieder sagen, wenn Sie unsere BAO nehmen, diese gesamte Lage war im EA Gegenveranstaltung verortet, die waren dafür zuständig. Und Herr Ferk und Herr Grossmann, der zu dem Zeitpunkt noch Einsatzabschnitt war, wurde im weiteren Verlauf des Einsatzes dem EA Gegenveranstaltung unterstellt und war dann sozusagen in seinem Auftrag tätig.

Mit Beginn des Aufzuges, also mit der Phase, der Aufzug muss sich ja formieren. Das ist jetzt immer so, man beredet, das wird Herr Ferk nachher noch ausführen, mit dem Versammlungsleiter, stellen Sie sich irgendwann auf, man bespricht Abmarschzeiten, man über-

legt sich, wann das ungefähr losgehen kann, entwickelte sich sozusagen, große Teile des Aufzuges in den Bereich Hafenrand, was auch geplant war als Aufstellungsort.

Eigentlich mit dem Einbiegen in den Bereich Hafenrand hat sich, zumindest für uns aus dem Führungsstab – ich glaube, man muss dazusagen, es hat ja ... jeder hat ja andere Informationsquellen. Ich habe einen Hubschrauber, ich habe Videobilder, wenn man Ort vor steht, hat man gegebenenfalls so den Frontalblick auf eine Versammlung. Das kann also zu unterschiedlichen Bildern führen. Für uns im Vorbereitungsstab war es so, dass ich nach Abmarsch, also nach der Aufstellungsphase im Bereich Hafenrand, also noch nicht ... Aufzug noch nicht in Bewegung, also die reine Aufstellungsphase, sich sehr schnell, sehr kurzerhand zwei sehr massive schwarze Blöcke bilden. Wir würden ja immer noch davon ausgehen, dass wir so um die 12 000 Versammlungsteilnehmer haben und wir hatten vorne zwei sehr große schwarze Blöcke.

Daraufhin, das ist Standardprogramm, das ist ja auch Frage der Kooperation, Deeskalation, und wie geht man damit um. Ist natürlich ein Standardauftrag, wird aber sowieso auch schon eigenständig gemacht, dann bitte einmal mit dem Versammlungsleiter Kontakt aufzunehmen, dass Vermummung verboten ist und Vermummung ja ablegen kann und solange die Vermummung so ist, wie sie da bleibt, wir also den Aufzug wahrscheinlich nicht gehen lassen. Das wird Herr Ferk nachher ausführen, wie das gelaufen ist.

Parallel dazu hatten ... haben wir diese Versammlungslage gehabt. Rechtsberatung durch meine Einheitsjuristin, was machen wir denn da jetzt so, also wie kann man damit umgehen. Da war die Rechtsberatung so, das Beste wäre, wir halten uns an die Störer, also die jetzt im Aufzug als Straftäter agieren, versuchen, die zu separieren, weil, wenn wir 12 000 Teilnehmer haben und wir da zwei etwas größere Blöcke haben, da haben wir immer noch eine sehr große Zahl von Versammlungsteilnehmern, die Artikel 8 für sich zu Recht reklamieren und demonstrieren wollen.

So, insofern haben wir dann beraten, separieren, ja, ob man das kann. Weil, die Grundidee ist gewesen, die beiden Blöcke standen im Bereich Hafenrand, in der Nähe von Herrn Ferk. Da hat man diese Blöcke separiert. Ein Gros der Versammlungsteilnehmer stand noch auf dem Fischmarkt. Und dann das Angebot, also diese Störer zu separieren und den anderen Dastehenden das Angebot zu machen, wir geben euch einen alternativen Marschweg. Es wäre jetzt für uns leicht gewesen, Pepermölenbek hochgehen zum Nobistor, von da aus auf den alten Marschweg kommen und dann die Versammlung ganz einfach fortsetzen, so. Und dann haben wir die Störer weg und die anderen kriegen Artikel 8. So, insofern habe ich mit dem EA Gegenveranstaltung und mit Herrn Großmann diskutiert, was wir eigentlich machen können.

Jetzt muss man dazusagen, wir hatten eine Kräfteaufstellung, die darauf ausgelegt war, der Aufzug geht in Bewegung, und so standen dann auch die Kräfte. So, dann haben wir ja gesagt, ja, wenn wir die jetzt separieren wollen, das ist diese berühmte Flutschutzmauer, also die Fachdebatte, kriegen wir das hin, geht das, sind wir kräftemäßig darauf ausgestellt, ja oder nein. Das als Prüfauftrag an den EA Gegenveranstaltung und an Herrn Großmann. Das kann man logischerweise von ... aus dem Führungsstab nicht beurteilen, ob das da so funktionieren kann. Es gab dann eine eingehende Prüfung, Kommunikation, und irgendwann gab es die Rückmeldung, ja, das können wir machen, also das kriegen wir hin.

Gut, dann muss man jetzt sagen, dann ... jetzt kommt die nächste Bedeutung, die da eine Rolle spielt, ist, da müssen natürlich die Kräfte umgruppiert werden. Wenn ich jetzt den Marsch also gar nicht mehr über die Reeperbahn gehe, dann muss Herr Großmann jetzt gucken, wie er seine Kräfte kriegt. Herr Ferk muss sich umgruppieren und dann treffen wir die Maßnahmen. Das hat sich ... Und inzwischen liefen die Gespräche. Wir haben dann so-

wohl getwittert, also dieses gesamte Öffentlichkeitskonzept gemacht, was man so machen kann, um alle zu informieren, es geht um den schwarzen Block vorne. Wir haben Wasserwerfer versucht, in den Bereich Fischmarkt zu verlegen, nicht, um die als Wasserwerfer einzusetzen, sondern um die Kommunikationseinrichtungen zu benutzen, um dann dem hinten stehenden, für uns optisch erst einmal friedlichen Bereich, das Angebot zu machen, Sie können ja jetzt den neuen Marschweg machen, gehen Sie Pepermölenbek hoch und dann können Sie auf dem alten Marschweg und dann geht das Ganze in diesem Bereich weiter.

Nachdem der EA Gegenveranstaltung Herrn Grossmann unterstellt bekommen hatte, Herr Ferk in die Lage eingewiesen war, habe ich irgendwann das Zeichen gekriegt, das können wir machen und wir sind auch irgendwann fertig. So. Und das war ja vom zeitlichen Verlauf ungefähr so 40, 45 Minuten, nachdem wir angehalten hatten, sagten wir, so gehen wir erst einmal nicht los. Und insofern gab es dann den Auftrag, separiert die beiden Blöcke. Wie das dann im Detail gelaufen ist und warum das nicht funktioniert hat, ich denke, das können dann gleich die Fachleute berichten.

Im weiteren Verlauf ist es dann, das wissen Sie ja alle, unten zu massiven Ausschreitungen gekommen. Eine dynamische, unübersichtliche Lage, also auch eine Wegbewegung von Störergruppen aus diesem Bereich, ein ... im Bereich Fischmarkt eine immer noch größere Gruppe, die erst noch verharret hat.

Wir haben dann übriggehabt zum Schluss, nachdem die meisten Störer abgewandert waren und sich die Ausschreitungen so ein bisschen ins Umfeld bewegten, eine Gruppe, die sich bei Herrn Ferk noch befand und sagte, wir wollen aber jetzt gern den Marschweg weitergehen, die Störer sind ja weg. Und wir hatten das, was wir sonst noch angeboten hätten, so eine Gruppe von ungefähr 4 000 Personen, die sich sozusagen Richtung Nobistor bewegt haben. Weil, ich erzähl nur ... G20 ist ja nicht nur diese Ecke Hafenrand, sondern der Einsatz ging ja bis 3 Uhr nachts. So. Und im Endeffekt haben wir dann im weiteren Verlauf gesagt, ja, die Gruppe, die bei Herrn Ferk ist, die kann ... kriegt den Marschweg wieder genehmigt. Und am Bereich Nobistor hat sich einer bei uns gemeldet, hat gesagt, ich würde auch gern eine Versammlung anmelden und ich würde jetzt auch gern auf diesem Marschweg weitergehen. Da haben wir noch lange drüber gesprochen, ob es wohl möglich wäre, dass die beiden Aufzüge wieder zusammengeführt werden und dann als ein Aufzug gehen. Das hat im Endeffekt, bedingt durch Langsamkeit, unterschiedliche Bewegungen, nicht ganz geklappt. Also wenn man es formal sagen würde, haben wir zwei Aufzüge auf der alten Marschstrecke geführt, die dann, grob gesagt, bis in den Bereich Altonaer Straße, Schanzenstraße gegangen sind und sich da aufgelöst haben. Das war nicht ganz der Marschweg, der geplant war, aber da waren die Versammlungen dann zu Ende.

Auch diese beiden Aufzüge haben wir deshalb durchgeführt, weil wir gesagt haben, wir können ... also, wie gesagt, wer friedlich demonstrieren will, kann das hier ja machen, und dann bieten wir auch Alternativen an. Ich will da nicht verhehlen, also ganz friedlich waren die Aufzüge nicht, sondern es gab latente Gewalt aus beiden Aufzügen, aber das war der Bereich, wo man sagen konnte, das kann man noch hinnehmen und das war uns auch ganz recht, nicht jetzt noch mehr Störer im Umfeld zu haben, sondern so einigermaßen gebündelt Richtung Schanzenfest zu gehen. Und diese Situation, auch da mit den weiteren im Schanzenviertel, zog sich dann noch bis gegen 3 Uhr morgens. Ich hatte ja vorhin schon gesagt, so, wie lange waren die Einsatzzeiten dann eigentlich, weil genau die Kräfte, die das dann gemacht haben, waren für uns einsatzentscheidend auch wieder am nächsten Morgen. Das machten dann ja auch irgendwann die Probleme.

Das würde ich erst einmal so als Grobstellungnahme zum Thema "G20 to Hell" nehmen und dann weiß ich nicht, ob Herr Ferk noch ...

Joachim Ferk: Ja, danke schön. Schön. Wir haben uns überlegt, dass wir Sie vielleicht etwas mehr mitnehmen in den Bereich dessen, wie wir uns die taktische Umsetzung vorgestellt haben, einfach um Ihnen auch deutlich zu machen, wie wir uns tatsächlich darauf eingestellt haben, mit diesem Marsch weiterzugehen und eben nicht das Ganze vor Ort zu beenden, weil das ja als Vorwurf anklang. Und auf diesem Wege werden wir auch nicht alles wiederholen, was wir jetzt die letzte Sitzung gesagt haben, nur an einigen Stellen präzisieren beziehungsweise da, wo es tatsächlich sinnvoll und notwendig sind.

(Redaktionelle Anmerkung: Es werden im Folgenden an der Leinwand Pläne gezeigt und erläutert. Diese Pläne sind diesem Protokoll als Anlage beigefügt)

Wir sehen hier noch einmal die Marschstrecke. Schon erwähnt, es gab noch kein Demonstrationsverbot, insofern kann das, wir hatten das im ersten Tagesordnungspunkt, hier keine Rolle gespielt haben. Der Aufzug hätte so dicht an das Veranstaltungsgelände gekonnt wie hinterher kein weiterer Aufzug.

Zu dem Konzept, wie wir das umsetzen wollten, ein Ziel, das wir uns gesetzt hatten, das ich mir gesetzt hatte, waren klare und zweifelsfreie Absprachen mit dem Leiter, also keine Veränderung der Linie, die wir sonst zu anderen Zeiten in Hamburg haben. Das hat was mit Berechenbarkeit zu tun, mit Verlässlichkeit, und schafft dann auch im Rahmen der Kooperation das ja schon geforderte und angesprochene Vertrauen.

Klar war, das haben wir von Anfang an deutlich gemacht, kein Tolerieren von kollektiven Straftaten, insbesondere kollektiver Gewalt oder auch fortgesetzter Gewalt oder Angriffe auf die Polizei. Das ist das, was wir immer tun.

Über die Entscheidungsvorbehalte, gegen den Aufzug einzuschreiten und das, was dann der Polizeiführer entschied, haben wir beim letzten Mal bereits geredet. Es war klar, dass wir eine sichtbare Präsenz im Bereich, das zeige ich Ihnen gleich, des Aufstellungsplatzes haben werden, dass wir aber durchaus eine Reduzierung vornehmen werden, wenn es in den Abmarsch geht, und die Kräfte schon im Vorlauf auf die Strecke bringen. Das wäre das, was man als Letztes tut, wenn man nicht vorhat, sich zu bewegen. Eine entsprechende Unterstützung durch die Eingreifkräfte, wir werden noch etwas sagen zum Thema Flutschutzmauer und dem Hang, das hatten wir uns sehr wohl vorher überlegt. Nichtsdestotrotz hatten wir die meisten Kräfte der Eingreifkräfte im Vorlauf aufgestellt und auch die Kommunikationsteams, die sich bei diesem Aufzug verboten hätten, direkt am Aufzug zu halten, die wir aber im weiteren Umfeld eingesetzt haben und in Erwartung, dass wir marschieren, auch in deutlichem Vorlauf an die Marschstrecke gebracht haben.

Ihnen wahrscheinlich bekannt ist, ab 16 bis 16.20 Uhr hatten wir ein erstes Kooperationsgespräch, in diesem Kooperationsgespräch haben wir darüber gesprochen, was geht, was nicht geht, was die Pflichten des Leiters sind, worauf er hinwirken soll. Ich hatte bereits erwähnt, dass es dort den Versuch gab dann von dem Leiter auszuloten, was denn wohl ginge, Stichwort Grußadresse unter den ehemals besetzten Hafestraßenhäusern, und wie es mit ein bisschen Pyro aussieht. Wir müssten ja beide unser Gesicht wahren. Und wenn dann so ein bisschen Vermummung dabei wäre, ich habe ihm damals ganz deutlich gemacht, auch das hatte ich gesagt, dass ich ihm jetzt nicht Straftaten oder entsprechendes Verhalten zugestehen werde und dass wir auch Strafverfolgung gegebenenfalls betreiben müssen, dass wir aber nicht, und das haben wir nie getan, Herr Behrendes hat ja gesagt, es ist ein Erfolg, wenn da zwei Pyros gehen und man geht nicht in den Aufzug, so etwas habe ich in Hamburg noch nie erlebt, das haben wir noch nie gemacht, hätten wir auch hier nicht gemacht. Das habe ich ihm auch noch einmal deutlich gesagt, wegen Einzelpersonen gehen wir nicht gegen den Aufzug vor. Wohl aber, wenn das Ganze einen prägenden, unfriedlichen, strafbaren Charakter hat.

Die gleiche Linie wie immer, die üblichen Spielregeln, deshalb ist es keine Überraschung, dass wir immer erst haben den Leiter einwirken lassen, weil, das ist seine Pflicht, und danach die Polizei einwirken lassen. Aufgefallen war, das hatte ich damals erwähnt und das ist etwas Besonderes, die auffällige Nervosität, die Angespanntheit und den Eindruck bei uns nach diesem Gespräch, dass offensichtlich Sorge besteht, dass der Aufzug doch nicht so läuft, wie die sich das vorgestellt haben.

16.20 Uhr wurde dann nach diesem Gespräch erklärt, das ist jetzt ab jetzt Versammlung, jetzt geht es los. Gegen 18 Uhr waren 6 000 Teilnehmer ungefähr vor Ort. Danach gab es dann zunehmend schwarze Oberbekleidung, im weiteren Verlauf wurden dann auch Markennamen, Markenartikel, Erkennbarkeiten, Individualisierbarkeiten an solcher schwarzen Kleidung später abgeklebt. Das sind deutliche Zeichen dafür, dass man es unmöglich machen will, sich erkennbar zu machen, in einem Strafverfahren anschließend sich identifizierbar zu machen. Man braucht aber keine Straftat zu begehen, um (...) vermeiden, dass man bei der Straftat erwischt wird. Das macht nur Sinn, wenn ich hinterher vorhabe, eine andere Straftat zu begehen, Gewaltstraftaten zu begehen. Sonst müsste ich ja nicht die Straftat Vermummung begehen, um zu verhindern, dass ich dabei identifiziert werde. Brauche ich mich einfach nicht vermummen. Das muss man einfach deutlich verstehen.

Abmarschieren, wir wollten so 18 bis 18.30 Uhr ein weiteres Gespräch führen, man war ein bisschen im Verzug, 18.30 bis 18.40 Uhr haben wir dann ein zweites Kooperationsgespräch, der Anmelder und der Leiter bestanden ausdrücklich darauf, dass man sich im – und das ist wichtig, weil, das will ich präzisieren – zum letzten Mal sich in der Straße St. Pauli Fischmarkt aufstellen dürfe.

Jetzt gucken wir mal, wie es weitergeht.

Das ist noch einmal, man kann da den Laser jetzt nicht so gut sehen, Sie sehen links den blauen Antreteplatz, darum sehen Sie die drei Polizeikringel, an denen man deutlich erkennen kann, dass wir uns mit unseren Aufzugskräften herum um den Antreteort aufgestellt haben. An den anderen Kräften können Sie erkennen, Einzelheiten kann Ihnen Herr Grossmann erzählen, dass die Masse der Eingreifkräfte bereits im sogenannten Vorlauf war, an neuralgischen Punkten, wenn Sie unten rechts gucken, Landungsbrücken, da geht es natürlich darum, dass der Aufzug nicht einfach weitermarschiert Richtung Hafen. Wir wussten, dass die Elbphilharmonie ein Reizobjekt ist. Oder wenn man Helgoländer Allee hochgeht, dann an der Wiese oben Millerntor entweder abbiegt Richtung Innenstadt oder, wir haben eben das Gesamtbild gesehen, einfach Glacischaussee weitergeht, um gerade durchzumarschieren Richtung dem eigentlichen Veranstaltungsort.

Und natürlich das PK 15, dort sollte die zweite Zwischenkundgebung stattfinden, wir hatten ja gehört, dass wir Hinweise darauf hatten, dass in dem Bereich möglicherweise es zu einer Machtdemonstration – Stichwort: einer der größten Schwarzen Blöcke –, einer Machtprobe mit der Polizei würde kommen sollen.

Das alles sprach dafür, dass wir an diesen Stellen losgehen, das alles wurde mitgeteilt, auch der übliche Hinweis, der bekannt ist, dass wir 15 Minuten vorher Kenntnis haben müssen, sonst können wir nicht aus dem Weg gehen und damit kann der Aufzug faktisch nicht loslaufen. Das ist bei jedem Aufzug so, wir müssen auch Verkehrsmaßnahmen einleiten, das habe ich ausdrücklich gesagt, das wussten die beiden.

Wir haben dann festgestellt zu diesem Zeitpunkt, dass wir diesen schwarzen Würfel, diesen Luftwürfel, der da in der Luft balanciert wurde, ungefähr 100 Vermummte hatten, das ist noch nicht prägend im Verhältnis zum Gesamtaufzug, aber aufgefordert, und man wolle sich drum kümmern, die sollen das gefälligst nachlassen. Und hatten angekündigt, ich habe dann an-

gekündigt, dass wir eine linksseitige Begleitung auf Höhe Vermummter, also Straftäter, durchführen würden und dass wir auch ab Landungsbrücken rechtsseitig eine Begleitung durchführen würden. Das würden wir deshalb machen, weil wir erst an dieser Örtlichkeit unsere weiteren Polizeikräfte hineinbringen können.

Ich gehe jetzt einmal etwas weiter, um Ihnen das zu zeigen. Und zwar, wenn Sie jetzt den Veranstaltungsort sehen, dann waren ja links davon Kräfte. Zum Abmarsch habe ich diese Kräfte abgezogen, unten an der Wasserlinie, südlich der Flutschutzmauer längs gehen lassen, und erst am Ende der Flutschutzmauer können die Kräfte auf die Marschstrecke einbiegen. Dieses wären die Kräfte gewesen, die dann rechts in die seitliche Begleitung gegangen wären.

Wenn ich mich nicht auf einen Abmarsch eingestellt hätte, dann wäre das Schlechteste, was ich machen kann, diese Kräfte da hinten abziehen und, ich sage jetzt, im ersten Moment wirkungslos vor meiner eigenen Abteilung ein zweite Abteilung stellen. Ich hatte insgesamt drei Stück, noch eine Berliner Abteilung, zwei Hamburger Abteilungen, da stand auch eine Polizeikette, weil wir verhindern wollten, dass mögliche Störer uns südlich der Flutschutzmauer umgehen, quasi auf der Strecke, auf der dann unsere Kräfte gegangen wären, und vor dem Aufzug auf die Marschstrecke kommen und uns sozusagen einschließen. Deshalb standen da unten Kräfte.

Es standen auch schwache Kräfte der Eingreifkräfte auf der Flutschutzmauer, das haben wir natürlich im Auge gehabt, und zwar vor dem Punkt, dass ich die Befürchtung hatte, dass, wenn wir losgehen, einzelne Personen, nicht das, was wir dann erlebt haben, möglicherweise von oben in irgendeiner Form, zum Beispiel auch durch einzelne Würfe, einmal in unsere Richtung einwirken. Dagegen hätten wir uns nicht wehren können. Deshalb war die Verabredung, da oben haben wir zunächst Eingreifkräfte, die gehen einfach mit und dann vor den Aufzug und verhindern, solange wir neben der Flutschutzmauer sind, dass von oben ein Einzelner etwas macht.

Das Gleiche galt auf der anderen Seite oben am Hang, da ist ja eine Hanglage, man kann ja oberhalb, das haben wir alle gesehen, über uns stehen, dass auch dort Eingreifkräfte stehen, aus dieser Richtung genau das Gleiche, den einen oder anderen Übermütigen, der irgendetwas machen könnte, verhindern, dass von dort oben etwas passiert. Die Eingreifkräfte haben uns dort etwas unterstützt, indem sie oben – Sie sehen diesen Bereich Breite Straße – ein wenig abgedeckt haben, aber nur mit extrem schwachen Kräften.

Diese linksseitige Begleitung und dann auch rechtsseitig stieß nicht auf große Gegenliebe, wurde aber akzeptiert. Ich habe dann noch angekündigt, dass wir an den eben beschriebenen neuralgischen Punkten eine stärkere Präsenz haben werden und dass dort auch Technik, sprich Wasserwerfer, stehen werden. Besonders Reeperbahn, auch im Bereich PK 15. Im damaligen Protokoll habe ich irrtümlicherweise PK 16 gesagt, gemeint habe ich aber PK 15. PK 16 allerdings, ganz im Norden, standen auch Eingreifkräfte in der Nähe, auch da hatten wir uns positioniert. Die hätten wir da auch nicht hingeschoben, wenn wir da nie hätten vorbeigehen wollen. Das hätte uns ja und hat uns ja nur zusätzlich geschwächt.

Der Leiter äußerte dann, und das wiederhole ich jetzt, Verständnis für diese Maßnahmen, und sprach sich ausdrücklich dafür aus, dass wir starke Kräfte in diesen Bereichen, insbesondere im Bereich PK 15 haben. Das ist absolut ungewöhnlich und bestärkte uns in der Annahme, dass man bis zumindest diesem Punkt kommen möchte und dort möglicherweise diese Machtprobe, Machtdemonstration vollziehen wird. Da sprach nichts dafür zunächst, dass man ... am Antreteplatz die ganze Sache derart gewalttätig aus dem Ruder läuft. Darauf haben wir uns dann auch eingestellt. Entsprach auch dem, was wir im Frühjahr mit der gleichen Klientel an kleineren Versammlungen erlebt haben, wo man auch bewusst friedlich,

wie ich glaube, losgegangen ist, um entsprechend zu zeigen, dass man das kann, um keine Schwierigkeiten bei der Anmeldung zu haben.

Um jetzt etwas zu präzisieren, was ich, nachdem ich das Wortprotokoll gelesen habe, glaube, beim letzten Mal, ich weiß, was ich gemeint habe, aber so ausgedrückt habe, dass ich jetzt annehme, dass Sie das gar nicht richtig verstehen konnten, ich bin mit meinen Kräften ungefähr zurückgegangen bis zu dieser Fußgängerbrücke, denn in der Straße, St Pauli Fischmarkt, durften die Aufstellung nehmen, bevor sie losmarschieren. Darauf hatte der Leiter auch und der Anmelder absolut bestanden. Ich habe dann gesagt, das ist, was wir immer machen, wir ziehen uns zurück, jetzt geht ihr vor, nehmt Aufstellung. Wenn ihr direkt vor uns Aufstellung nehmt, habt ihr nur noch Bilder mit uns drauf, wenn ihr Abstand haltet, und die Möglichkeit habt ihr, dann habt ihr auch polizeifreie Bilder eurer Versammlung. Das ist das übliche Verfahren, das war so abgesprochen bei der ganzen Sache. Den Platz benötigte man, weil man mehrere Gruppen und LauKWs hatte und sich aufstellen musste.

Als nun kurz vor 19 Uhr, es war noch nicht angekündigt und besprochen, man will losgehen, es war nur zufällig, man war ja im Verzug, die Zeit, wo man hätte losgehen wollen, aus dem Flutschutztor herauskommt, dann sieht das für alle so aus, jetzt marschiert der Aufzug ab. Tatsächlich waren die in der Aufstellungsphase. Sie hätten noch nicht marschieren können, Sie haben die Bilder gesehen, ich stand da mit relativ viel Polizei auf der Fahrbahn. Egal, wie es gelaufen wäre, man wäre genau bis zu diesem Punkt gekommen. Das war in den Gesprächen dann auch bestätigt worden, man wollte dort Aufstellung nehmen. Die Versammlung lief schon.

Was ich damals meinte, war, dass wir natürlich die Erfahrung schon gemacht haben, wenn man die Polizeikräfte vorne für schwach hält, und das waren wir bestimmt nicht, dann gab es Einzelgruppen, die immer einmal wieder bei Aufzügen aus diesem Bereich losgelaufen sind, um einfach anzutesten, ob das so geht. Das haben wir sofort unterbunden.

Als diese Personen rauskamen, stellten wir fest und kriegten wir den Hinweis, dass wir in der Spitze Vermummung haben, die da auf uns zukommt. Dann sind die beiden beschriebenen Dinge von Herrn Dudde zeitgleich passiert. Ich habe meinen Kräften gesagt, wir gehen denen etwas entgegen, wir halten die sofort an, der nimmt nicht weiter Aufstellung, das stellt er ab. Gleichzeitig kam dann mit etwas Verzögerung, weil der Polizeiführer das auch gesehen hat, wie geschildert, von ihm der Auftrag. Das hat sich überschritten, das passiert. Aber besser beide reagieren, als wenn gar keiner von uns darauf reagiert.

Es kamen dort mehrere, das kann man auch sehen, unterschiedliche Blöcke, man war noch auseinandergezogen, man war halt noch in der Aufstellung, heraus. Die ersten beiden Blöcke waren dann schwarz gekleidet. Zu dem genauen Bildeindruck kann Herr Grossmann im Anschluss etwas sagen, weil er das viel, viel genauer gesehen hat. Insofern bewegten sich diese beiden Blöcke voraus, vorne ein LauKW und ganz offensichtlich an der Spitze des zweiten Blocks ebenfalls ein zweiter LauKW. Nachdem die vor uns zum Stehen gekommen waren, haben wir ein drittes Gespräch geführt, in dem Fall, wir hatten vorher zweimal kooperiert, wir haben gesagt, was wir erwarten, wie es geht, wir haben Sachen miteinander abgesprochen, man muss konkretes Verhalten absprechen, weil ansonsten gerade diese beiden Personen, mit denen wir es dort zu tun haben, alles tun, um hinterher spitzfindig auszulegen, sagen Sie mir ganz genau, was Sie wollen, nein, das haben Sie so nicht gesagt. Wir treffen uns da tatsächlich nicht zum ersten Mal.

In diesem dritten Gespräch hatten wir ja Straftäter jetzt vor uns, und dort habe ich die Aufforderung gemacht, da gibt es auch Aufnahmen drüber, man möge dafür sorgen, dass die Vermummung abgenommen wird, dann kann der Aufzug losgehen. An dieser Stelle über-

haupt, wäre es in der Hand gewesen, sofort abzulegen. Man hätte einfach danach starten können.

Ganz deutlich, es wird dann immer wieder gesprochen, die Verhandlungen liefen noch. Das sind keine Verhandlungen. Kooperationen kann man als Verhandlung bezeichnen, das sind zwei gleichwertige Partner. Wenn Straftaten passieren und wir auffordern, das nachzu... Das wird gern als Verhandlung dargestellt, um sagen zu können, wir haben doch noch verhandelt. Über den Punkt haben wir nicht verhandelt, werden wir auch nicht verhandeln. Wenn wir sagen, stell das ab, dann müssen die Straftaten beendet werden. Das war Aufgabe des Leiters, deshalb haben wir ihn auch zunächst wirken lassen.

Wir sind jetzt kurz nach 7 Uhr. Es gibt dann wiederholte Durchsagen von uns, erst einmal in Richtung Beteiligter. Ich weiß, dass in irgendeinem Protokoll steht, wir hätten an der Stelle auch schon etwas zum möglichen Wassereinsatz gesagt, wir haben da noch einmal reingehört, das stimmt so nicht. Das scheint falsch protokolliert zu sein. Zu diesem Zeitpunkt haben wir immer wieder Unbeteiligte aufgefordert, da wir noch davon ausgingen, dass drum herum alles Unbeteiligte stehen und wir vermeiden wollten, dass die geschützt werden. Man hatte ja vorher auch gesagt, Mensch, vorsichtig, gehen Sie nicht zu der Demo, wir befürchten, dass da Gewalt passiert.

Kurz danach teilte mir mein Vertreter dann mit, und das ist wirklich bedeutsam, sodass ich das jetzt wiederhole, dass der Leiter ihn noch einmal angesprochen hat, also Herr Beuth, und um seitliche Begleitung jetzt ausdrücklich gebeten hat. Das ist ein Vorgang, den wir noch nie erlebt haben. Das ist das, was ich bezeichne als mit die Büchse der Pandora geöffnet. Der Eindruck, die wollten eine Machtdemonstration, die wollten möglicherweise auch Dinge, die hinterher passiert sind, aber sie wollten sie ganz offensichtlich nicht an der Stelle, sondern oben auf der Reeperbahn. Und hatten das Gefühl, die Sorge, so war unser Eindruck, dass der Aufzug sich aber so undiszipliniert verhält, dass das da unten schon anders ablaufen könnte, ganz anders ablaufen könnte, als sie beide sich das gedacht hätten.

Mir meldeten dann ja Kräfte, dass erste Holzplatten in den Aufzug gereicht wurden. Wir stellten fest, dass die Durchsagen des Veranstaltungsleiters offensichtlich keine Wirkung zeigen. Da kamen auch eher vor Durchsagen wie, die Organisierten sollen mal nach vorne gehen und die nicht Organisierten nach hinten. Das spricht nicht für eine Deeskalation oder von Beenden von Straftaten.

Um 19.16 Uhr, wir haben wieder zwei Dinge, weil, es passiert dann total gleichzeitig, passieren eben zwei Dinge gleichzeitig. Jetzt veranlassen wir die ersten Durchsagen. Ich habe auch hier Wasserwerfer und gerade hier Wasserwerfer vorgezogen, um die Durchsagen zu machen, weil ich schon befürchtete, dass es zu Auseinandersetzungen kommen kann und ich sie dann brauche. Stellen Sie sich einfach vor, sonst steht der LauKW im Weg, dann müssen wir erst umständlich rangieren, bewusst an dieser Stelle mit Wasserwerfern, um auch zu zeigen, dass hier gegebenenfalls Schluss sein wird, wenn sich nichts ändert.

Unsere Feststellung war, dass die Vermummung nämlich ... vorne wurde sie dann abgenommen nach unseren Durchsagen, das konnten wir feststellen, aber nur in einem kleinen Bereich vor dem ersten LauKW. Mir wurde dann mitgeteilt über Telefon, dass im hinteren Bereich, den ich nicht einsehen konnte, sich deutlich mehr Personen mittlerweile vermummt haben und wir auch einen Schwarzen Block haben. Wir hatten damals gesagt, so 1 500 Personen, 1 500, nach dem, was wir jetzt gesehen haben, glauben wir, dass es doch erheblich mehr Personen waren, und davon ein im weiteren Verlauf prägender, großer Anteil vermummt war. Das können wir nicht im Einzelnen auszählen, wie viele das waren, aber auch alle Medienvertreter sprachen hier von Vermummung, und Vermummung scheint das Problem zu sein.

Wir haben auch im hinteren Bereich, das hatte ich den Durchsagen gemacht, wir können das technisch koppeln, anders, als ich es damals – das war ein Missverständnis – verstanden habe, haben wir es nicht gekoppelt, sondern hinten sind dann entsprechend gleiche Ansa-gen gemacht worden wie vorne. Die sind aber belegbar und haben hinten genauso stattge-funden.

Um 19.16 Uhr bekam ich dann einen Anruf, in dem mir der Leiter des EA Gegenveranstaltung mitteilte, dass wir uns ebenfalls, dass das der Polizeiführer eben entschieden hat, auf das Thema Separierung vorbereiten müssen, dass das überlegt wird und dass ich dafür meine Kräfte in entsprechende Positionen bringen muss, weil ihm klar war, dass ich dafür eine gewisse Zeit würde brauchen, denn die wesentlichen Kräfte, auch die Seitenbegleitkräfte links, die immer wieder erwähnten Berliner Kräfte, die standen dort relativ weit vorne.

Es wurde genau festgelegt, dass sich die Separierung, dass wir die durchführen, der Kollege Grossmann und ich. Der vordere Pfeil, das ist auf Höhe des Fischerhauses, das wurde uns genau bezeichnet, das konnte man von oben auch erkennen zwischen den beiden Blöcken, und zwar, wir müssen ja eine Stelle haben, und das sehen Sie auch gleich, dass das not-wendig war, auf Höhe des gelben Fischerhauses vor dem zweiten LauKW, und einfach, um diese beiden großen Blöcke zu trennen und zu verhindern, dass da eine große Wellenbewe-gung passiert, wenn wir das machen, und Ausschreitungen möglichst einzudämmen, und dass die Eingreifkräfte von Herrn Grossmann Gleiches hinter dem Aufzug machen würden.

Dann habe ich, das ist bekannt, meine Kräfte in Position gebracht und gesagt, geht links vorbei, da begann dann Gewalt, da wurde auf die eingewirkt, einfach nur, weil sie am Aufzug vorbeigegangen sind und sich in diese Richtung bewegt haben.

Wir haben als Weiteres, ich weiß ja, dass das dokumentiert wurde, kam die Aufforderung an mich, weiterhin – das haben wir auch gemacht – der Hinweis, fordern Sie weiterhin auf abzu-legen. Weil, wenn die die Vermummung ablegen, dann hat sich der ganze Grund der Sepa-rierung, die wir jetzt planen, völlig erledigt und dann können wir nämlich weitergehen. Und das haben wir auch nachweisbar die ganze Zeit gemacht.

Und das Dritte war, erkläre danach dem Leiter die Maßnahme, sag ihm, warum das passiert strafrechtlich und dass es nur gegen diesen Teil ist, dass wir unvermeidbar aber diesen gro-ßen Schwarzen Block, denn mittlerweile waren die Hinteren aufgelaufen, das waren faktisch im Bild dann zwei geworden, weil die einfach nicht auf Abstand stehengeblieben sind, son-dern hinten aufgelaufen sind, dass dieser jetzt eine quasi große Block nicht zu trennen ist in, der ist vermummt und der ist nicht vermummt. Dass wir sie erst einmal zusammen abtrennen müssen und dass wir dann umgehen müssen und differenziert mit verschiedenen Hand-lungsoptionen vorgehen müssen. Natürlich im Nachhinein und nicht vorher die Maßnahme schon 'mal verraten, dann macht es überhaupt keinen Sinn mehr.

Und kooperiere jedenfalls einen alternativen Marschweg. Den hatte ich bereits ... Separie-rung hat nie eine Rolle gespielt, aber im Vorwege habe ich mir natürlich Gedanken gemacht, was wäre, wenn irgendwo etwas ist, gäbe es dann eine Alternative, was auch bedeutet hätte, ich hätte meine Kräfte umgruppieren müssen. Insofern kam der Teil nicht überraschend und hätten wir den Teil auch durchführen können mit dem Ziel, den anderen den Aufzug zu er-möglichen und weiterzumarschieren.

Es kam dann so, und ich erwähne das jetzt hier an dieser Stelle, ich weiß, dass das vom EA Gegenveranstaltung etwas anders, nämlich sehr kurz, dokumentiert wurde, die Entschei-dung ist gefallen und macht das jetzt. Das geht gar nicht, dass man das jetzt macht, weil wir ja unabhängig voneinander unsere Kräfte in Bewegung bringen müssen in die Ausgangsstel-

lung, und erst, wenn wir beide sagen, wir stehen, dann kann einer sagen, jetzt mach es. Sonst funktioniert das die ganze Zeit nicht.

Das, was wir vorbereitet, das, was wir überlegt haben, ich bin sicher, das wird noch Punkt von Diskussionen und Fragen sein, das war den Straftätern nicht bekannt. Was den Straftätern bekannt war, dass sie immer wieder aufgefordert wurden, nehmt die Vermummung ab, dann könnt ihr weitergehen. Die hatten letztendlich 40 bis 45 Minuten Zeit, einfach die Vermummung abzunehmen, und hätten dann weitergehen können. Die Vermummung, auch das, Herr Behrendes hat das, glaube ich, auch einmal erwähnt, Vermummung ist ja nicht Selbstzweck, sondern oft Vorbereitung für andere Gewalt. Das war uns schon bewusst. Ich will damit nur deutlich machen, es gab einen langen Zeitraum – weil, eine Vermummung runterziehen oder hier zur Seite machen, der Vorgang dauert 1 Sekunde, das schafft man in 45 Minuten, wenn man das möchte.

Wir haben dann, wie Sie sehen, die Kräfte im Umfeld gehabt. Wir haben in dieser Phase, da wird Herr Grossmann gleich etwas zu sagen, unten die Kräfte von der Flutschutzmauer abgezogen, nach unserer damaligen Einschätzung. Wenn Sie möchten, sage ich Ihnen am Ende etwas zu unseren Erfahrungen daraus, dann würde ich darauf noch einmal eingehen.

Ich hatte erwähnt, als die Berliner vorbeigingen, gab es bereits erhebliche Gewalt. Die Berliner Kräfte hatten es auch deutlich schwerer als die Eingreifkräfte, weil sie einfach durch den Schwarzen Block durch mussten, Ziel war nicht der LauKW, sondern einfach da durch mussten, und auf beiden Seite, wie wir feststellten, Störer hatten. Nachdem sie da durch sind, und jetzt würde ich dann gleich abgeben, war es nach kurzer Zeit notwendig, quasi die erste Hälfte, den früheren ersten Block, mit allen Seitenkräften und dann noch mit meinen Frontkräften anzugehen, weil dann diese massive Gewalt einsetzte, weil das passiert ist, was wir so nicht erwartet haben, dass es diese massive Unterstützung von allen Seiten gab und dass die scheinbar bunt Aussehenden sich sehr schnell schwarz umzogen respektive anders als sonst keine Umstehenden waren, sondern schlicht Teilnehmer, Straftäter und Beteiligte an diesen gewalttätigen Ausschreitungen.

Ich würde es jetzt an der Stelle dabei belassen. Ich würde Herrn Grossmann, mit Ihrem Einverständnis, weitergeben, weil der Ihnen erklären kann, was seine Eingreifkräfte gemacht haben und wie das dann abgelaufen ist. – Danke schön.

Norman Grossmann: Ich hoffe, Sie halten noch durch, um das Ganze noch einmal aus einem etwas anderen Blickwinkel vielleicht mit einigen ergänzenden Überlegungen sich anzuhören, bevor dann der Startschuss für Ihre Fragen fällt. Um das abzugrenzen, ich habe keine Ergänzungen zu Gesprächen mit dem Leiter oder mit dem Anmelder, das war alles die Baustelle von Herrn Ferk, also das, was ich jetzt schildere, ist komplett aus einer anderen Perspektive.

Nach dem Zusammenfügen der Lageinformationen, die uns vorlagen und die zum Teil auch schon hier vom polizeilichen Staatsschutz, aber auch vom LfV in vergangenen Sitzungen vorgestellt worden sind, war für mich eigentlich klar, dass es im Zusammenhang mit dieser Demonstration Welcome to Hell zu Gewalttätigkeiten kommen wird. Was wir natürlich nicht wussten, ist, zu welchem Zeitpunkt und an welchem Ort. Aber die Lageinformationen stellten sich für mich so dar, dass es zu Straftaten, zu Gewalttätigkeiten kommen wird. Das war für mich die Grundlage für meine Grundaufstellung auch. Und ich hatte dabei Szenarien im Kopf, die dahin gingen, dass entweder natürlich eine Eskalation aus dem Aufzug heraus erfolgt, irgendwo auf der Aufzugstrecke, dass im Anschluss an den Aufzug, also irgendwo im Bereich der Schlusskundgebung, vielleicht eine Eskalation herbeigeführt wird, also auch schon nach ... vielleicht nach Beendigung der Versammlung. Ich hatte aber auch das Szenario im Kopf, dass einige aus Sicht des polizeilichen Gegenübers, potenzieller Straftäter,

günstige Orte genutzt werden, um vom Aufzugsweg abzuweichen, sich vom Aufzug abzuspalten und vielleicht Reizobjekte anzugreifen. Ein mögliches Reizobjekt wäre natürlich gleich einmal gewesen, wenn man an den Landungsbrücken geradeaus geht und nicht die Helgoländer Allee hochgeht, dann kommt man sehr bald an die Elbphilharmonie. Die wurde am Freitagabend noch gebraucht.

Die nächste Möglichkeit wäre natürlich gewesen, das hatte Herr Ferk schon gesagt, im Bereich Millerntorplatz, direkt geradeaus weiter zum Messegelände zu gehen oder aber auch nach rechts sich in die Innenstadt zu bewegen, dann kam sehr bald das PK 15, also ich könnte die Aufzählung der Reizobjekte jetzt fortsetzen, und habe eben meine Eingreifkräfte entlang des Aufzugswegs an den eben genannten Orten aufgestellt.

Um diese Szenarien, die ich eben genannt habe, insbesondere die letzteren, hätte sich Herr Ferk mit seinen Kräften natürlich nicht kümmern können. Der hätte reichlich zu tun gehabt mit seinem Auftrag, den Aufzug zu begleiten und entsprechend mit dem Leiter der Versammlung zu kooperieren, sodass es meine Rolle war, sich um alles zu kümmern, was sich im Umfeld ereignet beziehungsweise, was Gruppen prognostisch so vorhaben, die sich vom Aufzug entfernen oder die auch gar nicht erst am Aufzug teilnehmen. Auch das wäre ja denkbar gewesen, dass sich Gruppen direkt in die Innenstadt bewegen und Aufzug Aufzug sein lassen. Auch das wäre dann mein Part gewesen.

Dass wir uns aufstellen mussten, glaube ich, lässt sich relativ leicht erklären. Dieser Ausschuss hat sich schon mehrfach mit der Verkehrssituation in der Stadt beschäftigt während der Einsatztage. Die machte es erforderlich, dass man sehr konkret und sehr detailliert den Kräften vorgibt, wo sie sich zunächst bereitzustellen haben, und dass man denen auch schon sehr konkret vorgibt, wo sie sich im Anschluss hinbewegen, für den Fall, dass sich der Aufzug an ihrem Ort vorbeibewegt hat. Anders wäre es gar nicht gegangen, diese Einsatzkräfte noch rechtzeitig an die Einsatzorte zu bewegen. Das war einfach schlichtweg unmöglich. Das musste man vorplanen, das haben wir vorgeplant, und deswegen war es auch erforderlich, die Kräfte doch stark disloziert entlang der ganzen Aufzugstrecke aufzustellen.

Ich bin tatsächlich auch davon ausgegangen, dass ein großer Teil der Aufzugstrecke zurückgelegt wird, denn schließlich hätte dieser ganz Aufzug das eigentliche Reizobjekt erst gegen Ende der Strecke erreicht. Ich bin schon davon ausgegangen, dass es im Interesse des Aufzugs war, auch sich irgendwie am Messegelände, am Veranstaltungsort G20 zu zeigen, und auch das hat mich dazu bewogen, die Kräfteaufstellung durchzuplanen für die gesamte Aufzugstrecke. Auf die Grundaufstellung gehe ich da nicht mehr ein, auf Bedarf oder auf Nachfrage kann ich da noch etwas zu sagen.

Dann haben wir darüber hinaus Absprachen getroffen, wie wir uns unmittelbar unten, am Ort der Auftaktkundgebung, aufstellen. Dazu gehörte auch ein Auftrag an Teile meiner Kräfte, den Bereich auf der Flutschutzmauer zu besetzen, mit Polizeikräften zu besetzen, diesen Bereich weitestgehend freizuhalten, insbesondere aber zu verhindern, dass bei dem Abfluss der Versammlungsteilnehmer vom Fischmarkt auf die Straße, auf die Aufzugstrecke, die Kräfte von Herrn Ferk umlaufen werden. Das zu verhindern, dass sich Demonstrationsteilnehmer zwischen Flutschutzmauer und Hafenkante entlang Richtung Landungsbrücken bewegen. Da hatte ich mich bereitgestellt und ich hatte mich auch an der Treppe aufgestellt, wo es vom Flutschutztor auf die Terrasse, auf den Bereich auf der Flutschutzmauer geht.

Eine Eintragung möchte ich Ihnen einmal zitieren, die finden Sie auch in den Akten in meinem EPSweb, der Eingreifkräfte um 16.12 Uhr. Da meldete mir genau diese Hundertschaft, die ja oben auf der Flutschutzmauer gestanden hat oder tätig werden sollte, dass ein Freihalten und ein Freimachen aufgrund der bereits schon hohen Personenzahl praktisch nicht mehr möglich ist. Zu dieser Personenzahl sind wir zu der Bewertung gekommen, dass es

Unbeteiligte sind, die waren zu keinem Zeitpunkt auf dem Fischmarkt, die haben auch kein Interesse an der Kundgebung auf dem Fischmarkt gezeigt, auch nicht an den Reden, die dort gehalten worden sind, und wir haben dann abgewogen, was machen wir, kriegen wir diesen Bereich irgendwie freigeräumt, freigehalten, und sind eben zu der Einschätzung gekommen, dass das schon zu diesem Zeitpunkt, 16.12 Uhr, nur möglich gewesen wäre durch Zwangsmittel Einsatz. Also auf Aufforderung hätte da niemand mehr reagiert. Und uns war es auch nicht mehr möglich, da massenhaften Zulauf zu verhindern.

Also ich weiderhole noch einmal, Einstufung als Unbeteiligte, als Schaulustige, und die Einschätzung, dass wir ein Freimachen dieses Bereichs, der schon vollgelaufen war, nur unter Anwendung von Zwang erreicht hätten mit der Folge, so unsere Prognose, dass wir dann schon eine eskalierende Lage schon um 16.15 Uhr, 16.30 Uhr gehabt hätten, weil, das hätten sicherlich die Versammlungsteilnehmer vom Fischmarkt nicht rein als Zuschauer und aus der Distanz betrachtet, sondern sie wären dann sicherlich dazugelaufen und hätten ihren Beitrag geleistet.

Dazu kam noch eine versammlungsrechtliche Einordnung, auch das war zu bewerten. Sinn und Zweck einer Versammlung ist es ja, eine Meinung öffentlich kundzutun. Dazu gehört es, dass diese Meinungskundgabe auch jemand wahrnehmen kann. Insofern verbietet es sich auch, den Bereich links und rechts oder um eine Versammlung herum irgendwie klinisch sauber zu halten und überhaupt eine Wahrnehmung der Meinungskundgabe damit zu verhindern. Auch das war eine Erwägung, dass wir gesagt haben, das können wir nicht machen. Wir können nicht die Öffentlichkeit links und rechts von der Aufzugstrecke ausschließen. Soweit vielleicht zu den Vorüberlegungen in Sachen Flutschutzmauer.

Dann komme ich jetzt zu meiner eigenen Wahrnehmung, die ich im Bereich des Fischmarkts hatte. Ich habe mir das während der gesamten Veranstaltung vor Ort angesehen, habe mich um die Umgebung herum bewegt, habe lange Zeit auch auf dieser Terrasse vor dem Restaurant Helgoländer Fischstuben gestanden, habe auch von oben auf den Fischmarkt geguckt und hatte da eine Wahrnehmung, die ich auch schon am 19. Juli hier dargestellt habe, die auch im Wortprotokoll ja nachlesbar ist, das hatte alles Happening-Charakter. Die Personen, die ich da beobachtet habe, waren alle bunt gekleidet, ich habe da nichts Besorgniserregendes festgestellt und insofern auch überhaupt gar keinen Anlass gehabt, von meiner Einschätzung abzuweichen, dass dieser Aufzug einen großen Teil der Strecke zurücklegen wird, wenn er sich dann erst einmal aufgestellt hat.

Dann habe ich mich irgendwann entfernt vom Fischmarkt und habe mich auf die Straße vor dem Flutschutztor begeben, weil ich wusste, so, jetzt geht es irgendwann in die Aufstellungsphase. Die Personen, die Versammlungsteilnehmer vom Fischmarkt, werden sich jetzt irgendwann raus orientieren Richtung Straße. Das wollte ich mir gern ansehen. Und da, das ist eine Stelle, wo ich auch gern noch einmal reflektieren würde auf meine Äußerungen am 19. Juli, die auch protokolliert sind. Damals habe ich gesagt, was ich dann gesehen habe, waren zwei Schwarze Blöcke von insgesamt circa 1 500 Teilnehmern mit mindestens zwei Lautsprecherwagen. Das war meine Äußerung am 19. Juli, gerade einmal halbwegs ausgeschlafen und ohne stundenlange Videoanalyse und Berechnung von Personenzahlen. Da würde ich mit meinem heutigen Wissen die Zahl wahrscheinlich eher erhöhen müssen, das war eine Schätzung am 19. Juli. Im Übrigen ist das aber auch die einzige Aussage, die ich gegenüber dem Wortprotokoll am 19. Juli relativieren oder korrigieren würde. Auf alle anderen Ausführungen könnte ich im Prinzip auch heute wieder verweisen, die würde ich auch heute so genau wiederholen. Bei der Zahl habe ich vielleicht etwas niedrig gelegen.

Ich hatte es damals beschrieben, was ich dann beobachtet habe mit Erschrecken, nämlich, dass dann kein bunter Teil mehr da war, sondern dass man es in der kurzen Zeit geschafft

hat, sich umzuziehen, sich schwarz zu kleiden, sich größtenteils und prägend zu vermummern. Genau das, was Herr Ferk auch schon beschrieben hat.

Dann kommen wir jetzt in die Phase, dass der Aufzug auf der Straße steht, auf die Kräfte von Herrn Ferk aufgelaufen ist irgendwo im Bereich der Fußgängerbrücke. Dann relativiert sich das auch mit diesen sichtbar getrennten Blöcken, die laufen dann aufeinander auf logischerweise und irgendwann wird das ... lassen sich diese Blöcke nicht mehr so gut differenzieren.

Jetzt hatten wir diese Situation natürlich neu zu bewerten, das habe ich gemacht im Abgleich mit Herrn Ferk. Ich habe auch die Situation geschildert an dem EA Gegenveranstaltung. Das ist auch transportiert worden an den Führungsstab, an den Polizeiführer, hat da auch, wie Herr Dudde ja schon gesagt hat, eine Beratung (...)

Vorsitzender: Entschuldigung, können wir das so machen, dass wir nur noch die Dinge schildern, die wir nicht schon im Wortprotokoll seinerzeit und auch nicht jetzt eben schon durch andere Beteiligte gehört haben?

Norman Grossmann: Ja, das bekomme ich hin.

Vorsitzender: Danke.

Norman Grossmann: Umzugehen hatten wir in unserer Bewertung aus meiner Sicht mit drei Dingen. Wir haben die Vermummung zu bewerten gehabt, wir haben die Erkenntnis zu bewerten gehabt, dass es zu einer Eskalation auf der Strecke kommen soll, wir hatten den vor uns liegenden Einsatzraum zu bewerten, also die Frage zu stellen, wenn wir irgendwo tätig werden wollen, wo wäre es denn günstig. Und wir hatten natürlich auch mit dem Differenzierungsgebot umzugehen, also mit der Zahl der mehreren Tausend Leute mit Anspruch auf Artikel 8, die ja nun sich an den schwarzen Teil angeschlossen haben.

In der ... Damit war klar also diese Option, dass wir Teilnehmer ausschließen aus dem Bock, nichts anderes ist es ja, rechtlich betrachtet, hier praktisch genannt Separierung. Die wurde durchaus wahrscheinlich, sodass auch ich, genauso wie Herr Ferk, angefangen habe, mich darauf vorzubereiten in der Form, dass ich die vielen, vielen Einsatzkräfte, die ich deutlich weiter im Norden bereitgestellt hatte, umzugruppieren, umzuorientieren und an das Geschehen zu holen. Da war noch keine Entscheidung gefallen, dass wir einen Ausschluss der Teilnehmer vornehmen. Wir haben weiterhin verfolgt, wie sich die Durchsagen des Leiters auswirken, aber auch, wie sich dann die späteren Lautsprecherdurchsagen der Polizei auswirken. Und ich kann genau das bestätigen, das galt es abzuwarten, aber gleichzeitig galt es eben auch, diese andere Option, Ausschluss von Teilnehmern, personell und taktisch vorzubereiten, auch wenn die Entscheidung noch nicht gefallen war.

Das Konzept hat Herr Ferk vorgestellt. Für die ... Eine Überlegung würde ich gern noch ergänzen. Das taucht auch schon so in dem Wortprotokoll am 19. Juli auf, das ist, glaube ich, aber hier noch einmal wichtig hervorzuheben. Immer, wenn wir über einen Ausschluss, eine Separierung gesprochen haben, hatten wir auch noch eine Zwischenphase im Kopf, dass wir, nachdem wir den schwarzen Teil vom bunten Teil der Teilnehmer abgetrennt haben und noch – Herr Ferk hat es Wellenbrecher genannte – mittig noch einmal eine Absperrung eingelegt haben, noch einmal wieder den Appell formulieren wollten, die Vermummung abzulegen, einfach noch einmal zu verdeutlichen, wir meinen es wirklich ernst, so marschiert der Aufzug nicht, aber es besteht noch einmal die Gelegenheit, die Vermummung abzulegen. Dieser Zwischenschritt war so geplant, haben wir auch am 19. Juli ja schon so vorgestellt, an den wollte ich hier gern noch einmal erinnern.

Dann ist um ... irgendwann die Entscheidung, nachdem wir gemerkt haben, das Verhalten der Versammlungsteilnehmer ändert sich nicht, wir beobachten immer noch das Gleiche, ist dann die Entscheidung gefallen, das praktisch tatsächlich umzusetzen, Kräfte in den Aufzug hineinzugeben. Das war dann, glaube ich, aus meiner Sicht 19.46 Uhr, als wir damit begonnen haben. In dem Bereich, wo ich das mit meinen Kräften getan habe, das hatte Herr Ferk beschrieben, ich springe da noch einmal eben vor, das ist von hier aus gesehen der linke rote Pfeil, also der Pfeil, der dann den schwarzen von dem bunten Teil trennt, da ging das relativ reibungslos. Wir sind da ohne großartige Zwangsanwendung ... haben wir die Straße gequert und haben damit eine Polizeikette über die Straße gezogen. Das stellte sich etwas anders dar, das hatte Herr Ferk schon gesagt, bei dem von hier aus gesehen rechten roten Pfeil.

Dann überschlugen sich die Ereignisse. Sie kennen die Video- oder Fernsehbilder alle sicherlich sehr genau. Wir haben dann ... sind dann angegriffen worden von Angehörigen da dieser Schwarzen Blöcke, aber auch insbesondere oben von der Flutschutzmauer herunter. Da eigentlich am massivsten. Und da muss ich eingestehen, da haben wir einfach die Personenzahl oder die Personen, die Kategorie der Personen auf der Flutschutzmauer, eindeutig falsch eingeschätzt, falsch bewertet. Ein so hohes Ausmaß an Kooperation, an Unterstützung und an Gewaltbereitschaft haben wir aus diesem Bereich, das möchte ich ausdrücklich sagen, nicht erwartet. Die Bewertung dieser Personengruppe war eine andere, das hatte ich vorhin kurz dargestellt.

Wir haben dann natürlich ... waren dann natürlich gezwungen, auch Eingreifkräfte auf die Flutschutzmauer zu bringen, um von dort die Angriffe zu verhindern. Dann erfolgte ein Abfluss dieser Personen zunächst einmal in Richtung Fischmarkt, da setzten sich, also im Fischmarkt und im Nahbereich der Fischauktionshalle, die Auseinandersetzungen fort. Das war auch deutlich zu erkennen an dem Kopfsteinpflaster des Fischmarkts, was zunehmend lückenhafter wurde. Und dann setzten relativ schnell aber auch Personenbewegungen ein oder Bewegungen größerer Gruppen weg aus diesem Bereich. Ich gucke jetzt einmal eben auf die Uhrzeiten. Bereits um 20.06 Uhr hatten wir schon eine erste große Personengruppe, die sich Pepermölenbek Richtung Reeperbahn bewegt hat. Bereits 20.15 Uhr hatten wir gewalttätige Personen gemeldet bekommen auf dem Hans-Albers-Platz, 20.16 Uhr PK 15, Talstraße. Das könnte ich jetzt fortsetzen, das stoppe ich hier erst einmal, weil das ja im Prinzip schon eine spätere Phase ist.

Vielleicht abschließend noch einmal, wie es dann weiterging, wie meine Rolle dann im Anschluss war. Herr Ferk hat sich um die sich neu bildenden Aufzüge gekümmert mit seinen Kräften, und meine Aufgabe war es dann, an den vielen, vielen Orten, die uns gemeldet worden sind zwischen dem Einsatzort Hafenrand und dem Schanzenviertel, gegen gewalttätige Gruppen, gegen marodierende Gruppen auf dem Weg Richtung Norden vorzugehen und uns um diese Gruppen zu kümmern.

Ich hatte also dann mit den Aufzügen, die sich gebildet haben, dann weiter nichts zu tun, sondern habe mich um die Personengruppen gekümmert, die sich an den Aufzügen dann nicht weiter beteiligt haben. So, damit würde ich erst einmal enden.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank erst einmal. Herr Gladiator hat das Wort.

Abg. Dennis Gladiator: Vielen Dank. Ich versuche, ein paar Fragen wieder zu bündeln, damit wir zeitlich auch noch ein paar Fragen stellen können. Die eine Frage, wir hatten es vorhin ja schon andeuten lassen, die Diskussionen, zu versammlungsfreundlich oder versammlungsfreundlich. Der Senator hatte in seinen einleitenden Worten schon ein bisschen etwas dazu gesagt. Mich würde es aber noch einmal interessieren, hätte es vor den Erkenntnissen, die man hatte, sinnvolle Auflagen – da wurde gesagt, Auflagen müssen Sinn

machen, ich verstehe das, wenn man nichts erklären kann zur Auflage, was Sinn macht –, aber hätte es Maßnahmen gegeben vor dem Hintergrund, dass man ja wusste, das wird in Teilen keine friedlich Demo, da wollen Menschen das Demonstrationsrecht auf das Übelste missbrauchen, hätte es da Möglichkeiten gegeben, die Sie vielleicht in der Abwägung nicht ergriffen haben, die aber möglich gewesen wären. Das würde mich als Erstes interessieren.

Mich würde als Zweites noch einmal interessieren die konkrete Rolle, die Anmelder haben Sie genannt, aber auch Umfeld Rote Flora, im Vorfeld Mobilisierung, Verhalten währenddessen, vielleicht können Sie dazu noch ein bisschen etwas sagen.

Und letzte Frage mit zwei kleinen Dingen. Es war heute ein bisschen etwas zu lesen über Qualität und Quantität der Straftaten. Ohne dass Sie jetzt bitte alles auflisten an Straftaten, was passiert ist, vielleicht kann man das noch einmal darstellen, Qualität, Quantität dessen, was an Straftaten war. Und damit verbunden, wir haben danach, Auflösung der Demo, und das ist hier, glaube ich, noch ein bisschen mit abgedeckt, gesehen, dass beim Marodieren durch die Stadt sehr viel Material gefunden wurde, was man wunderbar benutzen konnte, um Barrikaden zu bauen. Ist so etwas im Vorfeld in der Überlegung drin, dass man sich das Umfeld anguckt, gibt es irgendwo Baustellen, die wir sichern könnten? Wieweit hat das eine Rolle gespielt?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Das würden wir einmal in der Beantwortung ein bisschen aufteilen. Die erste Frage, wie konnte man versammlungsrechtlich im Vorfeld damit umgehen, Auflagenbeschränkung und so weiter, würde ich einmal Herrn Lückfett als Versammlungsbehörde ansprechen, möglicherweise ergänzt durch Frau Horstmann. Aber erst einmal Herr Lückfett.

Hans-Jürgen Lückfett: Ja, sehr gern. Ist ja im Vorfeld schon mehrfach gesagt worden, wenn ich Auflagen erlassen muss oder will, dann muss ich konkrete Tatsachen vorliegen haben, die das ermöglichen. Das habe ich in diesem Fall nicht gehabt. Und ich muss, wenn ich eine Auflage mache, dann muss sie auch sinnvoll sein. Das wurde auch mehrfach angesprochen. Ich kann nicht sagen, Sie dürfen sich nicht verummnen, in der Auflage, weil, es ist ein Straftatbestand, Sie dürfen keine Steine werfen, ist ein Straftatbestand. Das macht also keinen Sinn. Wenn, sinnvoll, und wenn sie durchgeführt würden, müssen sie auf konkreten Tatsachen beruhen. Das dazu.

Den Marschweg, den Herr Blechschmidt angemeldet hat bei mir, übrigens unter dem Tenor Für eine solidarische Welt – kein G20 in Hamburg, das war der Originaltenor, da gab es keinen Handlungsbedarf. Der Marschweg war völlig in Ordnung. Lediglich als Dollpunkt war zwischen uns beiden der Ort der Abschlusskundgebung. Dazu müsste ich Ihnen aber den Verlauf der Kooperation einmal schildern, dann würden Sie sehen, wie wir dann zum Schluss auf den eigentlichen Abschlussort gekommen sind. Aber das kann ich vielleicht später noch einmal machen.

Senator Andy Grote: Gut, vielen Dank. Zur weiteren Rolle der Flora, das muss man, glaube ich, aufteilen. Einmal ist bekannt, dass es sozusagen eine Mobilisierung, besonders für diese Veranstaltung, gegeben hat, das war für Flora und die Autonomen die wichtigste Versammlung oder Aktion im Rahmen des Gipfels. Anmelder war Andreas Blechschmidt, Versammlungsleiter war Andreas Beuth, und die waren dann auch die Teilnehmer, Herr Beuth war insbesondere Teilnehmer, beide waren Teilnehmer an den Kooperationsgesprächen. Zu Straftaten und inwieweit es eine Verbindung zwischen den begangenen Straftaten und der Roten Flora gibt, würde ich Herrn Hieber einmal bitten.

Jan Hieber: Ja, sehr gerne. Ich kann sagen zu den Straftaten, dass wir 714 Ermittlungsverfahren im weiteren Sinne diesem Aufzug zuordnen können. Das stellt sich

in Blöcken so dar, dass es einmal um den Landfriedensbruch und schweren Landfriedensbruch geht, das sind 287 Straftaten, 69 versuchte/vollendete Körperverletzungen beziehungsweise gefährliche Körperverletzungen, 258 Sachbeschädigungen beziehungsweise gemeinschädliche Sachbeschädigungen und 67 tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte beziehungsweise Widerstände gegen Vollstreckungsbeamte. Und noch ein paar kleinere Posten von Straftaten.

Der größte Teil dieser Straftaten hat sich in der Zeit unserer Auswertung zwischen 15 und 21 Uhr im Bereich des eigentlichen Aufzugs, nämlich Hafenstraße St. Pauli Fischmarkt/Breite Straße ereignet, 435 insgesamt. Ich will das jetzt nicht noch einmal aufschlüsseln. Dann gab es nach Beendigung des Aufzugs ab 21 bis 3 Uhr in diesem Bereich örtlich nur noch 17 Straftaten und das Ganze verlagerte sich örtlich in den Bereich St. Pauli/Sternschanze. Da wurden noch 262 Straftaten entsprechend begangen.

Eine Verbindung zur Roten Flora, wie das jetzt hier gerade dargestellt wurde, kann man natürlich nur absolut indirekt hier erkennen, insofern, als dass natürlich dieser Aufzug selbst ja organisiert wurde, sage ich einmal, von autonomen Gruppen mit Bezug zur Roten Flora.

Senator Andy Grote: Vielleicht können wir da noch einmal ergänzen, Rolle der Flora im Vorfeld, Mobilisierung, Organisation. Würde Herr Voß für den Verfassungsschutz machen.

Torsten Voß: Ja, vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete. In den letzten Thematiken beziehungsweise letzten Sitzungen hatte ich ja schon einiges zu der Roten Flora gesagt. Aber jetzt noch einmal ganz konkret, wir haben insgesamt fünf Anti-G20-Vollversammlungen gehabt, beginnend am 21. September 2016, und die letzte war dann am 29. Juni 2017. Bei diesen fünf Anti-G20-Vollversammlungen wurde Welcome to Hell das erste Mal im April genannt, aber ganz konkret dann am 1. Juni und am 29. Juni wurde insbesondere dann durch Herrn Beuth etwas dargestellt, und zwar der Bereich, wie sich die Flora denn verhalten will. Und zwar erzählte Beuth auf dieser Vollversammlung, dass es schon das erklärte Ziel sei, die Demonstration am 6. Juli so weit zu bringen, wie es nur geht. Allerdings, falls der Demonstrationzug aufgestockt werden sollte, solle man sich so verhalten wie am 21. Dezember 2013. Ich erinnere, am 21. Dezember 2013, das war die Demonstration gegen die Esso-Häuser mit 7 300 Teilnehmern, davon 4 000 gewaltbereite, am Ende hatten wir 169 Polizeibeamte, die verletzt waren.

Bei der zweiten Vollversammlung am 29. Juni informierte Beuth auch die Anwesenden über Stand der Planung, und zwar, da man bereits im Vorfeld mit massiven Vorkontrollen seitens der Polizei rechnete, sollten die Kontrollen von Autonomen dokumentiert und den Demonstranten vorher bekanntgegeben werden. Dadurch sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die Kontrollen zu umgehen. Falls die Demonstranten mit mehreren Polizeiketten, und jetzt kommt das, was Herr Ferk dann auch mit Herrn Blechschmidt kooperiert hat, es war nämlich verabredet, falls die Demonstration mit mehreren Polizeiketten eng begleitet werden würde, wollte man den Protestmarsch spätestens auf Höhe der Davidwache auflösen. Sollte die Polizei den Protestzug gar nicht erst starten lassen, wolle man sich auflösen und sich dann an größeren Plätzen, zum Beispiel Park Fiction, wieder sammeln.

Interessant ist auch, dass schon auf dieser Vollversammlung oder, sage ich einmal, am 29. Juni besprochen wurde, wie der Schwarze Block sich zusammensetzen sollte. Und zwar wollte man die ersten 30 Ketten, gemeint sind Menschenreihen, als Schwarzer Block formieren, und Beuth zeigte sich kritisch und bewertete die bisherige Zahl von 30 Reihen für den Schwarzen Block als nicht ausreichend.

Dann haben wir noch aus nachrichtendienstlichen Informationenaufkommen – und auch das haben wir der Polizei weitergegeben und das spiegelte sich dann ja auch in dem Kon-

zept von Herrn Ferk wider – , dass verabredet war, dass man die ersten 70 Reihen reibungslos in die Reeperbahn bringen wollte und man dann sich verummnen wollte, um dann zu schauen, was passiert. Das sind also genau die Bereiche, wo man zusammenfassend sagen kann, sie wollten marschieren, sie haben sich aber schon so aufgestellt, wenn wir aufgestoppt werden, dann eskalieren wir das Ganze, und haben dann Reeperbahn und am Ende der PK 15 zwei Standorte gehabt, wo sie dann von sich aus durch bestimmte Handlungen wie Vermummung et cetera die Eskalation mit der Polizei herbeiführen wollten.

Das sind die Bereiche aus dem Bereich Autonome/Rote Flora. Die Zitate über Blechschmidt und Beuth habe ich schon mehrfach genannt und will ich hier an der Stelle nicht wiederholen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Ein Punkt war noch offen.

Senator Andy Grote: Ach ja, Sicherung des Umfelds, Baustellenmaterial und Ähnliches. Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Also, standardmäßig werden die Marschwege abgefahren und überprüft, wie die sind, aber eher im Sinne von, gibt es da zu viele Engstellen oder große Baugruben. Weil Sie natürlich bei so einem Marschweg in der Länge immer irgendwo eine Schuttmulde stehen haben oder ein Big Pack, wo wir sagen, eine Sicherung ist an der Ecke nicht möglich. Wir gucken eher nur auf gravierende Sachen, gibt es Gefahrenlagen auf der Marschstrecke für Versammlungsteilnehmer oder die Polizei. Dann würden wir noch einmal in die Kooperation (...). Aber wir räumen nicht jeden Schuttcontainer weg.

Vorsitzender: Ja, danke. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich möchte meine ersten beiden Fragen auf den Beginn dieser Welcome-to-Hell-Demonstration, also auf die Aufstellung, beziehen und muss aber die Voraussetzung meiner Fragen kurz erläutern, weil die sonst nicht ganz verständlich sind.

Meine erste Frage zielt darauf, warum die Polizei keinerlei Auflagen erlassen hat, obwohl sie die Demonstration schon weit im Vorfeld und bis zum Schluss als gewalttätig prognostiziert hatte. Ich bringe jetzt die ganzen Prognosen, die Sie hatten, nicht, wiederhole ich jetzt nicht, ich verweise summarisch auf die Lagebeurteilung des LKA vom Stand 31. Mai, wo gesagt wird, das wird die entscheidende, und mit meinen Worten jetzt, das wird die wichtige Demonstration und da gibt es ja ... da ist zu rechnen mit einer Teilnahme von 7 000 bis 8 000 gewaltbereiten Linksextremisten. Das sei wahrscheinlich.

Ich habe eben schon gesagt, dass die Demonstration früh angemeldet worden ist, am 16. Januar, und am 4. April dann um 19.45 Uhr die Anmeldebestätigung beim Anmelder eingegangen ist, und zwar ohne jede Auflage.

Jetzt ist in der Zwischenzeit Folgendes passiert. Das OVG hat in Bezug auf die Demonstration am 8. Juli einen Beschluss gefasst mit Datum vom 3. Juli, und zwar zu der angemeldeten Schlusskundgebung der Demonstration am 8. Juli auf dem Heiligengeistfeld, und hat dazu Folgendes festgestellt. Und das ist jetzt für Sie auch von Belang und ich nehme an, Sie kennen den Beschluss. Ich zitiere das kurz: "... bestehen somit hinreichende, tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass am 8. Juli 2017 aus der streitgegenständlichen Versammlung heraus durch gewaltbereite oder gewaltsuchende Personen Gewaltstraftaten begangen werden, welche die körperliche Unversehrtheit oder gar das Leben von Polizistinnen und Polizisten oder von unbeteiligten Personen wie auch von friedlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Versammlung selbst, etwa im Falle einer Massenpanik, welche bei einer Menschenansammlung von 50 000 bis 100 000 Menschen verheerende Folgen hätte, gefährden, ist die Antragsgegnerin berechtigt und verpflichtet, die wechselseitigen Interessen unter Berück-

sichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zum Ausdruck zu bringen." Und das war dann auch die Begründung dafür, dass die Schlusskundgebung bei dieser ja friedlichen Demonstration – Sie haben ja selbst gesagt, eine von 148 war nicht friedlich – von dieser friedlichen Demonstration wurde das Verbot dieser Schlusskundgebung auf dem Heiligengeistfeld so begründet.

Das ist jetzt auch nicht irgendwie etwas ganz Überraschendes. Dieser Grundsatz, glaube ich, ist bekannt, dass die Polizei unter den gegebenen Umständen berechtigt und verpflichtet ist.

Herr Dudde hatte im Innenausschuss am 19. Juli auf die Frage, warum für den 6. Juli keine Auflagen erlassen wurden, geantwortet, Auflagen können wir erlassen, wenn wir Hinweise darauf haben, dass es zu irgendwelchen Störungen kommt. Von den Gerichten bekäme man meistens zu hören, na ja, Prognosen, ihr könnt das ja nicht belegen. Zitat noch einmal: "Wir hatten nichts Griffiges, mit dem wir hätten beweisen oder behaupten können, dass der Aufzug so gefährlich ist, von uns beauftragt werden muss." Wie gesagt, einen Tag vorher hatte das OVG, also am 3. Juli hatte das OVG das in Bezug auf eine friedliche und auch als friedlich geplante, da gab es den Konsens, hat einen entsprechenden Beschluss gefasst. Vor dem Hintergrund der eigenen Prognosen, die Sie hier ja auch wiederholt haben, Herr Grossmann hat eben gesagt, er ging fest davon aus, es hatten, glaube ich, wie viele, ich weiß gar nicht, wie viele Beschlüsse von Verwaltungsgerichten, wo zum Beispiel die Allgemeinverfügung, das Campverbot und so weiter, da haben Sie ja mit diesen Prognosen gearbeitet. Und vor diesem Hintergrund und dem Beschluss des OVG, der Ihnen ja vorgelegen hat, als Sie die Anmeldebestätigung für den 6. Juli rausgeschickt haben, ist das schlicht eine nicht einmal halbwegs plausible Ausrede.

Ich frage deshalb: Was hat die Polizei bewogen, mit der Anmeldebestätigung keinerlei Auflagen zu machen, obwohl ja das OVG tags zuvor in seinem Beschluss ausdrücklich nicht nur von der Berechtigung der Polizei zu beauftragen spricht, sondern ausdrücklich von ihrer Verpflichtung? Und, wie gesagt, das war nichts Überraschendes. Warum glaubte der Gesamteinsatzleiter, sich über diese Verpflichtung, über diesen Grundsatz hinwegsetzen zu können, obwohl die Polizei von der Gewalttätigkeit der Welcome-to-Hell-Demonstration ausging, wie aus den Akten eindeutig hervorgeht?

Und daran anschließend möchte ich eine zweite Frage stellen. Um 18.58 Uhr beginnen sich die ersten Reihen des sich formierenden Demonstrationzugs zu Beginn vorzurücken, um für die Aufstellung Platz zu schaffen. Um circa 19 Uhr werden sie von Polizeieinheiten in Höhe von Park Fiction aufgestoppt. Um 19.03 Uhr erreichen vier anrückende Wasserwerfer die Position Östliche Brücke. Für 19.13 Uhr findet sich im EPSweb der EA Gegenveranstaltung – also nicht 19.16 Uhr, sondern 19.13 Uhr schon – der Auftrag des Polizeiführers, Prüfung EA Gegenveranstaltung und EA Eingreifkräfte, ob der Block mit den verummumten Personen vom Aufzug abzutrennen ist.

Um 19.17 Uhr zieht bayrisches USK in Park Fiction ein. Augenzeugen bezeugen, dass das USK mit Gasmasken ausgerüstet ist, deren Filter bereits entsiegelt, die also unmittelbar einsatzbereit waren. Für Nichtfachleute möchte ich hinzufügen, dass entsiegelte Gasmaskenfilter nur eine Zeitlang wirken und dann unbrauchbar werden. Das heißt, der Abschuss von Tränengas mit der Granatpistole MZP-1 war von Anfang an eingeplant, war vorbereitet. Sonst wären nämlich die Filter nicht entsiegelt gewesen.

Herr Dudde führte im Innenausschuss am 19. Juli aus, dass die Örtlichkeit polizeitaktisch gut gewesen sei, schon ein paar Meter weiter wäre es schwerer gewesen, ganz schlecht wäre die Helgoländer Allee mit ihren Grünanlagen rechts und links gewesen. Nicht gerechnet hatte die Polizei nach Herrn Duddes Worten damit, dass von Polizeikräften Eingeschlossene die

Flutschutzmauer hochkämen. Vor diesem Hintergrund frage ich – Augenzeugen berichten von aufkommender Panik im vorderen Demonstrationsteil, Gott sei Dank konnten sich entgegen der Annahme der Polizeiführung viele Menschen über die Flutschutzmauer retten – , wann hat die Gesamteinsatzleitung erstmals darüber gesprochen, die Demonstration möglichst gleich zu beginnen, an dem polizeitaktisch günstigen Ort zu stoppen, um einen Teil einzuschließen und abzutrennen? Welche Überlegungen haben Sie, Herr Dudde, eigentlich hinsichtlich der realen Gefahr einer Massenpanik angestellt, als Sie den Plan fassten, den sogenannten Schwarzen Block durch vorrückende Polizei einzuschließen und herauszutrennen? Und welche Vorkehrungen haben Sie getroffen, um eine solche Massenpanik und die damit verbundenen Gefahren für Leib und Leben vieler Menschen zu verhindern?

Und zum Schluss, was hätten Sie eigentlich mit den ungefähr 3 000 Leuten, habe ich eben gehört, gemacht, wenn es Ihnen gelungen wäre, die einzukesseln? Die GeSa war ja bekanntlich deutlich kleiner.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Schneider. Nur ganz allgemein, das ist gar nicht auf Sie jetzt bezogen, ich hätte die Fragen auch ohne die Erklärung verstanden.

Ich freue mich jetzt auf die Beantwortung durch den Senator.

Senator Andy Grote: Ja, das war ja wieder eine sehr heterogene Erzählung mit einigen Fragen, aber auch ganz viel eigener Wahrnehmung, Deutung und Interpretation. Ich werde einmal versuchen, das ein bisschen aufzuteilen.

Das eine ist die Frage der Beauftragung, warum es die nicht gegeben hat, und ob das nicht eine vergleichbare Situation war mit der Bewertung der Kundgebung vom Samstag, und Heiligengeistfeld und der OVG-Rechtsprechung. Wichtig ist, im Vorfeld ist beiden Versammlungen durchaus ein erhebliches Gewaltpotenzial zugeordnet worden. Das hat sich für die zweite Versammlung in dem Umfang Gott sei Dank nicht realisiert, die ist ganz überwiegend, wie wir wissen, friedlich verlaufen. Bei beiden Versammlungen ist sehr genau geprüft worden, wie man damit umgeht. Es hat für beide Versammlungen keine Auflagen im eigentlichen versammlungsrechtlichen Sinne gegeben, es hat aber sehr intensive, insbesondere bei der zweiten Kundgebung vom Samstag, sehr intensive Kooperationsgespräche im Hinblick auf die Versammlungsstrecke und auch auf den Endkundgebungsort gegeben. Und dann gab es ein konkretes Gefährdungsszenario, das auch dann beschrieben wurde, im Hinblick auf den Endkundgebungsort Heiligengeistfeld, weswegen man gesagt hat, die Endkundgebung solle ein wenig abgesetzt 200 Meter weiter südlich im Bereich Millerntorplatz stattfinden. Damit ist aber keine Einschränkung der gesamten Versammlung oder eine Auflage für den gesamten Versammlungsverlauf erlassen worden, sondern man hat eine Einschränkung vorgenommen oder hat nicht zugestimmt einem bestimmten Endkundgebungsort. Eine vergleichbare Lage gab es aber für Welcome to Hell nicht, es gab keine vergleichbaren Gefahrenszenarien im Hinblick auf einen konkreten Verlauf der Strecke oder auf konkret geplante Endkundgebungsorte. Und wenn man sagt, man hätte sich hier bestimmte Auflagen vorgestellt, dahinter steckt ja sozusagen die Theorie, man wollte die Demo gar nicht losgehen lassen, wenn man einen Verlauf tatsächlich, also ein Losgehen und ein Absolvieren der Marschroute gewollt hätte, hätte man ja Auflagen erlassen. Da muss man aber einmal drüber nachdenken, welche Auflagen das denn bitte hätten sein sollen. Da muss man einmal sagen, welche versammlungsrechtlichen Auflagen stellt man sich denn hier vor. Das Einzige, was ich jemals dazu gehört habe, ist die Untersagung seitlicher Transparente, dazu gibt es Rechtsprechung, dass das nicht zulässig ist. Es gibt schlicht keine denkbare vom OVG in der vorangegangenen Rechtsprechung mitgetragene Beauftragung, die diesem Kontext irgendwie sinnvoll gewesen wäre. Wenn Sie da einen konkreten Vorschlag hätten, dann müssten Sie den benennen.

(Zuruf)

– Bitte?

(Abg. Christiane Schneider: Glasflaschenverbot.)

– Glasflaschenverbot, als Auflage, keine Glasflaschen in der Versammlung mitzuführen? Dann bitte ich einmal zu diesem Punkt Frau Horstmann als Juristin.

Andrea Horstmann: Ja, gern. Das OVG hat auch gerade im Hinblick auf das Glasflaschenverbot gesagt, dass das eine nicht zulässige Auflage wäre, weil die nicht durchsetzbar ist für den Versammlungsleiter und damit der Versammlungsleiter von vornherein sozusagen sich strafrechtlich verhalten würde, also dass es eine unverhältnismäßige Auflage wäre.

Senator Andy Grote: So und das haben wir ganz genau zu allen denkbaren, in Betracht kommenden Auflagen geprüft und es ist keine rechtlich zulässige sinnvolle Auflage übrig geblieben. Wenn Ihnen im weiteren Verlauf noch eine einfällt, gern.

(Abg. Christiane Schneider: Abschlusskundgebung (...).)

– Ja, aber die Abschlusskundgebung ist eine Frage des kooperierten Streckenverlaufs und von den Orten möglicher Zwischenkundgebungen und Abschlusskundgebungen. Das ist etwas anderes, als wenn ich die Versammlung als solches beauflege mit etwa, was Sie gesagt haben, mit einem Glasflaschenverbot, das kann man nicht vergleichen. Und wir hatten eine Sondersituation, Heiligengeistfeld, die ist sehr genau in der Entscheidung, die Sie zitiert haben. In diesem Rechtsstreit haben wir sehr genau dargestellt, welche Situation entstehen würde oder welches Risiko entstehen würde, wenn man dort mit einer sehr großen Menschenzahl, viel größer als in der Konstellation Welcome to Hell, wenn man dort eine Art Tasche formen würde, wo nur aus einer Richtung ein Zugang und dann auch nur in eine Richtung ein Ausgang möglich ist, wo eine große Menschenzahl reindrückt, und wenn es dann zu polizeilichen Aktionen kommt, die Gefahr tatsächlich einer Massenpanik besteht und dann sehr schnell Menschen zu Schaden kommen können. Und das ist abgewogen worden gegenüber der Intensität der Einschränkung der Versammlung, wenn sie sozusagen 200 Meter versetzt die Endkundgebung durchführt. Und entsprechend ist das auch vom OVG gewürdigt worden und die Haltung der Versammlungsbehörde und der Polizei ist an der Stelle bestätigt worden. Hier gibt es aber keine vergleichbare Situation. Wir hatten keine Bedenken, keine wirklich begründbaren Gefahrenszenarien, die sich mit dem Verlauf der Strecke und mit dem Endkundgebungsort oder den Zwischenkundgebungsorten so verbunden hätten, dass man daraus sinnvolle, rechtlich durchsetzbare Einschränkungen oder Auflagen hätte ableiten können. Deswegen ist die Situation nicht vergleichbar an der Stelle.

Ein zweiter Punkt, der angesprochen wurde, war die Frage, was kann man daraus ableiten, dass ein Teil der Kräfte, die im Bereich Park Fiction oben gestanden haben, also auf dem Dach der Sporthalle dort, schon nach Ihrer Beobachtung Gasmasken entsiegelt hatten, hat das ... welche Aussagekraft könnte das haben. Und dann die zweite Entscheidung oder die nächste Frage, wie genau ist die Entscheidung getroffen worden und wann, und von wem, zu separieren. Ich glaube, dass wir dazu zwar schon was gesagt haben, aber das machen wir vielleicht gleich noch einmal. Und da würde ich vielleicht auch noch einmal um die konkrete Darstellung bitten, wie sich das im Führungsstab, auch unter der entsprechenden Beratung dargestellt hat, vielleicht dann auch mit noch einmal einer entsprechenden Schilderung von Frau Horstmann, und wie hat sich in diesem Kontext vielleicht auch der Ort ergeben. Und dann die weitere Frage, hat es eine Beschäftigung, Auseinandersetzung mit der Möglichkeit einer Massenpanik oder einer Panik unter den Betroffenen gegeben und was hätte man im Anschluss bei einer erfolgreichen Einschließung gemacht. Herr Dudde beginnt.

Hartmut Dudde: Ja, genau, das waren ja jetzt eine ganze Menge Fragen. Wollen wir doch erst über die Örtlichkeit, warum da, also die Beratung von Frau Horstmann eingehen oder wollen wir gleich ...

Senator Andy Grote: Wir machen das in der Reihenfolge, wie gesagt, wir fangen einmal an mit den Gasmasken. Kann dazu jemand etwas sagen? Dann Herr Grossmann.

Norman Grossmann: Ja, also den Schluss, Frau Schneider, den Sie daraus gezogen haben, wenn Einsatzkräfte alle ihre zur Verfügung stehenden Einsatzmittel einsatzbereit machen, daraus zu schließen, dass man dann auch Reizstoffe verschießt, den finde ich schon relativ weit hergeholt und sportlich. Und dass dann auch noch damit zu bekräftigen, dass die ja ein geringes Verfallsdatum haben, dass so was ja auch alles Geld kostet und man zieht dieses Siegel ja nur ab, wenn man selbst schon genau weiß, man benötigt es, das kann ich so überhaupt nicht stehen lassen. Also, ich glaube, in dem Gesamtvolumen der Kosten von G20 spielen die Filter einer Gasmaske und das Entsiegeln von irgendwelchen Filtern eine so marginale Rolle, dass ich da schon fast drüber schmunzeln muss. Und im Übrigen erwarte ich von jedem Polizeibeamten, dass er nicht erst dann anfängt, irgendwelche Siegel abzureißen, wenn er angegriffen wird und feststellt, er ist in einer Notwehr oder in einer Nothilfesituation, sondern ich erwarte von jedem Polizeibeamten, dass die ständige Einsatzbereitschaft von allen Führungs- und Einsatzmitteln gegeben ist. Mehr möchte ich dazu eigentlich gar nicht sagen.

Senator Andy Grote: Vielen Dank. Dann vielleicht Herr Dudde mit Ergänzungen durch Frau Horstmann, wie kam es noch einmal ganz genau zur Entscheidung Separieren und im Anschluss noch einmal der Ort und die weiteren Fragen dazu.

Hartmut Dudde: Genau. Ich würde das auch gleich an Frau Horstmann übergeben, damit sie einmal erklärt, welche Gedanken aus dem Versammlungsrecht für uns da eine Rolle spielen und warum ihre Fachberatung in diese Richtung war. Frau Horstmann.

Andrea Horstmann: Ja, zur Lage wurde ja schon viel gesagt. Also, Anlass und Ausgangspunkt meiner Rechtsberatung von Herrn Dudde war eben die Gewährleistung des Grundrechts des hinteren Teils der unvermummten Versammlungsteilnehmer, um zu gewährleisten, dass die dann auch zu einem Zeitpunkt ihre Versammlung oder ihren Aufzug wie angemeldet durchführen können. Zu dem Zwecke war dann sozusagen die Idee entstanden, den vorderen Teil zu separieren, um Identitäts... strafprozessuale Identitätsfeststellungen wegen des Straftatbestandes des Vermummungsverbots durchzuführen. Zu diesem Zwecke wurde auch noch einmal eruiert, liegt Vermummung vor, in welcher Menge liegt Vermummung vor, also ist der Straftatbestand in erheblichem Maße von diversen Personen verwirklicht. Und in dem Zusammenhang erging auch noch die rechtliche Beratung dahin gehend, den Versammlungsleiter und die Versammlungsteilnehmer dann im Weiteren darüber zu informieren, dass der Versammlung..., dass der Aufzug eben nicht aufgelöst ist, sondern dann über einen Umweg über den Pepermölenbek sozusagen auf den Ursprungsmarschweg zurückzuführen.

(Abg. Christiane Schneider: Und wann?)

– An die Uhrzeit kann ich mich tatsächlich nicht erinnern, habe ich mir auch nicht ... ich mache keine persönliche Dokumentation.

Senator Andy Grote: Dann wieder Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Moment.

Senator Andy Grote: Der Ort, also wann genau, Entscheidung und warum der Ort und so weiter.

Hartmut Dudde: Genau. Um 19.51 Uhr hat sich ein Schwarzer Block formiert, das ...

(Zuruf: Näher ans Mikro.)

– Ach so. Um 19.51 Uhr hat sich der Schwarze Block, also für uns ...

(Zuruf: 18.51 Uhr.)

– 18, Entschuldigung, 18.51 Uhr. Um 18.51 Uhr hat sich für uns sozusagen sichtbar der Schwarze Block formiert. Dann weiß man nicht, wie der sich entwickelt, also man braucht da ein bisschen Zeit und guckt, also, und fängt dann an mit der Diskussion bei uns im Führungsstab, was machen wir jetzt. Also ab 18.51 Uhr kann ich jetzt nicht sagen, kann jetzt 18.54 Uhr gewesen sein, beginnt dann die Debatte, wie gehen wir mit der Situation jetzt um.

Senator Andy Grote: Dann, wie ist die Entscheidung gefallen, die Separierung an dem Ort vorzunehmen?

Joachim Ferk: Also, die Separierung hätte aus unserer Sicht sinnvoll ja nur da stattfinden können. Eine Alternative wäre gewesen, wir hätten das gemacht, was wir ausgeschlossen hatten, wir wären losgegangen, wären dann in einen Raum gegangen, wo sich die Straftäter weiterentwickeln können, wo sie mehr Möglichkeiten gehabt hätten, zum Beispiel auf die Reeperbahn, mit entsprechend schlimmeren Folgen auch für Umstehende, das schloss sich aus. Wenn, hätten wir schon da durchführen müssen an der Stelle, an der wir gestanden haben. Das war auch die ruhigste Stelle, anstatt das Ganze erst in Bewegung kommen zu lassen. Unsere Vorstellung war ja, das hat dann nicht geklappt, das können wir jetzt nicht schönreden, aber die Mauer als eine Seite der Trennung zu benutzen. Wenn ich woanders hingegangen wäre, hätte ich doch auf die Stelle auch noch ... Kräfte auch noch auf die Seite bringen müssen. Das liegt irgendwie nahe, dass wir das dort machen.

Und wenn ich darf, Sie hatten was zu dem Thema Massenpanik und im vorderen Teil, weil sich ... Also eine Panik, eine Massenpanik, dass Menschen erdrückt werden, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber da hatten wir das Bild von Duisburg vor Augen, da sind Menschen in einem Tunnel, die stundenlang da gestanden haben, erdrückt worden, Frauen und Kinder, in einer großen Menschenmenge. Was wir hier vor uns hatten, waren Straftäter, die vor der Polizei geflohen sind, und zwar innerhalb von wenigen Minuten leider, leider aber diese Mauer hochgeklettert sind. Das hatte alles an sich, aber nichts von einer Massenpanik, sondern da sind Straftäter geflohen, da bestand auch keine Gefahr, dass wir die in Lebensgefahr gebracht haben, sondern es ist ihnen leider gelungen, zu fliehen. Ich kann da überhaupt ..., also nicht einmal ansatzweise würde ich diese Dinge vergleichen wollen. Da bitte ich doch so ein bisschen, dann auch zu differenzieren.

Senator Andy Grote: Zur Frage des Ortes sind vielleicht zwei Dinge noch einmal ganz wichtig. Zum einen war der Ort ja nicht frei wählbar, sondern der hat sich dadurch ergeben, dass der Aufzug sich an diesem Ort formiert hat und genau dort dann sich auch die Vermummung in einer großen Zahl im vorderen Bereich dargestellt hat. Andererseits wäre aber auch jeder andere Ort deutlich ungünstiger gewesen, weil dann ich zu keiner Seite überhaupt irgendeine Begrenzung gehabt hätte, und vor allem, und das ist hier entscheidend, das Ziel, was erreicht werden sollte, nämlich dem friedlichen, nicht verummten Teil der Versammlung einen weiteren Verlauf, und ein Losgehen als Versammlung zu ermöglichen, hat sich eben auch nur an dieser Stelle so angeboten, weil ich dort die Trennung zwischen Schwarz und Nichtschwarz vornehmen konnte und den nicht schwarzen Teil in dem Bereich Pepermölenbek umleiten konnte. Insofern war das für diesen Zweck, das Versammlungsgrundrecht für den überwiegenden Teil der Versammlung noch zum Tragen kommen zu lassen, ein geeigneter Ort.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Schumacher.

Abg. Sören Schumacher: Ja, vielen Dank. Es gibt, glaube ich, kaum ein Geschehen rund um G20, also es ist alles sehr emotional, aber dieses ist auch besonders, auch in der Vorbereitung für mich noch einmal emotional gewesen. Ich war in der Innenausschusssitzung am 19. Juli dabei, da wurde uns das noch einmal, damals erstmalig, sehr detailliert begrifflich gemacht, heute hat es auch noch einmal eine Stunde gedauert, diesen verdichteten Zeitraum uns deutlich zu machen, was ist da eigentlich passiert. Und das ist auch das Interesse, was ich habe daran, ich will versuchen zu verstehen, was ist eigentlich in diesen Stunden dort passiert, was ist da abgegangen. Und das haben Sie ganz gut dargestellt, wie sich diese Einsatztaktik ja auch, ja, Sie dort vor Ort angepasst haben auf das, was Sie gar nicht vorher oder die Polizei gar nicht vorher skizzieren konnte oder nur grob skizzieren konnte, was kommt auf uns zu. Das ist, glaube ich, sehr, sehr deutlich geworden, dass das eine Lage war, und Sie haben das auch beschrieben als eine der größten Herausforderungen schon im Vorfeld, sich auf diese Demonstration vorzubereiten. Und ich finde das schon schwierig, wenn wir jetzt hier nach möglichen Auflagen und Auswirkungen sprechen. Also ich hätte eher so verstanden, dass es eigentlich vielleicht eine Selbstverpflichtung der Veranstalter gewesen wäre, keine Glasflaschen mitzunehmen und sozusagen ein eigenes Glasflaschenverbot für sich selbst aufzuerlegen, aber vielleicht bin ich da auch einfach nicht demonstrationserfahren genug. Und die Frage mit der Flutschutzmauer oder das Geschehen, was wir auch als Bilder vor Augen haben, was da an der Flutschutzmauer passiert ist, wo die – Sie haben das ja beschrieben – Separierung begonnen hat, die Polizei aufmarschiert ist, und dann haben wir ja, glaube ich, habe ich zu mindestens diese ganzen Bilder vor Augen, wo von oben die Polizei massiv beworfen wird und ich habe auch nicht den Eindruck gehabt, dass es dort zu einer Massenpanik kommt. Mein Eindruck war, die hauen dort einfach ab über die Flutschutzmauer, so und nicht ... Aber so können sich ja auch die Eindrücke so unterschiedlich darstellen, ich wollte hier auf jeden Fall meinen Eindruck schildern, der ein ganz anderer ist als Ihrer.

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

Was für mich noch einmal interessant ist, also es ein so relativ kurzer Zeitraum, der aber so verdichtet ist, wo so viel passiert ist in einzelnen Schritten und es ist, glaube ich, auch schwierig für uns jede Minute noch einmal nachzuvollziehen, was dort genau passiert ist, wann welcher Einsatzbefehl oder welche taktischen Überlegungen gelaufen sind. Man kann das jetzt, auch wenn ich das heute hier im Ausschuss im Großen Festsaal zum zweiten Mal so erlebt habe, es ist schon schwer nach ... also schwer so schnell alles nachzuvollziehen, was in welcher Minute passiert ist. Vielleicht können Sie noch einmal auf diesen Punkt eingehen, vielleicht können Sie da noch etwas zu erläutern, die Größe des Schwarzen Blocks und den bunten Teil. Ich habe jetzt so die Empfindung gehabt, Sie haben das so geschildert, dass ein Teil des Schwarzen Blocks gar nicht schwarz war, sondern bunt und dann schwarz wurde und das für Sie auch schwierig war zu erkennen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, zur Geschichte aus heutiger Sicht gehört tatsächlich dazu, dass wir mit dem sehr sozusagen zugewandten, freundlichen Gesicht auf diejenigen, die nicht schwarz gekleidet waren, nicht ganz richtig gelegen haben zum Teil. Also wir würden das heute anders einschätzen müssen. Das ist ja eine Beobachtung, die wir insgesamt bei dem Gipfel dann doch machen mussten, dass das sehr schnell auch hin und her wechselte und die übliche Zuordnung, wie man sie vielleicht gekannt hat, in dem Maße nicht gegriffen hat, sodass wir hier eine Größenordnung von, sage ich einmal klassisch, dem Schwarzen Block zuzuordnenden Personen hatten, von denen wir zunächst angenommen hatten, das wären

so um die 1 500 bis 2 000 vielleicht, jetzt würden wir das etwas höher einschätzen. Und einen großen Teil also damit, um die 10 000, die wir eben als bunt und friedlich eingeschätzt haben, und eben auch die, die wir als, ja, Nichtbeteiligte, Dritte, Schaulustige im Bereich der Flutschutzmauer eingeordnet haben, die wir auch als nicht gewaltbereit eingestuft haben, dort mussten wir das Bild korrigieren. Das war eine sozusagen eine Fehleinschätzung der Situation. Wir haben nicht damit gerechnet, dass in dem Moment des Eingreifens es ein derartig, sofortiges, massives Zusammenwirken zwischen den zahlreichen Beteiligten oben auf der Flutschutzmauer und den einzuschließenden Vermummten und anderen Angehörigen der Schwarzen Blöcke unterhalb der Flutschutzmauer geben würde. Und das Zusammenwirken ist ja dann in der Form geschehen, dass einerseits von oben ein massiver Bewurf der Polizeikräfte eingesetzt hat, auch ein Bewurf, den man nicht, der nicht spontan losbrechen kann, sondern da muss man Wurfmaterial in entsprechender Anzahl vorbereitet haben, das muss organisiert werden. Das war es ganz offenbar. Und dann ist das sozusagen mit Pyrotechnik und, und, und, mit Flaschen et cetera ist das da umgesetzt worden und es ist eben den von unten über die Flutschutzmauer nach oben hochgeholfen worden, sodass auch die Einschließung nicht funktioniert hat an der Stelle. Aber wie gesagt, es war weiterhin die Einschätzung, dass ein sehr großer Teil der Versammlung zunächst nicht diesem unfriedlichen Teil zugerechnet werden konnte und dass man deswegen alles darangesetzt hat, hier eine Durchführung der Versammlung, des Aufzugs zu ermöglichen.

Vorsitzender/Abg. Milan Pein: Ja, vielen Dank. Ich habe selbst ein, zwei Fragen. Wir nähern uns ja jetzt dem Punkt, an dem wir gucken müssen, warum diese Separierung nicht gelungen ist, Herr Ferk hat dazu auch schon etwas gesagt, der Senator hat eben auch etwas dazu gesagt. Für mich stellt sich diese Maßnahme ja so dar, dass ich nachvollziehen kann jetzt, warum Sie die als notwendig erachtet haben, was Sie sich davon versprochen haben. Ich glaube auch, dass man sagen kann, dass sie geboten war, alleine, um den anderen Demonstrationsteilnehmern zu ermöglichen, den Demonstrationsverlauf fortzusetzen. Das Problem bei einer solchen Maßnahme, von der man ja wissen musste, dass zum einen die Gegenseite damit rechnet, das habe ich den Ausführungen von Herrn Voß entnommen, die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes waren ja so, dass die offensichtlich auch sich darauf vorbereiten, dass eine solche Separierung stattfinden könnte und was man dann macht. Und dann stellt sich mir die Frage, ob man jetzt im Nachhinein, das ist ja die entscheidende Sicht – wie sich das dargestellt hat, als Sie gehandelt haben, das kann ich alles nachvollziehen –, aber wie sich jetzt im Nachhinein für Sie darstellt die Frage, ob man diesen Zugriff, nenne ich das jetzt, die Separierung dort in dem Augenblick wirklich hätte durchführen können, weil man jetzt ja weiß, dass die Personen auf der Mauer hilfsbereit waren, möglicherweise selbst eigentlich Sympathisanten des Schwarzen Blocks waren und dass man weiß eben, dass diese Stelle, jedenfalls mit der polizeilichen Aufstellung, die man hatte, dann eben nicht geeignet war. Schlussendlich hat es ja dieses Polizeimanöver ... konnte ja nicht erfolgreich durchgeführt werden, was ja dann eben diese ganzen massiven Gewaltausschreitungen nach sich gezogen hat. Also jetzt aus der Ex-Post-Sicht muss man ja sagen, was hätte man noch machen müssen. Wo hätte man noch Kräfte heranzuführen müssen, um an dieser Stelle, die man sich nicht ausgesucht hat, diese Maßnahme erfolgreich durchzuführen? Das ist ja für mich auch eine wichtige Erkenntnis für die Polizei für zukünftige Versammlungsläufe dort an der Stelle.

Und dann noch eine Frage, und zwar bezüglich des zweiten roten Pfeils, der also in die Mitte deutet, dort haben Sie ja dargestellt, dass dort die massive Gewalteinwirkung dann auch stattgefunden hat. Und können Sie noch einmal erläutern, warum es notwendig ist, auch dort überhaupt reinzugreifen, warum es nicht möglicherweise auch ausgereicht hätte, einfach

hinten zuzumachen, weil, vorne hat man ja auch Polizeikräfte stehen. Dass Sie das noch einmal darstellen, warum das aus Ihrer Sicht notwendig war.

Senator Andy Grote: Vielleicht ganz kurz ...

Vorsitzender: So, ganz kurz, ich habe gehört, dass eben gerade Fotos gemacht worden sind. Das ist während der laufenden Ausschusssitzung verboten. Da möchte ich also alle bitten, das zu unterlassen. Herr Senator, bitte.

Senator Andy Grote: Vielleicht noch einmal ganz kurz – Herr Dudde wird gleich sagen, wie man das beim nächsten Mal bewerten würde – wir müssen uns ja nur vor Augen ... Also erstens, es war klar, dass das ein hochschwieriges Manöver sein würde, also diese Operation, einen Teil eines Aufzuges zu separieren, ist eine hoch komplizierte, schwierige und immer auch mit gewissen Risiken versehene polizeiliche Operation. Und man hat sich dafür entschieden im Sinne der Gewährleistung des Versammlungsgrundrechts für den überwiegend friedlichen, als friedlich eingeschätzten Teil und hat auch ein bisschen dieses Risiko des weiteren Verlaufs da einkalkulieren müssen, denn es ging ja gar nicht darum, den Ort irgendwie anders zu wählen, es gab ja nur zwei Alternativen, das muss man sich vor Augen halten. Die zwei Alternativen wären gewesen, einmal, den gesamten Aufzug nicht laufen zu lassen, stehen zu lassen über die 45 Minuten hinaus, und zu sagen, solange hier ein erheblicher Anteil verummmt ist, geht es nicht los und das hätte noch sehr lange so gehen können. Das wollte man nicht, weil dann für alle die Versammlung nicht stattgefunden hätte. Und das Zweite wäre gewesen, man lässt den Aufzug mit dieser Verummung und mit allem, was man sozusagen an Hinweisen auf einen gewalttätigen Verlauf, an Vorbereitung auf Gewalt, an Bewaffnung, an unmittelbarer organisatorischer Vorbereitung im Aufzug, mit allem, was man hatte, lässt man ihn loslaufen in Bereiche, in denen dann noch Risiken sich ganz anders hätten verwirklichen können. Das wollte man auch nicht. Deswegen hat man sich zu diesem zugegebenermaßen auch mit Risiken versehenen Vorgehen entschlossen. Und vielleicht ganz kurz, falls ein falscher Eindruck entstanden ist bei Herrn Voß, bei den Darstellungen, also man hat nicht aufseiten der Versammlungsteilnehmer damit gerechnet, dass eine Separierung stattfindet, aber man hat schon damit gerechnet, dass es ein polizeiliches Verhalten zu irgendeinem Zeitpunkt, ein Hineingehen oder wie auch immer in den Aufzug geben würde, geben könnte.

Vorsitzender/Abg. Milan Pein: Ja, nur ganz kurz, Herr Senator, jetzt fällt mir das nämlich auch wieder ein, ich hatte Herrn Voß so verstanden, dass er gesagt hatte, wenn wir aufgestoppt werden, wenn wir nicht weitergehen können, dann verhaltet euch so, wie ihr das im Dezember 2013 gemacht habt. Also das war ja dann schon ...

(Senator Andy Grote: Richtig.)

... das muss ja die Polizei erwarten, dass, wenn man nicht loskommt, dass es dann losgeht.

Senator Andy Grote: Genau. Okay, aber aufgestoppt, aber ist ja nicht separiert. Dann bitte Herr Dudde einmal zu den beiden Fragen. Vielleicht zuerst, warum die zweite Stelle, warum war das erforderlich und wie hat man die ausgewählt. Und im Nachhinein, wie würde man das heute sehen, was würde man anders machen in einer ähnlichen Situation.

Hartmut Dudde: Also ich würde das gleich übergeben an die beiden Fachleute neben mir, weil die das Handwerk sozusagen erledigt haben. Ich wollte nur noch einmal kurz grundsätzlich sagen, weil es schon ein bisschen alternativlos war. Entweder wir bleiben da stehen oder wir gehen mit denen los. Mit denen losgehen, hätte danach, wie gesagt, zu Gefahrenlagen geführt, die wir nicht eingehen wollten und insofern war eigentlich das Mittel der Separierung die einzige sinnvolle Chance. Und deshalb gibt es ja auch leichtere Zeitabläufe, wo man sagt, wir müssen das gucken, weil, das mussten die beiden aus der Bewegung machen, also

Kräfte waren ganz anders aufgestellt. Wir haben ja vorher nicht geübt, wir separieren einmal große Störergruppen, sondern wir mussten die Örtlichkeit beurteilen, wir mussten auch beurteilen, ob es da zu Reaktionen kommen kann, die Gefahrenlagen für Umstehende auslösen, die wir gar nicht wollen, und kriegt ihr das eben hin. Und es ist eben schon gesagt worden, die Lage ist auch für uns zumindest im Führungsstab noch ein bisschen komplexer. Der Gipfel lief nebenbei, weil wir nämlich die Anreise zur Dings hatten und alle EAs waren besetzt. Also es gab noch deutlich mehr Sachen zu entscheiden, als nur der Blick auf G20 to Hell, und deshalb haben wir da Fachleute vor Ort und die müssen das beurteilen. Die hätten auch sagen können, dann hätten wir ein neues Problem gehabt, geht nicht, so, weil, auch das kann ja eine Antwort sein. Das können wir nicht machen, kriegen wir nicht hin, wir sind zu wenig oder warum auch immer. Dann hätten wir in der Tat überlegen müssen, wie es dann weitergegangen wäre. Aber dann hätten wir auch nicht mehr viele Möglichkeiten gehabt. Und ich würde gern, Norman an Dich, einmal was zum Thema Wellenbrecher und wie entwickelt sich dann so ein taktisches Konzept in Schnelligkeit vor Ort.

Norman Grossmann: Ja, vielleicht ganz kurz zu dem Wellenbrecher. Das war in der Tat auch eine Anregung, weil ich eben der Meinung war, dass das gesamte Potenzial, was wir da zwischen der, na ja, zwischen den Kräften an der Aufzugspitze, die da so oder so gestanden hätten, unabhängig von der Lage, die waren ja da, die sind halt immer da, und dem hinteren Ende, das Potenzial, was dazwischen war, das hätten wir entweder vorne bei den Kräften von Herrn Ferk, also Aufzugspitze, oder hinten nicht halten können. Und dazu kam noch, dass wir einfach auch den Überblick gar nicht hatten über die gesamte Strecke, das ist ja auch ein ganzes Stück Straße, was passiert eigentlich in der Mitte. Also wir brauchten einfach auch Augen, wir brauchten auch Augen auf halber Strecke, die uns einmal irgendwie sagen können, wie reagiert denn der Störer darauf. Und wir haben damit natürlich das Potenzial, was auf die Kräfte vorne einwirken kann an der Aufzugspitze oder das Potenzial, was hinten auf die Kräfte zwischen Schwarz und Bunt einwirken kann, haben wir halbiert dadurch, das war unser Ansinnen.

Zu Ihrer anderen Frage, ja, wie würden wir es denn jetzt in der Nachbetrachtung besser machen, anders machen. Da muss man fast eine Gegenfrage stellen, also weiß ich bei ... ist Voraussetzung zu Ihrer Frage, dass ich die Personen auf der Flutschutzmauer oben richtig einschätze, real einschätze, dann sind natürlich meine Möglichkeiten auch ganz andere. Dann habe ich ja deutlich weniger Hemmungen und ganz andere Möglichkeiten auch mit Einsatzkräften oben auf dieser Flutschutzmauer vorzugehen. Sie erinnern sich an meine Ausführungen zum Anfang, wo ich gesagt habe, Unbeteiligte, Nichtstörer, nicht gewaltbereite Personen und da hatte ich Hemmungen, in diesen Bereich Kräfte reinzubringen mit Zwangsmittelinsatz. Wenn ich gewusst hätte, welcher Kategorie diese Störer da sind, hätte ich da auch ganz anders agieren können und hätte auch eine ganz andere Einschreitschwelle da oben gesehen. Und in der Tat hätten wir dann dort Kräfte eingesetzt. Ich hätte noch einmal umgruppieren müssen. Das Ganze hätte ein bisschen länger gedauert. Auch das – das möchte ich vielleicht noch einmal ergänzen – war schon eine gewisse Sorge oder aber auch eine Frage, die wir uns gestellt haben, wie lange halten die die Füße still. Das waren ja jetzt schon 45, 50 Minuten. Wie lange können wir uns für die Vorbereitung noch gönnen, für das Umgruppieren der Kräfte, und wann kommt eine Eigendynamik da rein, ohne dass wir Maßnahmen treffen, also als ja aus der Masse der Personen heraus? So viel vielleicht erst einmal dazu.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Tabbert.

Abg. Urs Tabbert: Ja also, bereits im Vorfeld der Demo rief ja das Bündnis unter der Überschrift "Plan B – Reclaim St. Pauli" dazu auf, sich im Falle einer frühzeitigen Auflösung

der Demo in der Stadt zu verteilen und weitere Störaktionen zu unternehmen. Warum – ist meine Frage – konnten trotz dieser Erkenntnislage so viele Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmer in dieser angekündigten Weise sich im Stadtgebiet verteilen beziehungsweise haben Sie – wir wollen ja auch sozusagen Erkenntnisse ziehen aus dieser Versammlung –, haben Sie Ideen, wie man so was in der Zukunft vielleicht besser in den Griff bekommen könnte?

Vorsitzender: Herr Senator?

Senator Andy Grote: Gut. Wir haben ja schon ein bisschen was dazu gesagt, wie mit sich verteilenden Gruppen umgegangen wurde, dass es gelungen ist, viele Teilnehmer relativ ortsnah auch zu halten und dass wir die anderen eigentlich ganz gut begleitet haben, aber vielleicht können wir das noch einmal ein bisschen näher ausführen. Herr Dudde und dann wahrscheinlich Herr Grossmann.

Hartmut Dudde: Ja, das wussten wir, und deshalb gab es bei uns ja auch den EA Raumschutz/Streckenschutz. Also wir hatten ja Kräfte im Raum, die genau sozusagen das Umfeld abdecken sollten. Nur die Größe also des Raumes, das ist natürlich dann irgendwann das Problem, weil, wir arbeiten normalerweise in Gruppenstärke oder Zugverband. Also selbst wenn Sie vier Hundertschaften haben, decken Sie einen Bereich ab, das ist schon ein bisschen was, aber Sie decken nicht alles ab. Und Sie haben das nächste Problem, dass natürlich ein Störer darauf reagiert. Das ist ... Der sieht ein GruKw oder einen Streifenwagen, geht in die nächste Straße und macht dann da weiter. Sie kommen dann ganz schwer hinterher. Und das hat Herr Grossmann ja schon gesagt, wird er ja noch gleich weiter ausführen, dass ja unser Ziel war, mit dem BFE, mit den mobilsten Einheiten genau an diesen Gruppen dranzubleiben und denen nachzusetzen.

Es ist ja auch nicht so, dass wir danach keine Straftaten verhindert hätten oder keine Festnahmen gemacht hätten. Die Masse war nur riesengroß. Und wir mussten, wir hätten ja noch viel mehr Kräfte freigehabt, wenn nicht Herr Ferk zwei Aufzüge, die auch nicht störungsfrei waren, noch versucht hätte, auf dem ehemals angemeldeten Marschweg in einigermaßen Ruhe Richtung Schanzenviertel zu bringen. Und das hat also auch unheimlich Kräfte gebunden. Und dann wird es irgendwann ein bisschen weniger, aber ich würde ... Norman.

Norman Grossmann: Also in der Tat habe ich vorhin natürlich als mögliches Szenario vor Aufzugsbeginn beschrieben, was auch die Papiere, die Lagen ja auch so prognostiziert haben, dass sich Störer gar nicht in Richtung Aufzug orientieren und von vornherein den Zeitpunkt nutzen, wo viele Polizeikräfte gebunden sind und die Zeit eben auch nutzen, diese hohe Bindung an Kräften irgendwo im Stadtgebiet, irgendwo an der Alster, an der Mönckebergstraße, sonst wo irgendwo was zu machen. Das ist ja nicht eingetreten. Ich glaube, das meinen Sie aber auch nicht mit Ihrer Frage. Also diese Szenarien sind ja nicht Realität geworden.

Was Realität wurde, waren dann sehr wohl marodierende Gruppen, die ursprünglich unten am Hafенrand waren, die aufgrund unserer Maßnahmen sich dort wegbewegt haben, geflüchtet sind, wie auch immer man das nennen will, und sich dann grob Richtung Norden, Richtung Schanzenviertel bewegt haben. Und diese Gruppen haben wir mit den Kräften, die sich eben nicht um die Aufzüge gekümmert haben, die haben wir größtenteils gestellt. Ich kann das noch einmal eben ganz kurz darstellen.

Also 20.16 Uhr, PK 15, Talstraße. 20.28 Uhr, auch noch einmal Talstraße. 20.39 Uhr Silbersackstraße 350. 20.55 Uhr, Angriff auf Diensthundeführer in der Wohlwillstraße. Da haben wir eine Gruppe gestellt. Entglasung Große Freiheit. Dann eine Personengruppe in

der Lerchenstraße Richtung PK 16, 21.08 Uhr. Und so setzt sich das fort. Man kann also feststellen, dass so ab 22.30 Uhr sich das alles im Bereich des Schanzenviertels abgespielt hat. Also bis dahin, bis halb elf hatten dann wirklich die Gruppen, die wir nicht gestellt haben, die Personen, die wir nicht festgenommen haben, dann irgendwann das Schanzenviertel erreicht.

Und vielleicht noch einmal zu der Zahl der Festnahmen. Herr Hieber hatte vorhin schon die Zahl der Straftaten genannt. Die ist natürlich hoch. Und mir ist klar, dass ich da nicht jetzt mit einer glorreichen Bilanz komme, aber immerhin, von diesen Personen oder aus diesen Gruppierungen haben wir 37 qualifizierte Festnahmen durchführen können. Das muss man in das richtige Licht rücken. Wenn man dabei auch sieht, dass wir uns auch unserer eigenen Haut erwehren mussten, dass wir Angriffe auch abwehren mussten, dann verschwimmt manchmal so ein bisschen der Schwerpunkt qualifizierte Festnahme. Aber immerhin, in 37 Fällen ist es gelungen, und die beziehen sich auf die eben genannten Orte.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja also, wir reden ja über ein sehr komplexes Thema und wir sind im Grunde noch am Anfang. Ich finde es immer noch sehr schwer, wirklich im Detail sozusagen die polizeilichen Entscheidungen nachzuvollziehen, weil sich aus meiner Sicht das Bild ja noch ein bisschen größer darstellt. Wir haben eine überwiegende Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an dieser Demonstration oder die potenziell teilnehmen wollten – die ist ja nicht dann so in Gang gekommen, wie es eigentlich geplant war –, die nach meinem Erkenntnisstand überhaupt nicht mitgekriegt haben, was vorne passiert und wodurch sich zum Beispiel diese Bewegung – die Richtung war ja Landungsbrücken –, wir gehen jetzt einmal Richtung Landungsbrücken, ganz massiv auch ergeben hat. Das heißt, ich kann dieses Bild, was beschrieben wurde, dass sich zunehmend auch ein Personenkreis, den Sie dann als Störer bezeichnen, gesammelt hat, das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, weil aber sozusagen mein Eindruck gewesen ist, das ging vor allem darum, man wollte sehen, warum geht es eigentlich nicht los und dann wurde von hinten immer weiter gedrängelt. Also Sie haben nicht wirklich die gesamte Versammlung aufgestoppt, sondern es ging an beiden Seiten einfach noch ... Ein ganzes Stück war Raum, um daran vorbeizugehen und nach vorne zu kommen und so. Dazu würde ich gern wissen, inwieweit Sie bei diesen Überlegungen der Separierung eigentlich mitbedacht haben, dass ja sozusagen eine Demonstration in dem Sinne nicht statisch steht, sondern sich die Menschen eben weiterbewegen.

Die gleiche Entwicklung gab es auch sehr schnell schon in Richtung Pepermölenbek und dort war einfach zu noch. Sie haben das ja auch beschrieben in Ihrer Darstellung, wann welche Polizeikräfte verzogen wurden. Man konnte zu Anfang gar nicht in Richtung Pepermölenbek weggehen, jedenfalls nicht innerhalb dieser ersten – kann ich jetzt exakt nicht sagen –, ich würde einmal sagen, Stunde so, wo die Aufstellung begann und wo die Polizeikräfte sich sortiert haben. Also vielleicht mögen Sie das noch einmal darstellen, wenn man mit so einer Strategie, mit so einer Taktik auf eine Situation reagiert, inwieweit man dann sozusagen den Gesamtblick auf die Demonstration wirklich sich erhält, weil ich glaube, dass ein Großteil der Reaktionen auch so was wie eine Solidarisierung war, ohne dass überhaupt richtig verstanden wurde, was da eigentlich genau passiert. Also die Straftaten, die Sie gesehen haben, sind nach meiner Einschätzung von einem Großteil der Menschen überhaupt nicht gesehen worden so. Das lasse ich ... Also ich will das auch wieder nicht werten an dieser Stelle. Da kommen wir ja nicht wirklich weiter mit.

Es ist klar, dass es ein Potenzial oder eine Größenordnung von potenziellen Gewalttätern gegeben hat und dass es auch Gewalttaten gegeben hat. Darüber will ich gar nicht streiten,

sondern mir geht es um die Einschätzung, die Sie als Polizei hatten, wie man damit umgeht. Dazu gehört im Übrigen auch noch einmal die Frage nach dem, was hat man sich denn vorher überlegt, wie kann man bestimmten Entwicklungen begegnen. Das Thema Auflagen hatten wir jetzt eben schon mehrfach, aber ich habe ... Aus meiner Sicht gab es immer noch nicht die ganz klare Antwort, ist eigentlich durchgeprüft worden rechtlich, welche Auflagen würden möglicherweise greifen können. Ich will jetzt nicht mit dem Glasflaschenverbot anfangen, aber es gibt einen Bericht, der ist im Deutschlandfunk gelaufen, dass es sozusagen marschierende Gruppen von italienischen Akteuren gab, die man ... Und also, Marschieren zum Beispiel ist auch so eine Auflage, die an anderen Stellen verboten wird. Also ich will gar nicht in die Details einsteigen. Ich möchte nur gern wissen, haben Sie konkret Auflagen geprüft und sie dann verworfen. Im Ergebnis haben Sie sie verworfen, aber das kann auch zu Protokoll gegeben werden. Ich will es gar nicht hier im Detail noch einmal hören. Nur vielleicht die Frage, ob es gemacht worden ist oder nicht.

Und konkret würde ich gern noch wissen, ob eigentlich mit den Anmeldern, mit den Versammlungsleitern darüber gesprochen wurde, was sozusagen drohen würde, wenn die Vermummungen nicht so weit beseitigt worden wären, dass es aus Ihrer Sicht noch tragbar war. Also ist konkret gesagt worden, dann bieten wir einen anderen Weg für die restliche Demo an, wir wollen eine Abtrennung und so weiter? Ist so was, also sind sozusagen die Auswirkungen des Ignorierens, Ihre Aufforderungen in irgendeiner Form kommuniziert worden?

Vorsitzender: Herr Senator?

Senator Andy Grote: Um das ein bisschen zu sortieren, das waren eine ganze Reihe von Fragen. Ich glaube, dass es ja einmal um einen ganz grundsätzlichen Punkt geht, den wir an verschiedensten Stellen ja haben. Dass wir ein polizeiliches Vorgehen haben, das gerichtet ist auf einen Teil einer Gesamtsituation, und dass es daraus aber Auswirkungen gibt auf eine große Zahl von Beteiligten, die das in dem Moment nicht nachvollziehen können, nicht verstehen können, weil sie auch den Vorlauf nicht mitbekommen haben, das – kann man sagen –, das galt für das Massencornern genauso. Das gilt für andere Situationen auch und das galt natürlich auch hier. Ja, das war genauso. Es haben bestimmt ganz viele hinten im nicht schwarzen Teil gestanden und haben sich gefragt, was passiert jetzt, weil, für die gab es natürlich, auch wenn wir sagen, die haben erst ihre Aufstellung eingenommen und sind sozusagen in Richtung der Aufstellung vor eigentlichem Start des Aufzuges marschiert, war das Gefühl ja, wir bewegen uns, wir sind sozusagen schon im Laufen. Auch wenn das noch nicht eine laufende Versammlung im eigentlichen Sinne war, war das Gefühl, wir laufen, und dann stoppte es und viele wussten nicht, warum wurde man gestoppt. Wenn man den Twitter-Kanal der Polizei verfolgt hat, wusste man, warum gestoppt wurde, aber viele wussten es eben auch nicht.

Das kann ich aber nicht immer ganz auflösen, denn dieser Gesamtblick, wo Sie sagen, hatte die Polizei den Gesamtblick, den hatte die Polizei natürlich, aber viele Versammlungsteilnehmer hatten den eben nicht. Die wussten nicht, was vorne passiert ist. Aber ich kann ja ein bestimmtes Vorgehen gegen oder ein Umgehen mit einer Situation vorne im Aufzug, das kann ich ja nicht deswegen unterlassen, weil ich befürchte, andere weiter hinten könnten es nicht verstehen, sondern die Zielrichtung des Handelns war, sozusagen mit dem Unverständnis und auch der Nichtakzeptanz und dem Ärger und alles, was sich dann aufstaut, des nicht schwarzen Teils weiter hinten so umzugehen, dass man sie eben, dass man ihnen die weitere Durchführung der Versammlung ermöglicht, indem man den vorderen Teil abtrennt. Das war gerade die Idee, dass die da nicht immer weiter und immer länger stehen und gar nicht wissen, warum geht es eigentlich nicht weiter. Das

war genau die Idee. Das war die Idee des Umgangs damit. Und ich glaube, es ist uns heute allen klar, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde durch das Separieren. Das hat nicht funktioniert aus den bekannten Gründen. Wenn man das heute wieder machen würde, würde man es anders machen, müsste sich da anders aufstellen, insbesondere im Bereich der Flutschutzmauer, aber das hat sich damals eben anders dargestellt. Wir haben die Gruppen anders eingeschätzt.

Die Frage der Auflagen, da würde ich auch gleich noch einmal bitten Frau Horstmann, was dazu zu sagen. Ich weiß, dass das ein sehr intensiv diskutierter Punkt ist und dass viele sagen, das verstehen wir nicht, aber es ist tatsächlich so, dass es keine – und egal was dazu auch diskutiert wird –, es gab nach intensiver juristischer Prüfung keine irgendwie einen Sinn ergebende oder überhaupt in Betracht kommende Auflage, die rechtlich gangbar gewesen wäre. Es gibt eine lange Entwicklung der OVG-Rechtsprechung und vieles, was man noch von früher kennt, das gab es doch einmal, das hat man doch einmal gemacht. Dazu gibt es inzwischen Rechtsprechung, dass das eben nicht geht.

Und zum Thema Marschieren und so weiter konkret würde ich gleich noch einmal Frau Horstmann bitten.

Und dann nur kurz zu dem Punkt, hat man den Anmeldern und dem Versammlungsleiter das angekündigt, dass man das gleich trennen würde. Nein, das hat man natürlich nicht, weil das ein taktisches Vorgehen ist. Das kündige ich nicht vorher an. Sonst kann das erst recht keinen Erfolg haben. Das ist eine hochkomplizierte Operation, die schon sozusagen, obwohl sie nicht vorhergesehen wurde von dem nicht kooperierenden Teil der Versammlung, trotzdem nicht funktioniert hat. So. Und das ist natürlich eine Maßnahme, gegen die sich dann eine solche Struktur, wie sie da in Schwarz dargestellt ist, auch sofort zur Wehr setzt. Da werden Gegenmaßnahmen ergriffen. Und es hat auch im Aufzug – das kann ja vielleicht auch noch einmal dargestellt werden – auch konkrete Maßnahmen gegeben, um zu verhindern, dass Polizei in den Aufzug reingeht. Man wollte Polizei natürlich aus dem Aufzug heraushalten, und wenn ich sage, wenn ich vorher ankündige, das wird separiert, dann löse ich natürlich noch einmal eine ganz andere Organisation und ein sich darauf Vorbereiten, ein sich militantes darauf Vorbereiten mit dem Ziel, das zu verhindern, aus auf der Gegenseite. Das war völlig absehbar und deswegen macht man das nicht, wenn man eine solche Operation zum Erfolg bringen will.

Aber jetzt zur Frage der Auflage und ob wir wirklich alles geprüft haben, wie das mit dem Marschieren ist, noch einmal Frau Horstmann.

Abg. Antje Möller: Darf ich einmal nur noch eine ... Entschuldigung.

Vorsitzender: Ja bitte.

Abg. Antje Möller: Entschuldigung. Ich habe nicht so naiv gefragt, wie Sie es jetzt dargestellt haben. Ich habe gefragt, ob Sie sozusagen Maßnahmen angekündigt haben, nicht im Detail, was Sie vorhaben. Mir geht es darum, ob klar war, es wird auf keinen Fall weitergehen, sondern ...

Andrea Horstmann: Sowohl zum Zeitpunkt der Prüfung als auch im Nachhinein sind mir also keine rechtlich vertretbaren und sinnvoll umsetzbaren Auflagen für den entsprechenden Aufzug erkennbar. Die entsprechende Auflage im Hinblick auf das Marschieren ist vor vielen Jahren im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Demonstrationen gewählt worden, wenn in dem Zusammenhang zum Beispiel die Auflage erlassen wurde, nicht entsprechende Uniformen, Uniformteile zu tragen und eben nicht entsprechend zu marschieren in einer bestimmten Art und Weise, die einen martialischen Eindruck eben dann bewirkt. Das wäre

mir in diesem Zusammenhang, in diesem Demonstrationsszusammenhang ehrlich gesagt nicht für sinnvoll vorgekommen oder auch nicht für einschlägig gegeben, angesehen.

Senator Andy Grote: Dann noch einmal Herr Dudde oder gegebenenfalls Herr Ferk in Ergänzung, wie klar ist dem Versammlungsleiter die Lage gemacht worden und auch mögliche Konsequenzen.

Hartmut Dudde: Nur noch einmal abschließend, weil ja schon ganz viel gesagt ist auch zum theoretischen Gedankenmodell, wie hätte die Separierung laufen sollen und wie hätte es dann weitergehen sollen. Zur rechtlichen Beratung, Separieren wäre jetzt das gebotene Mittel, von Frau Horstmann gehörte auch, Sie müssen das denen hinten sagen, damit die wissen, wie es weitergeht. Das hat ja auch dazu geführt, dass wir sowohl auf Twitter, wie ein Wasserwerfer in den Bereich verlegt, um die Menschenmenge ansprechen zu können und denen zu erklären, was ist. Die Grundidee war ja, wir separieren, sagen das natürlich vorher nicht, weil, das hätte ja sofort zu Gegenmaßnahmen geführt.

Jetzt gehen wir einmal theoretisch weiter. Funktioniert. Die sind separiert wie auch immer. Die Lage ist statisch. Alles beruhigt sich. Dann gibt es natürlich erst einmal einen Akt der Solidarisierung. Wissen wir. So. Die Menge bleibt aber da. Dann kann man die in Ruhe ansprechen. Pepermölenbek, ja, war am Anfang zu, weil, die sollten ja anders abwandern, hätten wir sofort aufgemacht und gesagt, wir gehen dahin. Wir hätten nur erst einmal einen neuen Versammlungsleiter haben müssen, wenn der alte nicht mehr mitgemacht hätte. Hätte ja passieren können. Wir hätten dem das Angebot machen können, wie es weitergeht. Dann wären wir losgegangen. Das ist uns ja einen Tuck zerschossen worden durch die Dynamik, die da reinkam. Es gab ja auch eine Fluchtbewegung in Richtung Fischmarkt. Also der leerte sich ja sozusagen, der Antreterplatz. Dann waren die Personen für uns ja auch jetzt gar nicht mehr als Gruppe griffig. Die haben sich ja im Endeffekt zum Nobistor orientiert irgendwann, also die, die noch vernünftig demonstrieren wollten. Das war aber natürlich so einer Eigendynamik geschuldet. Aber das war das theoretische Gedankenmodell. Separieren, statisch machen, die anderen ansprechen, Angebot für einen neuen Marschweg, mit denen dann auch losgehen, damit es eben keine Solidarisierung mit da unten gibt, und dann hätten wir die einen unten gehabt, die Straftäter, und die anderen hätten ja in Ruhe ihren Aufzug machen können. Das war die Idee, die natürlich dann irgendwann scheitert, wenn es unten schon nicht funktioniert.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nockemann?

Abg. Dirk Nockemann: Vielen Dank.

Vorsitzender: Ach so, Entschuldigung. Die Fragen waren noch nicht alle beantwortet. Entschuldigung, Herr Nockemann, einen Augenblick noch.

Senator Andy Grote: Also die Darstellung der Konsequenz, Herr Ferk.

Joachim Ferk: Also wussten die Anmelder, wusste der Leiter, wussten die Menschen, was passieren wird? Da müssen wir einmal ganz vorne schnell durchreiten. Der Leiter ist nach meinem Wissen Volljurist und Rechtsanwalt. Der hätte eher mir erklären können, wie die Rechtslage ist, denn ich ihm. Das weiß er.

Zweitens: Sowohl er als auch der Anmelder, der, meine ich, auch in der Rechtsanwaltskanzlei arbeitet oder gearbeitet hat, wissen das seit Langem, wissen das bei jeder Demo, das wird bei jeder Demo besprochen. Das wissen auch alle, die zum autonomen Spektrum in Deutschland und in Hamburg gehören. Bei allen Kooperationsgesprächen, die wir so führen bei Versammlungen, ist das Thema und wird jedes Mal angesprochen. Und ich hatte angesprochen, das gesagt. Berechenbarkeit, wir

haben nichts anderes gemacht, als wir sonst auch machen. Wir haben die nicht schlechter oder besser behandelt.

Drittens: Wir haben am Anfang es ihnen mitgeteilt, dass das nicht geht, was passieren wird, dass wir nicht beim einzelnen Vermummten da eingreifen werden und alles aufhalten werden, auch bei anderen Dingen, aber wenn das Ganze prägend wird. Wir haben das im zweiten Gespräch denen mitgeteilt. Als wir sie dann angehalten haben, haben wir ihnen das noch einmal mitgeteilt, aufgefordert, es nachzulassen. Wir haben dann ständig aufgefordert, es im Aufzug nachzulassen, bis zu dem Moment, als wir die Separierung gemacht haben. Die wussten alle, worum es geht. Die wussten alle, was Sache ist. Und die hatten mehr als genug Zeit gehabt, darauf zu reagieren.

Vorsitzender: So. Jetzt aber. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Das waren ja sehr klare Worte. Gleichwohl möchte ich noch einmal nachfassen. Ich stelle mir die Situation dort oder ich versuche, sie mir vorzustellen, viele Tausend Menschen auf einem Platz, es ist laut, es wird viel gebrüllt, geschrien, es sind Kampfhandlungen dort zu sehen, und trotzdem frage ich mich, wie kann man außer mit Twitter den hinteren Bereich oder den mittleren Bereich ansprechen. Es gibt ja Lautsprecheranlagen, die auch in großen Stadien vernünftig funktionieren. Wie kann ich es verhindern, dass der relativ unbeteiligte Teil sich emotional auflädt? Haben Sie solche technischen Möglichkeiten? Können Sie während dieser – Demonstration will ich das nicht nennen –, sondern während dieser Veranstaltung, können Sie den Bereich, der nicht unmittelbar gewaltbereit ist, können Sie den technisch erreichen, wenn Sie das möchten? Können Sie denen sagen, hier vorne stehen 2 000 Leute, die sind maskiert, die sind vermummt, sobald die sich entmummen, mit dem Mummenschanz ein Ende machen, können sie alle weitermarschieren, weitergehen? Ist das technisch gewährleistet in jeder Situation?

Zweitens eine allgemeine Anmerkung. Diese G20-Go-to-Hell-Veranstaltung war für mich so ziemlich der übelste, der allerübelste Missbrauch des Demonstrationsrechts, wie wir ihn in Deutschland bisher jemals erlebt haben. Und Frau Schneider, wenn Ihnen dazu nichts anderes einfällt, als wieder mit dem Begriff Einkesseln zu operieren, Entschuldigung, dann ist das sehr armselig. Das ist sehr bezeichnend dafür, wo Sie herkommen.

Vorsitzender: Also es gibt den parlamentarischen Sprachgebrauch. An den halten wir uns auch im Ausschuss.

Abg. Dirk Nockemann: Den kenne ich. Den kenne ich, ja.

Vorsitzender: Und das war nicht der parlamentarische Sprachgebrauch.

Abg. Dirk Nockemann: Aber in diesem Moment bin ich auch ein klein wenig mit überschießender Emotionalität ausgestattet.

Vorsitzender: Dann nehmen Sie die noch einen Augenblick raus und dann geht es weiter.

Abg. Dirk Nockemann: Gern. Gern, Herr Vorsitzender. Weitere Frage. Es gab in den letzten Monaten auch seitens des Senats immer wieder den Versuch, die steuernde Rolle der Roten Flora etwas zu relativieren. Man habe keine steuernden Elemente erkennen können. Nun hat Herr Voß ja vorhin noch einmal ausgeführt, es gab am 1. Juni und am 29. Juni diese Vollversammlungen in der Flora. Dort sind auch ganz normal oder ganz, ganz spezielle Maßnahmen miteinander beratschlagt worden. Ab welchem Zeitpunkt oder ab welcher Qualität muss denn nach Auffassung des Senats etwas vorhanden sein, damit man davon sprechen kann, dass ein Prozess gesteuert wird? Wann kann man denn von einer Steuerungsfunktion sprechen? Also welche Elemente müssen dafür erfüllt sein? Wenn ich

höre, im Vorfeld hat es diese Kongresse gegeben, Maßnahmen sind im Einzelnen abgesprochen worden, ist das denn keine Steuerung? – Danke.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Als Steuerung würde ich einmal bewerten den unmittelbaren Einfluss auf den tatsächlichen Verlauf. Das würde ich einmal als Steuerung bezeichnen. Und wir haben hier, wenn ich einmal die zweite Frage als Erstes mir ansehe, zwei Dinge. Das eine ist, dass es den dargestellten, sehr klaren Beitrag gibt der Flora im Vorfeld, Planung der Veranstaltung, Organisation der Veranstaltung, Entwicklung von Ideen, wie es so laufen soll, wie man mit unterschiedlichen Verläufen, unterschiedlichen Szenarien dann auch in Reaktion umgehen könnte und so weiter. Und dann gibt es aber einen tatsächlichen Verlauf vor Ort. Und da muss man, glaube ich, noch einmal die Frage stellen, haben wir den Eindruck, dass die Flora, vertreten durch Versammlungsanmelder und -leiter, die Herren Blechschmidt und Beuth, auf den Aufzug, auf den Schwarzen Block in seiner Gesamtheit, insbesondere auf den Teil, der nicht bereit war, sich zu entmummern, und der sozusagen dafür, der dazu geführt hat, dass dann auch der Aufzug nicht losgehen konnte, hatten wir den Eindruck, dass auf diesen Teil unmittelbar steuernd eingewirkt wird durch die Anmelder und durch die Leiter der Versammlung. Dazu würde ich vielleicht einmal Herrn Ferk befragen.

Joachim Ferk: Also das, was Sie dort als schwarz gezeichneten Block, Blöcke sehen, hatte, ohne dass ich es nachgemessen habe, ungefähr eine Länge von 180 Metern. Wir sprechen da nicht von einer riesigen großen Entfernung. Und wir haben vorne, wenn Sie rechts gucken, von der Seite mit Lautsprechern eingewirkt, und wir haben auch, damit es hinten zu verstehen ist, Sie sehen linksseitig das Polizeizeichen, also aus Richtung Breite Straße sind wir herangefahren und haben ebenfalls von dort unsere Durchsagen durchgeführt, damit das auch dann dort verstanden wird.

Die Personen, die auf dem Fischmarkt, also dem Alten Fischmarkt Altona, standen, mit denen wir keine Probleme haben, die einfach nur die Situation hatten, dass es nicht losging, mit denen hatten wir auch im Weiteren kein Problem. Denen haben wir auch nicht vorgeworfen, dass sie sich irgendwo solidarisiert haben. Die, die das im Bereich der Flutschutzmauer oben am Hang auf der Terrasse gemacht haben, die haben unsere Aussagen und Ansagen alle verstanden, haben auch unsere Hinweise und Warnungen alle verstanden. Davon, glaube ich, können wir ausgehen.

Senator Andy Grote: Das war die Antwort auf die erste Frage. Und auf die zweite Frage müssten wir noch antworten. Hatten wir den Eindruck oder ist unser Bild, dass Blechschmidt und Beuth unmittelbar steuernd auf dem Teil des schwarzen Bereichs der Versammlung vorne steuernd den Einfluss ausgeübt haben, die Vermummungen nicht abgelegt haben?

Joachim Ferk: Also nach unseren Gesprächen sind die beiden dann in der Aufzugsmenge verschwunden. Was sie dann im Einzelnen gemacht haben, kann ich nicht sagen. Die Standardantwort auf solche Sachen, die auch hier kam, ist, ich kümmere mich. Da kommt nie, stell das ab oder Ähnliches, sondern, ich kümmere mich. In welcher Form sie dann eingewirkt oder nicht eingewirkt haben, weiß ich nicht. Außer das kurzzeitige Entmummern ganz, ganz in der Spitze von einigen Wenigen, was wir geschildert haben, konnten wir keine Reaktionen feststellen, dass das jedenfalls irgendeine Wirkung gehabt hätte. Es gibt dann ein Bild – das habe ich erst später gesehen –, dass Herr Blechschmidt, wenn Sie gucken auf den mittleren Pfeil, ein Stück nach vorne dort auf Höhe, offensichtlich auch der (...) Teilnehmer steht und mit denen redet. Was er redet, wie er kommuniziert, das bleibt uns dann leider verborgen, weil er uns da nicht einbezieht. Eine Wirkung hätte es, wenn er es getan hat, jedenfalls in keinem positiven Sinne gehabt.

Abg. Dirk Nockemann: Also eine direkte Nachfrage vielleicht dazu.

Vorsitzender: Ich habe heute gar keine Nachfragen (...).

Abg. Dirk Nockemann: Die ist noch nicht beantwortet, die Frage.

Vorsitzender: Die Fragen wurden beantwortet.

Abg. Dirk Nockemann: Nein, nein, nein, nein. Ich habe gefragt, warum der Senat dazu kommt zu sagen, dass die Rote Flora keinen steuernden Einfluss hat.

Vorsitzender: Der Senator hat das beantwortet. Er hat gesagt, was ist Steuerung, nach seiner Auffassung ist, und dass eine Steuerung eben nicht vorgelegen hat. Die Frage ist beantwortet. Die Antwort gefällt Ihnen nur nicht, Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: In dem Augenblick, als sich Beuth und Blechschmidt in die Menge zurückgezogen haben, da konnte man ...

(Zurufe)

Vorsitzender: Das ist doch was ganz anderes. Da reden wir über zwei Personen, die Anmelder sind. Sie sagen oder Sie fragen nach der Roten Flora. Da werden Sachen vermischt.

Abg. Dirk Nockemann: Die kommen doch aus der Flora.

Vorsitzender: Sie können die Frage gern noch einmal stellen und anders stellen, wenn Sie wieder dran sind, Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Gern.

Vorsitzender: Jetzt ist Herr Gladiator dran.

Abg. Dennis Gladiator: Ich hätte erst einmal eine andere Frage. Herr Grossmann hatte am 19. Juli was ausgesagt über die Depots, die auf der Wegstrecke. Ich weiß nicht genau, ob Sie vermutet oder gesagt haben, Sie haben die dort quasi gesehen. Da würde mich interessieren, gibt es denn aktuell einen Sachstand, haben Sie weitere Erkenntnisse darüber, was an Depots angelegt wurde. Falls Sie es schon gesagt haben, sehen Sie es mir nach. Dann lese ich es nach. Dann reicht mir der Hinweis darauf. Ich kann mich nicht daran erinnern, das gehört zu haben.

Ich möchte aber noch ein weiteres sagen, weil, das hat mich tatsächlich im Verlauf ein bisschen gestört, gerade bei den Fragen der Kollegen der LINKEN, weil Ursache und Wirkung immer wieder verdreht werden. Zwischen dem, wer Auslöser überhaupt dieses Polizeieinsatzes ist, hätten sich alle an Recht und Gesetz gehalten, hätte es eine Demo gegeben, die durch Hamburg gezogen wäre, und wir würden hier nicht zwei, drei Stunden lange darüber reden müssen und auch nicht beklagen müssen, dass wahnsinnig viele Polizisten da auch verletzt und ihren Kopf für Gewalttäter hinhalten, für Gewalttaten hinhalten mussten. Diese Ursache und Wirkung muss man bitte einfach sauber trennen und auch im weiteren Verlauf. Es ist ja deutlich geworden, sowohl durch die Rote Flora ..., und da bin ich in der Tat auch dabei und wir haben einen eigenen Tagesordnungspunkt Rote Flora, der wird kommen. Und da wird der Senat auch etwas mehr liefern müssen, als zu sagen, wir wissen noch nicht, wie wir mit denen umgehen, weil, ich sage einmal, wem 30 Reihen Schwarzer Block in einer Demo nicht reichen, der veranstaltet keinen Karnevalsumzug. Das ist doch eindeutig, was dort organisiert, geplant und auch gewollt war. Demonstrationsteilnehmer, die bewaffnet mit Pyrotechnik und anderen Utensilien an dieser Demo teilnehmen, die machen das nicht, weil sie am Ende der Demo noch ein Friedensfeuerwerk zünden wollen. Also insofern sind ja die Erkenntnisse über das, was

gewollt war, auch sehr deutlich. Und da muss ich einfach, auch nach diesen Fragen, im Namen meiner Kollegen auch einfach den eingesetzten Polizeikräften noch einmal Danke und Respekt sagen, dass sie da sich in dieser schwierigen Situation so verhalten haben und nicht als Geschmackspolizei agiert haben, muss man, glaube ich, auch noch einmal sehr deutlich sagen.

Insofern die eine Frage, die ich gestellt hatte zu den Depots. Die zweite, wenn ich die noch hinten dranstellen darf, zur Roten Flora. Die Rolle bezogen auf Straftaten und die Vorbereitungshandlungen hatten Sie vorhin dargestellt. Gibt es noch Erkenntnisse, wieweit die Rote Flora als Rückzugsraum, Erholungsraum und sonstiges in dem Umfeld auch eine Rolle spielte? Gibt es da noch Ergänzungen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Zu beiden Fragen würde ich Herrn Hieber bitten.

Jan Hieber: Also zunächst einmal zu Ihrer Frage nach den Depots. Ich verweise da auf vorher schon gemachte Ausführungen, dass wir ja erwartet haben, dass es entsprechend Depots gibt. Aber vielleicht an der Stelle eine Ergänzung noch einmal, es gibt einen Hinweis aus der Berichtslage auf die Auffindung von Steinen, die deponiert wurden in einer Streugutkiste, durch uniformierte Kräfte um etwa 15 Uhr im Bereich des späteren Aufzuges. Das wurde durch Aufklärungskräfte entsprechend dokumentiert und zeigt also, dass die Vermutungen, die wir ja hatten, dass dieses Vorbereitungsmittel sozusagen hier im Umfeld in Einsatz gebracht wurde, dann auch tatsächlich existiert hat und vorhanden war.

Die Auswertung von Bild-, Videomaterial hat Erkenntnisse auf eingesetzte Feuerlöscher, eine Eisenstange, Ziegel- und Pflastersteine und weitere Wurfgegenstände, Pyrotechnik, Fahnenstangen, Holzstöcke et cetera ergeben. Und vielleicht noch ein weiterer Hinweis, durch Einsatzkräfte wurden im Bereich des Tatortes, wo der Aufzug sich befunden hatte später, neun Flaschen mit einer zunächst unbekanntem Flüssigkeit, die mit Böllern ummantelt waren, aufgefunden. Es hat sich dann nach den kriminaltechnischen Untersuchungen um Brennspritus gehandelt. Also, ich sage einmal, der Versuch sozusagen, Brand- und Explosivstoff zusammenzubringen, den hat es dort an der Stelle auch gegeben.

Zu der Rolle der Flora kann ich keine weiteren Ergänzungen aus polizeilicher Sicht machen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Vielen Dank. Herr Senator, ich will eine kurze Vorbemerkung machen, weil Sie eben sagten, ich hätte da eine sehr heterogene Erzählung. Ja, ich habe natürlich eine Erzählung, aber eine andere als Sie. Und das ist schon klar, dass es hier um unterschiedliche Erzählungen geht, bei allen Beteiligten, und dass es für meine Erzählung auf jeden Fall auch Fakten gibt und nicht einfach nur eine Erzählung. Deshalb bin ich auch immer ein bisschen darauf angewiesen, dass ich die Voraussetzungen meiner Frage darstelle, damit ich das auch ein bisschen darstellen kann.

Und zu Herrn Grossmann, Ihnen wollte ich auch vorweg was sagen – sie waren das, ja –, weil Sie sich da über die Leute, die da hinter der Flutschutzmauer standen, da am Geländer standen ..., Sie haben sie als Störer bezeichnet. Was mich daran stört, ist, dass Sie das in Schwarz-Weiß sehen und nicht in der Dynamik. Das ist ja wahr, es kam ..., es flogen dann jede Menge Steine von oben, das will ich auch überhaupt nicht bestreiten, aber Herr Behrendes hat das ja eben gesagt, natürlich ruft polizeiliches Handeln immer Effekte hervor und diese Effekte muss man mit bedenken. Und wenn Sie, ja, wenn Sie jetzt von Anfang an sagen, Störer, dann setzt das voraus, die wären als Störer gekommen, wären eigentlich schwarz Gekleidete, die sich nur bunt gekleidet hätten. Und das finde ich ein echtes Prob-

lem, wenn man die Effekte, wenn man die Dynamiken, die polizeiliches Handeln auslöst oder wo auch polizeiliches Handeln ja auch mit teilweise beeinflusst ist, wenn man die nicht berücksichtigt. Das war aber nur eine Vorbemerkung.

Da wir schon über die Frage des Legalitätsprinzips gesprochen haben eben mit Herrn Behrendes und er ja auch gesagt hat, dass die Polizei schon noch auch in Hamburg, wo ja dieses Bundesgesetz gilt oder wo die Vermummung eine Straftat ist, dass im Rahmen des sogenannten Erschließungsermessens die Polizei schon entscheiden kann, ob sie tätig wird. Ich beziehe mich auf zwei Urteile oder Beschlüsse vom OVG Münster und OVG Berlin, wonach es beim Nichteinschreiten, also es kommt durchaus ein ..., wonach ein Nichteinschreiten durchaus möglich ist, trotz Vorliegen einer Gefahren- oder Störungssituation. Voraussetzung dafür ist, dass diese Situation noch tolerierbar ist. Zu beurteilen ist dies nach der Bedeutung des bedrohten Rechtsgutes, der Intensität, der Gefährdung und der eventuell mit dem Eingriff verbundenen Risiken. Jetzt hatte sich die Polizei zu einer sogenannten Minusmaßnahme, also nicht zur Auflösung der Demonstration, sondern zu der Separierung dieser Blöcke oder dieses Blocks entschlossen, ungefähr 3 000 Personen, habe ich richtig verstanden, also nicht 1 500, sondern auf jeden Fall mehr als 1 500. Ich will da nur auf die Situation ..., weil die sich mir anders darstellt, als Sie das geschildert haben. In dieser Situation hat der vordere Teil, der vordere Block die Vermummung ganz überwiegend fast vollständig abgelegt. Das geht aus den Akten hervor und, wenn ich mich richtig erinnere, auch aus dem Protokoll des Innenausschusses. Dann, Herr Ferk, Sie müssten das wissen, Sie haben das eben gesagt, Sie wüssten nicht, wo sich Herr Blechschmidt aufgehalten hat. Sie hätten hinterher auf dem Foto gesehen, er hätte da mit Leuten geredet. Herr Blechschmidt hat gesagt, ich kümmere mich um diesen zweiten Block und er ist zu dem zweiten Lautsprecherwagen gegangen, um auch diesen zweiten Block noch einmal intensiv zur Ablegung der Vermummung aufzufordern. Jetzt habe ich in dem EPS vom EA Aufklärung gefunden, das sind ja Ihre Augen, wie Sie das eben genannt haben, da wurden um 19.46 Uhr, um 19.46 Uhr noch 200 vermummte Personen im Aufzug gezählt. Also der EA Aufklärung sagt, 19.46 Uhr, es sind noch 200 Personen von diesen 3 000 oder 1 500, irgendwas dazwischen, ist mir egal, gezählt. Das findet sich im Ordner 8 grün. Und das ist also eine offene Situation, der Versammlungsleiter ist auf dem Weg noch einmal zu dem Lau..., also nicht noch einmal, erstmals zu dem Lautsprecher des zweiten Blocks, weil er davon ausging, hier haben das nicht alle gehört, der Großteil, bis auf 200 Leute hat die Vermummung abgenommen und dann erfolgen in dieser, wie ich finde, offenen Situation eineinhalb Minuten später dann, nämlich um 19.47 Uhr und 25 Sekunden die Polizeimaßnahmen zur Abtrennung des hinteren Blocks, also des ..., also, wie haben Sie das genannt, Wellenbrecher, genau, hinter dem dritten Lautsprecherwagen.

Und da frage ich, das ist jetzt meine Frage, meine erste Frage, wie sieht es angesichts dessen, was ich jetzt geschildert habe, eigentlich mit der Verhältnismäßigkeit aus, wenn noch lediglich 200 Vermummte von der EA Aufklärung, vom dem Einsatzabschnitt Aufklärung, Ihnen gemeldet werden, während der ganz, ganz überwiegende Teil die Vermummung abgelegt hat.

Und dann eine zweite Frage: Warum sollte eigentlich der erste Schwarze Block, der die Vermummung ja praktisch vollständig abgelegt hatte, wie auch aus dem EPSweb hervorgeht, Sie haben es aber ja auch gesagt, auch schon am 19. Juli, warum sollte der eigentlich herausgetrennt werden? Der hatte ja die Vermummung abgelegt. Sie sagen immer Straftäter, Straftäter, ja, aber Sie haben auf Aufforderung die Vermummung abgelegt. Warum wurde nicht wenigstens abgewartet, Herr Ferk, das möchte ich Sie gern fragen, bis der Anmelder die Durchsage vom zweiten Lautsprecher aus gemacht hatte? Und dann will ich Sie auch noch fragen, trifft eigentlich der Eindruck zu, dass Sie von dem eigenmächtigen Vorgehen

der Berliner Einheiten, die dann nämlich einfach reingegangen sind, sozusagen auf eigene Initiative, in die ..., zur Abtrennung, trifft der Eindruck zu, dass Sie davon überrascht und verärgert waren?

Und dann würde ich gern noch einmal nachgefragt haben, weil die Frage eben nicht beantwortet wurde, was hätten sie eigentlich mit den 1 500 bis 3 000 Leuten gemacht, wenn die nicht in erheblichen Teilen über diese Flutschutzmauer entkommen wären?

Ich würde eine zweite Frage gern, also das waren jetzt zwar so Unterfragen von meiner ersten Frage, ich möchte aber auch noch einmal zu dieser Situation bei der Abtrennung Sie haben ja jetzt eben auch gesagt, es gab diese Remperei zwischen den Berliner Einheiten und so Transparentträgern, auf der linken Seite in Marschrichtung gesehen. Es war ein bisschen schwierig, weil es diese Rempereien gab, als diese eine Einheit sich vorgeschoben hat, auch links sich vorbeigezogen hat, und es gab vereinzelte Flaschenwürfe, wie aus dem EPSweb hervorgeht, aber es trifft definitiv nicht zu, und das beweisen mehrere Videos, also ich habe mir wirklich sehr viele Videos angesehen, dass die vor und hinter der zeitlich ersten polizeilichen Absperrungskette nach einer Minute die Polizei angegriffen haben. Das haben Sie aber behauptet im Innenausschuss, dass es eine statische Lage gegeben hätte, eine kurze statische Lage von einer Minute, und dann seien diese Polizeikräfte von allen Seiten angegriffen worden. In dieser hinteren Ab..., in dieser westlichen Abtrennung, da habe ich mir wirklich zig Videos angesehen, da passiert überhaupt nichts. Nicht nur eine Minute nicht, sondern auch länger nicht. Nach einer Minute passiert, dass die Polizeikräfte ohne Anlass, wirklich ohne erkennbaren Anlass, muss ich sagen, vielleicht gab es einen Anlass, den ich nicht erkennen konnte auf den Videos, aber ohne erkennbaren Anlass auf die Menschen eingepregelt haben, die sozusagen am Ende dieses Schwarzen Blocks gestanden haben und ein Transparent getragen haben.

Und jetzt komme ich zu den Fragen in dem Zusammenhang.

(Zuruf)

– Ja, weil, mich hat sehr beunruhigt, dass in der LKA-Lagebeurteilung, ich habe mich ja auch damals mit einer Pressemitteilung geäußert, in der LKA-Lagebeurteilung vom 31. Mai auf der Seite 25 über die Welcome-to-Hell-Demonstration ausgesagt wird, ich zitiere das: "Der Verlauf des Aufzugs wird maßgeblichen Einfluss auf den Verlauf der in den Folgetagen stattfindenden Versammlungen haben. Dies ist zum Beispiel abhängig vom Vorgehen der Polizei, der Anzahl der Verletzten auf der Seite der Demonstranten sowie der Anzahl und Dauer der freiheitsentziehenden Maßnahmen." Ich möchte wissen, wie diese Aussagen zu verstehen sind. Und das meine ich ganz ernst, weil, die sind, finde ich, dunkel und die müssten ..., es wäre mir wirklich jetzt sehr lieb, wenn Sie die aufhellen könnten, weil ... Wie ist das zu verstehen, dass das Vorgehen der Polizei gegen die W-t-H-Demonstration Einfluss auf den Verlauf der Versammlungen an den Folgetagen, also an dem Freitag und an dem Samstag, haben wird?

Vorsitzender: Ja, Frau Schneider ... Okay.

Abg. Christiane Schneider: Ja.

Vorsitzender: Es ist ja auch schon nach 10 Uhr ...,

Abg. Christiane Schneider: Ich weiß, dass es nach 10 Uhr ist.

Vorsitzender: ... das ist das verabredete Ende, so, deswegen, ich sage es ja nur.

Abg. Christiane Schneider: Ja. Ich stelle nur noch die rest...

Vorsitzender: Wir wollen ja Fragen stellen.

Abg. Christiane Schneider: Ich stelle nur die Fragen im Zusammenhang mit diesem, was ich da zitiert habe. Wie ist die Aussage zu verstehen, dass die Anzahl der Verletzten Einfluss auf die Folgetage haben würde? Wie ist das konkret zu verstehen? Dann habe ich die Frage, wie viele Polizisten wurden, das würde mich interessieren, wie viele Polizisten wurden im Zusammenhang mit der Welcome-to-Hell-Demonstration durch, also, Versammlungsteilnehmer, nicht jetzt durch Stolpern oder so, sondern durch Versammlungsteilnehmer verletzt. Und wie viele Fest- und Ingewahrsamnahmen gab es im Zusammenhang mit der Welcome-to-Hell-Demonstration?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, da müssen wir, glaube ich, auch ein bisschen umfangreicher rangehen.

(Abg. Christiane Schneider: Das wäre mir Recht.)

Da ist ja sehr viel Darstellung, um nicht zu sagen Unterstellungen, wieder vorgetragen worden, zu denen man, glaube ich, ein bisschen was sagen muss. Zunächst einmal, durch Ihre Darstellung zieht sich ja so ein bisschen als roter Faden eine komplett andere Sichtweise auf Ursache und Wirkung. Sie stellen das Verhalten der unterschiedlichen Versammlungsteile überwiegend als Reaktion auf polizeiliches Vorgehen dar. Das ist unzutreffend. Und wenn Sie sagen, Herr Grossmann hätte vorhin das so dargestellt, dass man es mit Störern zu tun gehabt hätte, und Sie sagen dann, das sei doch ein Effekt gewesen auf das polizeiliche Vorgehen, dann ist dem deutlich zu widersprechen. Wir haben eine völlig andere Lage dort gehabt. Diejenigen, die sich dann verhalten haben, als es zum Ausbruch von Gewalt kam, die haben das nicht unvorbereitet, spontan und aus der Situation heraus nur getan und als Reaktion auf ein polizeiliches Verhalten, sondern waren bestens organisiert und vorbereitet. Sonst ist ein derartiges Vorgehen in der Massivität, mit der Bewaffnung, mit dem, was da an Wurfmaterial vorbereitet war, was sich dann sofort und schlagartig dort auch gezeigt hat, ist das nicht denkbar. Insofern ist diese Darstellung, die Polizei tut etwas und erst daraufhin kommt es sozusagen zu einer gewalttätigen Gegenreaktion, die ist nicht zu..., zu der es sonst nicht gekommen wäre, das ist nicht zutreffend.

Dann würden wir auch zu der Frage noch einmal, weil es ja auch ein wichtiger Punkt ist ... Vermummung, gibt es da bestimmte Dinge, die tolerierbar sind, wie geht man damit eigentlich um, Spielräume, Entschließungsermessen und so weiter, da würde ich dann auch noch einmal Frau Horstmann als Juristin bitten, noch einmal zu sagen, wie sind wir mit Vermummungssituationen umgegangen. Und vielleicht in dem Kontext, also zur Zahl der Vermummten würden wir anschließend noch einmal was sagen. Da hatten Sie ja auch eine Sichtweise, aber wie sind mir(?) ...

(Zuruf Abg. Christiane Schneider: Ich habe EPSweb zitiert.)

– Ja, der Auszug ist bekannt und dazu würden wir was sagen, aber zunächst noch einmal Frau Horstmann zur Frage von Spielräumen im Umgang mit Vermummung.

Andrea Horstmann: Ja, vielen Dank. Das wäre eigentlich eine Frage an Herrn Dudde, der den Umgang sozusagen mit Vermummung viel besser darstellen könnte. Mir ist sozusagen aus meiner Erfahrung als Einsatzjuristin bekannt, dass man zunächst, wie gesagt, Kontakt aufnimmt mit dem Versammlungsleiter, auffordert, die Vermummung abzunehmen und, ja ... Ein entsprechendes Vorgehen, wie man hier sozusagen in Erwägung gezogen hat und dann auch durchführen wollte, ist sicherlich auch abhängig von der Anzahl der vermummten Personen. Wenn wir einen Aufzug haben von 15 000 Personen, da sind 30 Leute vermummt, dann würde man sicherlich nicht entsprechende Maßnahmen treffen wollen.

Senator Andy Grote: Grundsätzlich gilt aber das Legalitätsprinzip, um das auch einmal zu sagen.

Die Frage, die Sie aufgeworfen haben, wie viele Vermummte hatten wir denn hier, gehört auch in die Reihe der etwas schwierigeren Darstellungen von Ihrer Seite, das will ich schon einmal sagen, weil Sie ein einzelnes Zitat, eine einzelne Zahl von einem EPSweb-Eintrag hier vorgetragen haben, von denen wir unzählige haben, allein aus dem Kontext. Und wenn Sie das ein bisschen weiter sich angucken, dann ist schon in der Zeile darunter wieder von ganz anderen Zahlen die Rede, dann ist davon auch die Rede, dass sich Teile entmummen und sofort wieder vermummen. Das ist eine ... Und dass sich auch in anderen Teilen des schwarzen Bereiches noch eine höhere Zahl von Vermummten befindet. Das können Sie alles dort lesen. Insofern ist die Darstellung, dass man nur aufgrund von 200 Personen so vorgegangen ist, die ist unzutreffend, und das findet sich auch hier dokumentiert. Da würde ich aber Herrn Dudde noch einmal bitten, wie gehen wir grundsätzlich mit der Frage Vermummung um, was ist möglicherweise tolerierbar, was ist nicht, ab wann ist etwas prägend und von welchen Zahlen sind wir hier zu welchem Zeitpunkt ausgegangen.

Hartmut Dudde: Ja, Sie haben viel vorweggenommen. Also Sie finden mit Sicherheit in unseren EPSweb-Ausdrucken reichlich Meldungen, die alle ganz interessant sind, aber erst einmal keine Wirkung auf den Polizeieinsatz haben. Ich sage ja, Sie finden in den Einsatzrollen mit Sicherheit eine ganze Menge Bemerkungen, die man, wenn man sie einzeln zitiert, in einen Zusammenhang setzen kann, der nicht richtig ist. Ein EA Aufklärung, ein Kollege kann gern mit den 200 Personen ..., deshalb habe ich hier Abschnittsführer vor Ort, wo so was hinterfragt wird. Es gibt übrigens beide Varianten, dass einem zu viel gemeldet wird oder zu wenig gemeldet wird. Dafür haben wir verantwortliche Kollegen, wo ich das nachfragen kann. Eine Zahl von 200 halte ich auch aus den Bildern, die ich ja selbst sehen konnte aus dem Hubschrauber, für also absolut lächerlich, wir sind durch die Überzählung jetzt ja schon langsam bei 3 000 Vermummten. Das wirkte auch so.

Die Variante, wie gehe ich mit einer Vermummung in einer Versammlung um, hat Frau Horstmann ja schon angerissen, das ist eine Frage von Größenordnung der Versammlungsteilnehmer und wie viele sind vermummt. Wenn 1 000 Demonstranten durch die Straßen gehen und 5 haben fix abgetönte Sonnenbrillen dabei, dann können Sie das ignorieren. Das ist uninteressant. Wir haben das übrigens auch am Samstag gemacht. Die Demo, auf die Sie ja schon so oft hingewiesen haben, da wissen Sie ja selbst, da hatten Sie einen kleinen Block..., da war ein kleiner Block drin von Vermummten, die wir auch haben mitgehen lassen, weil das bei 60 000 Straftätern zu vernachlässigen war, und auch hingenommen, zumindest eine gewisse Zeit lang, dass aus diesem ...

(Zurufe – Abg. Christiane Scheider: 60 000 (...))

Vorsitzender: Ja, das war ein Versprecher von Herrn Dudde. 60 000 Demonstranten, meine er. So. Sie haben Straftäter gesagt.

Hartmut Dudde: Ich habe Straftäter gesagt? Nein.

Vorsitzender: Alles in Ordnung. Ja, ja, das war ein Versprecher, alles in Ordnung, Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Nein. Demonstranten. Das ist der ... Ich war ja schon 20 Minuten weg.

Vorsitzender: Genau.

Hartmut Dudde: Das ist der Zeit geschuldet. Nein, bei 60 000 Demonstranten hatten wir einen kleinen Block drin, wo du sagst, da machen wir nichts. Wir haben dann irgendwann was gemacht, weil auch aus dieser kleinen Gruppe immer wieder es zu Straftaten gekom-

men ist. So, und das ist der Unterschied, wie man damit umgeht. Das war prägend, das war viel und wie gesagt, die Zahlen liefern mir im Zweifel unsere Einsatzabschnittsführer.

Und Sie haben es jetzt mehrmals gefragt und es ist immer nicht beantwortet worden, was hätten wir denn gemacht, wenn wir die separiert hätten. Da gibt es jetzt zwei Varianten. Die haben alle ihren Reisepass dabei, zeigen uns den, wir fotografieren sie ab, arbeiten einen nach dem anderen ab, danach können die gehen – Gefahrenlage ist ja vorbei. Wir kassieren die Vermummungsgegenstände ein, dann können die gehen. Das ist ja ganz schlicht. Dann gibt es die Möglichkeit, sie sind nicht kooperativ, dann arbeiten wir einen nach dem anderen ab, wir haben eine Groß-GeSa dafür eingerichtet gehabt. Ich hätte noch weitere Gewahrsamsplätze aktivieren können in erheblicher Größenordnung. Und es sind noch immer andere Möglichkeiten, also, aus der Spontanität möglich, ich kann die erst einmal, keine Ahnung, irgendwo unterbringen, wo ich sie auch gesichert habe und dann arbeite ich sie ab. Das Ganze immer im Rahmen, darf ja eben nicht zwölf Stunden dauern, weil, irgendwann ist ja Verhältnis Straftat zu Länge der Freiheitsentziehung zu überprüfen. Dann hätte man es abbrechen müssen. Aber generell haben wir darauf eingestellt, wir hätten sie wegfahren können und sie hätten ja auch die Chance gehabt im Übrigen, auch nach der Einschließung, sich der Vermummung komplett zu entledigen. Wäre auch gegangen. Dann hätten Sie bei denen, die ganz hinten stehen, gar keine Chance mehr gehabt, beweissicher festzustellen, was die gemacht haben. Also es gab mehrere Szenarien, mit denen umzugehen, und einen Großteil hätten wir in Gefangenensammelstellen abarbeiten können.

Und jetzt Herr Ferik noch einmal, glaube ich, zu Vermummung und ...

Joachim Ferik: Also die Meldung, dass im vorderen Teil Vermummung abgelegt wird, geht ja auf eine Meldung der Begleitkräfte auf der in Marschrichtung linken Seite der von Ihnen angesprochenen Berliner Kräfte zurück um circa 19.21 Uhr. Ich hatte geschildert, dass wir ungefähr ab 19.16 Uhr, 19.15 Uhr eigene Durchsagen gemacht haben. Wenn Sie einmal nach oben gucken mögen, dann sehen Sie in Marschrichtung nach rechts die Spitze des Aufzuges. Die, die die Vermummung abgelegt haben, das war ein Teil, der vor dem ersten LauKW stand. Das war der Teil, den wir auch einsehen konnten. Gleichzeitig hatte ich es, glaube ich, geschildert, als ich den Anruf vom Leiter des EA Gegenveranstaltung hatte, konnte der mir aus seiner Position und aus seinen Aufnahmen mitteilen, dass sich hinter dem ersten LauKW und dann im weiteren Feld nach hinten ein wesentlich größerer Teil anfängt, zu vermummen, als sich vorne überhaupt entmummt haben. Und unsere Feststellung, es ist für niemanden möglich, auch im Nachhinein nicht mehr, nun genau abzuzählen, wie viele da wohl vermummt sind, war der Eindruck, dass es ein prägender Teil dieses Aufzuges ist, dieser Schwarzen Blocks ist, der dort vermummt ist. Ob das nun genau die Hälfte war, ob das ein paar weniger oder ein paar mehr waren ... Aber wenn wir von Zahlen ausgehen, die mittlerweile im Mehrere-Tausend-Bereich sind, dann reden wir nicht davon, dass 10 Prozent oder weniger da vermummt waren, sondern wir reden dadurch von unserem Eindruck, dass ein wesentlicher großer Teil vermummt ist. Wir haben nie gesagt, die haben sich da alle entmummt. Wie ein Einzelner in der Aufklärung dazu kommt, da hat Herr Dudde was zu gesagt, das kann ich Ihnen, ehrlich gesagt, nicht beantworten. Wir haben vor Ort draußen etwas völlig anderes erlebt.

Senator Andy Grote: Vielleicht noch einmal zwei Ergänzungen. Sie haben ja zitiert aus EPSweb. Da gibt es allein zu diesem Zeitpunkt, 19.48 Uhr, wo Sie den Auszug entnommen haben, noch 200 vermummte Personen, gibt es mehrere weitere Eintragungen vom selben Zeitpunkt, unter anderem die Eintragung, Höhe Fischerhaus, Schwarzer Block, 400 bis 500 Vermummte. Dann weiter darunter, 700 Personen der Kategorie Rot im Aufzug, die Versammlungsteilnehmer der Kategorie Rot nehmen gelegentlich zum Teil die Vermummung

kurz ab, so weit, dass der Gesichtsbereich nicht voll erkennbar ist, kurz darauf wird sich wieder komplett verummmt und so weiter. Das heißt, Sie haben einen ganz kleinen Ausschnitt aus einer Gesamtdarstellung dargelegt hier, aus dem sich insgesamt ergibt, dass ein erheblich größerer Teil verummmt war.

Und dann gehört, glaube ich, zur Wahrheit auch dazu, dass es nicht ausschließlich um die Vermummungen geht, sondern dass wir ja noch wesentliche andere Entwicklungen hatten, die für die Bewertung des Aufzuges wichtig waren. Dazu noch einmal der Polizeipräsident.

Ralf Martin Meyer: Ja, Frau Schneider, Sie haben jetzt hier wieder einen Punkt rausgegriffen mit der Vermummung. Deswegen muss ich leider noch einmal auf das Urteil kommen, auf den Brokdorf-Beschluss, und ich glaube auch, dass meine eigene Einsatzjuristin mit ihrer Antwort sich nur auf einen kleinen Punkt bezogen hat. Wir als Polizei wenden Recht an, das heißt, wir gucken auf diese Versammlung, auf diese Demonstration, alles Versammlungsteilnehmer, übrigens, Frau Müller, der Weg zur Versammlung ist versammlungsrechtlich geschützt, und wenn die da stehen, sind alle die am Fischmarkt, 8 000, stehen unter dem Schutz des Artikel 8. Frau Horstmann hat dann bewertet, nach der Rechtsprechung Brokdorf-Beschluss und den Folgebeschlüssen des Bundesverfassungsgerichts, dass diese nach dem Differenzierungsgebot den Artikel 8 wahrnehmen können müssen. Und in dieser Situation hat man darauf Recht angewendet. Dann haben wir eine ganze Reihe von Hinweisen vom Verfassungsschutz, Beobachtungen, Sicherstellungen, Steine werden aufgenommen, Steindepots und Ähnliches, wir kennen die gesamte Vorgeschichte. Und jetzt haben wir ja nicht nur Vermummungen, jetzt haben wir ..., Latten werden in den Aufzug gegeben, jetzt haben wir Flaschenwurf, jetzt haben wir Steinwurf, alles schon in dieser Situation, dieser Dreiviertelstunde bis Stunde, in der die erste Vermummung festgestellt wird, in der mit dem Aufzug, mit dem Versammlungsleiter gesprochen wird. Ich bin oder wir sind für die Sicherheit der Stadt verantwortlich und dafür gibt es das Versammlungsgesetz und dieses Versammlungsgesetz ist ganz klare Rechtsanwendung, die wir hier durchführen. Das heißt, es gibt hier nicht nur die Frage Legalitätsprinzip, müssen wir die strafverfolgen, das ist ein kleiner Ausschnitt. Es geht hier um Gefahrenabwehr und um die Frage, wie gefährlich ist dieser erste Teil des Aufzugs, und das zulasten der 10 000 oder 9 000, die nichts gemacht haben, die da stehen, die irgendwann auch unruhig werden und sich fragen, warum kann ich nicht demonstrieren. Und in dieser Ganzheitlichkeit muss das beurteilt werden.

Und mich stört einfach, dass wir immer wieder durch Teilfragen einzelne Aspekte raussuchen, die aber mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch dann nur in einem kleinen Teil was zu tun haben und sie nicht in Gänze wiedergeben. Und deswegen finde ich, muss diese Ganzheitlichkeit in die Darstellung aufgenommen werden und dann kommt man nämlich auch zu einem ganz anderen Ergebnis.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, insbesondere auch, dass Sie die Darstellung aus dem EPSweb noch einmal zusammenfassend dargestellt haben. Ich finde, Frau Schneider, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, das gehört ja irgendwie dazu, wenn das in den nächsten Zeilen ist. Ich finde vollständiges Zitieren angemessen. ...

(Abg. Christiane Schneider: Ich kann aber nicht vollständig mitschreiben.)

– Ja, das ist so, das ist so. Sie können nicht vollständig mitschreiben, aber wenn Sie es vollständig gelesen haben, hätten Sie es auch vollständig vortragen können. Also es ist gleich ...

(Senator Andy Grote: Entschuldigung. Und ...)

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

... Und wir wollen jetzt auch ... Ich will das jetzt gar nicht bewerten, ist ja in Ordnung. Frau Schneider, ja.

Abg. Christiane Schneider: Ich will was dazu sagen.

Vorsitzender: Ja, sagen Sie doch.

Abg. Christiane Schneider: Natürlich gab es auch andere, es gab auch unterschiedliche Zahlen, aber unmittelbar vor dem Eingriff wurde die Zahl 200 genannt, unmittelbar vor dem Eingriff. Und darauf habe ich hingewiesen. Dass da vorher mehr waren und dass sich da vielleicht auch welche entmummt und vermummt haben ..., wobei ich noch frage, was ist denn überhaupt Vermummung. Das muss man ja definieren, was Vermummung ist. Ist eine Sonnenbrille und Hut ins Gesicht Vermummung? Also insofern, ...

Vorsitzender: Frau Schneider, wir müssen das jetzt unterbrechen, weil ...

(Abg. Christiane Schneider: Ja.)

... es schon richtig ist, ich kann ja nicht einfach außerhalb der Reihe Ihre Kommentare bewerten ...

(Abg. Christiane Schneider: Genau. Und dann darf ich auch antworten.)

... und dann ergibt sich so eine ...

(Abg. Christiane Schneider: Dann darf ich auch antworten.)

... Rede, Gegenrede.

(Abg. Christiane Schneider: Ja.)

Jetzt lassen Sie einmal. Dann lassen wir das jetzt an der Stelle.

(Abg. Christiane Schneider: Genau.)

Sie können sich noch einmal zu Wort melden und wir können das dann noch einmal klären mit dem ...

(Senator Andy Grote: Es waren noch Fragen ...)

... EPSweb. ...

(Senator Andy Grote: Es waren noch Fragen offen.)

– Herr Senator. Es waren noch Fragen offen.

Senator Andy Grote: Also, am Ende hatten Sie ja auch noch richtige Fragen gestellt und das betrifft einmal die Einschätzung vom LKA, dazu wird Herr Hieber was sagen. Wir können auch was zur Zahl der verletzten Polizisten sagen, das würde gleich der Polizeipräsident sagen. Und dann nur der ganz kurze Hinweis, die Zahlen, die ich eben vorgetragen habe, haben alle dieselbe Zeit, dieselbe Zeitangabe 19.48 Uhr. Und selbst da haben wir sozusagen drei unterschiedliche Zeitangaben, Ihre 200er-Zahl und auch die Zahlen, die ich vorgetragen habe. Wenn man sich das insgesamt anguckt, haben wir noch ganz andere Zahlen.

Dann jetzt zur Frage LKA-Bewertung, Lageverlauf und so weiter Herr Hieber.

Jan Hieber: Ja. Frau Schneider, Sie hatten gerade einen Teilausschnitt aus der Lagebeurteilung dargestellt und damit so ein bisschen insinuiert, das wäre so eine dunkle Vorhersage, so ein bisschen wie eine selbsterfüllende Prophezeiung vielleicht auch. So habe ich das so interpretiert. Also ich erkenne da so eine ehrliche Beunruhigung darüber, oh Gott, die Polizei rechnet mit Verletzten und erkennt eigentlich, das ist jetzt alles verlaufsbestimmend. Und ich möchte Ihnen gern das noch einmal erklären, vielleicht fachlich, wie so was zustande kommt,

denn so ist es nicht. Dazu würde ich gern noch einmal tatsächlich zitieren aus der Lage im Ganzen. Dort steht: "Der Verlauf des Aufzuges wird maßgeblichen Einfluss auf den Verlauf der an den Folgetagen stattfindenden Versammlungen haben. Dies ist zum Beispiel abhängig vom Vorgehen der Polizei, der stattfindenden ...", nein, "... der Anzahl der Verletzten auf Seite der Demonstranten sowie der Anzahl und Dauer der freiheitsentziehenden Maßnahmen. In diesem Zusammenhang muss auch damit gerechnet werden, dass bereits unspektakuläre polizeiliche Maßnahmen sowie Gerüchte über überzogene polizeiliche Maßnahmen ausreichen können, eine eskalierende Dynamik zu entfalten." Ich glaube, wenn man das so im Ganzen einmal hört, dann wird schon klar, dass das eine ganz reale Sichtweise ist auf Demonstrationen und es verbietet sich einfach aus unserer Erfahrung heraus, der 21. Dezember 2013 wurde ja schon genannt mit 167 verletzten Polizeibeamten und natürlich auch Verletzten aufseiten der Demonstranten, es verbietet sich da ja, sich etwas vorzumachen und diese realen Fakten dem Polizeiführer vorzuenthalten. Dann würde der sagen, wir machen schlechte Arbeit, und das zu Recht.

Es ist so, dass wir die realen Prozesse beschreiben müssen und polizeiliche Maßnahmen entfalten natürlich beim Gegenüber auch eine Wirkung. Das ist ja Thema, das zieht sich ja wie ein roter Faden hier auch durch die Diskussion. Aber viele polizeiliche Maßnahmen, das haben wir jetzt auch schon besprochen, kann die Polizei ja nicht vermeiden, selbst wenn sie es möchte. Sie ist ja auch ein Stück weit, nicht nur ein Stück weit, sondern eingebunden in einen rechtlichen Rahmen und muss dort handeln. Und insofern ist es auch so, dass natürlich die Autonomen sich darauf vorbereiten, auf Verletzte, die sehen das ja genauso real. Wir sprachen, glaube ich, auch beide schon einmal über das Thema Demosanitäter. Ich will das an der Stelle nicht wiederholen, aber die bereiten sich ja auch organisatorisch sehr, sehr genau vor, nicht nur mit Waffen, sondern auch eben mit medizinischer Hilfe auf ihrer Seite. Insofern würde ich tatsächlich sagen, das ist relativ unspektakulär, was dort steht. Es ist eigentlich ein Beispiel für gute Polizeiarbeit.

Ich würde nur am Ende noch sagen wollen, dass bei der Polizei wir natürlich versuchen, Vermeidungsprognosen zu machen. Und ich stelle einfach einmal anheim, dass ich mir vorstelle, dass, wenn wir die doppelte Anzahl an verletzten Polizeibeamten gehabt hätten, dann hätte es Jubelschreie im linksextremistischen Bereich gegeben, die hätten das gefeiert. Auf der anderen Seite können Sie uns, glaube ich, glauben, wir sehen das ganz anders bei verletzten Demonstranten und auch Gewalttätern, das ist nichts, was wir herbeireden wollen, sondern was wir natürlich vermeiden wollen.

Senator Andy Grote: Nur noch einmal ganz kurz, weil Sie es auch gefragt hatten, war zwar vorhin schon genannt, aber eine Zahl der Festnahmen und Ingewahrsamnahmen ...

(Abg. Christiane Schneider: Und der verletzten Polizisten.)

... und die verletzten Polizisten macht gleich der Polizeipräsident.

Jan Hieber: Ja, wir hatten schon gehört von 37 qualifizierten Festnahmen und 6 Ingewahrsamnahmen in dem Zusammenhang. Es wurden 14 Haftbefehle erlassen im Zusammenhang mit den Festnahmen und wir haben mittlerweile 8 Gerichtsentscheidungen in erster Instanz. Dabei geht es um acht Verurteilungen, die sind zwischen einem Jahr zur Bewährung und zwei Jahren und sieben Monaten ohne Bewährung, also schon deutliche Urteile, würde ich sagen. Und in dem neunten Fall, der mit einem Freispruch endete in erster Instanz, ist die Staatsanwaltschaft in Berufung gegangen. Das wäre so der Überblick an dieser Stelle.

Senator Andy Grote: Jetzt noch zur Zahl der Verletzten.

Ralf Martin Meyer: Ja, wir haben insgesamt in diesem Zusammenhang Welcome to Hell 237 Verletzte durch Fremdeinwirkung.

Vorsitzender: Herr Tjarks, bitte.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich glaube im Bereich Welcome to Hell ist ja das Grunddilemma oder das Grundthema ja ausreichend beschrieben mit den Tatsachen, dass wir viele Gewalttäter hatten, aber auch eine ganze Menge Menschen, die Artikel 8 dann auch eigentlich ausüben wollten. Und die Frage ist ja, wir hatten dazu über die Strategie jetzt schon viel geredet und sind zu der Erkenntnis gekommen, das war geplant und ist dann nicht ganz so am Ende passiert, wie gedacht. Und deswegen möchte ich da noch einmal auf den Punkt zurückkommen. Meine erste Frage ist, Sie wussten ja im Vorwege, das war ja angekündigt als der größte Schwarze Block Europas, und die Frage ist, ob Sie, Herr Ferk und Herr Grossmann, vorher eigentlich über die Frage, wir werden den separieren, nachgedacht haben, also, ob das sozusagen eine Strategievariante war, mit der Sie in den Einsatz gegangen sind, oder ob das sozusagen, ich sage jetzt einmal, ein spontaner Impuls war. Das ist Frage 1.

Die zweite Frage, weil das ja hier häufig beschrieben worden ist, und ich glaube, auch völlig zu Recht, als eine sehr schwierige polizeiliche Operation, also, die einfach auch schwierig durchzuführen ist in so einer Gemengelage, ist die Frage, weil ich mich jetzt auch nicht daran erinnere, dass es sozusagen das einmal in Hamburg gegeben hat, aber ich bin ja nun auch noch in einem zarten Alter, ob es sozusagen auch vergleichbare Einsätze schon einmal gegeben hat. Also sozusagen, sind solche Einsätze, wo man gesagt hat, in einer großen Menschenmenge von ungefähr 16 000 Personen werden, weiß ich nicht, 2 000 bis 3 000 Personen separiert in einer aufgeladenen Stimmung. Weil, das hat ja im Endeffekt aus meiner Sicht eigentlich, so wie ich Sie auch verstanden habe, sonst korrigieren Sie mich, eher dazu geführt, wozu ..., was wahrscheinlich relativ konsequenterweise auch führen musste, nämlich zu einer durchaus ..., einer Solidarisierung von neutralen oder ..., es gab ja Schwarzer Block, scheinbar neutrale Teilnehmer und neutrale Teilnehmer, also erst einmal von den neutraleren Teilnehmern. Und auch von einer Entleerung des Platzes haben Sie, glaube ich, eben gesprochen, als Sie gesagt haben, die sind dann Richtung Fischmarkt, die neutraleren Teilnehmer.

Also ich finde sozusagen diese Reaktion relativ vorhersehbar, so. Und wenn man sozusagen sagt, man hat das Ziel, man möchte Artikel 8 sozusagen zur Geltung kommen lassen, was ich auch glaube, in gutem Gewissen hier sagen zu können, dass das auch das Ziel war, funktioniert das natürlich nicht, wenn man auf der einen Seite einen Solidarisierungseffekt hat und auf der anderen Seite sozusagen die Teilnehmer eigentlich, ich will nicht sagen, verschwinden, aber, sagen wir einmal, sich eher aus dem Aufzugsbereich entfernen. Und deswegen die Frage, gab es schon einmal eine vergleichbare Operation in Hamburg oder in Deutschland, wo man dann auch gesagt hat, das hat in dem Sinne geklappt. Und damit mache ich erst einmal Schluss und melde mich dann hinten auf der Redeliste, um dann die weiteren Nachfragen zu stellen.

Vorsitzender: Ja, über die Rednerliste müssen wir gleich noch einmal reden, wenn Ihre Frage beantwortet ist. Ja.

Senator Andy Grote: Dann würde ich das einmal an Herrn Dudde weitergeben mit der Möglichkeit, das im Einzelnen dann noch durch Herrn Ferk oder Herrn Grossmann ergänzen zu lassen.

Hartmut Dudde: Das ist ganz lange her. 1986 gab es einmal den Versuch, auf dem damaligen Karl-Muck-Platz einen LauKW aus einer Autonomendemo, also herauszutrennen. Das

ist gescheitert. Da gab es auch erhebliche Verletzte. Und ich kenne nicht jede Einsatzlage in ganz Deutschland, ich meine aber, dass im Rahmen, hatte auch was ..., das war nicht die EZB-Bankeröffnung, über die wir hier schon viel gehört haben, sondern eine Demo davor, das war in Frankfurt, wo man einen autonomen Block aus der Versammlung herausgetrennt hat und danach abgearbeitet hat. Bin ich mir nicht ganz sicher, ich weiß nicht, Norman, ob da mehr Details hast. Also nur aus der Erinnerung, weil ich sozusagen nicht für ganz Deutschland jede Demonstrationssituation kenne.

Joachim Ferk: Also zu der Frage, ob wir uns auf die Separierung vorbereitet, darüber gesprochen haben ...

(Abg. Dr. Anjes Tjarks: Im Vorwege.)

– Im Vorwege, selbstverständlich. Wir sind ja davon ausgegangen, das haben wir geschildert, dass die losmarschieren, wir haben ..., und dass es an anderer Stelle dann zu einem Block kommt. Und wenn wir davon reden, einen der größten schwarzen Blöcke, die es in Europa gab ... Ich bin als junger Schutzmann in Hamburg schon neben einem Block längsgelaufen, der diese Größe hatte. Damals sind wir anders vorgegangen. Wenn das so gekommen wäre, wie das angekündigt ist, dann hätten wir oben auf der Reeperbahn, ich bin der festen Überzeugung, nach allem, was wir wissen und jetzt auch festgestellt haben, ein ähnliches Gewaltszenario gehabt, nur, wir hätten einen Block gehabt, der wäre vermutlich doppelt so groß gewesen und auch entsprechend länger, entsprechend breiter. Wie der sich genau dargestellt hätte, wissen wir nicht. Um dann zu besprechen, macht eine Separierung Sinn, macht sie nicht Sinn, müsste man genau wissen, wie es aussieht, können wir die umfassen, dann hätte man ja auch alle Seiten umfassen müssen. Theoretisch etwas vorbesprechen, so wie man das während des Studiums macht oder so, das macht jetzt an der Stelle keinen Sinn, das brauchen wir nicht wiederholen vorher. Wir hätten uns das immer abgesprochen, immer erst besprochen, wenn wir eine konkrete Situation vor uns gehabt haben. Und das ist dann rein spekulativ, wie das an anderer Stelle ist. Wir haben also uns nicht vorgenommen oder beredet, lasst uns da irgendjemanden separieren, zumal wir ja auch gar nicht gewusst haben im Vorwege, wo die sich im Aufzug möglicherweise befinden oder wie die sich verhalten.

Norman Grossmann: Also ich kann das noch kurz ergänzen. Also, diese Maßnahme, auch wenn man sie sicherlich als Ultima Ratio bezeichnen muss oder immer erst einmal nach einer anderen Lösung sucht, weil sie eben sehr komplex ist und sehr kompliziert ist, die gibt es aber als taktische Maßnahme, die auch trainiert wird, die auch ausgebildet wird, die insbesondere im Portfolio von BFHun in deren Verwendungsfortbildung ist, also das ist jetzt keine so exotische Maßnahme, dass sie noch nie jemand geübt oder trainiert hat. So ist es nicht. Also es wird durchaus trainiert, auch wenn man natürlich immer versucht, es zu vermeiden. Allerdings war es ja hier so, dass wir andere Entwicklungen im Aufzugsverlauf für deutlich wahrscheinlicher gehalten haben, nämlich dass sich eine Kleingruppe separiert, dass ein Reizobjekt irgendwo angegriffen wird, dass man dann gegen diese Agitatoren vorgeht, die sich gelöst haben vom Aufzug, die ausgebrochen sind, die vielleicht ganz woanders agieren in der Stadt. Das war das, was wir für wahrscheinlicher gehalten haben. Und aus dem Grund haben wir dieses Manöver, wie der Herr Senator es vorhin genannt hat, an dem Ort jetzt nicht lange vorher besprochen und geplant, weil wir von einem ganz anderen Verlauf ausgegangen sind.

Senator Andy Grote: Ich will noch auf einen Punkt eingehen, weil ja im Prinzip die Frage dahin ging, war nicht sozusagen der Misserfolg so absehbar, dass man das vielleicht hätte anders einschätzen müssen und sich vielleicht anders hätte entscheiden müssen. Da würden wir aus heutiger Sicht sagen, nein, denn es war ja nicht so, dass sich der gesamte fried-

liche Teil plötzlich solidarisiert hat, sondern an der Stelle, wo die Trennung, der linke Pfeil, erfolgt ist, hat es ja nicht sozusagen augenblicklich eine Auseinandersetzung gegeben und eine Solidarisierung, sondern wenn die Maßnahme insgesamt erfolgreich gewesen wäre und man es geschafft hätte, die Schwarzen Blöcke, die beiden, zu umschließen und dort ruhig zu halten, dort vor Ort statisch zu halten, um mit denen gesondert umgehen zu können vom restlichen Teil, dann hätte das auch durchaus gelingen können. Denn es ist ja daran gescheitert, dass diese Umschließung und das Statischhalten in der Umschließung eben nicht funktioniert hat, sondern dann sich im Grunde genommen die Menge dort anders verteilt hat, neu gemischt hat und im Grunde genommen die polizeilichen Linien da nicht gehalten haben. Wäre das gelungen, hätten wir eine andere Situation gehabt.

Dabei fällt mir eine Frage ein von Frau Schneider, die schon ein bisschen länger her ist, aber die wir vielleicht doch noch kurz richtigstellen sollten: Haben sich die Berliner verselbstständigt, als sie da irgendwo reingegangen sind? Das haben wir vorhin vergessen. Dazu kann Herr Ferk vielleicht noch was sagen.

Joachim Ferk: Um die Antwort vorwegzunehmen, das haben sie nicht. Sie hatten den Auftrag, am Aufzug längszugehen, ihre Positionen einzunehmen. Sie haben das so nett beschrieben, gerempelt. Also als Fachmann sage ich Ihnen, Sie rempeln nicht einfach eine Berliner Einheit an und dann kommt die nicht voran. Rempeln ist, wenn wir jetzt hier aufstehen und gehen in die Pause und dann berühre ich zufällig gerade Herrn Dudde und dann ..., ja, das muss einfach sein, weil ... Und dann remple ich jemanden an. Wir reden hier nicht von rempeln, wir reden davon, dass die mit Flaschen beworfen sind, Lattenwürfe, Angriffe im Bereich des zweiten Blocks mit Treffern auf die. Das ist das, was die Kräfte gemeldet haben. Es gibt da überhaupt keine Annahme und Grund, dass das so nicht stimmt, sonst wären die einfach vorbeigegangen.

Und dass die einfach auf den Aufzug losgegangen sind, auch da, wo sie dann separieren sollten, also am rechten der beiden roten Pfeile, das stimmt deshalb schon nicht, weil man klar sehen kann und auch nachvollziehen kann, dass die Eingreifkräfte, also der linke rote Pfeil, zuerst hineingegangen ist und erst mit einer deutlichen zeitlichen Verzögerung danach die Berliner. Wenn sie also danach erst reingehen, dann haben sie sich nicht verselbstständigt und sind einfach losgegangen, sondern sie sind dann losgegangen, als sie den Auftrag hatten. Und dass es sofort zu Auseinandersetzungen kam, das lag nicht an ihnen, sondern das lag, wenn Sie sich den linken der beiden Pfeile angucken bei den Eingreifkräften, daran, dass das, was wir hellblau gezeichnet haben, die, die nicht zu dem Schwarzen Block gehört haben, zunächst einmal dort das gemacht haben, was man von friedlichen Versammlungsteilnehmern erwartet, die sind einfach zur Seite gegangen, die haben die Polizei nicht angegriffen, die Polizei brauchte sie nicht angreifen und es blieb in die Richtung völlig friedlich. Es gab dann lediglich eine Auseinandersetzung durch den Schwarzen Block, während die Berliner sofort von zwei Seiten angegriffen wurden, weil auf jeder Seite Schwarzer Block und damit Straftäter standen. Und dann war es notwendig, auch gegen den Rest des Blocks vorzugehen. Übrigens nicht nur von der Seite, sondern ich ja auch mit meinen Kräften direkt von vorne. Das ist aber alles ausgelöst worden von den Straftätern im Schwarzen Block und nicht irgendwie selbstständig von den Berliner Einheiten. Ich weiß, dass das populär ist, dadurch wird es aber nicht richtiger. Das kann man auch sehen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir hatten noch Herrn Nockemann und Frau Möller, die sich vor 10 Uhr, also während unserer regulären Sitzungspause noch gemeldet haben. Danach haben sich noch Herr Dolzer und Herr Tjarks gemeldet. Und wir müssen einmal ein bisschen gucken, wie wir damit umgehen, weil, wir wollen natürlich heute diesen Tagesordnungspunkt fertigbekommen, insbesondere auch deswegen, weil der 3. Mai nicht stattfinden soll. Auf der

anderen Seite ist es aber so, dass wir auch verabredet haben, dass wir nur bis 10 Uhr machen, und jetzt sind wir eine Dreiviertelstunde drüber. Also ich würde sagen, eine Viertelstunde geben wir dem Ganzen und versuchen dann, die Wortmeldungen jetzt abzuarbeiten, die dann auch gekommen sind, auch die, die nach 10 Uhr gekommen sind. Und wir haben es ja selbst in der Hand, das irgendwie hinzubekommen. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, vielen Dank. Ich habe eine Anmerkung und eine Frage. Erst die Anmerkung: Wenn ich mir dieses komplexe Einsatzgeschehen ansehe mit diesen unterschiedlichen Schwarzen Blöcken und mit den sogenannten neutralen Beobachtern, wobei ich mich immer frage, neutrale Beobachter auf so einer Demonstration, ob das der richtige Begriff ist, aber wenn ich mir das komplexe Geschehen ansehe, dann muss ich mich doch irgendwann auch einmal fragen, ob dieses Demonstrationsrecht, wie wir es heute haben, geeignet ist, der Polizei ein Instrumentarium an die Hand zu geben, mit dem sie so eine komplexe Lage wirklich in der Hand hat und auch bewältigen kann. Diese Frage muss man sich stellen bei allem Respekt vor dem Demonstrationsrecht.

Zweitens, Frage: Ich knüpfe noch einmal an an die Frage, die ich vorhin gestellt habe, zur Bewertung des Senates, die Rote Flora habe keine steuernde Funktion bei dieser Demonstration gehabt. Das ist ja eine durchaus schwerwiegende Feststellung, die getroffen wird. Denn je nachdem, ob man sagt, die Flora in Form oder in Gestalt von Herrn Blechschmidt und von Herrn Beuth, hätten eine steuernde Funktion gehabt oder nicht, dann hat das auch Auswirkungen auf die Konsequenzen, wie verfare ich in Zukunft mit der Roten Flora. Wenn ich positiv feststellen kann, es lag eine steuernde Wirkung vor, dann denke ich, hat die Rote Flora vielleicht mehr Sanktionen zu befürchten als im anderen Fall. Deswegen ist diese Bewertung des Senats schwerwiegend. Wenn Sie sagen, die Rote Flora in persona von Beuth und Blechschmidt hätte keinen steuernden Einfluss gehabt, dann ist das positives Wissen, was Sie kundgeben. Nun sagte Herr Ferk vorhin aber, Beuth und Blechschmidt seien in der Menge verschwunden und keiner könne sagen, was sie dort gemacht haben. Dann kann ich nur sagen, wie rechtfertigen Sie jetzt diese positive Darstellung, dass Beuth und Blechschmidt eben keinen steuernden Einfluss ..., ich meine, Sie wissen es doch nicht. Das entnehme ich zumindest den Darlegungen von Herrn Ferk.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also, um das noch einmal klarzustellen, also einer übertrieben positiven Darstellung der Roten Flora ist der Senat, glaube ich, nicht verdächtig. Es gibt aber die Einschätzung, dass die Flora umgekehrt nicht jede Straftat gesteuert hat, die hier begangen wurde, und dass man auch nicht hinter jeder Gewalttat und hinter der Aktion jeder einzelnen Gruppe die Flora treffsicher zuordnen kann. Und die Einschätzung zum steuernden Einfluss im Kontext dieser Versammlung beruht auf Folgendem: Wir haben gehört von Herrn Voß, dass wir bestimmte Beiträge in der Vorbereitung der Flora zuordnen können, dass es eine Idee der Flora gab, wie die Versammlung verlaufen sollte, dass es die Absicht gab der Flora, dass die Demo laufen sollte, dass sie an bestimmten Stellen, die taktisch geeignet waren, dann sich in ihrer Natur verändern sollte und auch ein militantes, gewalttätiges Gesicht zeigen sollte, aber eben gerade nicht schon ganz zu Beginn. Das war ausdrücklich nicht die Absicht und das macht einen Unterschied. Auch wenn Sie sehen, wie dann das dort vor Ort gelaufen ist, drängt sich ein Stück weit der Eindruck auf, dass auf einen Teil der Teilnehmer dort es einen Einfluss gab, die dann auch sich entmummt haben mit der Absicht, dass der Aufzug losmarschieren soll, ein anderer Teil der Teilnehmer hat dies offensichtlich über einen langen Zeitraum nicht getan. Das ist kein kriminalistischer Nachweis, aber es legt eine Einschätzung nahe, dass dort eine unmittelbare Steuerung des Geschehens nicht stattgefunden hat, sondern einiges dafür spricht, dass die Dinge und dass das Verhalten insbeson-

dere eines Teils des Schwarzen Blocks auch dem Anmelder und dem Versammlungsleiter über den Kopf gewachsen sind. Dafür spricht auch, wie Herr Ferk das in verschiedenen Situationen ja schon dargestellt hat, das Auftreten, das Angespante, das Nervöse, die Bitte, die Bitte seitlich zu begleiten, den Aufzug – völlig untypisch, völlig ungewöhnlich, wenn man davon ausgeht, dass man selbst den Aufzug, die Versammlung im Griff hat. Das sind die Dinge und noch einige mehr, die man aufzählen könnte, die es sehr nahelegen, dass nicht unmittelbar dieser gesamte schwarze Bereich, insbesondere der, der sich nachhaltig nicht entmummt hat, unmittelbar von der Flora gesteuert wurde.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja. Ich will noch einmal an den Punkt zurück, an den Herr Tjarks eben schon gefragt hat. Also, Sie haben gesagt, es gab die Separierung nicht als, sagen wir einmal, vorbereitete, gedachte Variante bei einer starken Vermummung. Dieser große Anteil vermummter Personen im Schwarzen Block ist aber ja eigentlich keine ..., konnte ja eigentlich keine Überraschung für Sie sein. Sie hatten ja ein bestimmtes Erwartungsszenario, Sie wussten, dass ausländische Demonstrationsteilnehmer und -nehmerinnen kommen würden, da gab es bestimmte Erwartungen, das haben wir ja im Vorfeld alles gehört und besprochen, also italienische Gruppen, griechische und so weiter. Also dann würde ich gern noch einmal wissen, ob es denn ein anderes Szenario gab, was Sie für den Umgang mit vermummten Personen, die sozusagen nicht bereit waren, die Vermummung abzulegen, geplant hatten oder ob man da sozusagen einen Maßnahmenkatalog hatte, aber die Separierung nicht dazu gehörte.

Und eigentlich würde ich gern, wenn ich jetzt hier schon scheinbar das letzte Wort habe, nee, nicht ganz, aber sozusagen doch zum Schluss einmal fragen wollen, würden Sie im Nachhinein sagen, es hätte insgesamt Möglichkeiten gegeben, anders mit diesem großen Schwarzen Block umzugehen, mit der Gesamtsituation in irgendeiner Form anders ..., sozusagen auf die Gesamtsituation anders Einfluss nehmen zu wollen, als es jetzt passiert ist.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Das ist ja wieder sehr offen und sehr ..., sozusagen, ich will nicht sagen, spekulativ in die Zukunft gerichtet. Also vielleicht muss man noch einmal Folgendes sagen. Grundsätzlich verantwortlich für den friedlichen Verlauf einer Versammlung ist der Versammlungsleiter – immer, auch in diesem Fall. Und es gab die Einschätzung, dass das zwar eine gewaltbereite Versammlung sein würde, dass es aber gleichzeitig ein Interesse gab, zunächst einmal loszugehen. So. Und wenn man das will, dann weiß man und dann wissen auch gerade diese Anmelder aus ihrer ganzen Erfahrung, dass sie, wenn sie zu einem erheblichen Teil vermummt dort auf der Strecke stehen würden, dann gehen sie nicht los. Das weiß man. Deswegen war die offene Frage, kontrollieren die Anmelder den gesamten Block, beherrschen sie die Kräfte, die sie da gerufen haben. Das war sozusagen, das war der Punkt, und den konnten wir alle nicht im Vorwege beantworten. Die Anmelder haben sich das offenbar zugetraut und haben in diesem Sinne auch Kooperationsgespräche geführt und man hat sich in diesem Sinne auf etwas verständigt.

Das Bild, was wir heute haben, ist ein anderes und deutet sehr stark darauf hin, dass es diese Kontrolle, diese Steuerung über den gesamten schwarzen Teil eben gerade nicht gegeben hat, sondern über einen wesentlichen Teil ..., ja, ein wesentlicher Teil sich dieser Steuerung, dieser Kontrolle entzogen hat. Und mit dem musste man dann entsprechend umgehen. Und da fallen mir jetzt auch nicht so ganz viele Alternativen dazu ein. Aber möglicherweise hat Herr Dudde noch Alternativen parat.

Hartmut Dudde: Also wir haben es, oder, ich habe es ja vorhin versucht zu erklären. Wir gingen davon aus, und ich denke Herr Beuth und Herr Blechschmidt auch, der Aufzug setzt sich in Bewegung. Es gibt ja diesen Aktionskonsens, wie das immer genannt wird, dass man in Bewegung kommt. Das ist nun gleich zu Anfang ..., hat das komplett nicht funktioniert, hat man ja gesehen, warum auch immer, ich kann das ja nicht bewerten, ich kenne (...) alles nicht. Dann haben wir vorhin ja schon gesagt, dann wurde es verhältnismäßig alternativlos. Und die Idee der Separierung lag ja nur daran, das hat Frau Horstmann vorhin ja dargestellt, sie hat ja zu mir gesagt, Herr Dudde, die anderen 10 000, die haben aber ein Recht auf Artikel 8, das müssen Sie denen irgendwie gewährleisten. Und deshalb gab es (...), dann müssen wir die eben trennen, dann können die in Ruhe weitergehen und dann haben wir die anderen. Für den Fall ... Also das nur noch einmal zur Ausgangssituation, es ging darum, dass ein Zeitdruck drin war, man sagt, die anderen haben ein Recht in Artikel 8 und das können wir denen nicht verwehren, nur weil in der Spitze wie viele auch immer verummmt waren oder auf alle Fälle mehr als 200.

Die andere Variante wäre gewesen, sie wären jetzt losgegangen, also die hätten sich komplett legalistisch verhalten, nette Transparente gehabt, dann wären wir mit denen losgegangen. Und dann, das kennen Sie ja auch aus vielen anderen Einsätzen, und dann hätte sich das Bild irgendwann gewandelt, kann ja sein. Also jetzt rede ich einmal fiktiv weiter, vor der Wache 15 auf einmal alle verummmt und Steine fliegen. So, dann beginnt das Szenario, was wir wieder besprechen können, halten wir es statisch, gibt es jetzt eine Auflage, die Versammlung ist jetzt stationär zu Ende zu bringen. Das Ganze immer in der Abwägung, welche Rechtsgüter werden verletzt zu den Rechten der Friedlichen aus Artikel 8. Aber das ist ja das Entscheidungsportfolio, was wir in Hamburg seit zehn Jahren anwenden, das ist geübt, das weiß auch jeder. Dann stehen wir das auch aus, dann nehmen wir nur die Spitze und halten die fest, vielleicht kann man sie auch wieder trennen. Das ist ja dann Sache der Einsatzführung, zu entscheiden, wie machen wir das unter Beratung derjenigen, die es vor Ort beurteilen können.

Also insofern sage ich einmal, weil, Sie fragten so, hatten Sie Alternativen, haben wir was vorbesprochen – die üblichen. Es waren ja auch die gleichen Leute am Aufzug, die es eh immer machen und mit denen man besprechen kann, was geht jetzt noch und was geht jetzt nicht. Und das Ganze eben immer unter der Beratung, kann ich es jetzt oder muss ich jetzt auch den Nichtstörern zumuten, dass diese Versammlung vorbei ist. Wir können ja den 21. Dezember nehmen, die war ja nach drei Minuten aufgelöst. Auch das wäre ja eine Möglichkeit gewesen, die auf der Reeperbahn aufzulösen. Es wäre für uns nur mit den Schäden, die drumherum hätten entstehen können, deutlich schwieriger geworden. Da, durch den Beginn und die Menge die dahinter stand und noch sich versammeln wollte, gab es nach der Prüfung, die wir hatten, also wegen Artikel 8, eigentlich keine andere Möglichkeit. Und das Fachliche, wir haben es versucht, weil wir dachten, es funktioniert.

Senator Andy Grote: Vielleicht kann man ja als Fazit auch sagen, es gab nicht die Alternative. In der ganz konkreten Situation, wie sie sich dargestellt hat, gab es eigentlich keine plausible Alternative, wie man damit hätte umgehen können. Es hätte nur die Möglichkeit aus heutiger Sicht mit dem Wissen von heute gegeben, die Maßnahme besser durchzuführen und noch anders zu sichern, eben auch oben auf der Flutschutzmauer zu stehen, die Abwägung anders zu treffen, die wir vorhin dargestellt haben, warum man sich da nicht hingestellt hat, da eben sich dann doch hinzustellen, um wirklich sicher sein zu können, dass die Umschließung auch gelingt und diejenigen dann den umschlossenen Bereich auch nicht verlassen. Dann allerdings, das müssen wir auch wissen, würden wir mit denselben Beteiligten hier darüber reden, warum denn diese Provokation und diese Eskalation wirklich notwendig war. So, das ist dann ..., das wäre die Alternative gewesen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Jetzt haben wir noch fünf Minuten und es gibt die Gelegenheit, dass Herr Dolzer und Herr Tjarks noch kurz Fragen stellen und kurze Antworten, dann sind wir durch. Herr Dolzer.

Abg. Martin Dolzer: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Es ist ja vorhin schon klar geworden, als Herr Behrendes gesprochen hat, dass es durchaus unterschiedliche Möglichkeiten der Verhältnismäßigkeitsabwägung gibt, und wir sehen auch, dass natürlich in dieser Situation im Grunde genommen ein Dilemma war, weil so ein Großereignis wie das G20 in einer Großstadt wie Hamburg durchzuführen, ist einfach nicht einfach und auch dort alle Maßnahmen verhältnismäßig durchzuführen, ist immer eine sehr, sehr pikante Abwägung. Das haben auch viele Polizeibeamte im Vorhinein so gesagt, dass das eher nicht ihr Wunsch ist, dass das hier stattfindet. Sie waren nun in dieser Situation.

Ich habe eine konkrete Frage zu der Folgedemonstration, die Herr Ferk ja begleitet hat, die beiden, als Einsatzleiter vor Ort, wenn das der richtige Begriff ist, wo er sich ja auch sehr viel Mühe gegeben hat und das ja auch zum Teil gelungen ist, dass das gut kooperiert wird und weitgehend friedlich verläuft. Da sind immer wieder in das Ende der Demonstration Beweis- und Festnahmeeinheiten und USK – also die bayerische Entsprechung, Unterstützungskommandos, ist glaube ich, der Ausdruck dafür – hinten in die Demonstration reingegangen. Das wurde auch deutlich, dass ..., oder hat sich zumindest der Eindruck aufgedrängt, dass Sie damit nicht ganz zufrieden waren oder dass das nicht ganz abgestimmt war. Können Sie vielleicht noch einmal sagen, wie sind diese BFEs und die USKs, wie sind die in die Einsatzstrategie eingebunden gewesen und wie ist das mit Ihnen koordiniert worden? Oder hat da auch was nicht geklappt bei dem Koordinieren?

Und dann noch eine ganz kurze Anmerkung, ich habe mehrere Situationen gesehen, wo Demosantäterinnen Polizisten behandelt haben. Also ich würde das nicht so schwarz-weiß zeichnen, es gibt viele Menschen, die aus sehr humanitären Gründen und jeden Menschen gleich behandeln in allen Reihen. Und ich finde, das sollten wir in diesem Ausschuss auch so betrachten und das ist auch wichtig, das so zu tun.

Vorsitzender: Ja. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Herr Ferk.

Joachim Ferk: Ja, Herr Dolzer, als wir, Sie werden sich erinnern, mit dem ersten Aufzug los sind und dann, nachdem wir Nobistor waren, um die Ecke gegangen sind, diese Vereinigung mit dem zweiten Aufzug, einem deutlich längeren Aufzug dann mit mehreren Tausend Teilnehmern, letztendlich die Holstenstraße runtergegangen sind, nach rechts in die Max-Brauer-Allee, wir haben dann mehrfach angehalten, Sie haben darum gebeten, dass wir stoppen, weil Sie berichtet hätten, dass es Angriffe gegen den Aufzug gäbe. Ich habe Ihnen dann, ich erinnere mich, mindestens in zwei Fällen berichten können, dass wir das nicht feststellen können, dass es Angriffe auf den Aufzug gibt. Wir sind dann auch weitergegangen, weil Sie selbst festgestellt haben, dass sich das so nicht bewahrheitet hat. Ich meine mich an einen Fall zu erinnern, wo es im umgekehrten Fall Angriffe auf Polizeikräfte gegeben hat und sich diese Polizeikräfte dann dessen erwehrt haben. Wir waren ja beide an der Spitze und haben nicht gesehen, was jetzt am Ende im Einzelnen dann passiert ist. Sie haben das ja jeweils überprüft. Ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass wir irgendeine Stelle gehabt haben, wir finden ..., mir ist auch keine Stelle bekannt, wo es einen Angriff, das hätte auch keinen Sinn gemacht, auf diese Personen gibt.

Dieses Einbinden der Festnahmeeinheiten, und das ist egal, ob es nun USK ist oder wie immer die sich nennen, erfolgt in der Sicht, Beweis- und Festnahmeeinheiten, die sollen Straftäter, die sie identifiziert haben, festnehmen. Das ist die Einbindung ins Konzept, das

heißt, die bewegen sich, wie Herr Grossmann das sagte, um die Versammlung herum und wenn die Straftäter feststellen, gucken sie, ob sie die mit möglichst wenig Zwangsmitteln, das ist der Normalfall, an irgendeiner Stelle festnehmen können. Dass die einfach in den Aufzug hineinlaufen und dort etwas machen, habe ich so nicht erlebt und auch noch nie in der von uns geübten Zusammenarbeit mit Herrn Grossmann. Das stimmen wir nämlich vorher ab, weil ein Einwirken in den gesamten Aufzug immer etwas ist, was die Leitlinien und Entscheidungsvorbehalte des Polizeiführers betrifft, und was wir dann miteinander abstimmen. Also insofern, wenn Sie jetzt eine konkrete Situation haben, müssten wir nachgucken, ich wüsste keine Situation, wo es sich bewahrheitet hat, dass Polizeikräfte, USKs oder wer auch immer, den Aufzug angegriffen hätten.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ich ziehe zurück.

Vorsitzender: Das verschafft Ihnen große Sympathiepunkte bei allen Beteiligten, Herr Tjarks. Und dann sind wir am Ende der Sitzung angekommen. Ich danke für die Beratungen und wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

Zu TOP 1d

Ja, wir müssen, Entschuldigung ... Nein, nein, nein, wir müssen wie immer noch vorsorglich einen Beschluss für die Anhörung bei der nächsten Sitzung machen, vorsorglich. Wer möchte das vorsorglich so beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zu TOP 2

Tagesordnungspunkt Verschiedenes – keine Wortmeldungen. – Danke. Kommen sie gut nach Hause.

gez.
Milan Pein (SPD)
(Vorsitz)

gez.
Dennis Gladiator (CDU)
(Schriftführung)

gez.
Frauke Bai
(Sachbearbeitung)